DER STANDARD

SA./SO., 25./26. FEBRUAR 2012 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,00

SCHWERPUNKTAUSGABE
GERECHTIGKEIT

Streitgespräche: Caspar Einem mit Andreas Khol
Kathrin Resetarits mit Lukas Resetarits

Andreas Leikauf:
BE AGAINST IT
In plakativen Acrylgemälden übt der Künstler Gesellschaftskritik mit pointierten Statements.
Porträt des Künstlers auf Seite 20

Österreicher fühlen sich immer weniger gerecht behandelt

Umfrage: 60 Prozent fühlen Ungerechtigkeit
Wenig Erwartungen in Parteien, Regierung

Linz – Sechs von zehn Österreichern meinen, dass es in unserem Land alles in allem ungerecht zugeht. Diese Ansicht hat sich im Vergleich zu einer gleich lautenden Market-Umfrage aus dem vorigen Frühjahr deutlich verstärkt. Damals meinten noch 46 Prozent, die Menschen würden in Österreich insgesamt gerecht behandelt, heute sagen das nur noch 36 Prozent.

Auch die persönliche Unzufriedenheit steigt. Bereits 26 Prozent sagen: „Ich werde nicht gerecht behandelt." Im Vorjahr behaupteten das nur 16 Prozent.

DER STANDARD ließ auch fragen: „Würden Sie sagen, die Gerechtigkeit in unserem Land nimmt eher zu, nimmt eher ab, oder gibt es da Ihrer Meinung nach keine Veränderung?" Auch hier sagen 62 Prozent, dass es mit der Gerechtigkeit bergab gehe, nur zwölf Prozent (am ehesten Wähler der SPÖ) sehen eine Verbesserung. Und wer sorgt für Gerechtigkeit? Nicht die Parteien – die bekommen sogar von den eigenen Wählern kaum je die Bestnote, stellt Market fest. Auch dass es in der Politik der Regierung gerecht zuginge, glaubt nur eine Minderheit. Die Benotung aller Parteien hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Dafür gibt es überwiegend gute Noten für den Verein für Konsumenteninformation und die Caritas – beider Notenschnitt ist heuer noch besser als im Vorjahr. (red)

THEMA Seite 3

HEUTE

Kopf des Tages Der mittelalterliche Wutbürger Robin Hood ist der berühmteste Vertreter der Kämpfer für die Gerechtigkeit. **Seite 48**

Afghanistan in Aufruhr Wieder gingen Tausende wegen der Koran-Verbrennung durch US-Soldaten auf die Straße. **Seite 5, Kommentar Seite 48**

Einigung am Balkan Serbien und Kosovo haben doch noch eine Vereinbarung über die regionale Kooperation erzielt. **Seiten 9 und 48**

Prinz Friso erlitt Hirnschäden Der bei einem Lawinenabgang verletzte niederländischen Prinz erlitt womöglich bleibende Schäden. **S. 11**

Beamtenkritik am Sparpaket Geringere Zahlungen an ihre Krankenkasse sind für die Beamtengewerkschaft verfassungswidrig. **Seite 13**

Tirol: Switak tritt zurück Der Finanzlandesrat (ÖVP) legt nach umstrittenen Jagdeinladungen seine politischen Ämter nieder.
Foto: Berger **Seite 13**

STANDARDS

Sport 22, 23
NetBusiness 36
Kommunikation, Blattsalat . . . 41
Veranstaltungen, Kino . . . 42, 43
TV, Switchlist 44, 45
Kunstmarkt, Reise, Rätsel A 5 – A 8
Sudoku . . . . . K 25
KarrierenStandard . . . . K 1 – K 28

WETTER

Im Norden bleibt es trüb, im Osten teilweise sonnig. Am freundlichsten wird es im Süden. Die Höchstwerte: 7 bis 15 Grad. **Seite 42**

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at

Recht und Verteilung

Durch das Sparpaket hat das Thema Gerechtigkeit wieder Aktualität erlangt. In dieser Ausgabe gehen wir nicht nur der Frage nach, wie gerecht die Chancen in Österreich verteilt sind. Wir beschäftigen uns in Interviews, Streitgesprächen und Analysen auch mit ökonomischen Aspekten sowie mit dem Justizsystem. Zwei doppelseitige Grafiken, die von **Peter Frey** und **Fatih Aydogdu** umgesetzt wurden, bereiten umfangreiches Zahlenmaterial auf. In dieser von **Bettina Stimeder** koordinierten und von **Rudi Reiterer** gestalteten Schwerpunktausgabe wollen wir Anstoß für weitere Debatten liefern.

Alexandra Föderl-Schmid, Chefredakteurin

Tempo im Atomprogramm

IAEO: Iran beschleunigt Urananreicherung

Wien – Der Iran hat nach Einschätzung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO die Urananreicherung deutlich gesteigert. Das Land habe seine Kapazitäten zur höherprozentigen Anreicherung verdreifacht, heißt es in einem am Freitag in Wien veröffentlichten Bericht. Demnach hat das Land die Zahl der leistungsfähigen Zentrifugen in der unterirdischen Anlage Fordo verdoppelt und mehr als 100 Kilogramm höher angereichertes Uran hergestellt. Das sei weniger als die Hälfte der Menge, die für einen atomaren Sprengkopf nötig sei.

Ein Expertenteam der IAEO war am Mittwoch ohne Ergebnisse von einer zweitägigen Reise in den Iran zurückgekehrt. Der Besuch eines wichtigen Militärgeländes wurde ihnen verwehrt. (red) **Seite 9**

Tangas von Gelddruckern

Justiz untersucht Spesen der OeNB-Firma

Wien – Die Lösung von Problemen der Gelddruckerei OeBS der Oesterreichischen Nationalbank lief ebenso unorthodox, wie die Probleme vor Ort unorthodox waren. In Syrien stritt die Assad-Familie darüber, ob Präsident Bashar oder sein verstorbener Vater Hafez auf dem größeren Geldschein abgebildet werden soll, erschließt sich aus OeBS-Protokollen. Und für die Rettung des ersten Auftrags in Aserbaidschan mussten die Wiener für die Lieferung „in letzter Sekunde einen Jumbojet Boeing 747 anmieten".

Neben den Provisionen beschäftigt die Justiz derzeit auch die Spesengebarung. Auf dem STANDARD vorliegenden Listen finden sich Rechnungen für „Gastgeschenke" aller Art: von Stringtangas über Pokerzubehör bis hin zum Potenzmittel. (red) **Seite 25**

Air-Dating

Das ist einmal eine gute Idee! Einige Fluglinien wollen *Social Seating* anbieten. Das heißt, der Flugreisende kann sein Profil auf sozialen Online-Netzwerken wie *Facebook* oder *LinkedIn* mit der Buchung verknüpfen. Dann kann man sich aus dem Datenpool einen passenden Sitznachbarn heraussuchen und die nächsten Stunden des Überseefluges in angeregter Unterhaltung verbringen.

Die bisherige Sitznachbar-Lotterie – dauerquatschende Nervtöter, Trinker, Schnarcher, Sitzlehnen-Okkupanten etc. – wäre damit auf eine wissenschaftliche Basis gehoben, oder?

Oder. Wer schreibt schon die Wahrheit über sich selbst auf Facebook? „Ich lese gerne zeitgenössische Literatur." Und dann ist es Donna Leon oder Dan Brown. Bei Social Media besteht überdies per definitionem leichte Exhibitionismusgefahr. Andererseits: Wenn man selbst drauf ist, hat man vermutlich nichts gegen den freien Austausch mit vollkommen fremden Leuten.

Warum die Fluglinien das machen, ist ohnehin klar. Es ist ein Teil des allgemeinen Datenraffens, zwecks Verscherbelung dieser Daten an die Werbewirtschaft. Bedenklich ist auch, dass man nicht ablehnen kann, wenn jemand unbedingt dein Nachbar sein will (nur den Sitz bis zwei Tage vor dem Flug wechseln). Und noch etwas: Wenn man sich in der Wahl des Sitznachbars total vertan hat, kann man dann die Fluglinie auf Schadenersatz klagen ?

RAU

Ich will heim
nach Fürstenfeld.

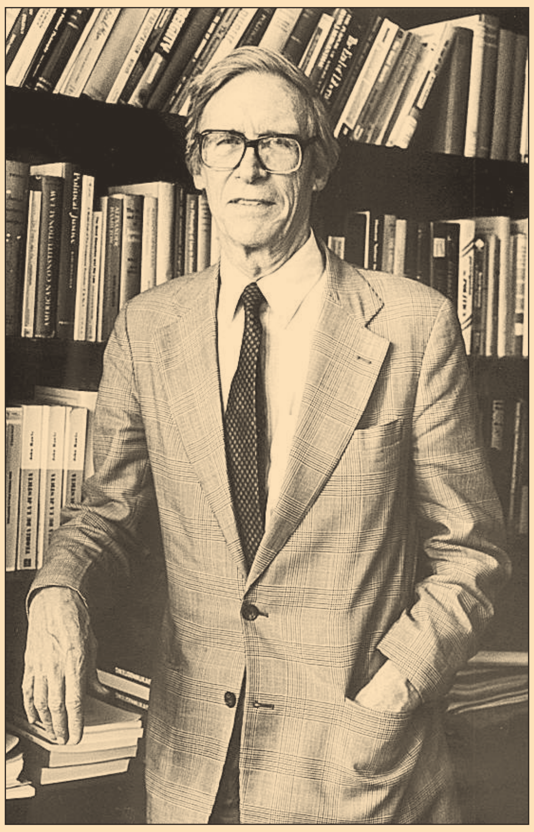
Navigation und Entertainment in einem.
COMAND APS von Mercedes-Benz.
Mercedes-Benz

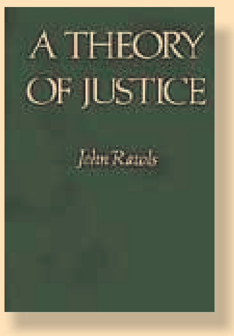
GZ: 02Z030924T · P.b.b. · Nr. 7019 · **AboService Tel. 0810 20 30 40** · http://derStandarddigital.at · D € 3 / B € 3 / HUF 810 / SK € 3 (SK 90,38) / KČ 83 · **Retouren an Postfach 100, 1350 Wien**

Philosophie, Moral und die Legitimation von Ungleichheiten

Fairness im Lotteriespiel des Lebens

Soll jemand, der besonders intelligent oder schön ist, mehr verdienen dürfen als andere? Ist es fair, wenn ein Mensch, der einem diskriminierten Geschlecht oder einer diskriminierten Ethnie angehört, weniger Gestaltungsmacht hat? Welche Ungleichheiten der Lotterie, bei der per Geburt Gesundheit, Vermögen oder Macht verteilt werden, sind gerecht? Welche müssen ausgeglichen werden? Der US-Philosoph John Rawls (1921–2002) hat mit seinem Werk *A Theory of Justice* (1974, dt.: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*) in den letzten Jahrzehnten die Debatten um Umverteilung und Demokratie geprägt.





John Rawls ist mit seinem Hauptwerk „A Theory of Justice" (1974) der bis heute einflussreichste moderne Theoretiker der Gerechtigkeit.
Foto: Jane Reed, Harvard

Rawls stellt die Frage, welche Gerechtigkeitsgrundsätze ein freier Mensch wählen würde, wenn er nicht wüsste, welcher Klasse er angehört oder wie intelligent und gesund er ist. Unter dem „Schleier des Nichtwissens" würde er sich in das Schicksal des am stärksten Benachteiligten versetzen und ein System wählen, in dem diesem möglichst viele Grundfreiheiten garantiert würden (Maximin-Prinzip), so Rawls. Meinungsfreiheit, ordentliche Gerichtsverfahren und Wahlrecht haben dabei für den Liberalen Rawls Vorrang vor allem anderen.

In seinem zweiten Grundsatz beschäftigt sich Rawls mit sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. Sein „Unterschiedsprinzip" besagt, dass solche Ungleichheiten nur dann legitim sind, wenn sie auch dem am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen. Auch Vorteile durch natürliche Güter (wie Unversehrtheit, Intelligenz) sind nur dann gerecht, wenn Menschen mit Behinderungen möglichst viele Grundfreiheiten zukommen. Gleichzeitig muss jeder Vorteil auf Basis von Chancengleichheit erreicht worden sein. Ein höherer Verdienst ist also nur gerechtfertigt, wenn das entsprechende Amt in einem fairen Wettbewerb errungen wurde. (awö)

Andreas Leikauf: INJUSTICE LEAGUE

„Wir müssen das Übel bei der Wurzel packen"

Thomas Pogge ist einer der radikalsten Gerechtigkeitsdenker der Gegenwart. **Klaus Taschwer** sprach mit dem Yale-Professor über die Ursachen der Armut und richtiges Helfen.

STANDARD: *Nach neuen Schätzungen sind erstmals mehr als eine Milliarde Menschen von Hunger und Armut bedroht, während die Reichen der Welt immer reicher werden. Das Problem der Gerechtigkeit scheint dringlicher denn je.*

Pogge: Das scheint nicht nur so, das ist so. Man braucht sich nur ansehen, wie sich der Anteil des ärmsten Viertels der Menschheit am globalen Haushaltseinkommen in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat: Der fiel von 1,16 Prozent 1988 auf 0,78 Prozent heute. Das ist ein Rückgang um ein Drittel. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: 25 Prozent der Menschen dieses Planeten verdienen gerade einmal ein Dreiviertelprozent!

STANDARD: *Wie kam es Ihrer Meinung nach dazu?*

Pogge: Die Wurzel des Übels sind die Grundregeln unseres globalen Wirtschaftssystems, die in den vergangenen 20 bis 30 Jahren in internationalen Verhandlungen ausgeknobelt wurden. Bei diesen Verhandlungen geben die wichtigen Regierungen den Ton an – und sind dabei von mächtigen Konzernen und Banken beeinflusst, die es sich leisten können, Lobbying zu betreiben.

GERECHTIGKEIT

STANDARD: *Das klingt ein wenig nach Verschwörung. Lobbying gibt es doch überall.*

Pogge: Aber auf nationaler Ebene gibt es wenigstens die Möglichkeit demokratischer Gegenmaßnahmen. Im Notfall mobilisiert die Zivilgesellschaft, geht auf die Straße und diskutiert schlechte Gesetze in Zeitungen. Aber auf internationaler Ebene findet das zumeist hinter verschlossenen Türen statt, und man weiß erst hinterher, was da eigentlich beschlossen wurde. Und völlig unklar ist, wie jene Wendungen in den Text reingekommen sind, die dann so viel Schaden anrichten. Keiner dieser Mächtigen hasst die Armen, aber das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, dass immer weniger für sie übrigbleibt.

STANDARD: *Sie sind in Ihren Konzepten globaler Gerechtigkeit sehr rigoros, was unsere Mitverantwortung angeht – viel strenger als die meisten Ihrer Kollegen. Wie begründen Sie diese ethischen Pflichten, die wir Ihrer Meinung nach haben?*

Pogge: In drei Schritten – und zum Teil mit dem bereits Gesagten: Der erste Schritt ist, dass die globalen Handelsabkommen und andere internationale Verträge großen Einfluss auf die Wohlstandsverteilung der Welt haben und im Moment ungerecht gestaltet sind, sodass die Menschenrechte wegen Hunger und extremer Armut massiv untererfüllt sind. Zweitens wird dieses Regelwerk von den einflussreichen Regierungen – einschließlich den europäischen – ausgestaltet und durchgesetzt. Zum Dritten schließlich sind wir Bürger dafür verantwortlich, was unsere Regierungen in unserem Namen tun.

STANDARD: *Ihr Doktorvater John Rawls, der einflussreichste Gerechtigkeitstheoretiker der letzten Jahrzehnte, war da anderer Meinung.*

Pogge: Richtig. Rawls meinte, dass es reichen würde, wenn jene Länder, die politisch einigermaßen wohlgeordnet sind, auf unser Minimalniveau gebracht werden würden. Die übrigen Länder würden uns ohnehin nichts angehen. Ich behaupte demgegenüber, dass wir negative Pflichten haben, etwas gegen die Armut und die Ungerechtigkeit in der Welt zu tun.

STANDARD: *Müssen wir also unsere Hilfsmaßnahmen verstärken?*

Pogge: Diese jetzige Form der Hilfe für die Ärmsten ist so, wie wenn man gegen einen Wind anpusten würde. 10.000 Entwicklungshelfer und Ärzte in diesen Ländern können oft nicht viel mehr ausrichten, als eine einzige Entscheidung eines Rohstoffkonzerns oder eines Investmentfonds zu neutralisieren. Wir müssen das Übel an der Wurzel packen und beim globalen Wirtschaftssystem und seinen Regeln ansetzen.

„Die Moral allein für sich genommen ist als Kraft zu schwach."

STANDARD: *Worin setzen Sie da die größten Hoffnungen?*

Pogge: Politiker werden wenig dagegen tun, wenn sie keinen Druck von unten bekommen, und dieser moralische Druck wird nicht von Firmenchefs oder Bankiers kommen, sondern von uns Bürgern. Insofern ist es wichtig, den Bürgern zu sagen, was wirklich los ist, denn die Informationen, die man über das globale Armutsproblem kriegt, sind ja zum größten Teil geschönt. Zugleich glaube ich, dass die Moral allein nichts ausrichten kann. Allein für sich genommen ist die Moral als Kraft zu schwach. Die Moral muss sich gewissermaßen nach Chancen umsehen, wo sie sich mit Klugheitsargumenten verbünden kann.

STANDARD: *Können Sie ein Beispiel dafür geben?*

Pogge: Eine dieser Ideen ist der Health Impact Fund, an dem ich seit einigen Jahren arbeite. Im Grunde geht es dabei darum, die Preise der Medikamente von den Kosten der Forschung abzukoppeln und stattdessen nach ihren Gesundheitsauswirkungen zu bezahlen. Dieses Konzept würde weltweit zu einer besseren Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten gerade für die Ärmsten führen. Das wäre auch ein riesiger moralischer Gewinn. Solche durchdachten Reformen haben wohl am ehesten Aussicht auf Erfolg.

STANDARD: *Ließe sich das Modell auch auf andere Bereiche umsetzen?*

Pogge: Man könnte das Modell jedenfalls auf die Agrarwirtschaft ausdehnen. Da gibt es patentiertes Saatgut, das arme Leute nicht verwenden können, weil es zu teuer ist. Auch da wäre es möglich, die Lizenzgebühr auf null zu reduzieren und den Erfinder nach dem gewonnenen Mehrwert zu prämieren. Das zweite Gebiet wären grüne, nachhaltige Technologien. Auch die werden nicht überall benützt, weil die Patentkosten zu hoch sind.

STANDARD: *Viele Ihrer Ideen hören sich für einen Philosophen überraschend praktisch an. Worum geht es Ihnen bei Ihrer Arbeit? Mehr um die Theorie oder mehr um die Praxis?*

Pogge: Mir geht es um zweierlei: Zum einen will ich, dass meine Vorschläge wie der Health Impact Fund den strengsten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Ich möchte nichts unterstützen, was nicht funktionieren könnte. Die Welt ist ein sehr komplizierter Mechanismus, und wenn man den verändern will, dann braucht man dazu ausgereifte Konzepte. Zum anderen habe ich die große Ambition, die Philosophie so zu verändern, dass das, was ich mache, noch hoffähiger wird. Eine gute politische Philosophie ist eine, mit der man in der Welt auch etwas anstellen kann. Das ist übrigens eine Idee, die auf ein kleines Gespräch mit John Rawls etwa 1979 in Harvard zurückgeht.

STANDARD: *Worum ging es dabei?*

Pogge: Ich fragte ihn damals, ob sein erstes Gerechtigkeitsprinzip – also der Anspruch auf gleiche Grundfreiheiten, die mit den Freiheiten für alle vereinbar sind – in den USA eigentlich erfüllt sei.

STANDARD: *Was war seine Antwort?*

Pogge: Er zuckte nur mit den Schultern und sagte: „Das weiß ich doch nicht." Darauf erwiderte ich: „Aber wer soll das sonst wissen, wenn nicht Sie." Woraufhin er wieder meinte, das sei Sache der Ökonomen oder der Juristen. Dann sagte ich, dass die ja gar nicht wissen, wie sie das anhand seiner Theorie überprüfen sollten. Das hat ihn ein bisschen nachdenklich gestimmt, und er schrieb dann auch einen Aufsatz darüber. Für mich war das eine Art Schlüsselerlebnis, aus dem ich meine Konsequenzen zog: Wenn man schon moralische Prinzipien der Gerechtigkeit aufstellt, dann muss man auch genaue Kriterien dafür angeben, wie zu beurteilen ist, ob diese Prinzipien realisiert sind oder nicht.

www.healthimpactfund.org

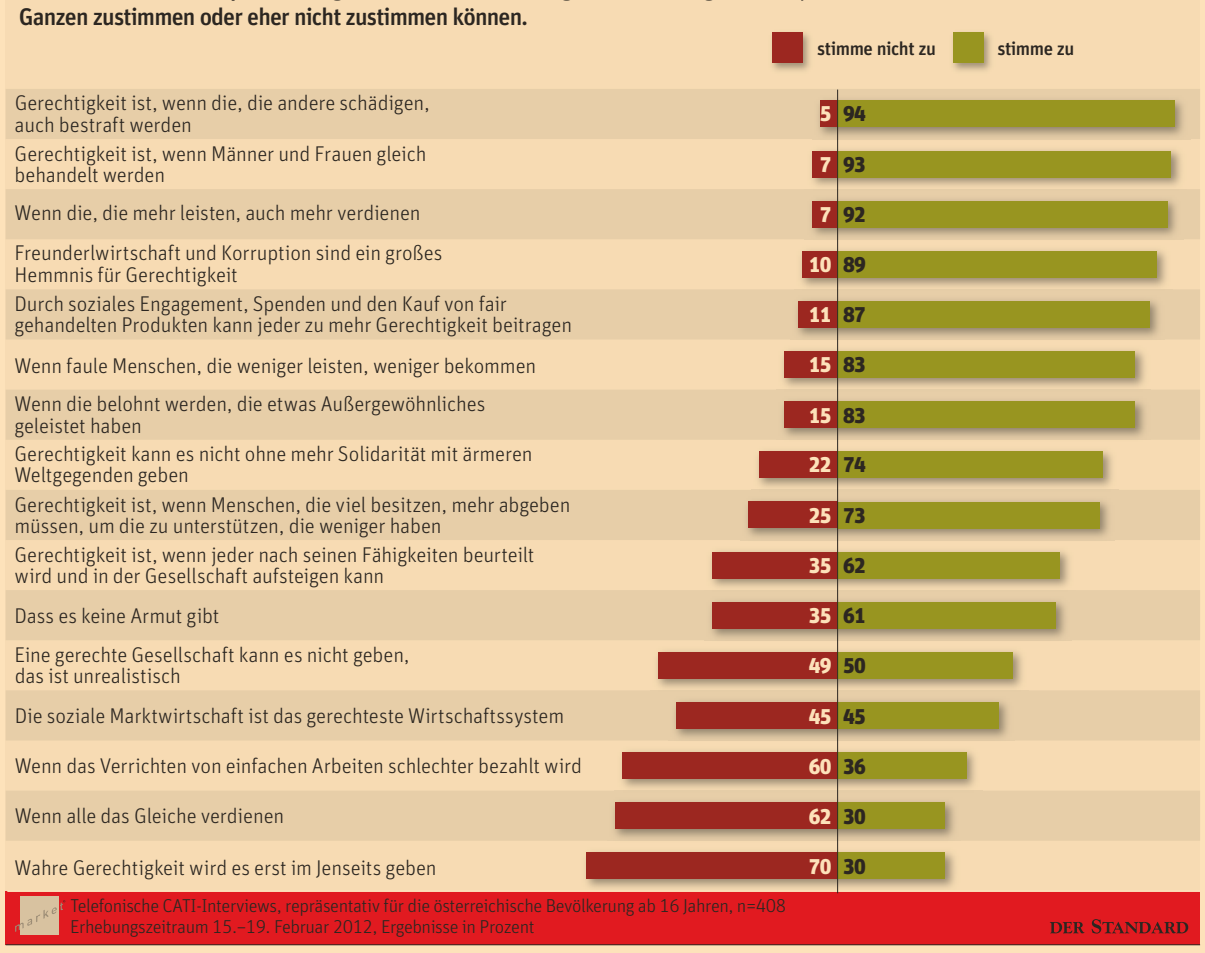
Langfassung des Interviews unter derStandard.at/Wissenschaft

THOMAS POGGE (58) ist Professor für Philosophie und internationale Angelegenheiten an der Yale University. Der gebürtige Deutsche studierte Soziologie in Hamburg und promovierte bei John Rawls an der Harvard University. Zahlreiche Bücher zu Rawls und Fragen der globalen Gerechtigkeit.

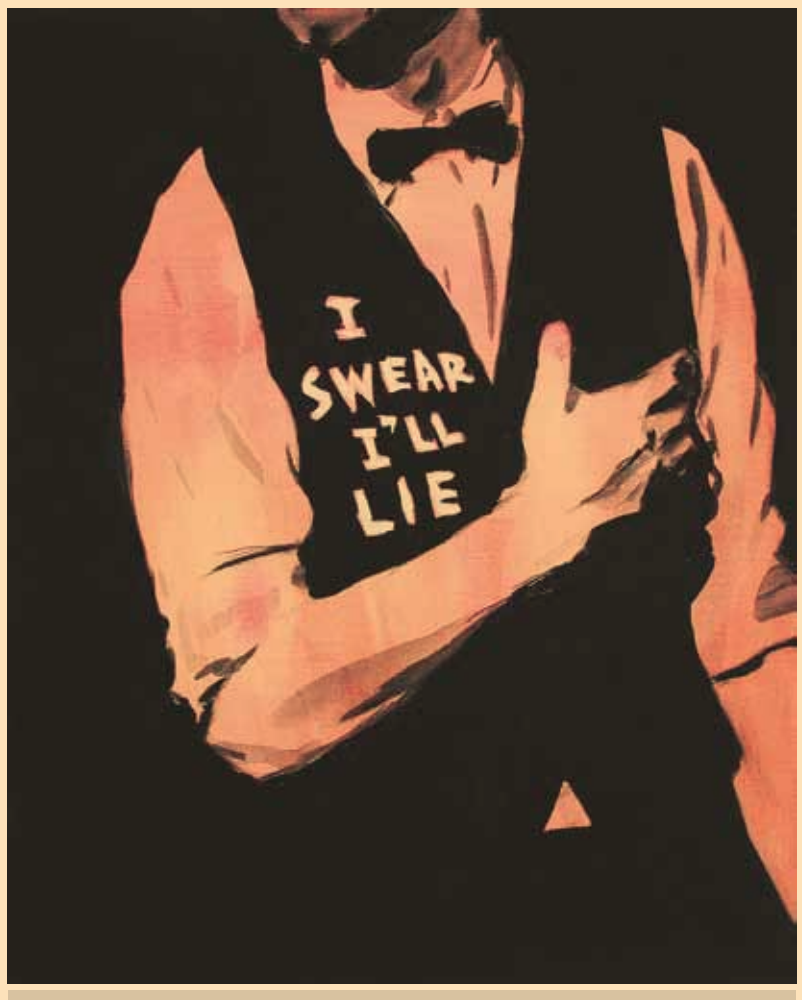
Umfrage: Von der Politik wird wenig Beitrag erwartet

Was ist Gerechtigkeit?

Ich lese Ihnen nun ein paar Aussagen zum Thema Gerechtigkeit vor. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen im Großen und Ganzen zustimmen oder eher nicht zustimmen können.



market Telefonische CATI-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, n=408
Erhebungszeitraum 15.–19. Februar 2012, Ergebnisse in Prozent
DER STANDARD



Andreas Leikauf: I SWEAR I'LL LIE

Strafen kommen als Erstes in den Sinn

Wer wird in Österreich gerecht behandelt? Männer, sagen Männer und Frauen übereinstimmend. Frauen eher nicht, sagen vor allem Frauen. Für die Behandlung von Flüchtlingen gibt es nur ein „Genügend".

Conrad Seidl

Von der Politik ist wenig zu erwarten, am ehesten vielleicht von den Grünen: Denen trauen immerhin sechs Prozent der Wahlberechtigten zu, dass sie sich sehr für Gerechtigkeit einsetzen. Den Koalitionsparteien geben in dieser Frage nur jeweils drei Prozent ein „Sehr gut". Das geht aus einer Market-Umfrage für den STANDARD hervor, die in der Vorwoche, also nach Bekanntgabe des Sparpakets, durchgeführt wurde.

DER STANDARD ließ zuerst fragen, wie es um die Gerechtigkeit allgemein bestellt ist (nicht gut: nur 36 Prozent halten Österreich alles in allem für gerecht), sodann wer gerecht ist und wer nicht und schließlich wie das Sparpaket eingeschätzt wird. Diesem geben, wie DER STANDARD am Mittwoch berichtete, 18 Prozent ein glattes „Nicht genügend".

Wobei sich stets die Frage nach dem Maßstab stellt: Was ist schon gerecht? Wenn gerecht gestraft wird, wenn Frauen und Männer gleich behandelt werden und wenn die, die mehr leisten, auch mehr verdienen. Das ist der Wertemaßstab bei etwa neun von zehn Österreichern.

GERECHTIGKEIT

Nur 30 Prozent meinen, dass es wahre Gerechtigkeit erst im Jenseits geben werde – eine Zahl aus der Market-Chef Werner Beutelmeyer schließt, dass das Kernversprechen aller Religionen nur noch drei von zehn Österreicher erreicht. Das diesseitige Gleichheitsversprechen, dass Gerechtigkeit im gleichen Verdienst für alle bestünde, wird aber auch nur von 30 Prozent bejaht – am ehesten von Wählern der SPÖ und jenen der FPÖ.

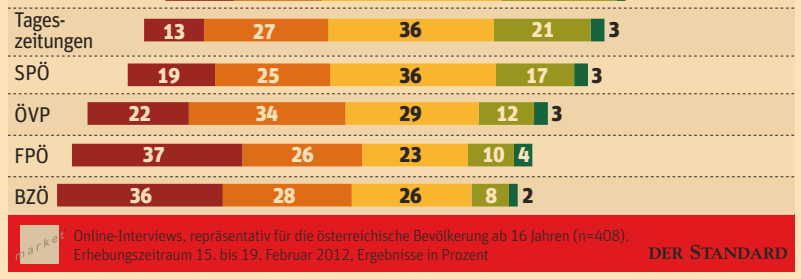
Und wo geht es gerecht zu? Am ehesten bei Wahlen – das geltende Wahlsystem bekommt im Schnitt die Note 2,65. Gleich danach (mit 2,61) kommt der Zugang zu höherer Bildung. Auch der Straßenverkehr, die Unis, die Zivilgerichte und der Spitzensport kommen auf Werte unter drei.

Als besonders ungerecht – jeweils mit Durchschnittsnoten zwischen 3,5 bis vier bewertet – gelten die Preise für Produkte des täglichen Bedarfs, die Besteuerung von Sparbüchern, das Pensionsrecht, der Ausgleich zwischen Arm und Reich sowie die Regierung an sich.

Market fragte auch, welchen Gruppen in Österreich Gerechtigkeit widerfährt: Männer führen mit der Note 2,41 (eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr) die Liste an, für Frauen gilt der deutlich schwächere Wert von 3,15; Ausländer (3,14) und alte Menschen (3,18) liegen auf einem ähnlichen Niveau. Im Spitzenfeld der Einschätzung sind dagegen Lehrer, Beamte und Unternehmer.

Wer für Gerechtigkeit sorgt

Frage: Es gibt ja verschiedene Organisationen, die sich für mehr Gerechtigkeit in Österreich einsetzen. Ich lese Ihnen einige solche Organisationen vor und bitte Sie, mir jeweils zu sagen, ob sich diese Gruppe alles in allem für Gerechtigkeit einsetzt oder ob diese Gruppe zu wenig für Gerechtigkeit tut?



market Online-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (n=408).
Erhebungszeitraum 15. bis 19. Februar 2012, Ergebnisse in Prozent
DER STANDARD

JEDER JAGUAR KANN ETWAS, DAS MASCHINEN NICHT KÖNNEN.

Ein Jaguar wird nicht konstruiert, sondern geschaffen. Kraftvoll, agil und instinktiv.

- 2.2 L Diesel, 190 PS / 450 Nm
- ZF-8-Gang-Automatikgetriebe mit JaguarDrive Selector™
- „Intelligent-Stop-Start"-System
- Alarmanlage
- Volllederpolsterung „Luxury Bond Grain"
- Bi-Xenon Scheinwerfer und LED-Tagfahrleuchten
- 17"-Leichtmetallfelgen
- Preisvorteil von 3.188,– €

XF AUSTRIA EDITION
AB 45.900,- €*
inkl. 3 Jahre Garantie
ohne Kilometerbegrenzung

HOW ALIVE ARE YOU?

JAGUAR

* Unverbindlich empfohlener Listenpreis inkl. 20% MwSt. und NoVA gemäß § 6a NoVAG.
Angebot gültig bis 30.06.2012 bzw. solange der Vorrat reicht. Abbildung zeigt Symbolfoto.
Kraftstoffverbrauch in l/100 km: 6,6 (innerorts), 4,8 (außerorts), 5,4 (kombiniert); CO_2-Emission in g/km: 149, RL 80/1268/EWG.

DENZEL KUNDENCENTER ERDBERG
W. Denzel Auto AG, Erdbergstraße 189, 1030 Wien, Tel. 01/74020-4256

Wohlstand, Armut und Umverteilung

„Es gibt wieder Hoffnung, dass Afrika etwas aufschließt“

Afrika ist der mit Abstand ärmste Kontinent. Doch es gibt Lichtblicke: In Ruanda, Ghana und Äthiopien wächst die Wirtschaft rasant. Was Hoffnung macht: Motor dieser Entwicklungen ist nicht nur der hohe Ölpreis.

András Szigetvari

Anfang Februar verfällt die ruandische Regierung in einen Freudentaumel, an dem sie die Welt teilhaben lassen will. „Die Zahl der Menschen mit Zugang zu sauberem Wasser ist seit 2006 um zehn Prozent gestiegen, die Armut um zehn Prozent gefallen“, twittert ein Beamter aus Kigali. „Von 1000 Neugeborenen versterben nicht mehr 86, sondern 50 vor dem fünften Lebensjahr.“

Die Zahlen aus einer Befragung hunderter Haushalte verbreiten sich in eingeweihten Kreisen wie ein Lauffeuer. Die Weltbank in Washington lobt Ruandas Fortschritte, in Oxford spricht Ökonom Paul Collier von einem „Hattrick“: Das Land verzeichne mehr Wachstum, weniger Armut und weniger Ungleichheit als je zuvor.

Ruanda, das noch 1994 in einem Völkermord versank, wird zu einem Paradefall für gelungene Entwicklung? „Genau so ist es“, sagt Peter Wolff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Neben Ruanda, wo die Wirtschaft 2011 um acht Prozent gewachsen ist, verzeichnen auch Äthiopien (plus 7,5 Prozent) und Ghana (plus 14 Prozent) ungekannte Zuwachsraten.

Löwen am Sprung

Während in Nordafrika nach den Umstürzen und Bürgerkriegen ein Rückfall befürchtet wird, prognostiziert der Währungsfonds für die ärmste Region der Welt, Sub-Sahara-Afrika, ein Wachstum von 5,7 Prozent. Auch Niger, Kap Verde, Kenia und Sambia schlagen sich besser denn je. Vor zehn Jahren schrieb der *Economist* von Afrika als „hoffnungslosen Kontinent“. Inzwischen erscheinen Studien vom Unternehmensberater McKinsey zu Afrika mit dem Titel „Lions on the move“.

Der Weg ist natürlich noch lang: Laut Weltbank lebt jeder zweite Afrikaner von weniger als 1,25 Dollar am Tag. Im Tschad erreicht eines von fünf Kindern nicht das fünfte Lebensjahr, die Hungerkrise am Horn von Afrika hat deutlich gemacht, wie Millionen Menschen in einigen Regionen nicht einmal grundlegendste Bedürfnisse befriedigen können.

Doch es gibt eben Lichtblicke. Jene Länder, die wachsen, tun das kontinuierlich seit zehn Jahren. „Es gibt erstmals seit langem wieder Hoffnung, dass Afrika zum Rest der Welt etwas aufschließt“, sagt Wolff. Er spricht gar von einer möglichen dritten Welle: „Nach den Tigerstaaten in den 70ern und den Schwellenländern in den 90ern, könnte einige Ländern Afrikas den Sprung schaffen“.

Aber worauf fußen diese Entwicklungen? Kein Land gleicht dem anderen, doch die McKinsey-Studie weist zumindest auf einige Gemeinsamkeiten hin. So habe sich das politische Umfeld in Teilen des Kontinents verbessert. In Angola (2002) und Sierra Leone (2002) wurden Bürgerkriege beendet. In Ruanda, Uganda und Kap Verde wurde die Verwaltung modernisiert. „Die Demokratie ist auf dem Vormarsch“, meint Forscher Wolff. „Zumindest 20 der 55 Länder des Kontinents gelten heute als demokratisch“.

Zweifelsohne hat auch der anstieg der Ölpreise seit 2000 das Wachstum beflügelt. Die Abhängigkeit vom schwarzen Gold ist freilich ein zweischneidiges Schwert. Sinkt der Ölpreis, erfolgt der Absturz meist rasant, weil die Exportwirtschaft nur auf einem Standbein steht. In einigen Ölländern wie Nigeria und Gabun profitiert vom Ressourcenreichtum zudem nur eine kleine Elite.

Aber der Aufschwung beruht nicht nur auf gestiegene Ölexporte. Laut McKinsey lässt sich überhaupt nur ein Fünftel des Wachstums in Afrika mit dem Faktor Ölpreis erklären. Investitionen sind auch in Infrastruktur, Hotellerie und Gastronomie geflossen. 2010 sind in Afrika erstmals mehr Auslandsinvestitionen getätigt worden als in Indien. Staaten wie Äthiopien und Ruanda haben ihre ländliche Produktion massiv gestärkt, Äthiopien exportiert inzwischen erfolgreich Zuchtvieh. In Ruanda wächst eine Mittelschicht heran, die auch den Konsum belebt.

Vom Aufschwung profitieren freilich nicht alle: „Nur auf Wachstum zu schielen reicht nicht. Gerade in Afrika geht das Wachstum der armen Bevölkerungsschicht mit jener der reichen Hand in Hand“, sagt Pedro Martins vom britischen Overseas Development Institute.

Mit diesem Problem kämpft auch Ruanda, wie die Haushaltsbefragungen ergaben: In Kigali sind etwas mehr als zehn Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, im Süden jeder Zweite. Diese Zahl kam nicht per Twitter, hätte sie doch nur die Euphorie gestört.

Hoffen auf Käufer: Importprodukte am Markt in Accra (Ghana). *F.: epa*

Andreas Leikauf: DON'T BUY THIS

Umverteilung: Die Statistik gibt jedem recht

Einkommensgerechtigkeit hat viele Seiten – Österreich glättet das Gefälle stark

Andreas Schnauder
Clemens Felber

Man hat es ja immer schon gewusst, das Beispiel Mitt Romney war quasi nur der letzte Beweis. Dass der wohlhabende republikanische US-Präsidentschaftskandidat nur 13,9 Prozent seines Einkommens von 42 Millionen Dollar abliefert, obwohl der Spitzensteuersatz in den Vereinigten Staaten 35 Prozent beträgt, hat den Wahlkampf ordentlich angeheizt. Die USA – das Paradies für die Superreichen. Ein Land, wo die Schere zwischen Arm und Reich (gemessen am Gini-Koeffizienten; unten stehendes Wissen) größer ist als in Kamerun oder Costa Rica.

GERECHTIGKEIT

Doch was klar auf der Hand liegt, hat – wie so oft – eine Kehrseite. Die USA zwacken nämlich bei den Spitzenverdienern gar nicht so wenig ab. Die zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen zahlen 45 Prozent der gesamten Steuern und Sozialabgaben – ein laut Industriestaatenorganisation OECD auch im internationalen Vergleich absoluter Spitzenwert. Mitt Romney kann auch nicht als typischer amerikanischer Fall herangezogen werden, bezieht er doch fast ausschließlich Einkommen aus Kapitalerträgen, und für die gilt in den USA ein niedrigerer Steuersatz.

Das Beispiel zeigt, dass die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft von verschiedenen Seiten betrachtet werden kann. Dass amerikanische Spitzenverdiener gar nicht so schwach zur Kasse gebeten werden, lässt sich ebenso argumentieren wie die Behauptung, dass die Vereinigten Staaten bei der Einkommensverteilung nach Mexiko die schlechtesten Werte der westlichen Industriewelt aufweisen.

Ein anderes auffälliges Beispiel stellt die Schweiz dar, in der man ein riesiges Verdienst-Gefälle vermuten würde. Tatsächlich ist die Brutto-Einkommensverteilung die ausgeglichenste weltweit. Das ist eine Folge der hohen Beschäftigung, durch die die „unteren Schichten“ stark profitieren und wegen der sich der Abstand zu den Topverdienern einigermaßen in Grenzen hält.

Und wie sieht es in Österreich aus? Brutto sind die Einkommen etwas ungleicher verteilt als in der Schweiz, Dänemark oder Schweden, aber deutlich gleicher als in Frankreich, Deutschland oder Italien, das überhaupt die größte Konzentration von Top-Verdienern in Europa aufweist. Netto – also nach Steuern und Transfers – verbessert Österreich seine Position deutlich und rückt nach Tschechien und Schweden an die Spitze der Gleichverteilung. Das überrascht nicht besonders, verbessern doch Transfers das Einkommen des unteren Drittels um 50 Prozent.

Zu anderen Ergebnissen kommen Untersuchungen zum Vermögen, also nicht des laufenden Einkommens. Die Top-Zehn-Prozent halten laut Nationalbank 54 Prozent des Geldvermögens, bei Immobilien sind es sogar 61 Prozent. Allerdings: Kritiker verweisen darauf, dass diese Berechnungen ausschließlich auf Umfragen basieren. Konrad Pesendorfer, Chef der Statistik Austria, hält die Kalkulationen für seriös. Wilfried Altzinger von der Wirtschaftsuniversität spricht bei den Erhebungen von einem Graubereich: Superreiche würden von der Notenbank nicht ausreichend erfasst, kritisiert er.

Trefflich streiten lässt sich auch über die Armutsberechnungen. Die EU-Kommission hat 2010 bei den „manifest Armen“ für Österreich einen Rückgang auf 355.000 Betroffene errechnet. Die Statistik Austria machte einen Zuwachs auf 511.000 Personen aus. Die Zahlen seien durch neue Kriterien „willkürlich verschärft worden“, meint dazu der Publizist Wolfgang Hörl. Pesendorfer bestätigt, dass man die Berechnung umgestellt habe. Der Besitz einer Waschmaschine, eines Autos und eines Telefons wird nun nicht mehr berücksichtigt – früher war dies ein Indikator dafür, nicht arm zu sein. Statt dessen wird nun erhoben, ob die Befragten eine unerwartete Ausgabe von 950 Euro finanzieren, oder ein Mal im Monat Freunde zum Essen einladen können. Pesendorfer bestätigt die Änderungen, bestreitet aber, dass dadurch die Armut hoch getrieben worden sei.

Tatsächlich gibt es auch Kritiker von anderer Seite. „Man behauptet, dass sich Armut in etwa konstant verhält, berücksichtigt dabei aber nicht, dass eigentlich nur Haushalte befragt werden. Würde man auch Obdachlose befragen, so könnte man einen ansteigenden Trend beobachten“, erklärt Wirtschaftsforscher Alois Guger. Globalisierungsbefürworter Hörl wiederum findet, dass die erzielten Verbesserungen bei der Einkommensgerechtigkeit „politisch nicht erwünscht“ seien und deshalb statistisch getrickst werde.

WISSEN

Der bezaubernde Gini

Der vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelte Gini-Koeffizient ist ein prominentes statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen. Im Wesentlichen lässt er sich aus dem Verhältnis von Anteilen der Bevölkerung zu deren Anteil am Gesamteinkommen errechnen. Zahlen nahe eins (je nach Skalierung auch 100) deuten auf hohe Ungleichheit hin, der Wert Null signalisiert totale Gleichheit in der Einkommensverteilung. Während viele europäische Länder Bestwerte aufweisen, sind vor allem asiatische und südamerikanische Länder die Schlusslichter. Österreich kommt nach aktuellen Berechnungen auf einen Wert von 0,26.

Kritisiert wird der Koeffizient deswegen, weil er keine Aussage über die absolute Höhe der Einkommen zulässt. Verzerrend wirkt sich auch die Tatsache aus, dass viele Einkommen (informeller Sektor, Obdachlose) nicht in der Berechnung berücksichtigt sind, da sie nicht erfasst werden können. (cgf)

GERECHTIGKEIT

Wie gerecht ist Österreich?

Gerechtigkeit hat viele Dimensionen – statistisch wird sie aber vor allem an Verteilungen festgemacht. Dabei zeigen sich auf den ersten Blick enorme regionale Unterschiede: In Wien und im Umland der großen Städte wird das größte Bruttoregionalprodukt erwirtschaftet, die peripheren Regionen des Weinviertels und des Burgenlands haben die geringste Wertschöpfung pro Einwohner. Ungleichheit spiegelt sich auch in der Vermögensverteilung wider: Die untersten vier Dezile (also die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung) haben keinen Anteil an Grund und Boden, das oberste Zehntel stellt 37 Prozent der Besitzer von Eigenheimen und Eigentumswohnungen. Die Statistik zeigt auch: Beamte und Angestellte schicken ihre Kinder auf Hochschulen, nur 361 Studienanfänger sind Kinder von einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern. Und: Wer wenig verdient, muss einen hohen Teil seines geringen Einkommens für Verbrauchssteuern ausgeben.

Wie Immobilienbesitz verteilt ist

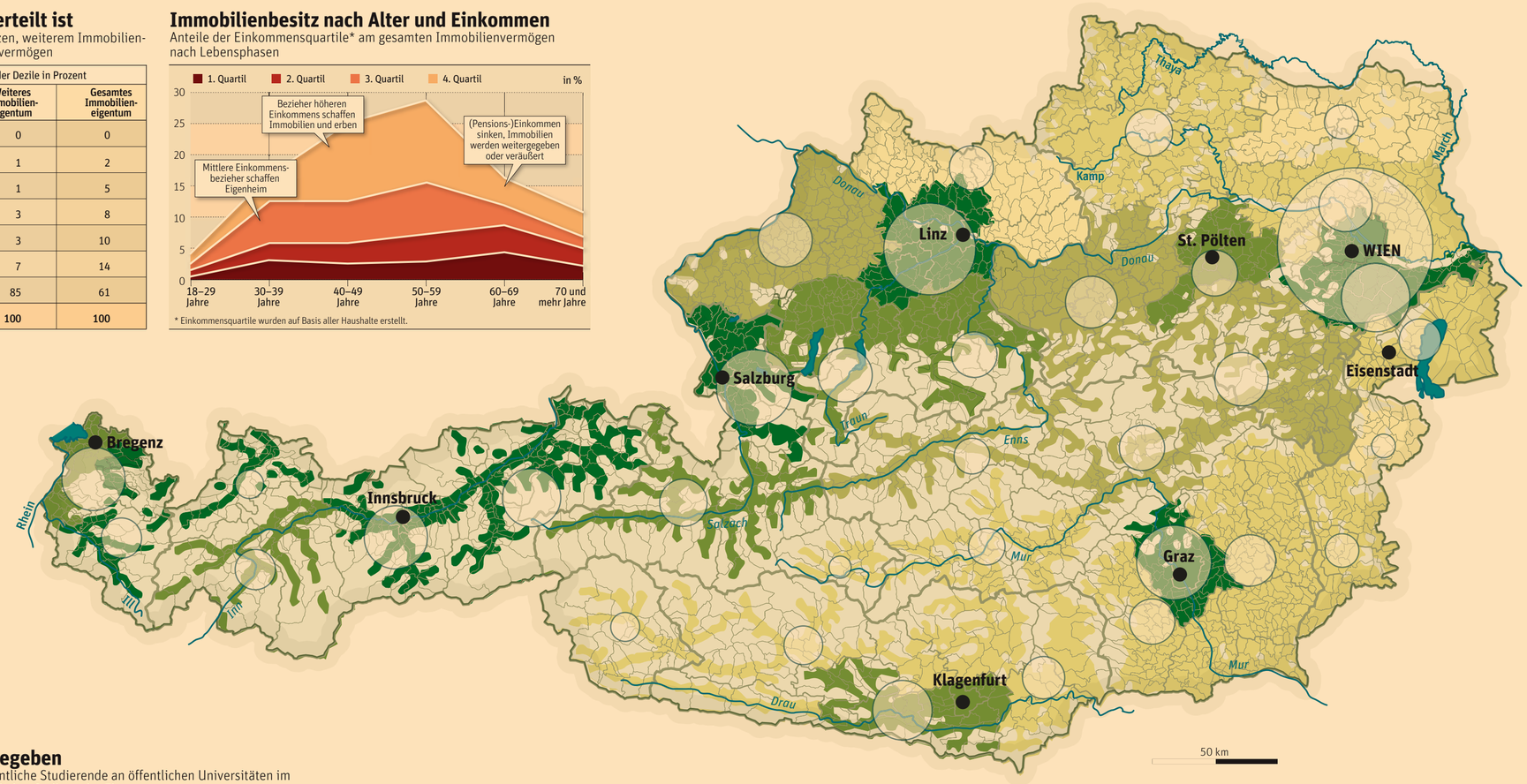
an Gesamtwerten von Hauptwohnsitzen, weiterem Immobilieneigentum und gesamtem Immobilienvermögen

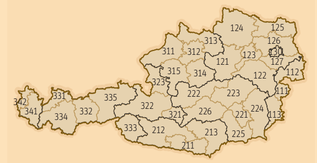
Immobilienvermögensdezile	Anteile der Dezile in Prozent		
	Hauptwohnsitz	Weiteres Immobilieneigentum	Gesamtes Immobilieneigentum
Dezil 1 bis 4	0	0	0
Dezil 5	4	1	2
Dezil 6	8	1	5
Dezil 7	12	3	8
Dezil 8	17	3	10
Dezil 9	22	7	14
Dezil 10	37	85	61
Gesamt	**100**	**100**	**100**

Immobilienbesitz nach Alter und Einkommen

Anteile der Einkommensquartile* am gesamten Immobilienvermögen nach Lebensphasen

* Einkommensquartile wurden auf Basis aller Haushalte erstellt.



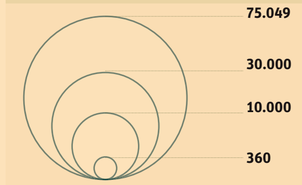


BRUTTOREGIONALPRODUKT [BRP]

BRP pro Kopf

- ≥ 35.000
- ≥ 30.000–35.000
- ≥ 25.000–30.000
- ≥ 20.000–25.000
- ≤ 20.000

BRP in Millionen Euro



BRP NACH NUTS-3-ZONEN

	BRP pro Kopf	BRP in Mio. €
Rheintal-Bodensee-Gebiet (342)	33.500	9.369
Bludenz-Bregenzer Wald (341)	38.300	3.385
Tiroler Unterland (335)	34.100	8.157
Tiroler Oberland (334)	34.600	3.492
Osttirol (333)	25.000	1.246
Innsbruck (332)	36.500	10.330
Außerfern (331)	36.900	1.170
Salzburg und Umgebung (323)	40.800	14.084
Pinzgau-Pongau (322)	32.000	5.206
Lungau (321)	26.500	556
Traunviertel (315)	29.000	6.650
Steyr-Kirchdorf (314)	30.800	4.720
Mühlviertel (313)	19.800	4.054
Linz-Wels (312)	43.600	23.899
Innviertel (311)	25.300	6.967
Westliche Obersteiermark (226)	22.900	2.397
West- und Südsteiermark (225)	20.900	3.973
Oststeiermark (224)	22.400	5.988
Östliche Obersteiermark (223)	28.600	4.784
Liezen (222)	27.400	2.206
Graz (221)	37.900	15.048
Unterkärnten (213)	22.800	3.528
Oberkärnten (212)	22.900	2.958
Klagenfurt-Villach (211)	32.200	8.887
Wien (130)	42.600	72.063
Wiener Umland [Südteil] (127)	38.600	12.208
Wiener Umland [Nordteil] (126)	23.700	7.197
Weinviertel (125)	17.600	2.178
Waldviertel (124)	22.000	4.857
Sankt Pölten (123)	34.700	5.141
Niederösterreich-Süd (122)	23.500	5.941
Mostviertel-Eisenwurzen (121)	24.300	5.877
Südburgenland (113)	20.000	1.959
Nordburgenland (112)	24.400	3.618
Mittelburgenland (111)	19.400	727

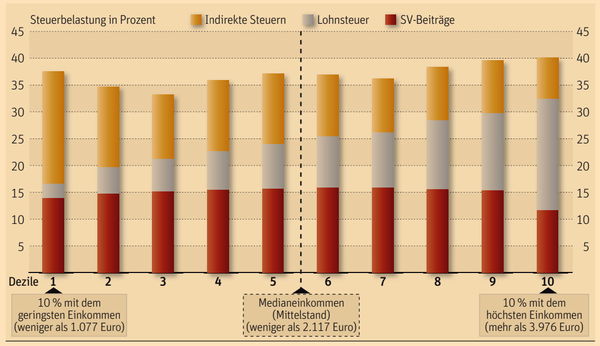
So wird Bildung weitergegeben

Erstimmatrikulierte inländische ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten im Wintersemester 2009/10 nach beruflicher Stellung der Eltern

Berufliche Stellung der Mutter	insgesamt	Berufliche Stellung des Vaters								
		selbstständig	freiberuflich Tätiger	Angestellter	Beamter, Vertragsbediensteter	Facharbeiter	sonstiger Arbeiter	Haushalt	Sonstiges, nicht erwerbstätig	ohne Angaben
insgesamt	**26.219**	**4.405**	**1.560**	**11.216**	**4.867**	**975**	**1.266**	**57**	**1.056**	**817**
selbstständig	2.234	1.104	57	645	230	55	67	2	74	–
freiberuflich Tätige	1.143	63	698	196	99	38	13	5	31	–
Angestellte	13.086	2.147	474	7.448	1.880	362	358	24	393	–
Beamtin, Vertragsbedienstete	4.412	563	157	1.411	1.863	144	135	11	128	–
Facharbeiterin	312	34	42	60	50	88	30	–	8	–
sonstige Arbeiterin	846	68	25	154	111	88	361	6	33	–
Haushalt	2.495	325	76	1.063	504	160	245	8	114	–
Sonstiges, nicht erwerbstätig	874	101	31	239	130	40	57	1	275	–
ohne Angaben	817	–	–	–	–	–	–	–	–	817

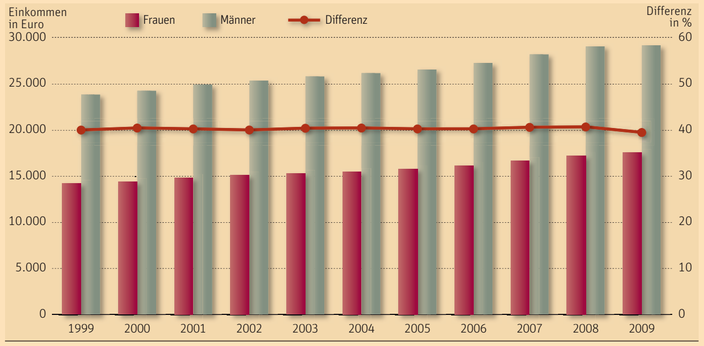
Welche Einkommensgruppe wie viel Steuern zahlt

gemessen am Bruttoäquivalenzgesamteinkommen der Unselbstständigenhaushalte 2005



Der Gender-Gap: Wie viel Frauen weniger verdienen

mittleres Bruttomedianeinkommen



DER STANDARD

Autoren: Fatih Aydogdu, Peter Frey, Gerald John, Conrad Seidl

Quellen: Statistik Austria Lohnsteuerdaten, Kartographie und GIS; Wifo, Guger et al, Immobilienvermögenserhebung 2008, OeNB

„Die menschliche Würde ist der Kern des Ganzen“

Der südafrikanische Jurist Albie Sachs war als Apartheid-Gegner 20 Jahre im Exil und überdies Opfer eines Bombenanschlags. Mit Julia Raabe sprach er über Vergeltung, Rache und Rechtsstaatlichkeit.

STANDARD: *Sie haben als Anti-Apartheid-Aktivist einen ähnlichen Umbruch erlebt wie heute die Menschen in der arabischen Welt. Südafrika wählte mit einer Wahrheitskommission den Weg der Versöhnung. Wie wichtig ist die strafrechtliche Aufarbeitung von Verbrechen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft?*
Sachs: Ich war in Ägypten und in Tunesien, um über die südafrikanische Erfahrung zu sprechen. Die Wahrheitskommission hat nicht einfach die Verbrechen der Vergangenheit für vergessen erklärt. Jeder Einzelne musste vor die Wahrheitskommission treten und ein Geständnis ablegen. Nur dem, der die Wahrheit sagte, wurde Amnestie gewährt. Ich fand das viel produktiver als zu versuchen, Beweise gegen einige Verdächtige zu sammeln und Leute ins Gefängnis zu stecken.

STANDARD: *Beweise gab es genug.*
Sachs: Ja, aber es war wichtiger, die Ursprünge und Gründe zu verstehen, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal geschieht. Die wahre Frage war, wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie am tiefsten verankert werden konnten – und nicht, wie man die eine oder andere Person bestraft. Gerechtigkeit einfach auf Strafe zu reduzieren, wenn ein ganzes System auf Unrecht basierte, würde Gerechtigkeit auf ein sehr instrumentelles Verständnis beschränken.

”

Eine sanfte Vergeltung, dass wir Demokratie erreicht haben.

“

STANDARD: *Sie haben den Mann getroffen, der 1988 den Anschlag auf Sie organisierte …*
Sachs: … Ja. Sein Name war Henri. Ich habe es sehr geschätzt, dass er den Mut hatte, mich aufzusuchen. Es war eine komische Begegnung. Als ich ihm die Tür öffnete, schaute ich ihn an und dachte: Das ist der Mann, der versucht hat, mich umzubringen. Wir redeten lange, er erklärte die Umstände. Wir hatten nie einen Konflikt gehabt, nie um etwas gekämpft, aber er war auf der einen Seite und ich auf der anderen. Irgendwann sagte ich: Ich kann dir nicht die Hand schütteln, aber gehe zur Wahrheitskommission, erzähle, was du weißt – und vielleicht, eines Tages, werde ich es können.

Ich habe nicht mehr an ihn gedacht, bis ich neun Monate später auf einer Party auf einmal meinen Namen hörte. Plötzlich stand Henri vor mir, strahlend. Er erzählte, dass er vor der Wahrheitskommission gewesen war und die Leute getroffen hatte, die damals mit mir im Exil waren und die auch Opfer der Bombe hätten werden können. Und da sagte ich: Ich sehe es nur an deinem Gesicht, aber ich weiß, dass du die Wahrheit sagst. Und ich streckte ihm meinen linken Arm hin und schüttelte seine Hand. Ich wäre fast in Ohnmacht gefallen, aber er ging strahlend davon. Später erfuhr ich, dass er nach Hause gefahren ist und zwei Wochen lang geweint hat. Das hat mich sehr berührt. Da ist er zu einem Menschen geworden, einem Bürger unseres Landes.

STANDARD: *Hatten Sie wirklich überhaupt keine Rachegedanken?*
Sachs: Ich nenne es meine „sanfte Vergeltung“, dass wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erreicht haben. Wenn mir Leute sagten, „Albie, wir werden dich rächen“, habe ich mich immer gefragt, was sie damit meinen. Anderen die Arme abzuhacken und sie halb blind zu machen? Was würde mir das helfen? Sanfte Vergeltung heißt, ihnen nicht das anzutun, was sie dir angetan haben – sondern das Land so zu verändern, dass die Dinge nie wieder passieren. Aber mit der moralischen Beteiligung der Täter.

STANDARD: *In Ägypten wird Expräsident Mubarak der Prozess gemacht, auch Tunesien will Ben Ali, der im Exil weilt, auf der Anklagebank sehen. Wie sehen Sie diese Prozesse in diesem Kontext?*
Sachs: Mubarak hatte das Recht auf Verteidigung und die Möglichkeit, seine Argumente vorzutragen. Insofern ist es ein richtiger Prozess. Fairness und Objektivität werden hier zum Test für die Justiz. Die Menschen, die unter Mubarak gelitten haben, scheinen sehr darauf erpicht, ihn verurteilt und bestraft zu sehen. Bevor das nicht passiert ist, wird es schwierig für sie, nach vorn zu schauen. Das verursacht großen Druck auf die Richter. Ich bin sehr gegen die Todesstrafe. Sie mag in diesem Fall rechtlich möglich sein, aber sie ist nicht vereinbar mit der Art von Gesellschaft, die man versucht aufzubauen.

STANDARD: *Aber hilft der Prozess beim Aufbau eben einer solchen Gesellschaft?*
Sachs: Die Unterdrückung hat in Ägypten über Jahrzehnte angedauert. Irgendjemand hat *(während der Revolution 2011, Anm.)* den Befehl erteilt, in die Menge zu schießen. Es scheint klar, dass die Mubarak-Familie ein riesiges Vermögen angesammelt hat, auf Grundlage seiner Rolle als Präsident. Wer genau im Einzelnen dafür verantwortlich war – darüber muss von Fall zu Fall entschieden werden. Man kann niemanden verurteilen, um die Bevölkerung zufriedenzustellen – aber man kann Beweise auch nicht kleiner machen, als sie sind. Es ist gut, dass er vor Gericht gestellt wurde. Im Fall Gaddafi *(der libysche Exmachthaber war vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt, wurde aber bei seiner Gefangennahme getötet, Anm.)* gab es gar keinen Prozess. Ich habe von Libyern erfahren, dass die Wut einfach so groß war, dass die Bevölkerung nicht hätte weitermachen können, ohne eine Art von sofortiger Zerstörung seines Lebens. Es ist sehr traurig, so etwas zu hören.

STANDARD: *Was bedeutet für Sie Gerechtigkeit?*
Sachs: Es gibt Gerechtigkeit im Sinne einer gerechten Gesellschaft, einer fairen Behandlung von Menschen. Und es gibt Gerechtigkeit durch die Gerichte, durch Urteile. Beide Begriffe hängen miteinander zusammen, aber sie sind nicht dasselbe. Die generelle Gerechtigkeit entsteht durch ethische Werte, Verhaltensweisen, soziale Billigung oder Missbilligung von Verhalten. Bei den Gerichten geht es weniger darum, Gerechtigkeit zu schaffen, sondern Ungerechtigkeit zu beseitigen, nach vorher festgelegten Standards und Regeln.

STANDARD: *Gerechtigkeit ist für Sie also etwas Relatives, das jede Gesellschaft selbst definieren kann – oder gibt es trotzdem so etwas wie absolute Gerechtigkeit?*
Sachs: Ich glaube nicht, dass Gerechtigkeit etwas Absolutes ist. Aber ihre Horizonte entwickeln sich ständig weiter. Das können wir bei den Strafen sehen. Folter und grausame Hinrichtungsmethoden waren lange Zeit ziemlich normal. Heute hat die Gesellschaft Folter als legitimes Instrument abgeschafft. Die meisten Länder, die ich bewundere, haben die Todesstrafe abgeschafft. Oder schauen Sie sich die Rechte von Frauen an, von Arbeitern, die Abschaffung der Sklaverei. Es ist nicht so, dass man nichts ändern kann. Ungleichheit und Respektlosigkeit sind einer modernen, offenen Gesellschaft nicht würdig.

STANDARD: *Argumentieren Sie nicht doch für eine Art Gerechtigkeitsideal, auf das wir uns hinbewegen?*
Sachs: Nein, ich sage nicht, dass es ein Ideal gibt, das wir anstreben. Ich sage, dass wir Ungerechtigkeiten beseitigen – eine nach der anderen. Die menschliche Würde ist der Kern des Ganzen.

Wie sehr sich Gesellschaften in dieser Hinsicht entwickeln, lässt sich an der ökologischen Gerechtigkeit ablesen, die ein großes Thema ist. Da geht es um ganz neue Prinzipien, die mit einem neuen Bewusstsein einhergehen. Menschen übernehmen Verantwortung über Grenzen und Nationen hinweg. In gewissem Sinne ist die Debatte über den Klimawandel nicht nur wichtig für das Überleben der Erde. Sie schafft eine neue Vision von einer Welt, in der Menschen voneinander abhängen und einander respektieren. Sie hilft, mit der Idee einer gierigen Welt aufzuräumen, in der jeder tun und lassen kann, was er will.

ZUR PERSON

ALBIE SACHS (77) ist südafrikanischer Jurist, Anti-Apartheid-Aktivist und Buchautor. Mehr als 20 Jahre verbrachte er wegen des Apartheid-Regimes im Exil, zunächst in London, dann in Südafrikas Nachbarland Mosambik. Dort platzierten südafrikanische Agenten im April 1988 eine Bombe in seinem Auto. Den Anschlag überlebte er nur knapp, er verlor seinen rechten Arm und wurde auf einem Auge blind. Nach Südafrika kehrte er 1990 nach der Zulassung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der Freilassung von Nelson Mandela zurück. Er schrieb die neue Verfassung mit und wurde 1994 als Richter ans Verfassungsgericht berufen. Heute lehrt er an Universitäten und schreibt Bücher. Für „The Strange Alchemy of Life and Law“ erhielt er 2010 den Alan Paton Award. *Foto: Eyevine*

Andreas Leikauf: THINGS WENT WRONG

Das Völkerstrafrecht zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wie schwerste Verbrechen geahndet werden

Hellgrau und mit großen Fenstern ragt der Amtssitz des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) in den Himmel, ein Bürokomplex wie viele andere in den Außenbezirken von Den Haag. Innerhalb dieser Wände geht es um die schlimmsten Verbrechen, die die Menschheit kennt: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord. Sie zu verhüten und zu bestrafen – das ist die Aufgabe des ICC.

Der ICC, der 2002 seine Arbeit aufgenommen hat und dem heute 120 Staaten angehören, ist der erste ständige Gerichtshof für diese Delikte – der Höhepunkt einer Entwicklung, die mit den Nürnberger Prozessen gegen die Naziverbrecher begann. Die UN-Tribunale für Exjugoslawien und Ruanda, die Gerichtshöfe für Verbrechen in Sierra Leone, Kambodscha und dem Libanon wie auch entsprechende nationale Gesetze – sie alle eint vor allem ein Grundsatz, zu dem sich inzwischen ein Großteil der Staatengemeinschaft bekennt: keine Straflosigkeit mehr, denn die schwersten Verbrechen gehen alle etwas an.

GERECHTIGKEIT

Ein hehres Ziel, das die Wirklichkeit nicht immer einlösen kann. „Vom Anspruch auf Universalität ist wenig übrig geblieben, denn nur in sehr wenigen Fällen wird reagiert“, sagt der deutsche Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der sich in einem neuen Buch (*Mit zweierlei Maß,* Verlag Wagenbach, Berlin) kritisch mit der internationalen Strafgerichtsbarkeit auseinandersetzt. „Es ist ein Irrglaube, dass hier rein nach juristischen Kriterien vorgegangen wird.“ Das Völkerstrafrecht, schreibt er, werde politisch selektiv und überwiegend gegen schwache, gefallene und besiegte Potentaten angewandt.

Tatsächlich hat, wer noch mächtige Verbündete auf seiner Seite weiß, wenig zu befürchten. Beispiel: Während der Uno-Sicherheitsrat den Fall Libyen sehr rasch an den ICC überwies, kann die syrische Staatsspitze einstweilen auf die Unterstützung der UN-Vetomacht Russland zählen.

Mögliche Verbrechen von westlicher Seite wie die Folterskandale im Antiterrorkampf der USA sind bis jetzt gar nicht zur Sprache gekommen – für Kaleck ein ernstes Problem für die Glaubwürdigkeit des Völkerstrafrechts. „Überall auf der Welt wird gesagt, dass hier etwas passieren muss – nur unsere Politiker meinen, das ausblenden zu können.“ Deshalb hatte der Anwalt zweimal – vergeblich – in Deutschland eine Anzeige gegen Ex-US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und andere hochrangige US-Vertreter eingebracht. Grundlage ist das deutsche Völkerstrafgesetzbuch, das auch die Ahndung von schwersten Verbrechen erlaubt, die keinen Bezug zu Deutschland haben.

Befürworter verweisen dagegen auf den Grundsatz, dass die internationale Strafgerichtsbarkeit nur dann greift, wenn nationale Gerichte nicht aktiv werden können oder wollen. Das treffe auf die westlichen Staaten gar nicht zu, im Gegensatz etwa zu einigen Ländern in Afrika, wo sich alle Fälle ansiedeln, die der ICC bis jetzt behandelt.

Neben Libyen, dem Sudan, Kenia und Uganda sind das Zentralafrika, die Demokratische Republik Kongo und Côte d’Ivoire, drei dieser Länder haben den Internationalen Strafgerichtshof selbst mit den Ermittlungen beauftragt. Das erste Urteil des im Fall des kongolesischen Exmilizführers Thomas Lubanga wird in den nächsten Wochen erwartet. (raa)

Obama und der geplatzte amerikanische Traum

Je weiter die Einkommensschere aufgeht, umso schwerer wird der soziale Aufstieg. Im Wahlkampf stellt US-Präsident Barack Obama die Schieflage in den Mittelpunkt seines Plädoyers für mehr Gerechtigkeit.

Frank Herrmann aus Washington

Vor 50 Jahren war das Leben in Belmont, Massachusetts, nicht so viel anders als das in Fishtown, Pennsylvania. Zugegeben, in Belmont besaß man schon damals die größeren Fernseher, aber hier wie dort sah man die gleichen Sendungen. Heute sitzt man in Fishtown schon tagsüber stundenlang vor dem Apparat, während die Belmonter das Gerät, wenn überhaupt, nur am Abend einschalten. In Belmont wurde 1960 geraucht, in Fishtown auch. In beiden Städten trank man Bier, die Urlaubsreise führte meist an die nahe Atlantikküste, in relativ bescheidene Feriensiedlungen.

Heute ist der Glimmstängel in Belmont so gut wie tabu. Und wenn es statt Rotwein Bier sein muss, dann solches aus der lokalen Kleinbrauerei. Der jährliche Kulturtrip nach Paris oder Berlin, Rom oder Florenz gehört zum Pflichtprogramm. In Belmont hat fast jeder einen College-Abschluss – in Fishtown nahezu keiner. In Belmont sind Frauen in aller Regel verheiratet, wenn sie ihr erstes Baby bekommen – in Fishtown wachsen 44 Prozent der Kinder bei nicht verheirateten Paaren auf oder, was noch öfter der Fall ist, bei alleinerziehenden Müttern. In Belmont verdient ein Durchschnittshaushalt 163.000 Dollar pro Jahr, fast doppelt so viel wie 1960. In Fishtown dagegen stagnieren die Löhne. Jeder achte erwerbsfähige Mann hat es aufgegeben, nach Arbeit zu suchen, das heißt, er taucht auch in keiner Arbeitslosenstatistik mehr auf.

Immer weniger Brücken

Belmont und Fishtown: Für den Sozialwissenschaftler Charles Murray sind es Chiffren, Symbole für die wachsende Kluft in den USA. Er überzeichnet wohl ein wenig, doch beide Orte gibt es wirklich. Der eine, fahrradfreundlich und umweltbewusst, liegt im Speckgürtel von Boston. Der andere, geprägt von Reihenhäusern und hässlichen Stromleitungen, grenzt an Philadelphia. Fünf Prozent der Amerikaner, so Murray, leben in betuchten Enklaven à la Belmont, und etwa 20 Prozent leben in Problemvierteln wie Fishtown. Das Alarmierendste an dem Befund ist, dass die Brücken, die von einem Biotop zum anderen führen, immer weniger werden.

Belmonts neue Oberklasse – Ärzte, Anwälte, Hochschulprofessoren, Manager, Architekten – vererbt ihren Kindern einen Bildungsvorsprung, den Fishtown nicht mehr aufholen kann. Ihre Kinder gehen nach Harvard, Stanford und Yale, wo sie untereinander heiraten und Nachwuchs zeugen, der ähnlich smart, clever und wohlhabend sein wird. „Die Isolation wird immer schlimmer", doziert der Soziologe, der am konservativen Think Tank American Enterprise Institute forscht.

Mythos „American Dream"

Murray trifft einen Nerv, der ein wichtiges Thema im Präsidentschaftswahlkampf abbildet. Barack Obama zieht mit dem Versprechen in den Wahlkampf, im Interesse der Mittelschicht zu altem Fairplay zurückzukehren, gegen die Exzesse der Wall Street und die Ungerechtigkeit entfesselter Märkte. Um Neid gehe es nicht, stellte der Präsident in der Rede zur Lage der Nation klar: „In diesem Land gönnen wir den Leuten finanziellen Erfolg. Wir bewundern ihn. Aber Amerikaner verstehen auch: Wenn ich Steuernachlässe kassiere, die ich nicht brauche und die sich das Land nicht leisten kann, wächst entweder das Defizit, oder ein anderer muss die Differenz ausgleichen."

Das Paradebeispiel: Mitt Romney, im Herbst womöglich Obamas Wahlgegner, zahlt nur 14 Prozent Steuern, weil er das Gros seiner Einnahmen durch Kapitalerträge bestreitet. Debbie Bosanek, Sekretärin des milliardenschweren Investors Warren Buffett, muss dagegen den Spitzensatz von 35 Prozent entrichten. Es war Buffett selbst, der vorschlug, die Schieflage zu korrigieren und Millionäre mit mindestens 30 Prozent zur Kasse zu bitten. Seitdem spricht Obama bei jeder Gelegenheit von der Buffett-Regel: Man könne entweder in Bildung investieren oder die Privilegien der Wall Street wahren, beides zusammen gehe nicht. Und um religiös motivierte Wähler zu erreichen, zitiert er aus der Bibel: Habe Jesus nicht gelehrt, dass viel geben müsse, wer viel bekomme?

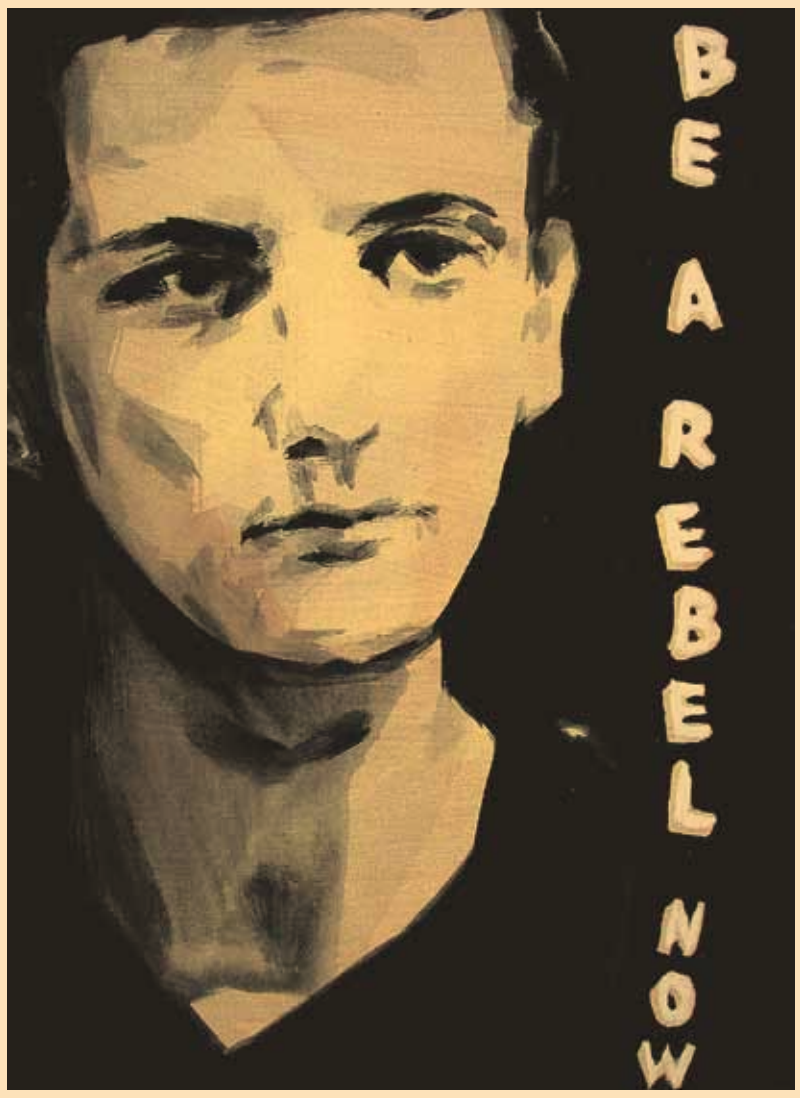
Nicht im Fokus stehen Umverteilungsdebatten. „Die Leute wollen den Reichen ihr Geld nicht wegnehmen. Sie wollen nur eine bessere Chance, selber reich zu werden", sagt Andrew Kohut, Direktor des renommierten Pew Research Center. Vielmehr kreist der Diskurs um Chancengleichheit, um das Gründungscredo des „American Dream" – wonach ausdauernd harte Arbeit und ein Quäntchen Glück jedem den Aufstieg ermögliche.

So selbstverständlich dieses Schlagwort in jede Politikerrede gehört, so ernüchtert müssen seine Anhänger zur Kenntnis nehmen, wie viel mythische Verklärung inzwischen mitschwingt.

In Europa ist es mittlerweile leichter, aus einfachen Verhältnissen heraus über Bildung Karriere zu machen. 2007, im Jahr vor dem Finanzcrash, war das Vermögen in den USA so ungleich verteilt wie zuletzt 1928, vor der Weltwirtschaftskrise.

Solange soziale Mobilität die Aussicht auf eigenen Erfolg verheißt, werfen selbst krasse Einkommensgräben den amerikanischen Optimismus nicht aus der Bahn. Um diese Mobilität aber ist es immer schlechter bestellt. Laut der Washingtoner Brookings Institution besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem breiteren Auseinanderklaffen der Einkommensschere und geringeren Aufstiegschancen.

Nach Untersuchungen des schwedischen Ökonomen Markus Jäntti bleiben 42 Prozent aller Kinder, die im unteren Fünftel der Wohlstandspyramide aufwachsen, zeitlebens in diesem Segment – in Murrays Fishtown. In Dänemark ist es bloß ein Viertel.



Andreas Leikauf: BE A REBEL NOW

Der „American Dream" predigt gleiche Chancen für alle – die Realität sieht für viele Amerikaner anders aus. *Foto: Reuters / Jose Luis Magana*

Zur Freiheit wollten die Araber Gerechtigkeit

Die Islamisten kapern den Begriff – und meinen mehr als nur gerechtere Verteilung

Gudrun Harrer

„Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit" war einer der Slogans des Arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten – und nur das „Brot" fehlt im Titel der neuen stärksten Partei des neuen Ägypten, der „Freiheit und Gerechtigkeits-Partei" (FJP) der Muslimbrüder, die bei den ersten freien Wahlen mit 45 Prozent ins Parlament einzog.

Der Gerechtigkeitsbegriff ist bei ihr allerdings nicht auf „sozial" eingeschränkt. Und die „Gerechtigkeit" im Parteinamen ist natürlich auch keineswegs eine Erfindung der ägyptischen Muslimbrüder. Sie ist beinahe ein Markenzeichen für islamistische oder islamische Parteien, sehr oft in der Kombination mit „Entwicklung", wie ja auch bei der „Adalet ve Kalkınma Partisi" in der Türkei, der AK-Partei.

Dennoch wird der Wähler der FJP wohl in allererster Linie die soziale Gerechtigkeit im Kopf gehabt haben, als er der Partei seine Stimme gab. Der Ruf nach der Verteilungsgerechtigkeit war ein ganz entscheidendes Element in den arabischen Revolten. Ganz passte er nicht ins Bild der romantischen Rezeption, die den Aufständen in vielen westlichen Medien widerfuhr: Da konzentrierte man den Blick lieber auf die bürgerlichen, gebildeten Mittelschicht-Kids der Social-Media-Generation. Sie sind das verbindende Glied zwischen den Kulturen, sie heben die Unterschiede auf. Mit einem ägyptischen Mindestlohn-Fabriksarbeiter kann man sich schon weniger identifizieren – der dann auch noch islamistisch wählt.

Programmiertes Scheitern

Es mag aber auch sein, dass man die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit deshalb aus dem Fokus schob, weil ihre Unerfüllbarkeit – und damit ein zumindest teilweise Scheitern der Revolution – abzusehen war. Den postrevolutionären arabischen Gesellschaften geht es in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht heute schlechter als vor einem Jahr. Im neuen UNDP-Bericht über die Entwicklungsherausforderungen in der arabischen Welt wird die Sorge geäußert, die Transitionsprozesse könnten daran entgleisen. Eine der Schwierigkeiten sei, dass die alten Eliten mit Teilen der Oppositionen eine „zentristische Allianz" einzugehen versuchten, die ein Aufbrechen des alten Systems verhindert.

Die islamische Gerechtigkeit, die der politische Islam propagiert, ist jedoch mehr. Sie gehört zu den wichtigsten Prinzipien der muslimischen Gesellschaft, wo sie nicht ist, ist Unterdrückung – und die Gerechtigkeit ist hergestellt, wenn sich ein System an der Scharia orientiert. Mit Gerechtigkeit ist aber keineswegs Gleichheit gemeint. Gleich sind die Muslime nur als Gläubige. Um es etwa auf das Geschlechterverhältnis herunterzubrechen: Die Normen der Scharia, die Frauen und Männer in einer hierarchischen Ordnung sehen, sind „gerecht".

Scharia ist Gerechtigkeit

Im System des Muslimbrüder-Ideologen Sayyid Qutb ist Gerechtigkeit nichts anderes als Herrschaft gemäß der Scharia – alles andere ist als Verdrängung der Souveränität Gottes eine Tyrannei und ungerecht. Und muss bekämpft werden. Das ist ein radikaler Bruch mit der früheren unpolitischen Haltung des traditionellen Sunnitentums, in dem die Religionsgelehrten mit „ungerechten" Regimen kooperierten: wie es die meisten ja auch in der Neuzeit getan haben, was etwa ein islamistischer Dauervorwurf gegen den vom ägyptischen Regime eingesetzten Scheich der Al-Azhar war.

Diese unpolitische Haltung hat ihre Wurzeln wahrscheinlich im Bürgerkrieg in der islamischen Frühgeschichte – die den sunnitischen Slogan produzierte „Besser 100 Jahre Tyrannei als einen Tag Aufruhr". Es ist ganz typisch, dass die ägyptischen Salafisten, die ja in vielen Ansichten viel radikaler sind als die Muslimbrüder, die Revolution, die Revolte gegen den – ungerechten – Herrscher, zuerst als unislamisch ansahen (sie anerkannten danach quasi nur das Resultat als richtig an). Und damit wird wohl nebenbei auch klar, dass der politische Islam – der im islamfeindlichen Diskurs mit „dem Islam" identifiziert wird, eine moderne (im Sinne von zeitgenössische) Bewegung ist.

Islam und Sozialismus

Selbstverständlich gibt es in der islamischen Welt im 20. Jahrhundert auch die Verbindung zwischen dem Islam und den Gerechtigkeitsvorstellungen des Sozialismus, auch als „Dritter Weg" zwischen Kommunismus und Kapitalismus, etwa im krausen Weltbild des Muammar al-Gaddafi. Auch die iranischen Volksmujahedin sind typische revolutionäre Linksislamisten, die von den Konservativen ausgebootet wurden.

Zu Beginn der arabischen Revolten wurde in der Berichterstattung stets betont, dass weder die USA noch Israel thematisiert werden – es wurde daraus auf eine nachhaltige Verlagerung der Aufmerksamkeit auf innere Probleme geschlossen. Damit hätte die Palästinenserfrage ausgedient als faule Ausrede der Herrschenden, ihre unterdrückten Massen weiter auf Demokratie warten zu lassen. Das war schon richtig – das Gefühl der Ungerechtigkeit, das sich am Schicksal der Palästinenser entzündet, ist aber noch immer da.

Dass die „Gerechtigkeit für die Palästinenser" mit der Realität Israels versöhnt werden muss, wissen heute bis auf ein paar Verbohrte alle. Schwierig ist für die Menschen jedoch, nicht nur die Tatsache des Schicksals der Palästinenser zu akzeptieren, sondern – wie es die israelische Rechte will – quasi die Rechtmäßigkeit ihres Heimatverlusts. Das wird als ungerecht empfunden.

„Kinderlose sollten einen Solidarbeitrag leisten …“

… sagt der Mathematiker **Rudolf Taschner**. Für ÖGB-Frauenchefin **Brigitte Ruprecht** ist das unsinnig. Sie fordert unter anderem Frauenquoten in der Arbeitswelt. Die Fragen stellten **Karin Krichmayr** und **Peter Illetschko**.

Andreas Leikauf: YOU WILL PAY FOR MY MISTAKES

STANDARD: *Ist Gerechtigkeit überhaupt objektiv messbar? Wer sagt, was gerecht ist?*

Ruprecht: Soziale Gerechtigkeit ist sehr wohl objektiv messbar. Auf der einen Seite gibt es viele Menschen, die am Hungertuch nagen. Auf der anderen wird mit den Preisen von Lebensmitteln spekuliert. Man könnte Hunger und Armut verhindern und dazu auch jene auf der anderen Seite zu Steuerleistungen heranziehen.

Taschner: Das lässt sich sogar mathematisch messen. Wenn man die Bevölkerung eines Staates nach ihrem Monatsverdienst anordnet, von den Ärmsten bis zu den Großverdienern, dann entsteht aus dem sich akkumulierenden Einkommen eine nach oben gekrümmte Kurve, genannt Lorenz-Kurve. In einem gleichmacherischen „Marx-Engels-Staat“, in dem jeder das Gleiche verdient, ist die Kurve eine Diagonale. In einem diktatorischen Land verdient keiner etwas, nur der Machthaber, und es entsteht ein 90-Grad-Haken. Das sind die beiden Extreme. Die meisten Länder liegen dazwischen. Aus der Form der Kurve errechnet man die Gini-Koeffizienz. Je kleiner der Koeffizient, desto näher ist man beim „Marx-Engels-Staat“.

> Es gibt auch Menschen, die sagen: In diese Gesellschaft will ich keine Kinder hineingebären.
>
> **Brigitte Ruprecht**

STANDARD: *Wie kann der Koeffizient gesenkt werden, damit nicht wenige zu viel verdienen?*

Taschner: Viele Länder senken den Gini-Koeffizienten, indem sie direkte Transferleistungen an Arme verordnen. Nachhaltiger sind aber Investition in Infrastruktur und Bildung. Das rentiert sich aber erst in Generationen und ist politisch schwierig durchzusetzen.

Ruprecht: Man könnte aber auch bei den Großverdienern auf der anderen Seite anfangen und ihnen einen gerechten Anteil wegnehmen.

Taschner: Was ist gerecht? Plato hat gesagt: Jedem das Seine. Wer aber stellt fest, was das Seine eines jeden ist?

Ruprecht: Wenn eine Kellnerin, Friseurin oder Verkäuferin 40 Stunden arbeitet und sich von ihrem Gehalt die Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr leisten kann, und sich andere aufgrund ihrer Arbeitskraft Gewinne erwirtschaften – dann ist das für mich einerseits eine Frage der Gerechtigkeit und andererseits der Menschenwürde. Das auszugleichen, hat etwas mit moralischer Verpflichtung zu tun.

Taschner: Gerechtigkeit hat an sich nichts mit Moral zu tun. Moral spricht das Gewissen des jeweils Einzelnen an. Ich erwarte vom Staat, dass er mich fair behandelt gleich wie in einem Spiel, wenn ich einen Teil dessen, was ich habe, für die Allgemeinheit gebe. Das ist eine Frage der Kalkulation.

Ruprecht: Aber es braucht soziale Ausgewogenheit.

Taschner: Da muss der Staat Regeln für das Marktgeschehen so festlegen, dass die Differenzen nicht zu groß werden. Aber es muss Differenzen geben, sonst gäbe es keinen Antrieb für die Zukunft. Und: Die Hauptaufgabe des Staates ist nicht, den Status quo zu erhalten und ein bisschen auszutarieren, sondern Zukunft zu gestalten für die nächsten Generationen. Darum wird es immer Diskussionen um Gerechtigkeit geben.

STANDARD: *Hat also nur der Staat die Definitionsmacht über Gerechtigkeit? Schließlich entstehen Ungerechtigkeiten wie die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen am freien Markt.*

Taschner: Der Markt ist nicht gerecht, aber auch nicht ungerecht. Der Markt ist chaotisch. Die Natur ist nicht gerecht. Ich kann nichts dafür, dass ich als Mann geboren bin und nicht als Frau, dass ich in eine glückliche Gesellschaft hineingeboren bin und nicht in eine erodierte. Die Natur ist chaotisch. Gerechtigkeit ist ein Kunstbegriff. Es ist eine Kulturleistung des Menschen, die gestaltet werden muss. Ein Beispiel: Wie steuern wir eine Gesellschaft, in der wir unglaublich viele Oldies haben werden? Wir werden vergreisen. Das kommt auf uns zu mit mathematischer Sicherheit.

Ruprecht: Wir müssen daher dafür sorgen, dass der Staat mehr Kinder bekommt. In einer gerechten Arbeitswelt kommen die Kinder von allein.

Taschner: In Zukunft werden die Älteren in der Mehrheit sein. Ich halte die Idee eines Familienwahlrechts bedenkenswert: Die Mama kommt mit ihrem Kind hin und bekommt zwei Stimmzettel …

Ruprecht: Das ist genauso unsinnig wie Kinder zu taufen und sie, ohne sie zu fragen, zu einem Mitglied einer Religion zu machen.

Taschner: Die Eltern sind aber immerhin diejenigen, die mehr für die Zukunft gesorgt haben als die Kinderlosen.

Ruprecht: Das sehe ich nicht so. Die Kinderlosen unterstützen mit ihrer Arbeit und ihren Steuerleistungen auch jene, die Kinder haben und großziehen. Die Steuergelder werden ja solidarisch umverteilt. Ich bestreite, dass Eltern mehr zum Gemeinwohl beitragen als Kinderlose.

Taschner: Ich bin für einen Solidarbeitrag der Kinderlosen. Damit Sie, Frau Ruprecht, in Zukunft auch Ihre Pension bekommen, und das, was der Staat leistet, genießen können. Das ist einfach und zugleich gerecht.

Ruprecht: Es gibt auch Menschen, die sagen: In diese Gesellschaft möchte ich kein Kind hineingebären. Es gibt Menschen, die nicht in der Lage sind, Kinder zu bekommen, aus welchen Gründen auch immer. Diese Paare haben während ihres ganzen Erwerbslebens mit ihren Beiträgen zum Gemeinwohl beigetragen.

STANDARD: *Viele Frauen wollen sich kein Kind leisten, weil die Rückkehr in ihren Job sehr schwierig wird. Die würde man dann abstrafen. Ist das nicht ein Abschieben der Verantwortung auf die Kinderlosen?*

Taschner: Natürlich müsste man einen Solidarbeitrag staffeln. Es gibt schon ein Ungleichgewicht zwischen den Ländern: In Frankreich und Skandinavien sind Kinder ab zwei in Betreuung. Da hecheln wir in Österreich hinterher. In Frankreich genießen Eltern mit drei Kindern hohe Steuerbegünstigungen. Das fehlt hierzulande.

Ruprecht: In genau diesen Ländern, wo Frauen eine hohe Erwerbsquote haben, wo Frauen an der politischen Macht teilhaben, wo Frauen halbwegs gerecht bezahlt werden, wo Kinderbetreuung einen hohen Wert hat und der Anteil der Männer an der Kindererziehung und der Karenz gerechter ist als hierzulande, überall dort, wo es möglichst hohe Gleichberechtigung gibt, ist die Geburtenrate höher.

STANDARD: *Sie sprechen von Werten. In Österreich heißt es, Wissen ist unser größter Wert. Wie sieht es im Bereich Bildung und Wissenschaft mit Gerechtigkeit aus?*

Taschner: Tatsächlich ist der Gerechtigkeitsbegriff historisch im Bildungsbegriff verwurzelt. Bevor es Schulen gab, wurde man in Stände geboren, in denen man verharrte. „Kaiser, König, Edelmann, Bürger, Bauer, Bettelmann.“ Das war man und da blieben auch die Kinder. Dann kam die Schule, in der es möglich wurde, Standesgrenzen zu überwinden. So gab es etwa den späteren Mathematiker Carl Friedrich Gauß, Sohn eines Handwerkers in Braunschweig, bei dem sich in der Volksschule herausstellte, dass er mehr wusste als sein Lehrer. Dieser setzte sich dafür ein, dass er ins Gymnasium kam. Das zeigt uns, dass Schule die Basis ist, von der aus man sein Leben ganz neu gestalten kann. Alle müssen die Möglichkeit haben, sich zu verändern. Das ist die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft für alle.

> Plato hat gesagt: Jedem das Seine. Wer aber stellt fest, was das Seine eines jeden ist?
>
> **Rudolf Taschner**

Ruprecht: Aber die Vorurteile gibt es nach wie vor, gerade in den Schulen, und auch zwischen Mädchen und Buben. Da wird eher einem Burschen Mut gemacht, Mathematiker zu werden.

STANDARD: *Auch wenn es Chancengleichheit gibt, verdienen selbst Akademikerinnen für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn. Sind Quoten oder Strafen der einzige Ausweg?*

Ruprecht: Wenn wir Frauen darauf warten, dass wir auf allen Ebenen mitspielen dürfen, dann warten wir noch 700 Jahre. Es ist vielleicht ein österreichisches Phänomen, aber mit Freiwilligkeit und Selbstverpflichtungen kommen wir mit der Geschlechtergerechtigkeit keinen Schritt weiter. Das sehen wir bei der Debatte um Führungspositionen in Aufsichtsräten genauso wie bei den Stelleninseraten, die seit fast einem Jahr das Mindesteinkommen ausweisen müssen. Im November waren es gerade fünf Prozent, die diese Angabe gemacht haben. Seit Jänner gibt es Sanktionen bei Nichteinhalten, und seitdem waren es 83 Prozent. Das ist zwar nicht gerecht, wenn man mit Maßnahmen wie Quoten eingreift, weil das andere Geschlecht diskriminiert wird. Das fällt für uns unter positive Diskriminierung und sollte solange stattfinden, bis sich in Summe etwas geändert hat.

Taschner: Da stimme ich zu. Positive Diskriminierung muss es aber auch bei Kindergärtnern und Volksschullehrern geben, wo es viel zu wenige Männer gibt.

Ruprecht: Wir brauchen Männer genauso in frauendominierten Bereichen und umgekehrt. Dazu müssen auch Vorurteile abgebaut und die Arbeit gleich bewertet werden.

Taschner: Unabhängig vom Geschlecht sollte die Bezahlung des Kindergärtners seiner Leistung angemessen sein.

Ruprecht: Es wäre schließlich ungerecht, nur deswegen mehr zu zahlen, weil mehr Männer in diesen Berufsstand kommen, so wie das oft der Fall ist.

Taschner: Für mich wäre es auch gerecht, dass Frauen nicht unbedingt Maschinenbau studieren müssen, sondern das, was sie gern machen. Jede Leistung sollte angemessen honoriert werden.

Rudolf Taschner hält den Markt weder für gerecht noch für ungerecht, sondern für chaotisch. Brigitte Ruprecht ist skeptisch. *Fotos: Corn*

ZU DEN PERSONEN

Brigitte Ruprecht (48), geboren in Linz, absolvierte von 1978 bis 1981 die Lehre als Großhandelskauffrau, danach war sie bis 1994 Sachbearbeiterin im Ein- und Verkauf. Bis 2009 war sie oberösterreichische Landesfrauensekretärin des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB). Seit 2009 ist sie ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende.

Rudolf Taschner (58), geboren in Ternitz, Niederösterreich, studierte Mathematik und Physik und lehrt seit 1977 an der TU Wien. Der mehrfache Buchautor (zuletzt: *Gerechtigkeit siegt – aber nur im Film*) gründete die Kindervorlesungsreihe math.space im Museumsquartier. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

„Der Mittelstand erfüllt das biblische Gebot des Teilens“

Konservativer Katholik, linke Identifikationsfigur: **Andreas Khol** und **Caspar Einem** diskutieren über barmherzige Taten, himmelschreiende Ungerechtigkeiten und neoliberale Sünden. Die Fragen stellt **Gerald John.**

Andreas Leikauf: WE CAN HELP!

STANDARD: *Von Ihnen ist eine geradezu samariterhafte Geschichte überliefert, Herr Einem: Als wohlbehüteter Bürgersohn haben Sie Ihre Altbauwohnung ohne Not zu einer WG umfunktioniert. Warum?*

Einem: Weil mich als 23-Jährigen allein in einer 140-Quadratmeter-Wohnung das schlechte Gewissen geplagt hat. In drei Zimmer ließ ich deshalb Leute einziehen, die nicht nur ökonomisch schwach besaitet waren, sondern versucht haben, aus dem Drogenmilieu wegzukommen. Das ist in den meisten Fällen gelungen, in einem nicht – der hat dann gleich auch noch ordentlich gestohlen.

Khol: Was Caspar Einem hier geübt hat, würde ich Barmherzigkeit nennen – und die steht durchaus in einem Spannungsverhältnis zur Gerechtigkeit. Barmherzigkeit resultiert aus keiner Verpflichtung, sondern ist eine großzügige Charaktereigenschaft. Auf Gerechtigkeit hingegen hat man Anspruch: Ich verstehe darunter die immer wiederkehrende Möglichkeit, Chancen wahrzunehmen.

STANDARD: *Und für eine Quelle halten Sie Gott, wie Sie einst in die Verfassung schreiben wollten?*

Khol: Meine Prägung ist katholisch, ja. Personalität, Solidarität und Subsidiarität sind die drei Grundpfeiler der christlichen Soziallehre.

Einem: Ich bin durch meine Mutter evangelisch geprägt. Deutlich nachgeschärft hat sich meine Haltung in meiner Zeit als Bewährungshelfer. Es mag kein Zufall sein, dass ich Gerechtigkeit ähnlich definiere: eine einigermaßen faire Verteilung von Chancen.

STANDARD: *Fragt sich, ob dieser Anspruch verwirklicht ist. Ist die Gesellschaft ungerechter geworden?*

Khol: Nein. Man soll Österreich nicht schönreden, aber was die soziale Sicherheit betrifft, leben wir in einem unglaublich großzügigen Land. Wer bei uns an der Armutsgrenze lebt, wäre anderswo in Europa schon fast der Mittelstand. Es passiert große Umverteilung zwischen Besserverdienern und den Armen. Der Mittelstand erfüllt das biblische Gebot des Teilens in reichem Maße.

STANDARD: *Die Kluft ist aber gewachsen – vor allem, weil die Vermögen den Arbeitseinkommen davongezogen sind.*

Einem: Die Verhältnisse haben sich verschärft, auch wenn wir im internationalen Vergleich noch gut liegen. Natürlich sollten die Steuern auf Vermögen so angehoben werden, dass wir auf das mittlere EU-Niveau kommen. Aber ich will nicht den Politiker spielen.

Khol: Die Schere mag weiter aufgegangen sein, doch der Staat stellt durch seine Transferleistungen viel Gerechtigkeit her.

Einem: Auch die katholische Soziallehre bedarf also eines staatlichen Inputs?!

Khol: Natürlich. Aber es ist auch ein Irrtum, bei Vermögen nur die Reichen im Kopf zu haben, da sind auch die kleinen Sparguthaben dabei. Wenn Vermögen einen wachsenden Anteil des Volkseinkommens betragen, dann ist das ein Symptom einer reicher werdenden Gesellschaft.

STANDARD: *Vermögen ist doch sehr ungleich verteilt, das reichste Zehntel besitzt 60 Prozent. Gerade die katholische Caritas hält höhere Vermögenssteuern deshalb für ein Gebot der Gerechtigkeit.*

Khol: Da sprechen gutmeinende Leute, ohne die Zusammenhänge zu sehen. Die von der Caritas geforderte Erbschaftssteuer war eine Bagatellsteuer, weil die kleinen Beträge unterm Tisch abgewickelt wurden und die großen in Stiftungen ausgewichen sind. Soll diese Steuer ertragreich sein, muss der Mittelstand zahlen – also jene Leute, die der Caritas spenden.

Einem: Das tun auch erstaunlich viele arme Leute.

Khol: Es sollte uns zu denken geben, dass mit Ferdinand Lacina ein Sozialdemokrat einst die Vermögenssteuer abgeschafft hat.

STANDARD: *Wegen der konkreten Ausgestaltung der Steuer. Heute plädiert er für ein Comeback.*

Kantige (Ex-)Politiker, schwammiger Begriff: Andreas Khol (links) und Caspar Einem verstehen unter Gerechtigkeit gleiche Chancen – und finden sie nicht im Bildungssystem.
Foto: Heribert Corn

Khol: Dann ist das vielleicht Alterstorheit.

Einem: Die Abschaffung hatte mit den damaligen Rahmenbedingungen zu tun. Heute wäre eine Vermögenssteuer wieder vertretbar.

Khol: Man kann Kanzler Werner Faymann nicht vorwerfen, nicht darauf geschaut zu haben, dass Vermögende zur Kasse gebeten werden. Es gibt einen Solidarbeitrag und eine Steuer auf Gewinne aus Immobilienverkäufen – beides halte ich übrigens für gerecht.

Einem: Das sind Schritte in die richtige Richtung, aber es braucht noch weitere Instrumente. Es ist etwa nicht gerecht, dass wir jenem Teil der Jungen, der Matura macht und auf die Uni geht, die Bildung finanzieren, während sich jene mit Lehrkarriere jede Weiterbildung selbst zahlen müssen – die einen kriegen alles, die anderen nichts.

Khol: Deshalb halte ich es auch für eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, dass es de facto keine Studiengebühren gibt. Das zwingt – vereinfacht gesagt – den Arbeiter, das Studium des Mittelstandes, der sich Gebühren ohne weiteres leisten könnte und sollte, mitzubezahlen.

Einem: Ich bin für einen anderen Weg. Für jeden jungen Menschen sollte ein Bildungskonto eingerichtet werden, das gleiche Chance garantiert. Die Angebote, die mit dem Geld in Anspruch genommen werden, können dann auch gebührenpflichtig sein. Zur Finanzierung sollte man die unspezifische Familienförderung verwenden. Anderes Beispiel für Ungerechtigkeit: die immer noch ungleiche Chancenverteilung zwischen Männern und Frauen.

Khol: Als Seniorensprecher fällt mir da eher eine grobe Diskriminierung der Männer ein: Frauen leben fünf Jahre länger als Männer, dürfen aber fünf Jahre früher in Pension gehen. Doch wenn man das kritisiert, steigt die Phalanx der Frauen, auch der katholischen, auf die Barrikaden. Das zeigt eben auch: Der Begriff Gerechtigkeit ist schwammig und liegt im Auge des Betrachters.

Einem: In der Gerechtigkeitstheorie des Philosophen Amartya Sen gibt es dieses wunderbare Beispiel: Es gibt drei Kinder, aber nur eine Flöte. Das erste Kind ist das Einzige, das Flöte spielen kann. Das zweite ist das ärmste und hat überhaupt kein Spielzeug. Das dritte hat die Flöte gebaut. Wer kriegt die Flöte jetzt mit Recht?

Khol: Das Spannungsfeld aus Eigentum, Leistung, Solidarität!

Einem: Ich glaube deshalb, dass eine harte Definition von Gerechtigkeit, die allgemeingültige Maßstäbe festlegt, eine Illusion ist. Worauf es ankommt, ist letztlich eine Form der Ausgewogenheit, die diskursiv erschlossen wird, sodass beide Seiten zu einer Lösung ja sagen können, die sie mitunter auch belastet.

GERECHTIGKEIT

STANDARD: *Der Gerechtigkeit schaffende Staat, den Sie gelobt haben, wird aber oft als Steuern verschlingendes Hemnis punziert. Hat nicht gerade die ÖVP unter Schwarz-Blau neoliberalem Egoismus gehuldigt, Herr Khol?*

Khol: Gegen diese Dämonisierung wehre ich mich. Es gibt eine Dramatisierung der Nuancen, doch letztlich steht die ÖVP so wie die SPÖ auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. Unter Schwarz-Blau hat die Sozialpartnerschaft, die für Ausgleich sorgt, anstandslos funktioniert. Die Pensionsreform wurde in 22 runden Tischen mit allen Sozialpartnern erarbeitet.

STANDARD: *Die Gewerkschaft hat doch wütend demonstriert.*

Khol: Weil ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch aus den eigenen Reihen politisch gebremst wurde. Er selbst war knapp davor, der Pensionsreform zuzustimmen.

STANDARD: *Wenn Neoliberalismus kein Thema war: Warum haben Sie dann Karl-Heinz Grasser, der ja für „anything goes“ stand, als künftigen VP-Vizekanzler verhindert?*

Khol: Weil mir die christdemokratische Grundsatzorientierung gefehlt hat. Ein Spitzenmann der ÖVP muss die drei Grundsätze der christlichen Soziallehre verständlich erklären können – Grasser kennt sie nicht einmal.

Einem: Eine substantielle Wertorientierung müssen Spitzenleute haben. Die bloße Attraktivität für Schwiegermütter reicht nicht.

STANDARD: *Die Werte schienen zu Ihrer Zeit in der SPÖ aber auch verblasst: Da machte sich unreflektierte Marktgläubigkeit breit.*

Einem: Unter Parteichef Viktor Klima wurde versucht, auf eine etwas verwaschene Tony-Blair-Linie umzusteigen. Doch das ist nicht gelungen, weil die Partei da nicht mitging. Als Koordinator des neuen Parteiprogramms, das damals geschrieben wurde, nehme ich in Anspruch, einen Teil dazu beigetragen zu haben.

STANDARD: *Widerfährt einem als Politiker Gerechtigkeit?*

Einem: Wenn man einigermaßen ehrlich und engagiert arbeitet, bekommt man auch in der Politik etwas zurück. Soviele Watschen ich auch als Innenminister kassiert habe – ich freue mich, wenn mich heute noch Leute ansprechen: „Sie waren ein toller Minister.“

Khol: Innenminister wäre ich auch gerne geworden. Doch da darf man nicht hadern – man hat mich eben als Klubobmann gebraucht. Unterm Strich empfinde ich mich als Glückskind.

STANDARD: *Haben Sie Ihr jeweiliges Gegenüber als gerecht empfunden?*

Einem: Es gab Zeiten, da war ich davon weniger überzeugt. In der Frühphase von Schwarz-Blau hat sich auch der Klubobmann Khol gegenüber uns Sozialdemokraten so verhalten, als hätten wir nie etwas gemeinsam gehabt. Aber faire, intellektuelle Debatten konnte man mit ihm immer führen.

Khol: In der praktischen Politik hatten wir stets einen gemeinsamen Boden, auf dem es nicht um kleinliche Paktiererei ging. Insgesamt habe ich von Caspar Einem ein nahezu verklärtes Bild.

Einem: Ich erinnere mich aber auch noch, als der Klubobmann Khol bei der Debatte um Lauschangriff und Rasterfahndung gegen mich als Innenminister die Populismuskeule geschwungen hat.

Khol: Das kann schon sein. (*lacht*) Es gab damals eine Karrikatur im STANDARD, da setze ich ihm eine Pistole mit einem Ohr am Laufende an die Brust.

ZU DEN PERSONEN

Andreas Khol (70) stammt aus einer Südtiroler Familie. Er studierte Jus in Innsbruck und Paris und wurde Direktor der politischen Akademie der ÖVP. 1983 zog Khol in den Nationalrat ein, avancierte 1994 zum Klubchef und Ende 2002 – zur Zeit der schwarz-blauen Regierung – zum Nationalratspräsidenten (bis 2006). Heute engangiert sich Khol, der sich einen Namen als ideologisch gefestigter Konservativer machte, als Obmann des ÖVP-Seniorenbundes.

Caspar Einem (63), Sohn des Komponisten Gottfried von Einem, arbeitete unter anderem als Bewährungshelfer und in der OMV. 1995 wurde der Jurist Innenminister, angefeindet nicht nur von der *Krone*, sondern auch von manchen Genossen. Von 1997 bis 2000 war Einem, der als „linkes Gewissen“ der SPÖ galt, Wissenschaftsminister, bis 2007 im Nationalrat. Danach amtierte er im Vorstand der JetAlliance Holding ein. Heute ist Einem in Pension.

Von Schmetterlingen und Badetüchern

Spieltheorie und Philosophie fragen, wie Recht und Moral die Gesellschaft prägen

Peter Illetschko

Wien – Ein Schmetterling, der auf einem sonnigen Flecken Erde sitzt, lässt sich nicht gerne stören. Wenn ein Artgenosse ebendort Platz nehmen will, reagiert der Schmetterling mit einem Spiralflug, der den Eindringling vertreiben soll. Er war ja der Erste und will das Recht, dort zu sitzen, nicht abtreten. Forscher wollten wissen, wie sehr die Schmetterlinge bei diesem „Rechtsempfinden" von ihren Sinnen geleitet oder irregeführt werden. Sie legten ein Blatt auf einen Schmetterling, verbargen ihm die Sicht und lockten einen zweiten zu diesem Platz. Als die Forscher das Blatt entfernten, reagierten beide mit einem Spiralflug, weil ihr Instinkt beiden vermittelte, das Erstrecht zu haben.

Wer sagt also, dass mein Platz immer mein Platz bleiben muss? Könnte der andere, obwohl man ein Erstrecht erworben hat, nicht auch sagen: Du bist lange genug dort gesessen, jetzt bin ich dran? Diese Fragen stellt die Spieltheorie, ein Zweig der Mathematik, der sich mit dem Verhalten zwischen einzelnen „Spielern" beschäftigt, ohne Schlüsse zu ziehen, ob das Verhalten gerecht ist. Die Wertediskussion müsse die Philosophie führen, sagt der Spieltheoretiker Karl Sigmund, der an der Uni Wien gemeinsam mit der Philosophin Herlinde Pauer-Studer ein Seminar halten wird, um derartige Fragen anhand von philosophischen Texten zu untersuchen. Plato und Thomas Hobbes haben schon hinterfragt, wie Recht und Moral die Gesellschaft bestimmen. Ersterer sprach vom notwendigen Übel, um nicht in Anarchie zu verfallen. Seit den Arbeiten von Hobbes redet man von Sozialkontrakten, die das Zusammenleben ermöglichen, um einen Krieg jeder gegen jeden zu verhindern.

Das Hotel ist das Gesetz

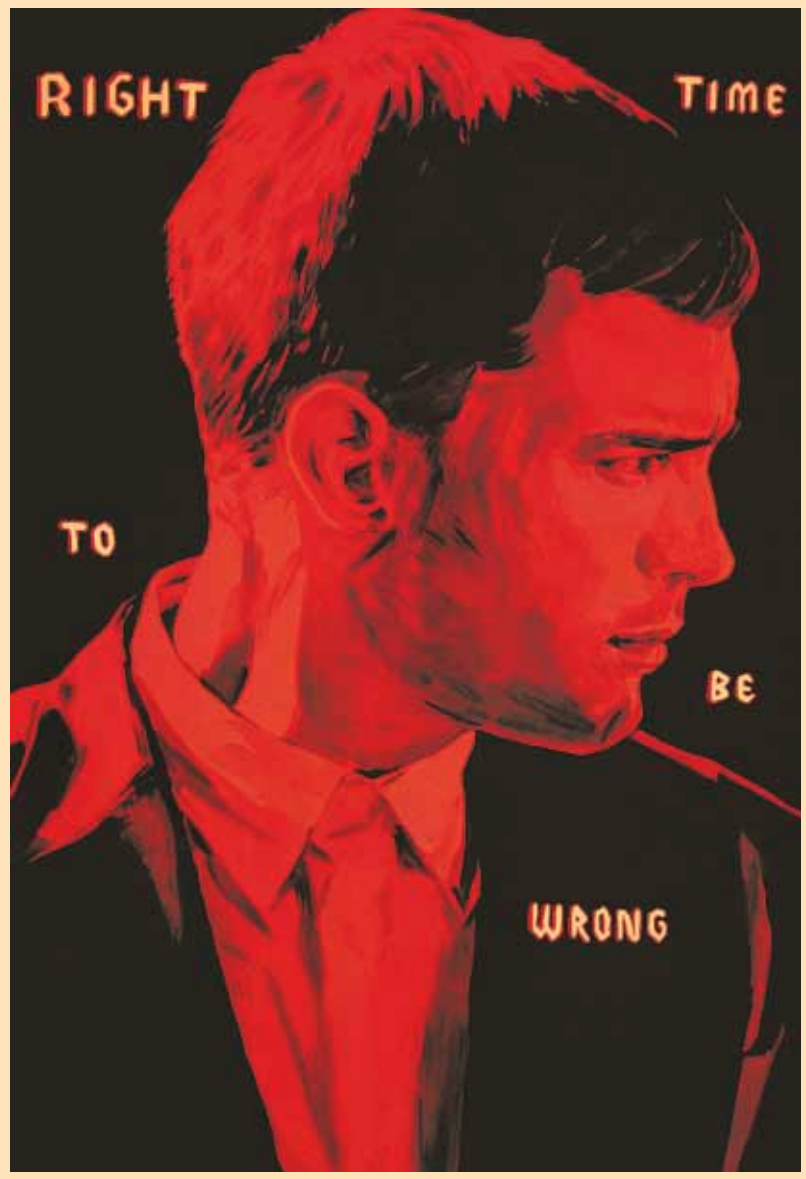
Philosophisch-spieltheoretische Analysen gibt es seit 50 Jahren. Eine Kooperation, die Sinn macht, „weil die Spieltheorie auch die Mathematik der Interessenkonflikte ist. Und wenn wir keine Interessenkonflikte hätten, bräuchten wir keine Moral und kein Recht", sagt Sigmund. Die Gesellschaft habe Konventionen entwickelt. Man erwartet, dass der Staat über deren Einhaltung wacht und dabei fair bleibt.

Die Konvention, nicht stehlen zu dürfen, ist logisch. Am Hotelstrand, wenn Gäste Liegen mit Badetüchern reservieren, ohne sie zu nützen, ist das Hotel das Gesetz. Es verlangt eine Gebühr, für die man das Erstrecht erwirbt, und übernimmt die Kontrolle, ob die Konvention von „Mitstreitern" eingehalten wird. Wenn es keine Kontrolle gibt, wird an den Anstand appelliert: Wer von zwei „Kontrahenten" darf das einzige Taxi bei starkem Regen nehmen? Man überlässt dem Ersten das Recht. „Jeder fühlt, dass das so richtig ist", sagt Sigmund.

Was geschieht, wenn es mehrere Konventionen gibt? Die Spieltheorie untersucht, welche Variante für wen vorteilhaft wäre. Wann ist der Gesamtgewinn am höchsten? Wann ist der Mindestgewinn für den Schwächsten möglichst hoch? Experimente geben Auskunft über die Vorstellungen von gerechter Verteilung in verschiedenen Gesellschaften.

Im „Ultimatumspiel" mit zwei Teilnehmern soll eine Geldsumme verteilt werden. Einer von beiden Spielern wird durch Münzwurf als „Anbieter" bestimmt. Egal, welche Summe er seinem Gegenüber geben will: Wenn dieser ablehnt, bekommt keiner Geld.

Die meisten Teilnehmer boten bei Experimenten die Hälfte an. Wurden sie nicht durch Zufall zum Anbieter, sondern weil sie ein Mühle-Spiel gewonnen hatten, dann fühlten sie sich im Recht, weniger anzubieten. Völker am Amazonas, die im Alltag ohne Geld leben, agierten ähnlich. Sigmund: „Wer an den Markt gewohnt war, handelte ausgewogen. Offenbar hat das die Vorstellung von Gerechtigkeit geprägt."



Andreas Leikauf: RIGHT TIME TO BE WRONG

„Jung und Alt leben aneinander vorbei"

Wie Benotung, Armut und Selbstinitiative mit Gerechtigkeit zusammenhängen, diskutierten die Schüler **Cornelia Kolmann, Florian Call** und die Studentin **Angelika Kurz** im Gespräch mit **Kristina Nedeljković.**

STANDARD: *Was bedeutet Gerechtigkeit für Sie persönlich?*

Call: Gerechtigkeit bedeutet für mich, sich allen Menschen gegenüber gleich zu verhalten, unabhängig davon, wie alt diese sind und woher sie kommen. Gerechtigkeit sollte in unserem Leben eine große Rolle spielen, da wir alle auf sie angewiesen sind.

Kurz: Wenn ich Ungerechtigkeit bei meinen Mitmenschen erlebe, stört mich das sehr. Dann sage ich meine Meinung und versuche, wenn möglich, zu helfen.

Kolmann: Gerechtigkeit ist für mich, wenn sich jeder frei entfalten kann. Das gilt sowohl für die Schule als auch fürs Leben. Konkret ist für mich Wählen ab 16 gerecht. Uns wird dadurch eine Stimme gegeben. Hätte jeder Schüler Politische Bildung als Schulfach, wäre es umso besser.

STANDARD: *Was empfinden Sie oft als ungerecht in Ihrem Leben?*

Call: Mir fällt gleich die Benotung in der Schule ein.

Kolmann: Ich habe auch an Notengebung gedacht. Nicht nur Noten und Benotung sind in der Schule ungerecht, auch der Umgang der Lehrer mit Schülern. Es ist oft von Anfang an kein gleichwertiges Verhältnis da. Das empfinden viele Schüler als ungerecht.

Kurz: An der Uni ist das Verhältnis noch extremer. Studenten kommen oft gar nicht persönlich an Professoren heran. Das ganze Ausbildungsverhältnis ist so aufgebaut, dass man abhängig ist von den Sachen, die oben passieren. Oft wird schon die Grundsituation als nicht gerecht empfunden.

STANDARD: *Warum ist die schulische Benotung ungerecht?*

Call: Gerechte Benotung kommt auf den Lehrer an.

Kolmann: Jeder Lehrer ist auch ein Mensch *(lacht)*. Deswegen fließen auch andere Faktoren mit in die Benotung ein. Man kann das Zwischenmenschliche nicht ganz ausblenden.

Kurz: Noten sind notwendig, gerade in Bereichen wie der Uni, weil dort das Betreuungsverhältnis sehr unausgeglichen ist. Aber in der Schule, wo es persönliche Verhältnisse gibt, könnte man die Benotung sicherlich besser erklären und begründen. An der Uni, wo das nicht möglich ist, sollte man zumindest objektive Kriterien haben, sodass man ganz klar weiß, wie sich eine Note zusammensetzt.

STANDARD: *Reichen fünf Zahlen aus, um Aufschluss über die Leistung eines Schülers oder Studenten zu geben?*

Kolmann: Es ist einfach schwer, eine Leistung oder ein ganzes Schulsemester aufgrund von Zahlen zu fassen. Es kommt Schülern auch deswegen oft ungerecht vor, weil man mit Zahlen wenig anfangen kann. Ein Einser heißt, dass ich gut bin, dennoch weiß ich nicht, worin ich mich noch verbessern könnte.

Call: Fünf Noten sind nicht genug, sie bieten nicht genug Platz, um zu beschreiben, wie gut die Schüler wirklich sind. Es gibt viel mehr als nur fünf Leistungsgruppen in der Klasse. Das heißt, viele haben die gleichen Noten, obwohl sie ganz unterschiedliche Leistungen haben.

STANDARD: *Conny Kolmann, was ist Ihnen als Bundesschulsprecherin ein Anliegen für mehr Gerechtigkeit auf der Schülerseite?*

Kolmann: Besonders wichtig ist es mir, dass die Schüler von der Politik ernst genommen werden. Teilweise habe ich den Eindruck, dass Dinge, die wir sagen, belächelt werden. Es wäre gerecht, würden unsere Vorschläge in die Arbeit einbezogen werden.

STANDARD: *In einer vom Institut für Jugendforschung herausgegebenen Studie, in der 16- bis 19-Jährige in Wien befragt wurden, gaben 36 Prozent an, dass der wichtigste Grund für Armut Faulheit und Mangel an Willenskraft sei. Stimmen Sie hier zu?*

Call: Ich kann mir nicht vorstellen zuzustimmen. Wir haben in Bezug zu dieser Studie ein Sozialprojekt in der Schule durchgeführt, bei dem wir eine Woche lang in der Einrichtung VinziBett *(Notschlafstelle für Obdachlose, Anm.)* gekocht haben. Im Gespräch haben wir erfahren, dass viele Menschen durch ungerechte Schicksalsschläge auf die Straße kommen.

Kolmann: Vorurteile wie diese müssen in der Schule durch Wissensvermittlung und Diskussion beseitigt werden.

Kurz: Um den Sinn von Gerechtigkeit zu lernen, sind soziale Projekte notwendig. Ich finde, ein soziales Jahr wäre sehr sinnvoll dafür.

STANDARD: *Wie erklären Sie sich, dass ein Gutteil der Jugend so eine Einstellung zur sozialen Gerechtigkeit hat?*

Kurz: Am Juridicum sind solche Ansichten sehr vorherrschend, weil das eine Domäne ist, in der sich erfolgs- und karriereorientierte Menschen bewegen. Als junge Jusstudentin muss man sich sehr engagieren, um selbst nicht total neoliberal geprägt zu werden.

Kolmann: Es hängt damit zusammen, dass die Leistung von Menschen in Zahlen gemessen wird. Leistung wird an Erfolg und Geld gebunden, und das wird dir von frühster Kindheit an vermittelt.

Call: Es ist schwer, Menschen zu überzeugen und umzustimmen, die so eine Meinung haben. Nicht allen ist klar, dass Eltern, die Bauarbeiter sind, ihrem Kind nicht die gleiche Bildung ermöglichen können, wie Eltern, die Vielverdiener sind.

STANDARD: *Was können Sie selbst für mehr Gerechtigkeit tun?*

Kolmann: Man muss für seine eigene Meinung einstehen und den anderen mit Toleranz begegnen.

Call: Wenn dich etwas stört, musst du versuchen, es zu ändern, anstatt immer nur unzufrieden zu sein. Für ein gerechteres Zusammenleben ist es sehr wichtig, respektvoll miteinander umzugehen.

Kurz: Das alles betrifft den zwischenmenschlichen Umgang, wenn es aber Sachen sind, die das System betreffen, habe ich persönlich das Gefühl, dass man als Einzelner nicht viel tun kann. In einem System ist es oft viel schwieriger, Ungerechtigkeiten zu verhindern, weil ein System nie perfekt ist. Man sollte aber ständig korrigieren. Viel ist schon geschafft, wenn jeder seine Handlungen möglichst gerecht setzt.

STANDARD: *Unterscheidet sich Ungerechtigkeit bei älteren und jüngeren Menschen? Woran erkennen Sie „die Ungerechtigkeit der Jungen"?*

GERECHTIGKEIT

Call: Das merkt man an kleinen Dingen. Wenn du als Jugendlicher in ein Geschäft gehst, wirst du nicht gleich behandelt wie ein Erwachsener. Man begegnet dir nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit und Freundlichkeit. Der Unterschied liegt in der Behandlung.

Kolmann: Ich habe den Eindruck, dass Jung und Alt aneinander vorbeileben und nicht aufeinander eingehen, deswegen entsteht die unterschiedliche Behandlung. Ungerechtigkeit ist für mich, dass man nicht miteinander lebt, sondern nebeneinander.

Kurz: Ungerecht ist, dass von Erwachsenen den Jungen oft nicht die Chance gegeben wird, selbst etwas in die Hand zu nehmen. Man wird einfach bevormundet.

Kolmann: Die Verantwortung liegt bei den Eltern, die Kinder frei sein zu lassen.

Kolmann, Call und Kurz (von links) sind sich einig: Wer sich mehr Gerechtigkeit wünscht, muss auch selbst etwas dafür tun. *Foto: Fischer*

ZU DEN PERSONEN

Conny Kolmann (18) ist Bundesschulsprecherin. Sie besucht die Maturaklasse der Schule für Kindergartenpädagogik Kenyongasse in Wien.

Florian Call (16) ist Schüler am Gymnasium Wasagasse in Wien.

Angelika Kurz (20) studiert Rechtswissenschaften in Wien.

„Es gibt verschiedene Gerechtigkeiten“

Die Kritik an der Justiz ist gerecht, sagt der Chef der Strafsektion im Justizministerium, **Christian Pilnacek.** Warum sich Rechtsempfinden von Gesellschaft und Justiz nicht decken, erfragte **Renate Graber.**

STANDARD: *Viele Juristen sagen, es gebe keine Gerechtigkeit. Was sagt der Chef der Strafrechtssektion im Justizministerium?*
Pilnacek: Man strebt nach Gerechtigkeit.

STANDARD: *Auf der Homepage des Justizministeriums kommt der Begriff Gerechtigkeit sechsmal vor. Ein unterbeleuchtetes Thema?*
Pilnacek: Gerechtigkeit ist eben ein Thema, das man im Rechtsalltag, mit dem wir uns beschäftigen, weniger verwendet. Auch weil die Gerechtigkeit so ein hehrer Begriff ist. Die letzte Gerechtigkeit wird man in der Justiz wahrscheinlich auch nicht erzielen können, aber man muss danach streben und zeigen, dass Gerechtigkeit möglich ist. Auf der Homepage des Ministeriums geht es mehr um Gesetzesentwürfe und Ähnliches; und Gerechtigkeit kann man nicht anordnen.

STANDARD: *Und von Gerichten bekommt man keine Gerechtigkeit, sondern Urteile?*
Pilnacek: Das ist etwas zynisch. Es ist immer unser Ziel, den Betroffenen durch die Gestaltung des Verfahrens und die Begründung der Entscheidung zumindest subjektiv zu vermitteln, dass versucht wurde, Ausgleich zu schaffen oder das Unrecht einer Tat angemessen zu beurteilen.

STANDARD: *Wann ist ein Urteil gerecht?*
Pilnacek: Das hängt von der Warte des Betrachters ab. Der vom Urteil Betroffene beurteilt das anders als die Verfahrensbeobachter: Es gibt verschiedene Gerechtigkeiten.

STANDARD: *Das Gerechtigkeitsempfinden der Justiz und jenes der Gesellschaft fallen oft auseinander.*
Pilnacek: Ja. Da liest man, jemand hat einen Vater und sein Kind zu Tode gefahren, und was bekommt er? Eine kurze Freiheitsstrafe, und die Instanz wandelt die in eine Geldstrafe um. Das finden viele ungerecht – im Verhältnis zu dem Schrecklichen, was passiert ist. Wenn man aber alle Umstände rational mit bedenkt, ist es ganz anders. Man fragt: Wie wirkt die Tat auf den Täter, was stellt das Recht zur Verfügung, welche Kriterien muss das Gericht anwenden, um die Strafe auszumessen. Das sind sehr diffizile Abwägungen, die man jenen kaum verständlich machen kann, die nur sagen: Es ist etwas Schreckliches passiert, darum muss auch etwas Schreckliches folgen. Die Justiz aber hat keine Finalität, wir können nicht sagen: „Es ist etwas Schreckliches passiert, wir müssen nun einen Menschen aus der Gesellschaft entfernen.“ Wir müssen berücksichtigen, dass es weitergehen muss.

Ein Tag Freiheitsentzug ist eine ziemlich harte Sanktion.

STANDARD: *Damit die Gesellschaft Urteile für gerecht hält, muss sie das alles verstehen. Das dürfte oft nicht der Fall sein.*
Pilnacek: Ja, und es spielt noch etwas eine Rolle: Die wenigsten wissen, was ein Tag Haft für einen Menschen wie dich und mich bedeutet.

STANDARD: *Muss fürchterlich sein …*
Pilnacek: Eben, stellen Sie sich vor, nur einen Tag lang völlig von anderen abhängig zu sein. Vom Schlüssel, der die Zellentür öffnet, vom Wärter, der das Essen durchreicht; mit jemand anderem den Nassraum teilen, keinerlei Rückzugsmöglichkeit, Intimität haben. Ein Tag Freiheitsentzug ist eine ziemlich harte Sanktion.

STANDARD: *Geht man nach ihrem derzeitigen Ruf, vermittelt die Justiz all das nicht ausreichend.*
Pilnacek: Das stimmt, die Justiz erklärt zu wenig, warum auf bestimmtes Fehlverhalten nicht immer die härtesten Strafen folgen können. Es braucht mehr als einen Absatz in einer Zeitung, um Urteile im Einzelfall zu erklären.

GERECHTIGKEIT

STANDARD: *Es ist aber schon die Justiz zuständig. Sie wollten ja die Begründung von interessanten Verfahrenseinstellungen im Internet veröffentlichen …*
Pilnacek: Ja, wir haben aber noch nichts veröffentlicht. Und was stimmt: Es gibt in der Justiz eine gewisse Scheu vor Begründungen.

STANDARD: *Gerechtigkeit ist ein Produkt der Justiz, warum haben Sie Scheu, die zu vermarkten?*
Pilnacek: Gerechtigkeit ist das hehre Ziel. Die Justiz soll besser erklären, was sie warum tut – ob das auch gerecht ist, müssen andere beurteilen. Beim Erklären haben wir sicher ein großes Manko, weil wir uns, wie viele andere Institutionen, viel zu wenig auf sich verändernde Gesellschaften und Medien, die all das transportieren, eingestellt haben. Die Gesellschaft tritt der Justiz nicht mehr wie früher mit Respekt entgegen, die Kritikbereitschaft ist gewachsen, und Entscheidungen werden öfter angezweifelt. Und weil wir darauf zu langsam reagiert haben, fehlt jetzt das Verständnis für das, was wir tun.

STANDARD: *Woher kommt die Scheu vor Begründungen?*
Pilnacek: Das ist ein kritischer Punkt. Richter sagen gern: „Meine Entscheidung kann nicht hinterfragt werden, weil ich unabhängig bin, ich muss mich nicht gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen. Ich leite eine Verhandlung, fälle meine Entscheidung, begründe die in einer öffentlichen Verhandlung – und das sollte Erklärung genug sein.“ Wir müssen aber den Wert dessen, was eine unabhängige Justiz tut, besser vermitteln. Die Unabhängigkeit ist gut, richtig und zu verteidigen, aber auch der Sinn von Gutem muss der Bevölkerung erklärt werden.

STANDARD: *Die Justiz wird derzeit nicht mit Gutem assoziiert. Gesellschaftspolitisch war die Justiz das letzte Mal zu Zeiten von Brodas Strafrechtsreform ein Thema …*
Pilnacek: Das sehe ich nicht ganz so. Auch unter Dieter Böhmdorfer *(FP-Justizminister von 2000 bis 2004; Anm.)* gab es eine breite Diskussion, ob eine bestimmte politische Richtung die Justiz beeinflusst, ob man auf die Justiz mehr Einfluss nehmen will. Ich glaube auch, dass die Entscheidung für den unabhängigen Minister Nikolaus Michalek *(1990 bis 2000; Anm.)* eine bewusste war: Davor war die Justiz lange im Blickfeld widerstreitender politischer Interessen gestanden, darum hat man dann einen politisch Unabhängigen genommen. Das hat aber auch dazu geführt, dass die Justiz in der politischen Wahrnehmung lange Zeit ein weißer Fleck war.

STANDARD: *Es braucht parteizugehörige Justizminister, damit Justiz gesellschaftspolitisches Thema ist?*
Pilnacek: Nein, Gesellschaftspolitik setzt mehr voraus. Broda hatte ein riesiges Aufgabengebiet, da war der Reformbedarf der 1970er-Jahre, der sich seit den 50ern aufgestaut hatte. Die neuen Familienverhältnisse verlangten nach einer Familienrechtsreform, man hat eine große Strafrechtsreform gebraucht. Unter Broda wurden Veränderungswünsche der Bevölkerung erfüllt.

STANDARD: *Vielleicht kam ihr die Justiz dadurch gerechter vor.*
Pilnacek: Aber die zwingenden Reformen diskutieren wir ja auch heute. Die Veränderung der Familien, Obsorge, Umgang mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften: Das sind doch große, gesellschaftspolitische Themen. Aber vielleicht wird das nicht als Thema der Justiz wahrgenommen.

STANDARD: *Beschäftigen solche und ethische Fragen wie Gerechtigkeit die Richter, Staatsanwälte, Anwälte heute überhaupt?*
Pilnacek: Sie sind kein Thema der öffentlichen Diskussion. Aber in den Köpfen, die Urteile fällen, schwingen diese Fragen immer mit. Das Gesetz gibt den Strafrahmen vor, der Richter misst die Strafe individuell zu, je nach Milderungs- und Erschwerungsgründen. Diese Individualität ist Ausdruck von Gerechtigkeit.

STANDARD: *Die Strafrahmen finden viele ungerecht, die Delikte gegen Leib und Leben seien zu gering im Vergleich zu Eigentumsdelikten. Da wird kritisiert, dass Ex-Banker Elsner zehn Jahre bekommt, ein Mörder dagegen nur vier Jahre.*
Pilnacek: Stimmt. Das Verhältnis der Strafdrohungen für Eigentums- und Vermögensdelikte zu jenen für Sexual- und Gewaltdelikte beschäftigt auch uns. Wir beobachten aber, dass die Strafhöhe bei Letzteren in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Aber auch diese Fragen darf man nicht eindimensional sehen.

STANDARD: *Die Kritik an der Justiz macht sich an Fällen wie Buwog/Grasser oder Meinl fest, wo seit Jahren ergebnislos ermittelt wird. Finden Sie die Kritik ungerecht?*
Pilnacek: Nein, die Kritik ist nicht ungerecht, subjektiv teile ich sie. Aus der Sicht von Zeitungskonsumenten und Betroffenen dauern diese Verfahren unangemessen lang. Spricht man aber mit denen, die das Verfahren führen, und betrachtet man die Ursachen für die Verfahrensdauer, sieht es anders aus: Es liegt an objektiven Hindernissen, dass es so lange dauert.

STANDARD: *Stichwort Gegenwehr gegen Kontoöffnungen?*
Pilnacek: Genau. Wobei in der Causa Buwog auch täglich Neues dazukommt. Das macht die Konzentration aufs Wesentliche, für die ich plädiere, schwierig.

STANDARD: *Gäbe es mehr Gerechtigkeit, wenn Sie in der Justiz mehr Personal hätten?*
Pilnacek: Es hängt nicht nur von der Quantität ab, ob etwas gut oder schlecht funktioniert. Die Ausbildung der Leute dauert lange. Und wir haben bei der Strafprozessreform, seit der der Staatsanwalt Herr des Ermittlungsverfahrens ist, nicht mit der Wirtschaftskrise gerechnet. Die hat sich in einer ungeahnten Zahl von Wirtschaftsverfahren materialisiert, bei denen wir nachforschen mussten, ob der Niedergang eines Unternehmens rein wirtschaftlich bedingt war oder ob etwas Betrügerisches dabei gelaufen ist. Das hat in einer Zeit, in der eine grundlegende Reform starten sollte, für wahnsinnige Unruhe gesorgt.

STANDARD: *Welche Rolle spielt bei alldem die gefühlte Gerechtigkeit? Bawag-Chef Elsner galt der Öffentlichkeit zuerst als Buhmann, als er lange saß, als Justizopfer. Grasser wurde vom Traum- zum Buhmann, den die Justiz verschonte.*
Pilnacek: Stimmt, Elsner wurde zunächst als jemand betrachtet, der schnell im Gefängnis landen soll, später als der, der die volle Härte des Gesetzes abbekam, während die Mitangeklagten das Verfahren unter gesicherten Verhältnissen erlebten. Das fanden viele ungerecht. Vollends gekippt ist die Stimmung, als die vorsitzende Richterin Ministerin wurde.

STANDARD: *Und was finden Sie?*
Pilnacek: Das war die Folge des Verfahrens, aber subjektiv schwer zu erklären.

STANDARD: *Libro wurde nach zehn Jahren verhandelt, der Y-Line-Prozess hat nach elf Jahren noch nicht begonnen, Meinl läuft seit vier Jahren – kann Gerechtigkeit verjähren, im übertragenen Sinne?*
Pilnacek: Insofern nicht, als die überlange Verfahrensdauer im Urteil berücksichtigt werden muss, jeder hat gemäß Verfassung das Recht auf ein faires Verfahren. Man muss dem, der lange Jahre unter dem Fallbeil einer strafrechtlichen Anklage oder Verurteilung stand, Anerkennung zollen. Da werden Erwerbschancen gemindert, man steht als Beschuldigter in aller Öffentlichkeit, diese Belastung wird oft sehr unterschätzt.

STANDARD: *Wie ungerecht ist es dann, wenn so ein langes Verfahren ohne Anklage endet?*
Pilnacek: Das ist ungerecht. Gerecht wäre es, wenn es da eine angemessene Entschädigung gäbe.

STANDARD: *Angenommen, es gäbe die, und angenommen, Karl-Heinz Grasser würde nicht angeklagt: Er bekäme eine Entschädigung?*
Pilnacek: Man müsste in jedem Fall die Frage stellen, wie sehr der Betreffende am Verfahren mitgewirkt hat oder ob die Justiz große Widerstände überwinden musste.

STANDARD: *Sie waren Strafrichter. Haben Sie gerechte Urteile gefällt?*
Pilnacek: Ich glaube: ja. Ich habe als Schlussbetrachtung des Tages immer Revue passieren lassen, ob ich das Richtige getan habe; man muss sich ja selbst Instanz sein. Aber: Ich war nicht immer zufrieden mit mir, unabhängig von der Entscheidung der Instanz.

STANDARD: *„Der Richter soll gewissermaßen die lebendige Gerechtigkeit sein“, sagte Aristoteles.*
Pilnacek: Sehr schön. Das wäre es.

CHRISTIAN PILNACEK (48) ist seit 2010 Chef der Strafrechtssektion im Justizministerium, zuvor leitete er die Abteilung für Strafprozessrecht. Er war Richter am Bezirksgericht Wien-Innere Stadt sowie Untersuchungs- und Strafrichter in Korneuburg. *Foto: R. Hendrich*

Andreas Leikauf: NO MORE FAIR PLAY

Als wie gerecht oder u

Michael Möseneder
Gudrun Springer

Wien – Herr R.s Glaube in die österreichische Justiz ist ramponiert. „Wegen Ihres Auftretens und Intellekts muss ich Sie härter bestrafen“, soll der Richter zu R. gesagt haben. Er wurde wegen gefährlicher Drohung zu sieben Monaten auf Bewährung und Schmerzensgeld in Höhe von 600 Euro verurteilt. Weil er seinem Kollegen erneut smste, er werde ihm etwas antun, musste der 41-Jährige nach einer zweiten Verhandlung die Haft antreten.

Seit seiner Verurteilung hat R. in den Medien verfolgt, was andere für vergleichbare Delikte ausfassten – und sehr unterschiedliche Entscheide vorgefunden. „Diese Abhängigkeit von einer Person, die über dein Leben urteilt und dafür keine Haftung übernimmt, stört mich“, sagt R. Es gebe so breite Spannen für die Strafhöhe – in seinem Fall hätten es auch bis zu drei Jahre Haft werden können, weshalb er sich nicht getraut habe, das Urteil zu beeinspruchen. Außerdem sei sein erster Rechtsbeistand nicht besonders engagiert gewesen.

Nicht nur zu welchem Richter man gelangt, ist mit entscheidend für ein Urteil, einer Studie zufolge spielt auch eine Rolle, wann die Verhandlung stattfindet. So fanden Wissenschafter aus Israel und den USA heraus, dass Richter am Anfang des Tages oder nach einer Essenspause bei mehr Bewährungsanträgen für den Strafgefangenen entschieden. Nach mehreren Entscheidungen ohne

„Das bloße Bild war mir zu wenig“

Diese Schwerpunktausgabe ist mit Acrylgemälden von Andreas Leikauf illustriert. Als Prachensky-Schüler begann er die abstrakte Malerei zu hassen – und übt mit seinen Statements pointiert Gesellschaftskritik.

Thomas Trenkler

Wien – Die Acrylbilder von Andreas Leikauf sind markant, reduziert, pointiert. Und sie stechen ins Auge. Denn der Steirer beschränkt sich bei der Grundierung in der Regel auf zwei übereinandergelagerte Farben, die zusammen einen leuchtenden Farbton ergeben. Darauf malt er seine „trivialen“ Szenen mit mattschwarzer Dispersion. Und immer fügt er einen Slogan, eine Phrase, einen Aphorismus, ein Sprachspiel ein.

Warum er Texte integriert? „Weil mir das bloße Bild zu wenig ist“, erklärt Leikauf. „Ich dachte mir, ich muss das kommentieren, was ich da mache. Manchmal ist das, was draufsteht, eine Beschreibung von dem, was zu sehen ist, oder das Gegenteil davon, oder es ist ein Kommentar an mich selbst oder an den Betrachter oder an den, der im Bild zu sehen ist. Ganz unterschiedlich.“

Er thematisiert Willkür und Ungerechtigkeit, Politik und zwischenmenschliche Beziehungen, er gibt Durchhalteparolen aus, stellt infrage und ruft zum Widerstand auf. Revolution ist ein wichtiges Thema für ihn – auch aufgrund eigener Erfahrungen: „Ich revoltierte ein wenig gegen das Elternhaus, beim Bundesheer, an der Akademie – und mitunter gegen den Kunstbetrieb. Wenn mich etwas stört, dann sag ich es eben. Auch wenn es nicht immer zu meinem Vorteil ist.“

In seinen Katalogen vermerkt Leikauf nur, 1966 in der Obersteiermark geboren worden zu sein. Denn in einer Zeitung war einmal vom „Judenburger Künstler“ die Rede, was Leikauf als nicht richtig empfand: „In Judenburg ist das Krankenhaus, in dem ich auf die Welt gekommen bin. Aber aufgewachsen bin ich in Murau. Als ich acht war, sind die Eltern nach Graz gezogen. Mein Vater arbeitete für die Landesregierung. Dann wurde er Bezirkshauptmann. Und so kam ich mit 13 nach Knittelfeld. Das war hart.“

Die Flucht nach Wien

Leikauf wusste damals nur, dass er keinen „bürgerlichen“ Beruf ergreifen will. Und er hatte Glück: „Zur Kunst kam ich durch einen engagierten Zeichenlehrer, der mich gefördert hat. Franz Schicho brachte einige Schüler an die Akademie nach Wien. Aber irgendwann hat er damit aufgehört, weil er sah, wie schlecht es den meisten Künstlern geht.“

Leikauf interessierte sich aber auch für Rockmusik und Jazz. Er hatte erste kleine Ausstellungen, gab seine ersten Konzerte. Den Eltern war das gar nicht recht. „Nach der Matura bin so schnell wie möglich nach Wien geflüchtet.“

Er landete bei Markus Prachensky an der Akademie der bildenden Künste – und war alsbald frustriert: „Er wollte immer nur, dass alle malen wie er, nur schlechter. Und wer sich nicht gefügt hat, ist rausgeflogen. Man durfte nur abstrakt malen, vor allem in Rot, hat kein Schwarz und kein Weiß verwenden dürfen. Im letzten Jahr hab ich genervt Prachenskys Bilder einfach kopiert.“

1989 machte Leikauf, der nebenbei in einer Akademie-Band spielte, das Diplom. „Ich wollte danach etwas ganz anderes versuchen. Denn die Malerei hat mich überhaupt nicht mehr interessiert. Ich bin zur Aufnahmsprüfung bei Bruno Gironcoli gegangen – mit zwei selbstgebauten Musikinstrumenten, auf denen ich ihm etwas vorgespielt hab. Das hat ihm derart gefallen, dass ich dann bei ihm vier Jahre Bildhauerei studiert habe.“

Über den *Freibord*-Herausgeber Gerhard Jaschke, der an der Akademie Literaturgeschichte unterrichtete, lernte Leikauf unter anderem den Verleger Werner Herbst kennen. Und dieser gab ihm den Auftrag, einen Band mit Speisegedichten von STANDARD-Kulturredakteur Ronald Pohl zu illustrieren. *ein pastete das bissen* erschien 1993.

Weg von der Malerei!

Die erste große Einzelausstellung hatte bereits ein Jahr zuvor in der Galerie Würthle stattgefunden, die Hans Dichand, dem 2010 verstorbenen Herausgeber der *Kronen Zeitung*, gehörte und von seiner Tochter Johanna geleitet wurde. „Frau Dichand hat zwar sehr viel verkauft, wollte dann aber nichts mehr mit mir zu tun haben. Sie warf mir vor, Punks zur Vernissage eingeladen zu haben.“

Die Zusammenarbeit hätte ohnedies keine große Zukunft gehabt. Denn Leikauf setzte sich kritisch mit der *Krone* auseinander: Er fälschte die Schlagzeilen auf den gelben Plakaten vor den Trafiken und änderte auch das Logo ab. „Heute in der *Klonen Zeitung*“, stand auf einem in großen Lettern. „Haider-Rücktritt!! ‚Ich bereue alles.‘ Wird FPÖ aufgelöst?“

In einer anderen Aktion versah Leikauf Konservendosen mit Etiketten, auf denen die Worte „Probleme“ und „Lösungen“ standen, und stellte diese beim Hofer in Regale und beim Meinl in die Auslage. Ohne es beabsichtigen zu wollen, wurde aus Andreas Leikauf ein Konzeptkünstler: „Das Motto war: Weg von der Malerei! Ich wollte keine abstrakten Bilder mehr malen, die einfach nur dekorativ sein sollen, wo es um nichts geht. Ich wollte mich mit meiner Umgebung auseinandersetzen, mit der Welt der Medien und der Wirtschaft.“

Andreas Leikauf: MAY WE START THE REVOLUTION NOW?

Mit seiner Kunst war aber kein Geld zu verdienen. „Ich hab mich mit allen möglichen Jobs über Wasser gehalten. Irgendwann erstellte ich eine Liste mit Dingen, die ich dringend brauche. Ich verteilte sie im Bekanntenkreis. Und wenn mir jemand etwas geschenkt hat, hat er einen Kartoffeldruck bekommen, auf dem das Mitgebrachte dargestellt war.“ Die Liste umfasste u .a. zehn Rollen Toilettenpapier, zwei Telefonwertkarten, eine Kiste Mineralwasser, zwei Wärmflaschen, fünf Kilo Nudeln, drei Flaschen Rotwein, zwei Topfpflanzen, 20 Postkarten, einen Farbfernseher und zehn Zeichenblöcke. „Ich habe wirklich alles bekommen“, erzählt Leikauf. Stella Rollig, nun Direktorin des Lentos in Linz, steuerte die erbetenen Socken bei und Wolfgang Zinggl, nun Kultursprecher der Grünen, einen Sack Obst.

Eine Zeit lang malte Leikauf auch Briefmarken. Sie wurden als Wertzeichen akzeptiert – und abgestempelt. „Ich musste natürlich zuerst herausfinden, wo die dümmsten Postler sitzen. Und die Farben mussten ungefähr stimmen, am besten funktionierten gedeckte Braun-Grün-Töne. Irgendwann hab ich das Projekt aber aufgegeben.“ Denn der Aufwand war riesig, der Gewinn minimal. „Geldfälschen wäre sinnvoller, ist jedoch noch schwieriger“, meint Leikauf. Aber er zeichnete sich zumindest seine erste Million: Ab 1994 verzierte er mehr als 1000 Banknoten mit comicartigen Köpfen und verwendete recht sonderbare Beträge, zum Beispiel 1500 Schilling.

1999, als die Serie beendet war, wurde Leikauf zusammen mit dem Komponisten Beat Furrer, dem Dramatiker Händl Klaus und dem Bildhauer Michael Gumhold zu den Künstlerwochen ins Stift St. Lambrecht eingeladen. „Da meine Familie aus St. Lambrecht kommt, hat mich das gefreut. Ich nahm mir vor, wieder zu malen. Und ich hatte das Bedürfnis, Texte einzubauen. Ich verwendete nur das, was ich in einer Zeitung oder auf der Straße sah, eben alles, was mir aufgefallen ist.“ Er malte zum Beispiel eine friedlich kauende Kuh auf der Weide mit dem Schlachtruf „Born to be wild“ im Fell. „Das Malen hat mir plötzlich Spaß gemacht. Und die Bilder haben ganz anders ausgeschaut als das, was ich an der Akademie machen musste.“

2001 folgte die erste Ausstellung im Artlab von Ernst Hilger. Im Katalog *Have a nice day!* veröffentlichte Leikauf einen programmatischen Text, der noch heute gilt. „Die uns umgebenden Bilder sind in ihrer Masse absolut trivial und gleichwertig (so wie auch im Fernsehen alles zur Unterhaltung wird, egal ob Kriegsbericht oder Werbespot.) Ein paar wenige Bilder verankern sich als Ikonen im kollektiven Bewusstsein. Der Rest verschwindet wieder. Mich interessieren diese Wegwerfbilder, und ich versuche sie festzuhalten und zu recyceln. Ich bevorzuge dabei die Malerei als vergleichsweise einfaches und langsames Medium.“

Sein Ausgangsmaterial findet Leikauf in Zeitungen und Zeitschriften: „Ich schau einfach beim Morawa alles durch und kaufe die Magazine, in denen ich etwas entdecke. Egal, was es ist: Mode, Zeitgeist, Musik.“ Aus dem Internet nimmt er keine Bilder: „Das müsste ich ja erst ausdrucken.“ Und er fotografiert auch keine Szenen: „Es gibt eh schon alles. Nur Landschaften erfinde ich manchmal. Und jedes Jahr male ich ein Blumenbild. Ich dachte mir: Ein Blumenbild pro Jahr ist okay. Weil mir das aber so viel Spaß macht, male ich es jetzt immer schon am 1. Jänner.“

Möglichst banale Bilder

Leikauf verwendet nie Fotos, die einen künstlerischen Duktus haben: „Ich nehme möglichst banale Bilder.“ Er sucht sich in der Regel einen Ausschnitt aus und ändert ihn ab. Sollte auf diesem eine bekannte Persönlichkeit zu erkennen sein, macht er sie unkenntlich. Auf dem Gemälde *May the worst one win*, im *ALBUM* auf Seite 11 abgebildet, sieht man nur zwei gestikulierende Hände. Es sind jene von Wolfgang Schüssel. Gerne verwendet Leikauf Fotos von Demonstrationen: „Denn in die Transparente kann man was ganz anderes reinschreiben.“

Beim Grundieren weiß er zumeist noch nicht, welches Bildmaterial er verwenden wird. Und er weiß daher auch noch nicht, wie er die Szene kommentieren soll – außer bei den Gemälden mit weißer Schrift. Denn da muss er die Buchstaben beim Auftragen der schwarzen Farbe aussparen. Oft steht er dann eine Stunde vor dem Bild und überlegt den Text, den Slogan, die Behauptung. Mittlerweile gibt schon mehr als 1000 Bilder. „Oft muss ich im Computer nachschauen, ob ich den Titel eh noch nicht verwendet hab.“

Es gibt zwar ein paar Bilder mit deutschen Titeln, meistens aber verwendet Leikauf das Englische. „Weil es kürzer ist. Und weil die Phrasen, die ich verwende, einfach besser klingen. Und man wird woanders auch verstanden.“

Fortsetzung folgt

Auf den internationalen Markt schiele er aber damit nicht. Und es sei auch nicht sein Ansinnen, mit den trashigen, „Pulp“-artigen Bildern in der Tradition der Pop Art zu stehen. „Andy Warhol bediente sich, wie ich es tue, der Bilder. Aber er porträtierte Stars“, sagt Leikauf. „Für ihn war die Oberfläche alles; was darunter ist, interessierte ihn nicht. Und genau das will ich vermeiden. Die Oberfläche hat mich schon an der Akademie gestört: Da durfte man eben nichts ins Bild reinschreiben – und man durfte nichts kritisieren. Das hasste ich.“

Die jüngste Ausstellung, *Play my game*, fand erst kürzlich, im November 2011, bei Hilger in der Dorotheergasse statt. Wie bei jedem seiner Kataloge steht am hinteren Umschlag: „…to be continued …“ Sollte ihm wider Erwarten irgendwann einmal nichts mehr einfallen, bleibt die Musik: Nebenbei tritt Leikauf, Hobbyfußballer und Vater einer elf Monate alten Tochter, als DJ auf.

Und in der Band Mopedrock spielt er Gitarre und Violine. Ihr erster Longplayer mit dem vieldeutigen Titel *Vasistas*, vor einem halben Jahr veröffentlicht, war für Standard-Musikredakteur Karl Fluch nachgerade ein „Spitzenalbum“. Denn Mopedrock krachen, wie er schrieb, „mit scharfen Gitarren, Schepperschlagzeug und Jakob Ortis’ emphatischem Gesang im 2CV die Champs-Élysées runter, den Stinkefinger aus dem Fetzendachl gestreckt“. Dass Andreas Leikauf das Cover gestaltete, versteht sich von selbst.

www.andreasleikauf.net
www.mopedrock.com

Andreas Leikauf im Atelier: „Ich revoltierte ein wenig gegen das Elternhaus, beim Bundesheer, an der Akademie – und mitunter gegen den Kunstbetrieb. Wenn mich etwas stört, dann sag ich es eben.“

Foto: Heribert Corn

„Genau das macht die Wichtigkeit des Sports aus“

Heinz Mayer, Sportfan und Verfassungsrechtler, erkennt im Sport nicht mehr Gerechtigkeit als anderswo. „Wer zu Gericht geht oder auf den Fußballplatz, muss mit Fehlentscheidungen leben“, erfuhr **Fritz Neumann.**

STANDARD: *Der gerechte Sieg, das gerechte Remis, das gerechte Resultat. Das Wort „gerecht“ fällt selten so oft wie im Sport. Zu Recht, oder ist das seltsam?*
Mayer: Das ist sicher nicht seltsam. Gerechtigkeit spielt für den Menschen eine ganz große Rolle, in allen Bereichen. Gerechtigkeit ist elementar.

STANDARD: *Ist der Sport gerechter als der Rest vom Leben, widerfährt einem eher Gerechtigkeit?*
Mayer: Das ist unterschiedlich. Manchmal taucht die Gerechtigkeitsfrage kaum auf, weil ich das Ergebnis gut messen kann. Im 100-Meter-Lauf seh ich sofort, wer der Erste ist. Erst in der zweiten Ebene geht es darum, ob er vielleicht gedopt war oder einen Fehlstart produziert hat, der nicht festgestellt wurde. Aber vordergründig kann ich sagen: Dieser oder jener war der Beste. Wenn ich Beurteilungen vornehmen muss wie im Turnen, Eiskunstlauf oder Skispringen, wird es heikel. Da gibt es oft Diskussionen, da ist es manchmal schwieriger, an die Spitze zu kommen, man muss Beziehungen haben. Das führt öfter dazu, dass jemand nicht seinen Leistungen entsprechend, also ungerecht beurteilt wird.

STANDARD: *Und dass sich am Ende, wie es im Sport auch oft heißt, alles ausgleicht?*
Mayer: Das glaube ich nicht. Wo das Ergebnis so von menschlicher Beurteilung abhängig ist, wie etwa auch beim Boxen, wird es nicht immer einen Ausgleich geben.

STANDARD: *Die Strukturen, auch seine eigene Rechtsprechung, machen den Sport zu einer eigenen Welt in der Welt. Hilft ihm das, oder macht ihn das korrumpierbar?*
Mayer: Im Radsport hab ich nicht den Eindruck, dass diese internationale Gerichtsbarkeit, die es da gibt, eine unabhängige ist, die echt durchzugreifen versucht. Das ist auch eine Gefahr, dass man das Wort Gericht verwendet für eine Einrichtung, deren Unabhängigkeit nicht völlig gesichert ist.

STANDARD: *Sportler klagen gern darüber, Pech gehabt zu haben. Ist es ungerecht, wenn man Pech hat?*
Mayer: Natürlich kann Pech zu einer Ungerechtigkeit führen. Wenn einer im Segeln fünf Meter weiter rechts fährt als die anderen, steht er vielleicht, und die anderen fahren. Oder ein Materialfehler beim Skifahren, die Bindung geht auf. Pech gibt es auch beim Fußball, wenn die überlegene Mannschaft dreimal an die Stange knallt, und die andere kommt einmal vor und schießt ein Tor.

STANDARD: *Aber ist das auch wirklich ungerecht?*
Mayer: Das kann schon ungerecht sein, weil es Zufall sein kann. Aber genau das macht die Wichtigkeit des Sports aus. Dass man lernt, auch mit ungerechten Niederlagen umzugehen. Niederlagen ertragen zu können ist für den Menschen wichtig. Wer nicht lernt, auch mit der Ungerechtigkeit zu leben, ist in höchstem Maß gefährdet, Verbrecher zu werden oder zu verzweifeln am Leben.

STANDARD: *Ist der Schiedsrichter, etwa im Fußball, tatsächlich einem Richter vergleichbar?*
Mayer: Der Schiedsrichter muss binnen Sekundenbruchteilen erkennen, was passiert. Wobei man ja oft in der Zeitlupe noch nicht klar sieht, was wirklich passiert ist. Im Unterschied zum Schiedsrichter hat der Richter eine zweite und oft dritte Instanz.

STANDARD: *Wenn Sie nur Sekunden nach einem Tor wissen, dass es irregulär war – stellt es Ihnen da nicht die Haare auf?*
Mayer: Natürlich stört mich das. Auf der anderen Seite muss ich, wenn ich mich auf das Spiel einlasse, damit leben, dass es einen Schiedsrichter gibt, der Fehlentscheidungen treffen kann. Ich muss mich auch darauf einlassen, dass ich, wenn ich zu Gericht gehe, mit einem Fehlurteil heimkommen kann. Das gibt es. Es gibt Entscheidungen von Höchstgerichten, die für mich unverständlich sind und die ich schlicht für falsch halte. Wer zu Gericht geht oder auf den Fußballplatz, muss mit Fehlentscheidungen leben.

STANDARD: *Würden Sie für mehr Gerechtigkeit im Sport plädieren? Sollte es im Fußball Torkameras und also den Videobeweis geben?*
Mayer: Ich wäre dafür, dass man alle technischen Hilfsmittel, die man einsetzen kann, auch einsetzt. Das würde helfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden. Okay, wenn sich das untere Klassen nicht leisten können, raufen nach einer Fehlentscheidung vielleicht zwei Wirtshäuser miteinander. Aber oben geht es ja um Millionen.

STANDARD: *Bei der Tour de France werden Jahre später Titel wegen Dopings aberkannt. Sie sind ein Radsportfan. Wie schwierig ist es geworden, diesen Sport zu verfolgen?*
Mayer: Ich war sehr verärgert, als ich erfahren habe, dass der Bernhard Kohl gedopt war. Ich hatte ihn sehr aufmerksam verfolgt und mich darüber gefreut, wie er gefahren ist. Ich glaube, dass im Radsport an der Spitze wenige mit sauberer Weste unterwegs sind, und das stört mich sehr. Aber das alles blende ich aus, wenn ich zusehe, weil mich der Radsport noch immer fasziniert, das gestehe ich.

Der Radsport fasziniert mich immer noch, das gestehe ich.

STANDARD: *Einige behaupten, dass eine völlige Freigabe von Doping zu mehr Gerechtigkeit führen würde.*
Mayer: Davon halte ich gar nichts. Da müsste man Kindern abraten, Sport zu betreiben. Sport sollte ein Spiel sein, ich halte ihn vor allem für die Jugend als Erziehungsmittel für wichtig.

STANDARD: *Wenn man Jahre später draufkommt, dass sich Fußballvereine – Stichwort FC Tirol, Stichwort Sturm Graz, Stichwort GAK – ihre Erfolge mit unlauteren Mitteln erkauft haben, sollte man diese Klubs nicht nachträglich aus Meisterlisten streichen?*
Mayer: Gerecht wäre das vielleicht, in Italien ist es ja auch passiert. Aber für das Image des Sports ist es katastrophal, wenn der Zuseher, der heimgeht, nicht sicher sein kann, wie es wirklich ausgegangen ist.

HEINZ MAYER (65) ist Verfassungs- und Verwaltungsjurist, Universitätsprofessor und seit 2006 Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Präsident des Union Yacht Clubs Neusiedlersee. War Mittelstreckenläufer. Sportarten: Laufen, Radfahren, Segeln, Eissegeln, Skifahren. „Alles, so oft es geht. Keine Wettkämpfe mehr, nur noch Gesundheitssport.“ *Foto: Hendrich*

SKI AUSTRIA
VOLKSBANK
Bauen ist schwer genug. Darum machen wir das Finanzieren einfach.
Demner, Merlicek & Bergmann
Die Volksbank WOHNTRAUM-FINANZIERUNG:
• Umfassende Beratung
• Schnelle Abwicklung
• Gratis USB-Stick mit Förder-Infos und mehr
JETZT BERATEN LASSEN!
www.volksbank.at/wohnen
Volksbank. **Mit V wie Flügel.**

Von der universellen zur „rassischen“ Gerechtigkeit

Die Wiener Ethikerin Herlinde Pauer-Studer erforscht, wie NS-Juristen das Unrechtsregime des Nationalsozialismus legitimierten. Ihre verblüffende Entdeckung: Die Moral spielte dabei eine entscheidende Rolle.

Klaus Taschwer

Wien – Der Titel des großen Forschungsprojekts, an dem die Philosophin Herlinde Pauer-Studer seit zwei Jahren arbeitet, klingt eher abstrakt. Doch was sich hinter „Transformationen normativer Ordnungen“ verbirgt, sind ganz konkrete und praktische Fragestellungen – zumal nach Gerechtigkeit und den Zusammenhängen von Moral und Recht.

Ein Hauptteil des vier Jahre laufenden Forschungsvorhabens, das durch eine angesehene und hoch dotierte Unterstützung des Europäischen Forschungsrats (Advanced ERC Grant) finanziert ist, widmet sich den gesetzlichen Verschiebungen im NS-System. Was passierte auf konkreter juristischer Ebene, dass sich dieses Unrechtsregime etablieren konnte? Und wie rechtfertigten die damals führenden Juristen das Abgleiten des Rechtssystems in eine totalitäre Ordnung?

Um diese Fragen zu beantworten, arbeitet sich die international renommierte Ethikerin, die mit dem „großen“ ERC-Grant (übrigens dem bis jetzt einzigen Österreichs in den Geisteswissenschaften) auch eine befristete Professur an der Uni Wien erhielt, in Bibliotheken durch die Originaltexte, die aus rechtsphilosophischer Perspektive bis heute weitgehend unaufgearbeitet sind. Mit ihrem Mitarbeiter Julian Fink, mit dem sie auch eine kritische Quellenedition der einschlägigen Aufsätze vorbereitet, machte Pauer-Studer einige verblüffende Entdeckungen.

Die auf den ersten Blick vielleicht erstaunlichste betrifft die Rolle der Moral. Aus heutiger Perspektive würde man annehmen, dass die den Nazis völlig unwichtig war – doch genau das Gegenteil sei der Fall gewesen, so Pauer-Studer: „Die NS-Juristen haben eine Aufhebung der Trennung von Recht und Moral durchwegs befürwortet, ja, sie forderten eine Ethisierung des Rechts, insbesondere des Strafrechts.“

Das richtete sich vor allem gegen den Rechtspositivismus, der in der Zwischenkriegszeit unter anderem von Hans Kelsen, dem „Vater“ der österreichischen Verfassung, vertreten wurde. Den Rechtspositivisten wurde von den NS-Theoretikern vorgeworfen, mit der Trennung von Recht und Moral einen „agnostisch disqualifizierten Staat“ zu befürworten.

Mit der aufgehobenen Trennung von Recht und Moral seien freilich ethische Tugendpflichten auch zu Rechtspflichten geworden; die Macht des Staates konnte so auf innere Gesinnungen ausgedehnt werden. „Dazu kam, dass die universalistischen und für den Liberalismus gültigen Begriffe der universellen Gleichheit und Gerechtigkeit durch den Begriff der rassischen Gleichheit und Gerechtigkeit ersetzt worden sind“, sagt die in der angloamerikanischen Rechtsphilosophie geschulte Ethikerin: „An die Stelle der Rechtsgüter (wie Leben oder Wohlergehen) traten Grundwerte, zu denen auch der Begriff der Rasse und der rassischen Reinheit gehörte.“

Zumindest in den ersten Jahren nach Hitlers Machtübernahme 1933 glaubten NS-Juristen wie der in den letzten Jahren wieder in Mode gekommene Carl Schmitt, eine besonders einflussreiche Rolle zu spielen – und wollten dies durch entsprechende Texte absichern: „Der Führer schützt das Recht“ hieß etwa ein 1934 verfasster Aufsatz von Schmitt, der bis 1936 ein ganz eindeutiger Befürworter des NS-Regimes gewesen sei, so Pauer-Studer. Doch die Juristen hatten sich überschätzt: Sie waren bloß willige Instrumente für NS-Machthaber.

Für die Ethikerin liegen rechtsphilosophische Schlussfolgerungen aus diesen Analysen auf der Hand: „Moral ist nie frei von Verzerrungen und kann unter Bedingungen einer Diktatur leicht pervertiert werden.“ Noch weiter gedacht, sei daher auch vor einer rein moralischen Definition der Menschenrechte zu warnen.

Die entgegengesetzte Alternative, für die der Rechtspositivismus von Hans Kelsen stand, habe aber auch seine Probleme. So argumentierte der bedeutendste österreichische Rechtswissenschafter des 20. Jahrhunderts noch in den 1960er-Jahren bei der Diskussion um NS-Justiz-Opfer: Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass auch das Recht vor 1945 gültiges Recht war.

Für Pauer-Studer sei demgegenüber „moralische Angemessenheit“ zu wahren. Eine Lösung dieses Spannungsverhältnisses könne aber nur darin bestehen, geeignete „Übersetzungen“ von moralischen Forderungen in Formen des Rechts zu finden. Und genau solchen „Übersetzungen“ sind weitere Teile ihres Forschungsprojekts gewidmet.

1145

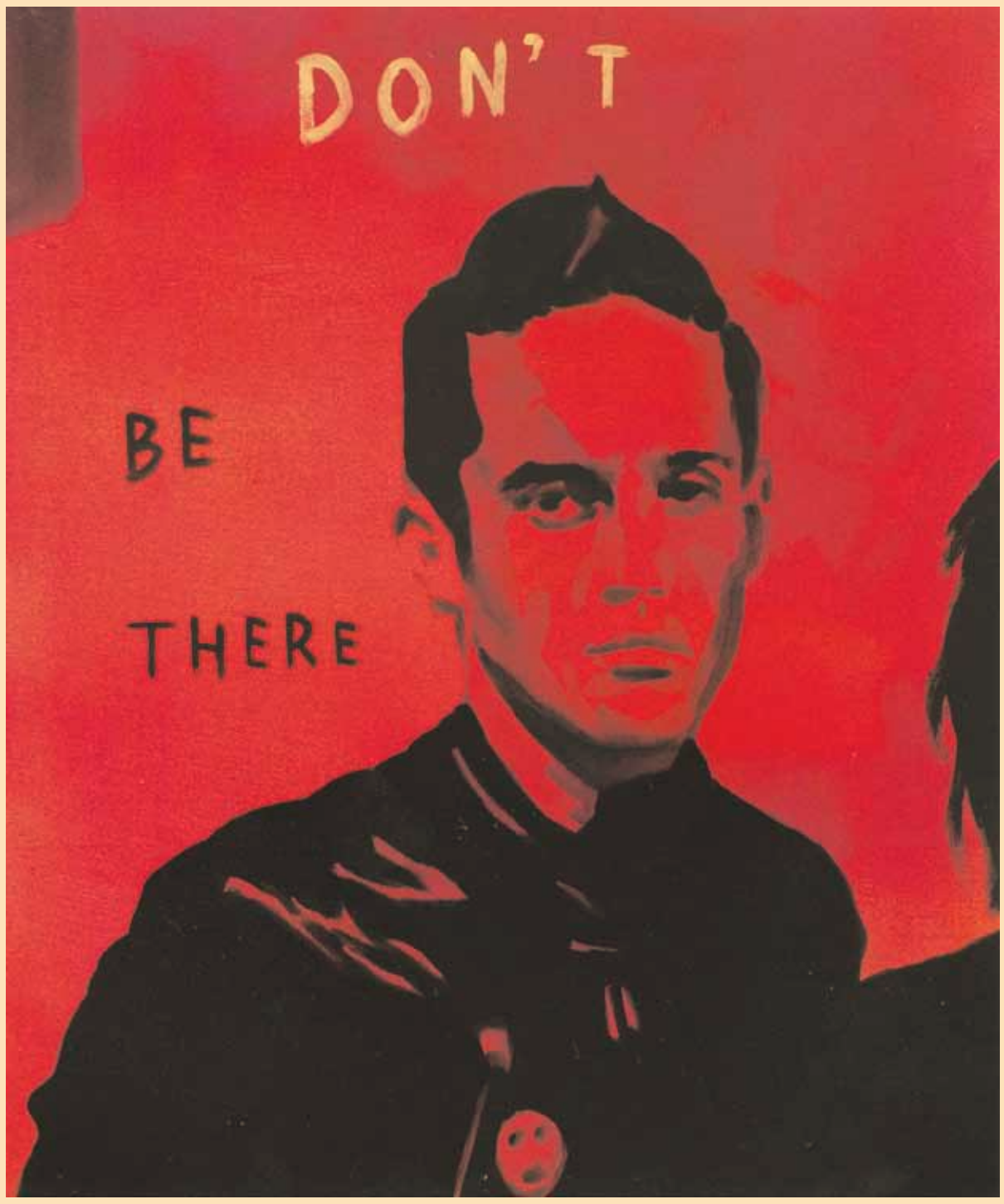
Reichsgesetzblatt

Teil I

1935	Ausgegeben zu Berlin, den 16. September 1935	Nr. 100

Tag	Inhalt	Seite
15. 9. 35	Reichsflaggengesetz	1145
15. 9. 35	Reichsbürgergesetz	1146
15. 9. 35	Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre	1146

Juristische Umsetzung der NS-Ideologie: die Nürnberger (Rasse-) Gesetze „zum Schutze des deutschen Blutes“. *Foto: Wikimedia*



Andreas Leikauf: DON‘T BE THERE

LABOR

Warmes Klima schrumpfte Ur-Pferde auf Katzengröße

Washington – Erst kürzlich stellten Forscher fest, dass Säugetiere evolutionär viel schneller schrumpfen als wachsen. Eine Bestätigung der These liefert nun eine Studie im Fachblatt *Science*: US-Paläontologen haben herausgefunden, dass die starke Erwärmung der Erde vor rund 56 Millionen Jahren die ohnehin kleinen Ur-Pferde im Verlauf von 130.000 Jahren um ein Drittel schrumpfen ließ – in etwa auf die Größe von heutigen Hauskatzen. (tasch)

Innere Uhr beeinflusst das Risiko für Herztod

Washington – Die meisten Fälle eines plötzlichen Herzstillstands ereignen sich in der Früh und am späten Abend. Forscher haben nun bei Mäusen herausgefunden, warum das so ist. Ihre in *Science* veröffentlichten Untersuchungen legen nahe, dass es zwischen dem Biorhythmus und dem Risiko, einen plötzlichen Herztod zu erleiden, einen molekularen Zusammenhang gibt, der sich Faktor Klf 15 nennt. (tasch)

Für Zebrafische riecht Gefahr nach Zucker

New York – Wird ein Zebrafisch verletzt, entsteht ein Schreckstoff, der seine Kollegen warnt, berichten Wissenschafter im Fachblatt *Current Biology*. Man wusste bereits, dass die Fischhaut Chondroitin enthält, das wiederum aus Zuckermolekülen besteht. Wie die Forscher nach Beobachtungen berichten, können die Fische diese Substanz offenbar riechen, wenn sie ein anderer Fisch durch eine Hautverletzung abgibt. (tasch)

derStandard.at/Wissenschaft

Ohne Worte missverstehen

Gesten sind kulturell geprägt, manche haben in verschiedenen Ländern nicht die gleiche Bedeutung. Kopfschütteln heißt zum Beispiel nicht überall „Nein“, Daumen hoch nicht immer „super“.

Gudrun Springer

Frage: Ist Kopfnicken ein international gültiges Zeichen für Zustimmung?
Antwort: In den meisten Ländern wird Kopfnicken als „Ja“ verstanden, aber nicht überall. Ausnahmen gelten etwa für Pakistan, Indien und Bulgarien. Wer dort mit dem Kopf Zustimmung ausdrücken will, wiegt ihn hin und her. Wer geräuschlos nein sagen will, wird auch nicht überall durch Kopfschütteln verstanden. In Süditalien oder der Türkei wirft man da angeblich den Kopf zurück. In Äthiopien bedeutet genau diese Geste wiederum ein Ja. Japaner zeigen ein Nein dagegen mit einem Wedeln der rechten Hand vor dem Gesicht.

Frage: Kann man mit Gesten anderswo genau das Gegenteil von dem ausdrücken, was man meint?
Antwort: Es gibt mehrere Handzeichen, die bei uns bedeuten, dass man etwas gut findet, die aber andernorts als Beschimpfung verstanden werden. Ein Beispiel: In Australien, im arabischen Raum oder in Nigeria wird ein nach oben gestreckter Daumen wohl kein Freudestrahlen hervorrufen. Die Geste, die bei uns als lobend eingesetzt wird, stellt in diesen Ländern nämlich eine Beschimpfung dar.

Frage: Gibt es Länder, in denen die Menschen mehr mit Gesten reden als wir?
Antwort: Ja, da gibt es Unterschiede – und zwar nicht nur im Gestenreichtum, sondern auch darin, wie sie ausgeführt werden. Jeder, der schon einmal in Italien war, wird beobachtet haben, dass die Italiener viel mehr mit Händen sprechen als Österreicher. Sie haben nämlich ein größeres Repertoire an Gesten. Interessant ist auch, dass in Nordeuropa Gesten vorwiegend aus dem Handgelenk heraus ausgeführt werden, in Südeuropa dagegen die Schulter stärker beteiligt ist.

Frage: Woher kommen Gesten?
Antwort: Gesten entwickeln sich aus Handlungen heraus. Ein Beispiel: Wer früher den Helm seiner Rüstung abnahm, zeigte, dass er nicht kämpfen will. Noch heute wird zum Gruß der Hut gezogen.

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich dem Thema „Gibt es im Meer Vulkane? Von Lava, Feuerringen und schwarzen Rauchern.“ Am Samstag im STANDARD.

oe1.orf.at
www.kinderuni.at

„Wir haben jede Form von Anständigkeit verloren“

Gesellschaftliche Schieflage, naive Politik, Lebensglück und die Regeln des Heiligen Augustinus: Schauspieler **Gregor Seberg** und Probst **Maximilian Fürnsinn** im Gespräch mit **Peter Mayr** und **Markus Rohrhofer**.

STANDARD: *Der Heilige Augustinus sagt: „Jeder soll das bekommen, was er braucht.“ Hat man nicht Anrecht auf mehr oder zumindest auf das Gleiche wie andere?*
Fürnsinn: Darf ich da gleich antworten, weil der Augustinus gehört zu mir. Dieser Satz steht in der Ordensregel. Augustinus war der Auffassung, dass es verschiedene Bedürfnisse, verschiedene Schwächen und Stärken von Menschen gibt, die eine entsprechende Unterstützung brauchen. Gerechtigkeit heißt nicht, dass alle bei allem gleich beteiligt werden, sondern dass jeder zu dem kommt, was er leben will und leben kann.

STANDARD: *Menschen, die sozusagen „überbleiben“, werden den Satz nicht gutheißen.*
Fürnsinn: Das ist richtig. Und es werden auch viele Leute mit diesem Satz alles ausnutzen, was es so gibt. Prinzipiell gilt aber dieses Wort.
Seberg: Ich kenne jetzt diesen Satz nicht. Aber ich finde, wir leben in einer Gesellschaft, die auf Leistung, auf Arbeit und damit Geldverdienen aufgebaut ist. Daher kann schon der, der mehr arbeiten will, auch mehr verdienen. Aber: Dass es im Jahre 2012 immer noch so große Gehaltsunterschiede zwischen Mann und Frau gibt, ist absurd. Ich bin ja sonst nicht einer, der sagt, die Gesetze sollen uns alles vorschreiben, aber das würde ich ratzfatz in die Verfassung schreiben und exekutieren.

STANDARD: *In Österreich sind eine Million Menschen von Armut betroffen, wie gerecht ist denn unser Land? Offensichtlich bekommt nicht jeder das, was er braucht.*
Fürnsinn: Die These steht für ein Kloster, für einen relativ begrenzten Raum. Das kann man dann nicht immer hundertprozentig übertragen. Trotzdem müssen wir uns dazu durchringen, zu sagen, jeder Mensch soll das bekommen, was er braucht. Auch in einer Gesellschaft mit sehr viel Armut müssen wir dafür sorgen, ein Grundeinkommen zu schaffen. Augustinus sagt auch noch dazu: Es soll sich niemand glücklich schätzen, dass er mehr hat, sondern dass er weniger braucht. Das ist eine sehr wichtige Ergänzung.

> Wir haben heute sehr viele Strukturen der Sünde, gerade im Wirtschaftsbereich.
> **Maximilian Fürnsinn**

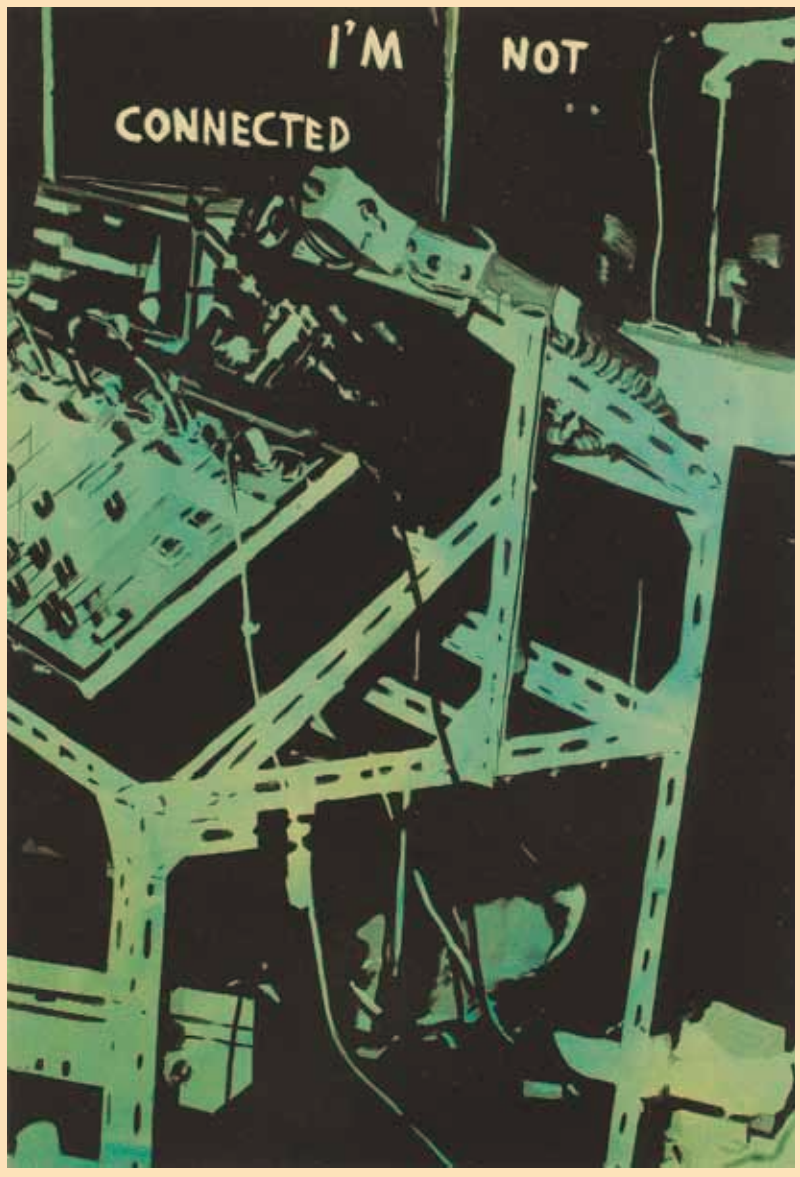
Seberg: Ich habe einen kulanten Zugang dazu. Wenn ein so reiches Land wie Österreich bemerkt, dass ein Achtel seiner Einwohner mit Armut zu tun hat, dann müsste das auf der Agenda ganz oben stehen. Dann ist alles andere zweitrangig. Da müsste man sagen: So, wo holen wir uns die Kohle? Es ist ein Zustand, der untragbar ist. Eine Institution wie die Kirche verfügt in Österreich immer noch über eine gewisse meinungsbildende Macht. Die müsste viel lauter sagen: Aus jetzt!
Fürnsinn: Die Kirche engagiert sich ganz deutlich in Form der Caritas. Man kann sicher nicht sagen, die Kirche spricht dazu nicht.
Seberg: Jemand, der in der Kirche Macht hat, könnte vorschreiben, dass am ersten Sonntag im Mai jeder Pfarrer predigen soll, dass dieser Missstand abgestellt werden muss. Davor hätten die Politiker Schiss. Ist das so undenkbar?
Fürnsinn: Es ist nicht undenkbar. Aber dann tauchen sofort Probleme auf. Etwa die Frage der Trennung von Kirche und Staat, dass die Kirche sich nicht in die Politik einmischen darf und ähnliche Dinge. Aber das wäre auszuhalten, daher bin ich vollkommen Ihrer Meinung.

STANDARD: *Laut Nationalbank hält das oberste Prozent ganze 20 Prozent des Geldvermögens. Das oberste Fünftel hält 75 Prozent des Immobilienvermögens. Herr Propst Fürnsinn, Sie haben einmal gesagt: „Besitz kann auch zur Sünde werden.“ Ist das ein Zeichen dafür?*
Fürnsinn: Wir haben heute sehr viele Strukturen der Sünde, gerade im Wirtschaftsbereich. Schauen Sie, was Kassiererinnen in manchen Supermarktketten mitmachen müssen! Oder wie heute Menschen mehrere Jobs brauchen, um zu einem halbwegs verfügbaren Einkommen zu kommen. Und was in den letzten Jahren an Schmiergeld und Korruption auftaucht. Menschen, die Unsummen für ein Radiointerview kassieren.
Seberg: Man kriegt nichts! Wo waren wir, als die Telekom gesagt hat: Zeigt auf! Ich war da offenbar nicht im gleichen Zimmer.

STANDARD: *Kümmert uns die Armut so wenig? Läuft da etwas falsch?*
Fürnsinn: Wir haben ein gewisses ethisches Grundverhalten verlernt. Wir haben jede Form von Anständigkeit verloren.
Seberg: Das glaube ich auch.
Fürnsinn: Und auf der anderen Seite dieses naive Getue. Wenn heute die Parteien wieder ein Parteienfinanzierungsgesetz machen wollen, dass sie schon über Jahre planen. Diese Heuchelei in der Politik ist einfach unglaublich.
Seberg: Mir kommt vor, es wird uns – länger als ich denken kann – eingeredet, dass der persönliche Wohlstand unbedingt vermehrt gehört. Und es wird immer subkutan mitgeschickt, dass es ruhig auf Kosten anderer gehen kann. Ich stehe auch dazu, dass „Geiz ist geil“ das Schlimmste ist, was ich seit Ewigkeiten gehört habe. Geiz ist einfach nicht geil. Er ist alles andere als geil. Aber wenn man das in die Leute so hineinpflanzt, dann ist das schlimm. Dann noch diese Kriegsrhetorik, diese Schlagworte: Du musst schauen, du musst kämpfen. Das geht mir total am Hammer.

STANDARD: *Wie bekommt man diese Anständigkeit wieder zurück?*
Fürnsinn: Ute Bock sagt, durchs Vorleben. Andere meinen, man muss sich vernetzen. Schule und Erziehung – da muss man hineingehen. Warum hat die Politik so eine Angst, zum Beispiel ein verbindliches soziales Jahr für alle einzuführen? Es ist so vielen Jugendlichen doch fad.

STANDARD: *Jetzt wird gerade ein Sparpaket umgesetzt, muss man nicht fürchten, dass es in Österreich noch ungerechter wird?*
Fürnsinn: Das glaube ich sehr.
Seberg: Ich auch. Es wird viel schlimmer. In der ORF-Sendung *Im Zentrum* hat der Werner Amon von der ÖVP auf die Frage, warum er denn nicht die Parteifinanzen transparent macht, gesagt, dass dann die politischen Mitbewerber dies einsehen können. Hallo? Genau darum geht es doch. Wenn es so weitergeht, werden die Politiker bald nach Lourdes pilgern müssen, um dort um jeden einzelnen Wähler zu betteln.
Fürnsinn: Die Probleme werden in der Zukunft noch größer, weil in der Politik das Denken der Selbstversorgung immer stärker herausgestrichen wird. Das bedeutet, dass man für gewisse Gruppen und Schichten nicht mehr die nötige Vorsorge treffen kann. Schauen Sie sich den Gesundheitsbereich an, die Pflege! Das wird ja nicht besser, sondern nur ärger.



Andreas Leikauf: I'M NOT CONNECTED

Der Staat zieht sich aus vielen Bereichen, wo Menschen an Grenzen kommen, zurück und schiebt es auf die Eigenversorgung.
Seberg: Wir leben in einer Gesellschaft, wo das Wort „Gutmensch“ einen negativen, unsexy Beigeschmack hat. Da kann ich nur lachen. Das Gegenteil wäre ja der „Schlechtmensch“. In meiner gröberen Diktion ist das ein Oarsch. Ich möchte ein Gutmensch sein, das ist weitaus erstrebenswerter und hipper als das Gegenteil. Du kannst ja in jedes Land schauen und sehen, wie schlecht es dort vielen Leuten geht, und wie es uns im Vergleich gut geht. Es ist mir unbegreiflich, warum edukative Medien, Institutionen nicht Sorge tragen und sagen: Hallo, Ball flach halten, uns geht es ziemlich gut.

> Wir leben in einer Gesellschaft, wo das Wort „Gutmensch“ einen unsexy Beigeschmack hat.
> **Gregor Seberg**

STANDARD: *Woran liegt es, dass einer mehr hat als ein anderer? Ist es Glück, Fleiß? Sie sind gelernter Fleischhauer, in dem Beruf würde Ihr Leben heute wohl anders aussehen.*
Fürnsinn: Für mich gab es nicht das Bedürfnis hinaufzustreben. Ich war sechs Jahre lang ein begeisterter Fleischhauer. Ich war auch durchaus erfolgreich. Für mich ist es nie um sozialen Aufstieg oder so etwas gegangen. Ich wollte für eine Sache eintreten, für den Glauben, für meine Überzeugung einstehen. Das war mein Motiv.
Seberg: An Vorbestimmung glaube ich gar nicht. In meinem Beruf redet man ja oft nur über die Schauspieler, die man sieht. Und dann glaubt man immer, denen geht es so gut. Aber das ist echt nur die Spitze vom Eisberg. Die vielen Schauspieler, die irrsinnig gut sind, die fleißig wären, wenn man sie ließe, aber leider keinen Job finden, die sieht man nicht.

STANDARD: *Herr Propst, Sie haben sehr früh Ihre Mutter und Ihren Bruder verloren; Sie, Herr Seberg, sind bei der Großmutter aufgewachsen. Haben Sie beide sich nie gefragt, ob die Welt ungerecht ist?*
Seberg: Meine Oma war nicht gläubig und hat Gelbsucht bekommen. Da war sie noch nicht einmal dreißig. Als letzten Ausweg hat sie Gott angerufen und hat die Krankheit überlebt. Ab dem Zeitpunkt war sie strenggläubig. Ich bin im Glauben erzogen worden. Und dann ist mein Opa gestorben, da war ich acht Jahre alt. Ich habe das nicht akzeptiert. Ich dachte mir, das stimmt alles nicht. Die Oma rettet der und den Opa nicht? Da habe ich mir dann zum ersten Mal die Frage gestellt: „Wie gerecht ist unsere Welt jetzt eigentlich?“
Fürnsinn: Ich war zwei Jahre alt, als meine Mutter gestorben ist. Da habe ich keine Erinnerung mehr. In mir ist nur so etwas wie Sehnsucht geblieben. Mir ist es aber nicht schlecht gegangen, in einer Fleischhauerei ist das alles kein Problem. Aber es ist eben ein Stück Sehnsucht offengeblieben. Vielleicht hat mich das auch ein wenig tiefer in den Glauben hineingeführt, das mag schon sein. Wo habe ich Halt, was gibt mir Kraft. Der frühe Tod meiner Mutter, das spielt in meiner Glaubensgeschichte sicher eine Rolle.

Propst Maximilian Fürnsinn und Schauspieler Gregor Seberg sind sich einig: „Wir haben ein gewisses ethisches Grundverhalten verlernt.“
Fotos: Hendrich

ZU DEN PERSONEN

Maximilian Fürnsinn wurde am 5. Mai 1940 in Herzogenburg geboren. Er kommt aus einer Fleischhauerfamilie und absolvierte auch die Lehre. Seit 1979 ist er Propst des Stiftes Herzogenburg.

Gregor Seberg (45) ist Schauspieler und Kabarettist. In Graz geboren, absolvierte er das Konservatorium der Stadt Wien, Abteilung Schauspiel. Seit 2006 spielt er in der Fernsehserie Soko Donau.

„Kinder sind ab einer Einkommensgrenze finanzieller Nachteil“

Hohe Grenzsteuersätze und wegfallende Transfers bei steigendem Einkommen als Armutsfalle für Familien: Laut Forscher **Franz Prettenthaler** wird der Mittelstand mit Kindern steuerlich benachteiligt. **Andreas Schnauder** fragte nach.

STANDARD: *Zahlt sich Kinderkriegen in Österreich aus?*
Prettenthaler: Das hängt vom Einkommen ab. Es geht dabei um die Frage der horizontalen Gerechtigkeit, also: Wie geht es einem Paar mit Kindern gegenüber einem ohne Kinder. Da viele Transferzahlungen, insbesondere jene der Bundesländer, einkommensabhängig sind, gibt es eine Grenze, ab der Kinder zu haben finanziell nachteilig ist.

STANDARD: *Wo liegt diese Schwelle?*
Prettenthaler: Das ist von Bundesland zu Bundesland verschieden und hängt zudem von der Verteilung des Haushaltseinkommens und dem Alter der Kinder ab. Ein Beispiel aus Wien, für einen Haushalt mit einem Kind, bei dem Frau und Mann gleich viel verdienen: Hier kippt die Situation ab einem Bruttoeinkommen von 2800 Euro. Ab diesem Wert ist man also netto ökonomisch mit einem Kind schlechter gestellt als ohne. Beim zweiten Kind liegt diese Schwelle noch tiefer, nämlich bei 1800 Euro.

STANDARD: *Wie groß ist der Zusammenhang zwischen finanziellen Anreizen und Geburtenrate?*
Prettenthaler: Es gibt eine starke Korrelation, das Einkommen dürfte aber nur eine Ursache sein. In Wien haben die ärmsten 20 Prozent der Haushalte die meisten Kinder. Ab dem Medianeinkommen geht es steil bergab. Erst das reichste Hundertstel hat wieder deutlich mehr Nachwuchs. Im urbanen Gebieten hängt das stark mit den hohen Wohnkosten zusammen, am Land ist die Kurve deutlich flacher. Besserverdiener können sich ein drittes Kind erst leisten, wenn sie eine Villa in Döbling haben. Wer ohnehin schon prekär wohnt, braucht das dritte Kind, um ein höheres Einkommen zu erzielen.

STANDARD: *Die ÖVP will Familien entlasten, die SPÖ bessere Kinderbetreuung: Wo stehen Sie?*
Prettenthaler: Wir brauchen beides. Kurzfristig muss man steuerlich etwas machen, weil die Familien zu stark belastet werden. Die Betreuungspflichten beeinträchtigen die Erwerbsfähigkeit, weshalb Haushalte mit Kindern weniger Steuern zahlen sollten.

STANDARD: *Aber könnte man nicht sagen, Kinder sind Privatsache, über Transferzahlungen für sozial Schwache hinaus braucht der Staat das nicht zu begünstigen?*
Prettenthaler: Das verbietet der Gleichheitsgrundsatz. Wenn der Staat Transfers für Kinder zahlt, dann muss er es über alle Einkommensbereiche tun. Derzeit werden Familien ab einem gewissen Einkommen bestraft. Wenn es um Gerechtigkeit geht, dann müsste man die relativen Kompensationen ziemlich konstant halten.

STANDARD: *Das hieße, dass Kinder von Reichen, in absoluten Beträgen ausgedrückt, mehr wert sind.*
Prettenthaler: Das würde ich so nicht sagen. Auch jetzt werden Kinderkosten nach dem Alter, beim Karenzgeld auch nach der Höhe des Einkommens, unterschiedlich kompensiert. Der Einkommensverlust durch Kinder ist eben unterschiedlich hoch. Es geht nicht um die Reichen, sondern um den Mittelstand. Die Familien, die sich kein drittes Kind leisten können, weil sie gleich viel Steuern zahlen wie Kinderlose, die sind ja nicht reich.

STANDARD: *Würde eine stärkere Kompensation die Geburtenrate beeinflussen?*
Prettenthaler: Das Beispiel Frankreich zeigt, dass die höhere Fertilitätsrate mit der Förderung des dritten Kindes durch Steuerfreibeträge zusammenhängt. Die Fertilitätsrate einer Gesellschaft wird generell von der Zahl der Drei-Kind-Familien geprägt.

STANDARD: *Viele Experten begründen die hohe Geburtenrate in Frankreich aber eher mit dem massiven Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.*

Andreas Leikauf: DISHONEST BUSINESS

Prettenthaler: Ich habe selbst zwei Jahre in Frankreich gelebt und gerade auf einem Symposium mit französischen Wissenschaftlern diskutiert. Natürlich gibt es beide Effekte. Es ist in Österreich aber nicht so, dass die Familien umso mehr Kinderbetreuung nachfragen, als Angebot da ist. Das würde sich ändern, wenn Familien mehr Erwerbseinkommen hätten.

STANDARD: *Wie sehen Sie das Zusammenwirken von Abgaben und Transfers in Bezug auf die Leistungsfähigkeit?*
Prettenthaler: In Wien ist man zwischen 1300 Euro und 2600 Euro in der Armutsfalle, weil von einer Brutto-Lohnsteigerung netto nichts übrig bleibt. Ein anderer Vergleich zeigt, dass bis zu 65 Prozent der Haushaltstypen unter einem Bruttoeinkommen von 4000 Euro einen Grenzsteuersatz von mehr als 50 Prozent bezahlen. Im unteren Einkommensbereich ist man wesentlich großzügiger, hohe Grenzsteuersätze abzuverlangen. Diese Belastungen ergeben sich vor allem aus dem Wegfall von Transferleistungen. Ein Grenzsteuersatz von mehr als 50 Prozent ist ungerecht. Absolut unmoralisch wird es, wenn der Grenzsteuersatz über 100 Prozent liegt, das Einkommen bei einer Lohnerhöhung also sinkt. Das ist immerhin bei 13 Prozent der Fälle im unteren Einkommensbereich, die wir berechnet haben, so.

FRANZ PRETTENTHALER, Ökonom und Philosoph, Erfinder der Transparenzdatenbank, leitet eine Forschungsgruppe am Grazer Joanneum. Seine Schwerpunkte: Finanzen, Umwelt und Regionalpolitik. *Foto: Robert Newald*

Was falsch sein kann am fairen Handel

Der Umsatz mit Fairtrade-Produkten wächst jährlich um mehr als 20 Prozent – gut so?

Tobias Müller

Wien – Wie fair ist Fairtrade? Kritiker halten es für einen Etikettenschwindel mit bestenfalls minimalen Auswirkungen, die Organisation selbst sieht ihr Modell als wichtige Möglichkeit für Bauern, der Armut zu entkommen. Eine Liste der häufigsten Kritikpunkte – samt Erwiderungen.

■ **Fairtrade ist irrelevant und lenkt von Problemen ab.** Zwar haben sich die Umsätze von Fairtrade in den vergangenen Jahren drastisch erhöht; der weltweite Marktanteil liegt aber immer noch – bestenfalls – im sehr niedrigen einstelligen Bereich. Das Modell nütze kaum, würde aber von anderen, wichtigeren Diskussionen ablenken, wie etwa einem Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, meint Kathrin Hartmann, Autorin des Label-kritischen Buchs *Das Ende der Märchenstunde*. Fairtrade-Produkte hätten etwa bei Bananen in Österreich bereits Marktanteile von 30 Prozent, hält Hartwig Kirner dagegen, Geschäftsführer von Fairtrade Österreich. Außerdem habe das Modell „Strahlwirkung“.

GERECHTIGKEIT

■ **Fairtrade ändert nichts an den falschen Strukturen.** Die Bauern würden in „kolonialen Strukturen gefangen bleiben“, sagt Hartmann. So sind alle Fairtrade-Produkte für den Export bestimmt, was die Produzenten in Abhängigkeit vom Westen hält. Gleichzeitig nutzen die besten Fairtrade-Prämien nichts, wenn gleichzeitig der Weltmarktpreis für Weizen so stark steigt, dass sich Bauern wieder nichts zu essen kaufen können. Stimmt, sagt Kirner. Aber ohne Devisen aus dem internationalen Handel könne dieses gar nicht aufgebaut oder die Landwirtschaft modernisiert werden, um Nahrungssouveränität zu garantieren. Und durch den Anbau von Rosen können auf einem Stück Land viel mehr Menschen ernährt werden als etwa mit Getreide.

■ **Fairtrade-Produkte sind zwar teurer, die Bauern verdienen aber nicht immer mehr mit ihnen.** Fairtrade garantiert Bauern einen Mindestpreis für ihre Produkte. In den vergangenen Jahren aber lag der Rohstoffpreis auf dem Weltmarkt deutlich höher – die Bauern haben also nicht davon profitiert. Ein Mindestpreis hilft zudem nicht, wenn nicht auch eine Mindestabnahmemenge garantiert ist, argumentiert der britische Ökonom und Fairtrade-Kritiker Philip Booth. Fairtrade-Bauern müssen bis zu 80 Prozent ihrer Ernte ohne Siegel verkaufen, weil sie keine Abnehmer finden. Viele Produkte, etwa Bananen, seien gar nicht mehr teurer als andere, entgegnet Kirner. Außerdem gehe es bei Fairtrade nicht primär um bessere Preise – die Organisation der Bauern in Kooperativen sei viel wichtiger. Das stärke ihre Verhandlungsbasis gegenüber Käufern und gebe ihnen einen besseren Zugang zum Markt.

■ **Kooperativen sind keine gute Idee.** Zusätzlich zum Verkaufspreis zahlt Fairtrade eine fixe Prämie an die Kooperativen. Diese variiert je nach Produkt, bei Kaffee lag sie zuletzt bei 200 US-Dollar pro Tonne. Die Kooperativen entscheiden demokratisch, was mit diesem Geld passiert – theoretisch. Kooperativen seien als Organisationsform besonders anfällig für Misswirtschaft und Korruption, sagt Booth. Sie seien intransparent und es sei kaum überprüfbar, was mit der Prämie passiere. Kirner streitet nicht ab, dass es schwarze Schafe gibt – das sei aber bei weltweit 1,2 Millionen vertretener Bauern nicht zu vermeiden.

■ **Fairtrade hilft gerade den Ärmsten nicht.** Die meisten zertifizierten Kooperationen sind in den vergleichsweise gut entwickelten Ländern Lateinamerikas, zudem arbeitet die Organisation nicht mit einzelnen Bauern – gerade die allerärmsten Bauern sind aber laut Studien meist nicht in der Lage, sich zusammenzuschließen. „Wir können nicht alle Probleme der Welt lösen“, sagt Kirner. Sehr arme Bauern leben oft von Subsistenzwirtschaft und handeln nicht – daher könne ein auf Handel basierendes System nicht helfen.

■ **Die Fairtrade-Regeln entsprechen den Wünschen westlicher Konsumenten, nicht den Bedürfnissen armer Bauern.** Fairtrade verbietet Kinderarbeit und den Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel – ein Fehler, wie Booth meint. „Arme Leute schicken ihre Kinder nicht arbeiten, um gemein zu ihnen zu sein, sondern um das Einkommen der Familie zu sichern“, schreibt er. Und im Bananenanbau etwa sind genetisch veränderte Sorten deutlich robuster und zuverlässiger als konventionelle, was Kleinbauern sehr helfen kann. Fairtrade unterscheidet allerdings zwischen „ausbeuterischer“ Kinderarbeit und solcher Arbeit, neben der sie noch zur Schule gehen können. Nur erstere ist laut Richtlinien verboten.

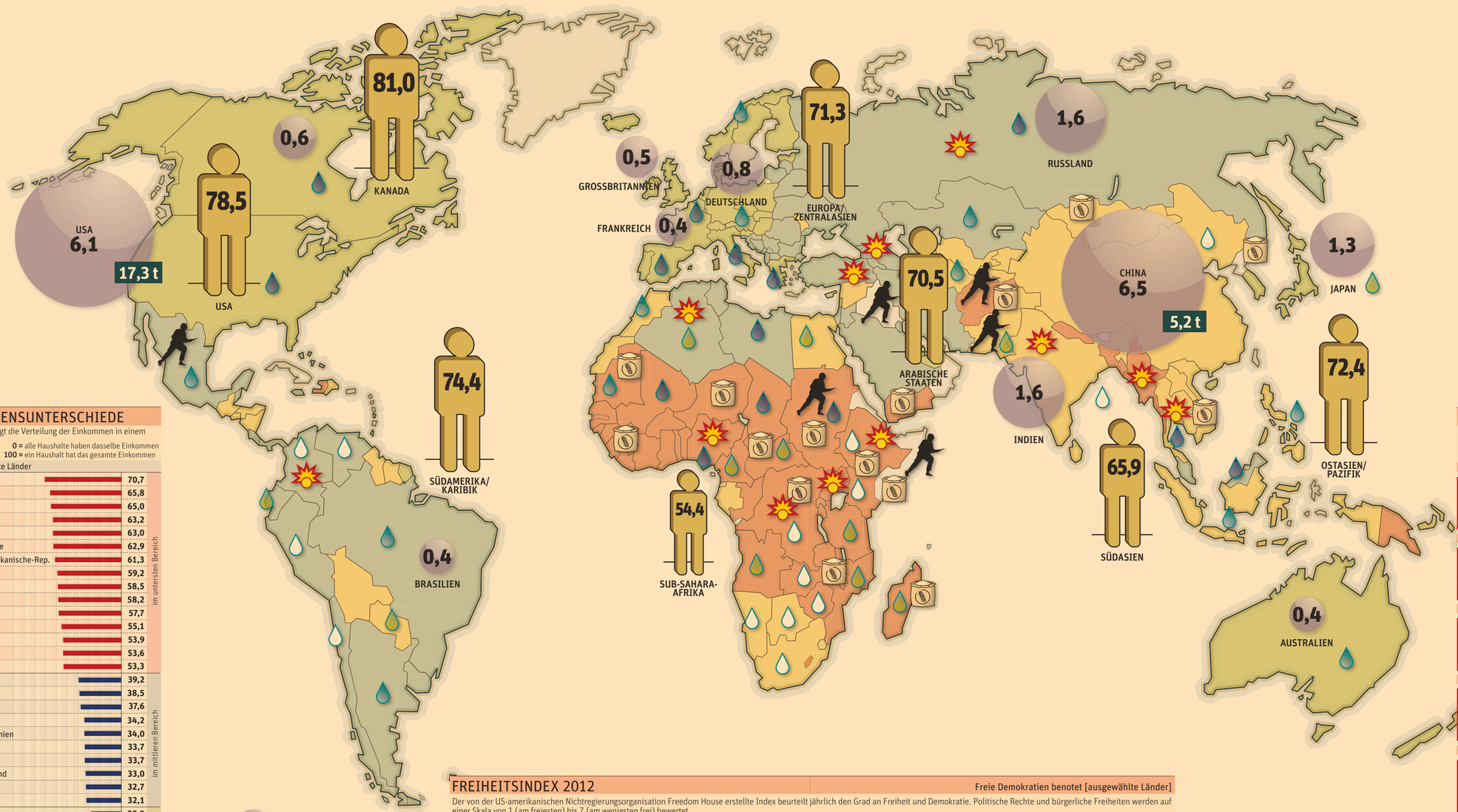
■ **Fairtrade begünstigt Greenwashing.** Mit dem Label besorgen sich Konzerne, die immer noch den überwältigenden Teil ihres Gewinns mit klassischer Ausbeutung machen, ein gutes Image, sagt Hartmann. Fairtrade würde von diesem Problem ablenken. Ihm sei diese Gefahr sehr bewusst, sagt Kirner. Aber: Wenn Nestlé seinen Kakao-Einkauf auf Fairtrade umstellt, dann habe das eben beträchtliche Auswirkungen.

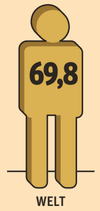
Bauern auf einer Fairtrade-Ananasplantage in Costa Rica. Ein Großteil der lizensierten Betriebe liegt in vergleichsweise gut entwickelten Ländern. *F.: Lechner*

GERECHTIGKEIT

Landkarte der Ungleichheiten

China, Indien, Brasilien: Die Schwellenländer haben die Wirtschaftskrise besser überstanden als der Rest der Welt und wachsen im Rekordtempo. Selbst aus der ärmsten Region der Welt, Sub-Sahara-Afrika, kommen nicht nur niederschmetternde Nachrichten. Die Kindersterblichkeit ist in den vergangenen zehn Jahren zurückgegangen, die Zahl der HIV-Neuinfektionen hat sich stabilisiert. Und dennoch: Im vielgelobten Indien sterben zwei Millionen Kinder pro Jahr an Unterernährung und behandelbaren Folgeerkrankungen. Jeder Zweite der 1,02 Milliarden Afrikaner lebt von weniger als 1,25 Dollar am Tag, die Lebenserwartung liegt bei gerade 54,4 Jahren, und innerhalb vieler Ländern wächst die Ungleichheit. Hinzu kommen die Verschwendung von Wasser und die rücksichtslose Ausbeutung von Rohstoffen in weiten Teilen der Welt. Von gleichen Lebensbedingungen oder gar Chancen kann keine Rede sein.





Durchschnittliche Lebenserwartung

Index der menschlichen Entwicklung

Der Human Development Index der Vereinten Nationen ist ein Indikator für den Grad der Entwicklung eines Landes. Er berücksichtigt neben dem Pro-Kopf-Einkommen die Lebenserwartung und den Bildungsgrad – in Form der Schuljahre, die ein 25-Jähriger absolviert hat, und der voraussichtlichen Dauer der Ausbildung eines Kindes.

- sehr hoch
- hoch
- mittel
- niedrig
- keine Daten

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE

Der Gini-Index zeigt die Verteilung der Einkommen in einem Land an.
0 = alle Haushalte haben dasselbe Einkommen
100 = ein Haushalt hat das gesamte Einkommen

Rang	Ausgewählte Länder		
1	Namibia	70,7	im untersten Bereich
2	Sechyllen	65,8	
3	Südafrika	65,0	
4	Lesotho	63,2	
5	Botswana	63,0	
6	Sierra Leone	62,9	
7	Zentral-Afrikanische-Rep.	61,3	
8	Haiti	59,2	
9	Kolumbien	58,5	
10	Bolivien	58,2	
11	Honduras	57,7	
12	Guatemala	55,1	
13	Brasilien	53,9	
14	Thailand	53,6	
15	Hongkong	53,3	
69	Israel	39,2	im mittleren Bereich
73	Portugal	38,5	
77	Japan	37,6	
93	Polen	34,2	
94	Großbritannien	34,0	
97	Schweiz	33,7	
98	Kroatien	33,7	
101	Griechenland	33,0	
102	Frankreich	32,7	
105	Kanada	32,1	
126	Belgien	28,0	im obersten Bereich
127	Ukraine	27,5	
128	Weißrussland	27,2	
129	Deutschland	27,0	
130	Finnland	26,8	
131	Kasachstan	26,7	
132	Slowakei	26,0	
133	Tschechien	26,0	
134	Österreich	26,0	
135	Luxemburg	26,0	
136	Malta	26,0	
137	Norwegen	25,0	
138	Ungarn	24,7	
139	Montenegro	24,3	
140	Schweden	23,0	

100 80 60 40 20 0

CO_2-Emissionen gesamt in Milliarden Tonnen, 2010, ausgewählte Länder

xx t CO_2-Emissionen pro Kopf und Jahr in Tonnen

Kriege

Unruhen

Von Lebensmittelimporten abhängige Länder

FREIHEITSINDEX 2012

Freie Demokratien benotet [ausgewählte Länder]

Der von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Freedom House erstellte Index beurteilt jährlich den Grad an Freiheit und Demokratie. Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten werden auf einer Skala von 1 (am freiesten) bis 7 (am wenigsten frei) bewertet.

Frei [Note 1.0–2.5]

Deutschland, Österreich, Chile, Schweiz, Argentinien, Spanien, GB, Costa Rica, Uruguay, Polen, Finnland, Südkorea, Japan

bestbenotet = 1.0

Teilweise frei [Note 3.0–5.0]

Bolivien, Türkei, Mazedonien, Mexiko, Moldawien, Paraguay, Senegal, Tansania, Bosnien-Herzegowina, Ukraine, Kolumbien, Kenia, Liberia, Sambia, Guatemala, Malaysien, Nigeria

mittlerer Bereich = 3.0

Nicht frei [Note 5.5–7.0]

Saudi-Arabien, Syrien, Tschad, Turkmenistan, Usbekistan, Weißrussland, Somalia, Afghanistan, Kuba, Nordkorea, Iran, Vietnam, Côte d'Ivoire, Laos

Schlusslichter = 6.5–7.0

Wasserjahresverbrauch pro Einwohner in m³

- weniger als 1.000
- 1.000 bis 1.300
- 1.300 bis 1.800
- mehr als 1.800

GRÖSSTE GEGENSÄTZE

Der Unterschied kann nicht größer sein, wie diese Beispiele zu Einkommen, Lebenserwartung und Bildung zeigen. Die besten und schlechtesten Werte aus dem Human Development Report.

BIP pro KOPF – Kaufkraftparitäten
LUXEMBURG **83,820** US-Dollar
KONGO **319** US-Dollar

FRAUEN im PARLAMENT
ANDORRA **53,6 %**
MIKRONESIEN, NAURU, SAUDI-ARABIEN u. a. **0,0 %**

AUSBILDUNGSZEIT – voraussichtlich
AUSTRALIEN, NEUSEELAND, IRLAND, ISLAND **18,0** Jahre
SUDAN **4,4** Jahre

KINDERSTERBLICHKEIT – unter fünf Jahren pro 1000 Lebendgeburten
LIECHTENSTEIN **2**
TSCHAD **209**

CO2-Emission – pro Kopf und Jahr in Tonnen
KATAR **53,5** Tonnen
NEPAL, BURKINA FASO, NIGER, ZENTRALAFRIKA u. a. **> 0,1** Tonnen

MENSCHEN mit weniger als 1,25 DOLLAR pro Tag
ÖSTERREICH u. a. **0,0 %**
LIBERIA **83,7 %**

LEBENSERWARTUNG – bei Geburt
JAPAN **83,4** Jahre
SIERRA LEONE **47,8** Jahre

MATERNAL MORTALITY RATIO – Todesfall während Schwangerschaft bis 40 Tage danach
GRIECHENLAND **2**
AFGHANISTAN **1.400**

DER STANDARD

Autoren: Fatih Aydogdu, Peter Frey, Julia Raabe, Johanna Ruzicka, András Szigetvari

Quellen: Reporter ohne Grenzen, Internationale Energieagentur [IEA] 2011, UNDP, Tivig, welt-auf-einen-blick.de, Uno, Human Mortality Database, CIA World Factbook, Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels, Marc Luy, Crop Prospects and Foos Situation, waterfootprint.org

Todeskandidaten geben Auskunft S. 38 Murdoch kommt mit „Sun on Sunday“ wieder S. 41

„Warum nimmt man’s nicht den Gstopften weg?“

Dramaturgisch unterstützt von Tochter **Kathrin,** probt **Lukas Resetarits** derzeit den hochpolitischen „Un Ruhe Stand“. Dass auch Gerechtigkeit dabei ein zentrales Thema ist, erzählen die beiden **Andrea Schurian.**

Vater und Tochter: Seit 1999 erarbeiten Kathrin und Lukas Resetarits die Kabarettprogramme gemeinsam. *Foto: Christian Fischer*

STANDARD: *Das Thema Gerechtigkeit zieht sich durch all Ihre Kabarettprogramme. Hat sich das Bewusstsein für Gerechtigkeit im Laufe der Jahre verändert?*

Lukas Resetarits: Ich glaube, es ist abgestumpft. Schwarz-Blau war diesbezüglich ein Qualitätsschub ins Negative. Es hat eine Bewusstseinsveränderung stattgefunden, eine freche Schamlosigkeit ist in den Vordergrund getreten. Das kommt auch in unserem neuen Programm vor, dass einer sagt: „Ich habe seit 2007 148.000 Leistungen erbracht. Welche genau am 3. April 2008, kann ich nicht sagen, weil ich ja dauernd Leistung erbringe. Aber Sie sehen: Ich kriege Geld dafür. Daher hab ich recht. Ich bin nicht eingesperrt!“

Kathrin Resetarits: Das passiert doch weltweit: Wer Erfolg und viel Geld hat, hat es offenbar verdient. Gerechtigkeitsempfinden wird gleichgesetzt mit Dummheit. Man wird als Idiot abgestempelt.

Lukas Resetarits: Und nun haben sich zwei Vierteklassepolitiker zusammengestritten. Alles ist so kleinlaut gegenüber dem Kapital und der Wirtschaft! Es ist problematisch, wenn die Politik Erfüllungsgehilfe der Wirtschaft ist. Politik muss für die Menschen Regelsysteme aufstellen, aber dazu ist sie nicht mehr imstande.

Kathrin Resetarits: Das ist der Schlüsselsatz: Der Mensch schafft Gerechtigkeit für Menschen! Das neoliberale, halbreligiöse Gerede vom Markt, der sich selber regelt, lässt den Menschen außen vor. Und es ist eine Beleidigung der Religionen! Religion macht Regeln, es gibt Gesetze für das Zusammenleben, der Mensch ist der Bezugspunkt. Das ist der große Unterschied zu den Finanzsystemen.

STANDARD: *Religionen schaffen eine gerechtere Welt?*

Lukas Resetarits: Der gerechte Gott: Darüber diskutieren wir häufig. Natürlich gibt es keine Schöpfungsgerechtigkeit, darum existieren ja soziale und politische Systeme. Ich bin Agnostiker oder Atheist, die Kathi verteidigt die Religion oft …

Kathrin Resetarits: … ohne religiös zu sein. Jedenfalls ist Religion kein Garant für eine gerechtere Gesellschaft …

Lukas Resetarits: Aber es gibt Strömungen wie die Caritas, deren politische Meldungen und Einmischungen ich nicht missen möchte. Dort, wo die Politik versagt, gibt es die mahnende Stimme der Kirche – allerdings von jenem Teil, der kirchenintern selber unter Druck steht.

GERECHTIGKEIT

STANDARD: *Politik versagt, die offizielle Kirche versagt …*

Lukas Resetarits: Und das Gegenmodell zum Kapitalismus hat, das muss man ja auch sagen, leider ebenfalls versagt. Es gibt ein Schreckensgespenst, in Amerika noch mehr als in Europa: Kommunismus! In den USA wird den Leuten ihr auf Kredit gebautes Haus weggenommen. Aber alle sind heilfroh, dass es nicht die Kommunisten gekriegt haben, weil das wäre grauslich. Wenn’s die Bank wegnimmt, ist es okay. Aber wenn man zwischen den Ohren ein Hirn hat, muss man alles daran setzen, um eine ausgleichende Gerechtigkeit zu schaffen.

STANDARD: *Wie gerecht ist demnach das Sparpaket?*

Lukas Resetarits: Die Reichen tragen mit einer befristeten Steuer zur Konsolidierung bei, die anderen unbefristet bis rückwirkend! Den Bausparvertrag hast ja schon vor sechs Jahren abgeschlossen, nun werden dir die Prämien gekürzt. Hämisch wird dir gesagt: „Wennst eine Jahresprämie zahlst und dir selber zwei Watschen runterhaust, darfst aus dem Vertrag aussteigen.“ Für den Herrn Treichl ist die befristete Reichensteuer ein Lercherlschas. Aber für die kleinen Leute bedeuten zwei-, dreihundert Euro viel!

Kathrin Resetarits: Jetzt müssen die Opfer eines Systems das System erhalten! Es ist eine Machtfrage, sogar in den Medien ist es ein Tabu, die ganz einfache Frage zu stellen: Warum nimmt man’s nicht den Gstopften weg, die genug haben und denen es nicht wehtut?

Lukas Resetarits: Und alte Linke wie ich weinen jetzt einer Realwirtschaft nach! Einem ethischen Unternehmertum, das für Arbeitsplätze sorgt und sich um die Familien der Arbeiter Gedanken macht! Anders als der heutige Pseudounternehmer, der nix unternimmt, als das Geld der anderen zu nehmen, und zockt.

STANDARD: *Politiker unterscheiden oft zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit.*

Lukas Resetarits: Bei Chancengerechtigkeit denkt derjenige, der den Begriff einsetzt, immer an die eigene Klientel. Chancengleichheit hingegen ist relativ indifferent. Also: Hier ist die Startlinie. Damit aber tatsächlich Chancengleichheit herrscht, zieht man für den Läufer mit den kürzeren Haxen die Startlinie erst zwei Meter weiter vorn.

Kathrin Resetarits: In meiner Schulzeit war Gerechtigkeit anfangs ein Thema. Aber irgendwann gab es einen starken Druck, Konkurrenz wurde das Wichtigste. Wenn man eine gerechtere Welt wollte, war man ein Gutmensch. Und ein Gutmensch war ein Trottel. Worte wie Umverteilung oder Solidarität waren tabu und total uncool.

STANDARD: *Ersetzt der Wutbürger den Gutmenschen?*

Lukas Resetarits: Stéphane Hessel hat den Schub gegeben, aber mittlerweile ist es ein inflationärer Begriff. Jeder ist ein Wutbürger – vielleicht nur, weil er in Hietzing keinen Parkplatz hat.

Kathrin Resetarits: Eh super, dass es eine Wut gibt! Bloß manchmal hat man das Gefühl, es geht am Wesentlichen vorbei. Es verebbt. Man regt sich mörderisch auf, aber das legt sich dann sofort und konsequenzlos wieder.

STANDARD: *„Un Ruhe Stand“ klingt nach: Nur nicht Pension!*

Lukas Resetarits: Das gilt natürlich nur für einen wie mich, der einen tollen Beruf hat und ihn gern weiter ausübt. Oder für einen Konzernvorstand. Der Kanalräumer wird wohl ebenso wie der Erdarbeiter den Ruhestand vorziehen. Das wäre auch gerecht.

STANDARD: *Wie gerecht ist der Generationenvertrag?*

Lukas Resetarits: Ungerecht – für die Jungen. Viele arbeiten in Prekariaten, sind Unternehmer, die Politik kümmert sich nicht um sie. Wenn da nicht Opa, Onkeln, Tanten, Eltern helfen, können die sich bei der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt gar keine Wohnung mehr leisten. Aber die Jungen sind erstaunlich geduldig. Ich verstehe das nicht.

Kathrin Resetarits: Das hat mit dem Kapitalismus zu tun, der uns einbläut, dass wir unseres Glückes Schmied sind. Und mit der Schamgesellschaft: Du fühlst dich schuldig, wenn du nicht mehr Kohle verdienst. Keiner mehr traut sich auf gewisse Rechte zu pochen.

Lukas Resetarits: Meine kühne These im neuen Programm ist Solidarität zwischen den ganz Jungen und den Alten unter Ausklammerung der unter Erfolgsstress stehenden Leading Generation.

STANDARD: *Ist Lukas Resetarits ein gerechter Vater?*

Kathrin Resetarits: Ja. Aber was ist schon ein gerechter Vater? Meine Schwester und ich haben früh gelernt, Verantwortung für uns zu übernehmen. Das ist gut für unsere Zusammenarbeit: Wir streiten schon auch, sind nicht immer einer Meinung. Gewisse gesellschaftspolitische Aspekte hast du nie so erlebt, und dieses andere Lebensgefühl fließt auch in das Programm ein …

Lukas Resetarits: … und so entwickelt sich nie ein Selbstbespiegelungsprogramm. Ich muss meiner Tochter übrigens ein Riesenkompliment machen: Sie ist eine Weltspitzendramaturgin!

„Un Ruhe Stand“, Premiere am 6. 3. um 20 Uhr im Stadtsaal Wien
www.knowme.at

ZU DEN PERSONEN

Kathrin Resetarits (38) Die Regisseurin, Schauspielerin und Schriftstellerin unterrichtet an der Wiener Filmakademie. Seit 1999 ist sie Mitverfasserin der Kabarettprogramme ihres Vaters.

Lukas Resetarits (64) 1977 präsentierte der Vater zweier Töchter und legendäre Kottan-Darsteller sein erstes Solo-Kabarett. *Un Ruhe Stand* ist nun sein 25. Kabarettprogramm.

OSCAR®-GALA
SO, 26. FEBRUAR
Vorführung nominierter Filme
12.30 The Tree Of Life
15.00 Drive
17.15 Moneyball ÖSTERREICH-PREMIERE
20.15 The Iron Lady
23.00 My Week With Marilyn ÖSTERREICH-PREMIERE
2 Uhr OSCAR-VERLEIHUNG
Gratis Kaffee und Frühstück
OSCAR-WETTE
GARTENBAUKINO

TIPP SPEZIAL

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479, E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

KUNSTBERATUNG

Alfons Walde, Einsamer Berghof, Öl auf Karton, 42 x 68 cm, Auktion im Kinsky am 17.4.2012, Schätzpreis EUR 150.000,– bis 250.000,–

Kunstberatung im Kinsky

Beratungstag am **Dienstag, 28. Februar 2012** von 10–17 Uhr im Palais Kinsky

Unsere Experten schätzen kostenlos und ohne jede Verpflichtung für Sie den Wert Ihrer

- Gemälde Alte Meister
- Bilder des 19. Jahrhunderts
- Werke der Klassischen Moderne
- Werke zeitgenössischer Kunst
- Antiquitäten
- Jugendstilobjekte

im Kinsky

und beraten Sie über die Verkaufschancen und Konditionen bei unseren Auktionen.

Kommen Sie zu uns oder schicken Sie Fotos!

Unsere Experten
Bei Fragen zu einzelnen Sparten kontaktieren Sie bitte:
Alte Meister
Mag. Kareen Schmid, 01/532 42 00-20, schmid@imkinsky.com
Bilder 19.Jh.
Mag. Monika Schweighofer, 01/532 42 00-10, schweighofer@imkinsky.com
Klassische Moderne
Mag. Alexandra Ruth, 01/532 42 00-13, ruth@imkinsky.com
Antiquitäten
Mag. Roswitha Holly, 01/532 42 00-19, holly@imkinsky.com
Jugendstil
Mag. Magda Pfabigan, 01/532 42 00-15, pfabigan@imkinsky.com
Zeitgenössische Kunst
Mag. Monika Schweighofer, 01/532 42 00-10, schweighofer@imkinsky.com

im Kinsky Kunst Auktionen GmbH, Palais Kinsky, 1., Freyung 4, 1. Stock, T: 01/532 42 00, office@imkinsky.com, www.imkinsky.com
WIEN

Balanceakt am Abgrund der menschlichen Existenz

Für seine außergewöhnliche TV-Serie „Death Row" hat sich Werner Herzog mit zum Tode verurteilten Straftätern zusammengesetzt und deren Geschichten und Gefühlslagen ausgelotet.

Dominik Kamalzadeh

Wien – Was fragt man einen Menschen, der zum Tode verurteilt wurde? Kommt auf das jeweilige Anliegen des Interviewers an. Dasjenige von Werner Herzog ist nicht so leicht festzumachen. Der deutsche Regisseur, der seit einiger Zeit in den USA lebt und arbeitet, ist für seine ungewöhnliche Sichtweise der Welt berüchtigt, und so beschäftigt ihn auch in der dokumentarischen TV-Serie *Death Row* über zum Tode verurteilte Straftäter eher eine existenzielle Dimension: die Grenzerfahrung eines Menschen, mit dem eigenen Ende konfrontiert zu sein.

Beinahe jeden Gesprächspartner im Gefängnis von Huntsville, Texas, lässt er seine Träume erzählen. Von Hank Skinner will er wissen, was Zeit für ihn bedeutet. James Barnes, den Protagonisten der ersten Folge, fragt Herzog, ob er an den Vögeln Interesse hat, die er aus seiner Zelle beobachten kann. Es handelt sich wohlgemerkt um einen mehrfachen Mörder, der schon als Kind Tiere getötet hat. Er hat seine Frau erwürgt, eine andere vergewaltigt, ermordet und mitsamt ihrem Bett verbrannt.

Doch Herzogs Strategie geht auf. Barnes lässt sich wie die anderen auf das Gespräch ein und präsentiert sich als offenes, wortgewandtes Gegenüber, das tief in sein Inneres blicken lässt. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Täter die von Herzog gewährte Öffentlichkeit auch für seine Zwecke zu nutzen versucht, indem er vor laufender Kamera weitere Morde gesteht – mit dem unausgesprochenen Ziel, ein neues Verfahren in die Wege zu leiten.

Mehr noch als in den anderen vier Teilen wird hier Herzogs Prinzip deutlich: Er will einem Menschen nahe kommen, den eine fast unheimliche Aura des Bösen umgibt, ohne ihn zu dämonisieren. Die Faszination des Filmemachers für gesellschaftliche Außenseiter ist durch seine Arbeit verbürgt; grundsätzlicher wird sie in *Death Row* allein durch die Praxis der Todesstrafe, diesen ultimativen Akt der Ausschließung aus der menschlichen Gemeinschaft, der immer wieder in einem Satz gipfelt: Der Staat wolle den Tod des jeweiligen Individuums.

Menschen statt Monster

Herzog beginnt jede Folge mit derselben Einleitung, einem Gang durch den Todestrakt, der an dem Bett endet, wo die letalen Injektionen verabreicht werden. Aus dem Off spricht er auf Englisch mit seinem charakteristischen Akzent davon, dass er mit der Praxis der Todesstrafe „auf respektvolle Weise" nicht übereinstimmt. Gegenüber den Interviewten tritt er distanziert auf: Barnes versichert er beispielsweise indirekt, dass er ihn nicht mag. Doch als ihn eine Staatsanwältin einmal beschuldigt, er würde eine Täterin vermenschlichen, antwortet Herzog vehement: „Sie ist ein Mensch."

Darin liegt die Zumutung dieser Serie, von der es mit *Into the Abyss* auch einen Langdokumentarfilm als Ableger gibt: Menschen gedanklich zu erfassen, deren Leben auf ein Desaster hinausliefen; die nun mit einer Schuld ringen, für die es keine Erlösung gibt; die sich mal einsichtig, mal verzweifelt gebaren. Hank Skinner, der 20 Minuten vor seinem Tod Aufschub bekam, erzählt von der Panik, die ihn dabei überfiel; Joseph Garcia, ein Überfalls- und Ausbruchsexperte, der an Gangster aus den 1920ern erinnert, sagt, er ziehe den Tod lebenslanger Haft vor.

Death Row ist immer dann am eindringlichsten, wenn nicht der Fall, sondern die psychische Disposition des Gegenübers greifbar wird. Wenn es gelingt, ohne Empathie in den Abgrund einer menschlichen Existenz zu schauen. Dann legt der Film auch die Bruchstellen des Konzepts moralischer Verurteilung dar. Es ist viel schwieriger, länger dahin zu blicken, wo es wirklich schmerzt.

Andreas Leikauf: CHEAT + WIN

Ein Todeskandidat gibt Auskunft: Hank Skinner, ein Protagonist aus „Death Row". *F.: Berlinale*

Jetzt fliegen gleich die Löcher aus dem Käse

Das französische Duo Justice gastierte im Wiener Gasometer mit seiner Techno-Polonäse

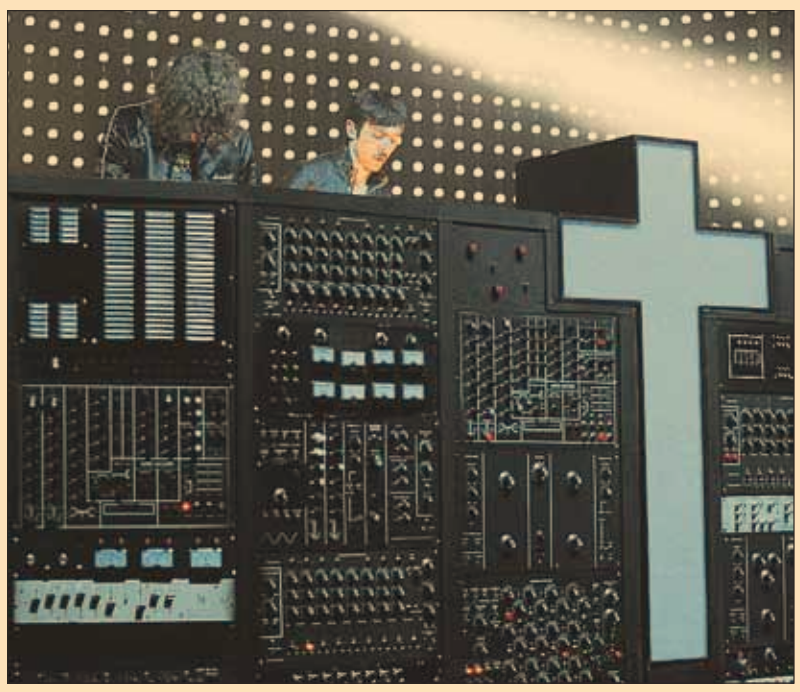
Christian Schachinger

Wien – Am Anfang ist es stockdunkel im Saal. Aber nur fast. Da hat die Feuerpolizei schon auch noch ein Wörtchen mitzureden bei der künstlerischen Freiheit. Notbeleuchtung gilt in Zeiten der urbanen Lichtverschmutzung aber als so gut wie zappenduster. Menschen, die beim Einschlafen die Straßenbahn oder eine Südosttangente hören müssen, werden sich das jetzt nicht vorstellen können, aber: Draußen in der Natur ist dunkel meist ziemlich brutal. Dort wachsen dann aus den Albträumen die Monster. Die Monster kommen, um uns zu holen.

Verängstigt drängt sich die Herde wegen dieser uralten Ahnung nervös vor der Bühne herum. Es werde bitte Licht. Jemand soll etwas sagen. Jemand soll sagen, dass alles nur als Spaß gemeint war. Bitte, bitte, bitte.

Theatralische Anspannung, emotionale Entladung. Und siehe, am Anfang war zwar das Wort. Bald einmal danach kam aber die Glühbirne: Man made the electric light to take us out of the dark. Exakt in der Bühnenmitte leuchtet ein mannshohes Kreuz auf, ein uraltes Symbol für die Verbindung von Himmel und Erde. Es steht aber auch für religiösen Glauben. Auf den Kopf gestellt beten es etwa verwirrte langhaarige Männer mit Gitarren und Allmachtfantasien an. Und seit vier Jahren leuchtet es eben auch für das französische Technoduo Justice.

Warum umständlich etwas Neues erfinden, wenn auf dem Markt gut eingeführte Produkte mit ein bisschen frischem Make-up genauso gut funktionieren? Erkennen ist Wiedererkennen. Wiedererkennen schafft Sicherheit. Sicherheit beruhigt. Es gibt Wiederholungen. Wiederholungen sind wichtig. Nur damit das klar ist, wir reden hier schon die ganze Zeit über Popmusik.



Zwei Herzen im Viervierteltakt: die französischen Techno-Produzenten Gaspard Augé und Xavier de Rosnay alias Justice. *Foto: Fischer*

Anders als im richtigen heutigen Leben drängt alles nach vorne zum Altar. Am Anfang war das Wort. Und das Wort lautet „Nts". „Nts, nts, nts, nts." Das ist für den Kopf. Etwas fehlt noch: „Mpf, mpf, mpf, mpf." Wir brauchen auch Bass. Der Saalboden beginnt zu vibrieren. Das ist nicht die U-Bahn, die da unter dem Saal des Wiener Gasometers durchbraust. Das ist viel mächtiger, archaischer, unwiderstehlicher. Das ist der Urrhythmus. „Nts, nts, nts, nts. Mpf, mpf, mpf, mpf." Und jetzt die Fliegeralarmsirene.

GERECHTIGKEIT

Four to the floor. Das ist die Grundlage einer Marschmusik, die uns zur Freiheit, ans Licht führen soll. Heraus aus den Höhlen der Steinzeit geht es über diverse Soundtracks für Conan-, Sandalen-, Wikinger-, Mel-Gibson- und Planet-der-Affen-Filme zur Berliner Loveparade. Hyper Hyper. Scooter. Schlümpfetechno. Kampfmusik ist immer auch Musik, die das Denken verhindern soll. Sie muss überwältigen. Und sei es mit Gewalt.

Käsige Synthesizermelodien aus dem Grenzland von Pink Floyd, an Wallungen leidendem Progressive Rock und französischen Zeichentrickfilmen der 1970er-Jahre wie *Michel Vaillant*. Sie bringen ein wenig akustische Besänftigung in den gnadenlosen Haudrauf der Autoscooter-Disco. Auf Platte pumpen die mit diversen modischen Unumgänglichkeiten wie eierndem Autotune-Gesang behübschten Tracks schon im sportlichen Tempo hin zur Rüscherlparty in der Almdisco. Man wird also nicht so blöd sein, live bei 3000 Umdrehungen pro Minute plötzlich auf den ersten Gang zurückzuschalten.

Vorwärts, schneller, Party, Party. Wir haben nicht ewig Zeit. Die Meute tobt. Die Leute kreischen. Schade eigentlich, dass beim jungen Menschen die Polonäse aus Blankenese aus der Mode gekommen ist. Egal. Die Hände zum Himmel. Himmel, ist das laut!

Ein wichtiges Argument in der Geschichte der populären Musik war immer die Lautstärke. Jetzt gerade tobt eine Herde brünftiger Mammuts durch den Gasometer. Justice lassen es live ziemlich derb krachen. Zum Nachdenken oder Zweifeln oder Beantworten eines Anrufs müsste man auf jeden Fall kurz aus dem Saal gehen.

Die Götter sind verrückt

Auch oben in der Kanzel wird heftig gerockt. Der aus verstorbenen, aber nicht vergessenen Mischpulten gebaute Predigtstuhl blinkt im Takt. Nts, nts, nts, nts. Zwei seitlich gebaute Gitarren-Zierverstärkertürme erstrahlen sonnenhell. Im Bühnenhintergrund weisen hunderte wattfressende Glühlampen darauf hin, dass es heute Abend nicht um Fragen des ökologischen Fingerabdrucks geht. Hier wird gefeiert. Die Vernunft macht Pause. Es gibt eine Zeit, die Welt nicht mit noch mehr CO_2 zu belasten. Und es gibt eine Zeit zu tanzen: „Und dann die Hände zum Himmel, kommt, lasst uns fröhlich sein. Wir klatschen zusammen und keiner ist allein." Man will es sich ja nicht unnötig mit höheren Wesen verscherzen und so, aber: Die Götter müssen verrückt sein.

bezahlte Anzeigen

KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

TANZFESTIVAL

les ballets C de la B & Het KIP
»DANS DANS«
ist eine fantasievolle und bilderreiche Vorstellung, die beweist, wie humorvoll Tanz sein kann – für Tanzfans ab 14 Jahren.
Im Rahmen des 15. SZENE BUNTE WÄHNE Tanzfestival!

brut im Künstlerhaus, 20 Uhr, 1., Karlsplatz 5
WIEN

AUSSTELLUNG

Henri Cartier-Bresson
Der Kompass im Auge: Amerika-Indien-Sowjetunion

Kunst Haus Wien, 10–19 Uhr
3., Untere Weißgerberstraße 13
www.kunsthauswien.com
WIEN

KUNST IST NICHT GERECHT

Glück oder Talent

Andrea Schurian

Schon länger nicht mehr Elke Krystufek zitiert: „Das Leben ist voller Ungerechtigkeiten. Und auch die Kunst ist nicht fair“. Bestenfalls könnte man ergänzend hinzufügen: „Und erst recht nicht der Markt.“

Weil der Mensch mitunter zu intellektuellen Abkürzungen neigt, setzt er Erfolg gern mit Qualität gleich. Wer nicht Mörderkohle mit der Kunst verdient, von Biennalen an Museen und wieder zurückgereicht wird, die Bestsellerlisten anführt, in Schlössern und TV-Talkshows zu Hause ist sowie in Fabrikshallen heiß gehandelte Kunstware herstellt (oder herstellen lässt), ist vielleicht ein netter Mensch. Aber, leider leider, wohl kein guter Künstler. Und vor allem kein Liebling der guten Gesellschaft.

Kunst ist Kommunikation, ja eh. Neuerdings muss sie allerdings vor allem unterhalten und witzig sein, um sie an den Sammler zu bringen. Viele leisten sich lieber klingende Namen als Kunst.

Natürlich gibt's Kenner, die beim Sammeln aufs Werk und nicht auf den Kunst-Kompass schauen. Es gibt ja auch Kunst, die nicht laut von den Wänden brüllt und dennoch was zu bedeuten hat.

Ein sehr erfolgreicher (und liebenswerter) österreichischer Schriftsteller hat gesagt, einen Bestseller zu landen, sei wie Lotterie spielen. Zig Kollegen würden ebenso gut schreiben. Manchmal hat man eben Glück. Manchmal nur Talent.

derStandard.at/KulturGlosse

Quetsch'n-Mania

Das Akkordeonfestival startet – u. a. mit Otto Lechner, Attwenger und Renato Borghetti. Festivalleiter Friedl Preisl kritisiert die Förderpolitik der Stadt.

Andreas Felber

Akkordeonisten ersten Ranges: Das Duo Attwenger, zu hören und sehen im Porgy & Bess (27. 2.). *Foto: Christian Fischer*

Wien – Zwischendurch darf man auch einmal über das Geld sprechen. Im Vorwort des Programmhefts zum 13. Akkordeonfestival lässt Friedl Preisl Dampf ab: Der rührige Veranstaltungsworkaholic vergleicht die jährlichen, mühsamen Verhandlungen mit der Kulturabteilung der Stadt Wien mit der Situation eines Autolenkers, der sich Jahr für Jahr erneut einer Führerscheinprüfung unterziehen muss. Im *Falter*-Interview legt Preisl noch ein Schäuferl nach, verweist auf die ungleiche Gewichtung der öffentlichen Förderungen für sein einen Monat währendes, international hochgelobtes Festival und das für ein Wochenende anberaumte Popfest, das in den Genuss der dreifachen Subventionssumme kommt.

Preisl steht damit nicht allein da, er spricht aus, was viele freie Veranstalter/nnen, die in Wien viel zum bunten Image der Stadt beitragen, denken, und die oft nicht jene Unterstützung erhalten, die sie benötigen (etwa Dreijahresverträge).

Das Programm des 13. Akkordeonfestivals gibt sich davon unberührt: Friedl Preisl lockt erneut eine hochkarätige Schar nationaler und internationaler Quetsch'n-Meister nach Wien, aus denen etwa der Akkordeon-Gaucho Renato Borghetti, der Tangos, Polkas und TexMex mit jazzigem Verve intoniert und Attwenger herausragen. Empfohlen seien auch die Konzerte des argentinischen Chamamé-Veterans Raul Barboza und des Wahl-Berliner „Verfremdungsklezmer“-Weirdos Daniel Kahn, der im Duo mit Fiddler Jake Shulman-Ment anreist.

Und natürlich kommt auch wieder Otto Lechner, Angelpunkt der österreichischen Akkordeonszene, wieder zu Wort, etwa zur samstägigen Eröffnungsgala mit den Kollegen/innen des Windhund-Kollektivs (Karl Ritter, Pamelia Kurstin, Melissa Coleman u. a.).

25. 2.–25. 3., 0676/512 91 04.

www.akkordeonfestival.at

Koordination und Redaktion: Margarete Affenzeller

FILM/VIDEO

Unter dem Radar fliegen

Trick- und Experimentalfilme, Dokus, Musikvideos und interdisziplinäre Medienkunst: Gemeinsam ist vielen solchen Arbeiten, dass sie „unter dem Radar“ fliegen und nicht im Mainstreambereich. Heute und morgen widmet sich ihnen ein Symposium:

Unabhängige Filmemacher präsentieren und diskutieren ihre Arbeiten. Gäste aus dem In- und Ausland, von Belgien bis Taiwan, sind dabei, unter ihnen der bosnische Künstler Adnan Popovic, der an den Grenzen von Ton und Bild arbeitet, und der britische Filmemacher mit der Frage „So how do you know when you're successful in the film business?“.

Michael Long (USA) erörtert die realen Chancen, Trickfilme bloß aus Spaß an der Sache zu machen. Chi-Sui Wang (Dublin) kombiniert Malerei mit Animation. Am heutigen Samstagabend zeigen Mitglieder der Internationalen Vereinigung für Animationsfilme Asifa, unabhängige Künstler und Studenten Arbeiten, die nicht länger als neun Minuten und 27 Sekunden lang sein dürfen – daher der gemeinsame Titel „567“.

Ihr Thema ist „Liquids“, das Verfließen von Grenzen im weitesten Sinn des Wortes. Die Veranstalter von **Under the Radar** – Stefan Stratil vom österreichischen ASIFA-Büro und Holger Lang von der Webster Universität Wien beziehungsweise der Produktionsfirma dma-pro – bieten mit diesem Symposium einen Platz für alle Kreativen, die an Kurzformen in ihrem jeweiligem Medium arbeiten und in keine Schublade passen: „Dann seid ihr hier richtig.“ Der Eintritt ist frei. (mf)

Museumsquartier Wien, 1070 Wien, quartier 21, Raum D, Samstag ab 18.30, Sonntag 11.30 bis 17.15

www.under-radar.com

JUNIORTÜTE

25. 2. Problemkids Ritzeratze voller Tücke, in die Brücke eine Lücke – und schon plumpst Schneider Böck in den Bach. Verantwortlich dafür ist das nicht gerade zart besaitete Lausbubenduo **Max und Moritz**, das aus lauter Tatendrang den Erwachsenen Streiche spielt. Sechsmal geht das halbwegs gut, der siebte Streich ist dann einer zu viel. Denn Erwachsene sind auch arg: Etwa Meister Müller, der die derben Buben fein schrotet. Eine Bühnenadaption von Wilhelm Buschs berühmter Bildergeschichte, eine Produktion des Theater Tabor, Spielleitung: Anatoli Gluchov. Ab fünf Jahren. (dog)
Kunsthaus Nexus, Saalfelden, 06582/759 99, **16.00**

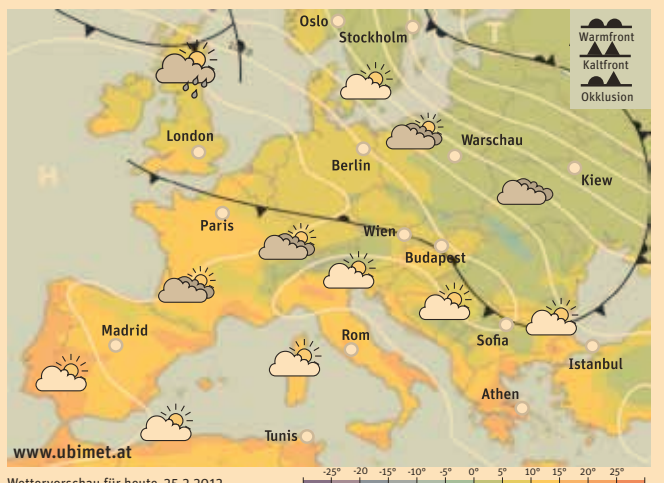
26. 2. Helden von früher Von unbesiegbaren Superhelden träumten weit vor Hollywood schon die Menschen der Antike und erfanden dementsprechend tapfere Figuren samt ihren sagenhaften Geschichten. Im Kunsthistorischen Museum kann den Stars der Alten Griechen nun in die Karten geschaut werden. Bei **Herkules & Co** vertieft sich junges Publikum in die Abenteuergeschichten von Achill oder Odysseus und kann anschließend im Atelier den eigenen Heldenansprüchen nachgehen. Tapfer? Klug? Mutig? Kräftig? Oder ganz etwas anderes? Für Sechs- bis Zwölfjährige. (afze)
Kunsthistorisches Museum, 1010 Wien, **14.00–16.00**

WETTER

derStandard.at/Wetter

Im Norden feucht

Aus Norden zieht eine Kaltfront ins Land, unter dem Einfluss eines nahen Hochs im Westen ist sie jedoch nur schwach wetterwirksam. An der Alpennordseite bleibt es meist trüb mit leichtem Regen, Schnee fällt oberhalb von 1200 bis 1500 m. Im östlichen Flachland zeigt sich die Sonne bei teils kräftigem West- bis Nordwestwind zumindest zeitweise. Am freundlichsten wird es mit Nordföhnunterstützung im Süden. Die Temperaturen erreichen von Nord nach Süd 7 bis 15 Grad.



Wettervorschau für heute, 25.2.2012

BIOWETTER

Der Eindruck im Norden täuscht: Trotz des trüben Wetters überwiegt der positive Einfluss des Hochs über Westeuropa auf den Organismus. Wetterbedingte Beschwerden sind daher die Ausnahme.

WETTERWERTE

Gemessen am 24.2.2012 13 Uhr MEZ

		Rel. Luftfeuchte	Temp 13 Uhr	Tages min.*	Höchstwert**	Tiefstwert**	10-jhr. Durch. ***	50-jhr. Durch. ***
Wien	heiter	69%	12°	7°	17° (77)	-12° (54)	4°	3°
Innsbruck	heiter	55%	10°	0°	18° (90)	-13° (56)	3°	2°
Klagenfurt	st. bewölkt	64%	9°	-3°	15° (90)	-18° (83)	2°	0°

* Tiefste Temperatur der Nacht auf den 24.2.
** Höchster, bzw tiefster gemessener Wert, Jahreszahl in Klammer
*** 10-jähriges (1991–2000) und 50-jähriges (1951–2000) Tagesmittel vom 24.2.

	Sa	So	Mo	Di	Mi
Wien	7° 13°	4° 10°	1° 8°	1° 9°	3° 11°
Bregenz	2° 10°	2° 8°	0° 8°	3° 10°	3° 11°
Eisenstadt	7° 13°	5° 10°	1° 7°	2° 8°	3° 12°
Graz	3° 14°	2° 10°	0° 8°	1° 12°	2° 15°
Innsbruck	0° 11°	2° 9°	0° 8°	0° 10°	0° 13°
Klagenfurt	0° 11°	-1° 10°	-2° 8°	-2° 12°	0° 14°
Linz	5° 9°	2° 5°	1° 6°	2° 8°	3° 12°
Salzburg	4° 9°	2° 5°	0° 5°	2° 8°	3° 12°
St. Pölten	5° 10°	3° 8°	0° 6°	0° 7°	2° 10°

INTERNATIONAL

Werte für den 25.2.2012

		Min	Max
Athen	heiter	7	18
Berlin	st. bewölkt	3	9
Brüssel	heiter	6	11
Buenos Aires	l. Regensch.	21	26
Genf	heiter	1	12
Hongkong	st. bewölkt	20	22
Jerusalem	heiter	8	16
Johannesburg	l. Regensch.	16	26
London	st. bewölkt	6	12
Los Angeles	heiter	12	19
Madrid	heiter	-1	17
Moskau	bedeckt	-3	0
Neu Delhi	heiter	10	23
New York	heiter	4	8
Paris	bedeckt	8	14
Peking	sonnig	-6	1
Rom	heiter	1	18

Sonne

am 25.02.2012 (MEZ), Wien

Aufgang: 06:44 Uhr
Untergang: 17:31 Uhr

Mondphasen

01.03.
08.03.
15.03.
22.03.

UBIMET

THEATERPROGRAMM

WIEN

3raum-anatomietheater Wien *0650/323 33 77* www.3raum.or.at *Die Präsidentinnen* Sa **19.30**
Akademietheater *514 44-4140* www.akademietheater.at *Alle Toten fliegen hoch 1-3* Sa **17.00** *Alle Toten fliegen hoch 4-6* So **17.00**
Blackbox Theater *0681/204 988 41* www.blackbox-theater.at *ausweg.los* Sa **20.00**
Burgtheater *514 44-4440* www.burgtheater.at *Peter Pan* Sa **14.00** *SchauSpielBar XXL* Sa **20.30** *Das blinde Geschehen* So **19.00**
Experiment am Liechtenwerd *319 41 08 XYZ* Sa **20.00**
Garage X Theater Petersplatz *535 32 00* www.garage-x.at *Was geschah, nachdem Nora ihren Mann verlassen hatte oder Stützen der Gesellschaften* Sa **20.00**
Gloria Theater *278 54 04* www.gloriatheater.at *Hotel Chaos* Sa **20.00** So **15.00**
Gloria Varieté *278 54 04* www.gloriatheater.at *The Manne-quins* Sa **20.00**
Hotel Marriott *0820/820 606* www.dinnerandcrime.com *Tartufo mortale* Sa **19.30**
Interkulttheater *587 05 30* www.interkulttheater.at *Derwisch erzählt 6* Sa **19.30**
International Theatre *319 62 72* www.internationaltheatre.at *An Inspector Calls* Sa **19.30**
Kammerspiele Wien *42 700 410 Blütenträume* Sa **20.00** *Jackpot* So **15.00** *Judy - Somewhere Over The Rainbow* So **20.00**
Marionettentheater Schloss Schönbrunn *817 32 47* www.marionettentheater.at *Die Kinderfledermaus* Sa **16.00** *Die Zauberflöte* Sa **19.00** So **16.00** *Kinderzauberflöte* So **11.00**
Musikverein Wien *505 81 90* www.musikverein.at Brahms-Saal: *Der Zauberer von Oz* Sa **14.00 17.00** So **11.00 16.00**
Odeon Wien *216 51 27* www.odeon-theater.at *Junge Choreographen des Wiener Staatsballetts* So ✶ **20.00**
Porgy & Bess Wien *523 91 80* www.heuschreck.at *Drachen-Zirkus* Sa **14.00**
Rabenhof Theater Wien *712 82 82* www.rabenhof.at *iba de gaunz oamen leit* Sa **20.00**
Schauspielhaus Wien *317 01 01-18* www.schauspielhaus.at *der Garten* Sa **20.00** Nachbarhaus: *Schubert - Eine Winterwanderung (1)* Sa **20.30**
Schubert-Theater *0676/443 48 60* www.schuberttheater.at *Nestroy's Eulenspiegel* Sa **19.30**
Staatsoper *514 44-0* www.wiener-staatsoper.at *Così fan tutte* Sa **19.00** *Matinee der Opernschule der Wiener Staatsoper* So **11.00** *La Sonnambula* So **19.00**
Stadttheater Walfischgasse Wien *512 42 00* www.stadttheater.org *Verklärte Nacht* Sa **20.00**
TAG Wien *586 52 22* www.dasTAG.at *Eigentlich sollte ich fünfmal die Woche* Sa **20.00**
Theater Akzent Wien *501 65-3306* www.akzent.at *Profesionalac* So **19.00**
Theater der Jugend - Theater im Zentrum *521 10* www.tdj.at *Chatroom* Sa **16.00 20.00**
Theater im Werkraum *0664/181 48 86* www.improform.at *X.Orange* So **20.00**
Theater in der Josefstadt *42 700-300* www.josefstadt.org *Ein Klotz am Bein* Sa **19.30** *Amadeus* So **14.30** *Todestanz - Lebenstanz* So **20.00**
Theater Scala Wien *544 20 70* www.theaterscala.at *Die Falle* Sa **19.45**
Vienna's English Theatre *402 12 60-12* www.englishtheatre.at *Time Stands Still* Sa **19.30**
Volksoper *514 44/3670* www.volksoper.at *La Traviata* Sa **19.00** *La Cenerentola* So **18.30**
Volkstheater *521 11-400* www.volkstheater.at *Mondlicht und Magnolien* Sa **19.30** *Jagdszenen aus Niederbayern* So **15.00** Schwarzer Salon: *Träumt?* Sa **19.30**
Volkstheater Hundsturm *521 11-400* www.volkstheater.at *Die Besten aus dem Osten!* Sa **19.00**

✶ Premiere. Angaben ohne Gewähr.

WATCHLIST

THEATER
25. 2., Volkstheater im Hundsturm, 19.00
Die Besten aus dem Osten

Ein Schönheitssalon als Ort des Asyls: Vier Frauen reden sich hier um Kopf und Kragen – über Männer. Das Schauspiel des kosovarischen Autors Jeton Jeziraj (Deutsch von Joachim Röhm) hat in einer szenischen Einrichtung Katrin Hillers Aufführung in der Reihe „Die Besten aus dem Osten“ am Volkstheater. Danach folgt die Uraufführung von *Yue Medlin Yue*. (afze)
6., Margaretenstraße 166

LITERATUR
25. 2., Nestroyhof, 18.00
Werner Kofler

In Erinnerung an den im Dezember verstorbenen österreichischen Schriftsteller Werner Kofler lesen Erni Mangold und Frederic Lion sowie Gustav Ernst und Antonio Fian aus Koflers Texten: *In meinem Gefängnis bin ich selbst der Direktor* (Drava 2007). (afze)
01/8900 314

MUSIK
25. 2., St. Pölten, Festspielhaus, 19.30
Tamburi Mundi

Zum zweiten Mal präsentiert Murat Coşkun sein Rahmentrommel-Festival Tamburi Mundi in St. Pölten. Im Zuge des Programms „Dialogue of Rhythms“ sind prominente Perkussionisten aus aller Welt zu hören, etwa Glen Velez oder der iranische Meister-Trommler Mohsen Taherzadeh. Dazu gesellen sich u. a. Jazz-Chanteuse Lori Cotler und der mongolische Obertonsänger Enkhjargal Dandarvaanchig. (felb)
02742/90 80 80-222

MUSIK
26. 2., Porgy & Bess, 20.30
Ed Partyka Jazz Orchestra

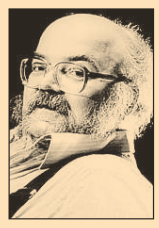
Songs of Love Lost nennt sich die 2011 erschienene CD des an der Grazer Kunstuniversität amtierenden Komponisten und Arrangeurs Ed Partyka. Zwischen *You Go To My Head* und *(Wo)Man Trouble* werden dabei in raffinierten Orchesterklängen wechselhafte zwischenmenschlichen Gefühlszustände erforscht. Als Sängerin fungiert heute die aus Mainz stammende Newcomerin Julia Oschewsky. (felb)
www.porgy.at

MUSIK
26. 2., Staatsoper, 11.00
Matinee der Opernschule

An rund 50 Abenden pro Jahr singen an der Staatsoper auch Kinder – unter anderem in den Blockbustern *Carmen*, *La Bohème* und *Tosca*. 2001 wurde zur Entlastung der Wiener Sängerknaben die Opernschule der Wiener Staatsoper (Leitung: Johannes Mertl) ins Leben gerufen; nun präsentieren die Jungen ihre Matineen auf der großen Bühne. Darunter auch afrikanische Chormusik. (end)

Ein Armutszeugnis namens „Reichensteuer“

Wie immer man soziale Gerechtigkeit definieren mag – die Debatte darüber muss bei den prekären Einkommen ansetzen, nicht bei den Abgaben für „Gstopfte“. Dass die Sozialdemokratie dies unterlassen hat, ist das eigentliche Skandalon des Sparpakets. *F.: privat*



Michael Amon

Rund um Sparpaket und Schuldenhysterie wurde das Wort „Gerechtigkeit“ ziemlich strapaziert. Auffällig haben die Verhandlungsparteien eine Grundsatzdebatte darüber vermieden, was konkret unter diesem Begriff zu verstehen ist. Kein Wunder – „Gerechtigkeit“ ist schwer zu fassen, der gesellschaftliche Grundkonsens darüber ist verlorengegangen. Das Wort ist zu einem strategischen Vehikel verkommen, das dazu dient, egoistische Einzel-, bestenfalls Gruppeninteressen zu verteidigen.

Evident ist: Man kann über Gerechtigkeit nicht sprechen, ohne die Frage nach der Gleichheit zu stellen. In reinster Form erfahren wir Gleichheit nur am Beginn und am Ende des Lebens: Alle werden geboren, alle sterben. Aber schon die Umstände von Geburt und Tod sind der erste Verstoß gegen den bürgerlichen Ruf „Égalité“. Gerechtigkeit ist nichts anderes als der Versuch, die Folgen der natürlichen Ungleichheit der Menschen in Grenzen zu halten. Die entscheidende Frage lautet: *Wollen* wir mehr Gleichheit? Ist das ein erstrebenswertes Ziel? Darauf gibt es keine objektive Antwort. Das sind verhandelbare Standpunkte, persönliche Entscheidungen, über die ein gesellschaftlicher Konsens herzustellen ist. Wenn einem „Reichen“ genommen wird, um Armen zu geben, kann er frei wählen, ob er dies als gerecht oder als ungerecht empfindet.

Immer schon haben „Reiche“ Theorien entwickelt, die große materielle Unterschiede für legitim erklärten. Die feudalistischen Besitzverhältnisse wurden gleich direkt von Gott abgeleitet. Inzwischen wurde Gott durch den Götzen „Leistung“ ersetzt. Aber es ist absurd, dass diejenigen, die den größten Genuss aus ihrer Arbeit ziehen, auch noch die höchsten Einkünfte und Vermögen haben, weil sie die Macht besitzen, Leistung zu definieren. Während Schwerstarbeiter oft kaum 60 Jahre alt werden, nach einem harten Leben und einer Bezahlung, die nicht ausreichte, schuldenfrei die Augen zu schließen, haben wir eine kleine Oberschicht, die nicht weiß, wohin mit dem Geld; die auf den internationalen Finanzmärkten in einer Art spekuliert, dass dabei die bescheidene Altersicherung der Kleinverdiener und des Mittelstandes gefährdet wird. Wir erleben es soeben: Pensionskürzungen in allen Systemen. Wer leistet hier, und wer hat sich nur was geleistet?

Damit sind wir beim Grundproblem des „Sparpakets“. Die Sozialbastler haben an allen Ecken und Enden willkürlich diverse Schräubchen verdreht, statt – wie man das eigentlich zumindest von der Sozialdemokratie hätte erwarten müssen – den Verhandlungen ein halbwegs plausibles Konzept von Gerechtigkeit und Gleichheit zugrundezulegen.

Die simplen Rufe nach einer „Reichensteuer“ übersehen, was der Kern des sozialdemokratischen Projekts ist. Eine Gesellschaft wird nicht reicher, wenn sie die Reichen beseitigt, sondern nur dann, wenn sie die Armut besiegt. Es spricht alles dafür, den „Reichen“ einen spürbaren Beitrag fürs Gemeinwesen abzuknöpfen. Aber die wirklich großen Summen, die etwas bewegen, kann man immer nur aus den Masseneinkommen lukrieren. Umso wichtiger ist die Existenz eines breiten, halbwegs wohlhabenden Mittelstands. Ein Reformpaket, das die Einkommenssicherung völlig außer Acht lässt, verdient seinen Namen nicht.

Der Egalitätsanspruch der Sozialdemokratie findet allein darin seine Berechtigung, dass nur bei einer möglichst großen Annäherung der Einkommen auf möglichst hohem Niveau ein moderner Sozialstaat finanzierbar ist. Aufgabe dieses Sozialstaates kann es nicht sein, Armut zu finanzieren, sondern sie weitgehend zu beseitigen. Die wirklich Reichen mögen dazu ihren Beitrag leisten, die Armutsbekämpfung aber wird immer Aufgabe des Mittelstands sein – denn nur dieser Mittelstand ist selbst immer mit der Verarmungsdrohung konfrontiert.

Unter diesem Aspekt ist auch die Vermögensbesteuerung neu zu sehen. Vermögenssteuern, welche direkt die Substanz besteuern, treffen vor allem den Mittelstand und nicht die wirklich Reichen. Gegen die Besteuerung von Vermögenserträgen spricht nichts, ebenso muss über die Besteuerung von Vermögenszuwächsen bei Generationsübergang diskutiert werden. Letztlich aber sind das nur verzweifelte Versuche, Geld für einen Wohlfahrtsstaat aufzutreiben, den man eben erst mit neoliberalen Gewaltkuren „verschlankt“ und mittels internationaler Finanzspekulation in Richtung Zahlungsunfähigkeit gesteuert hat.

Der „vorsorgende“ Sozialstaat stellt letztlich nur eine verschleierte Form von Sozialabbau dar, was wir stattdessen brauchen, ist ein Wohlstandsstaat mit breiter Mittelschicht und völlig neuen Verdienstmodellen – besonders für „niedrige“ Arbeiten. Das Problem der prekären Arbeitsverhältnisse gehört gelöst. Es ist einer der großen Skandale dieser „Reform“, dass die Absenkung des Mindestbeitrags im Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz (GSVG) unterbleibt. Das trifft die untersten Einkommen der „Selbstständigen“. Im Extremfall beträgt hier wegen des Mindestbeitrages die SV fast 48 %. Höchstverdiener kommen auf 1,5 % und weniger.

Es muss endlich klar werden: Die Abgabenlast ist ein Nebenproblem. Das Kernproblem ist die Stagnation der mittleren und das rasante Absinken der unteren Einkommen. Es gibt kein „gerechtes“ Steuersystem und keinen „gerechten“ Lohn, wohl aber das berechtigte Anliegen eines Einkommens, das allen Menschen ein Leben in Würde sichert. Davon kann keine Rede sein, solange der Staat darauf verzichten muss, bei etwa der Hälfte aller Erwerbstätigen Einkommenssteuer einzuheben, weil sie nicht genug verdienen. Deren Lage ändert sich um keinen Cent, wenn man oben einigen „Gstopften“ ein paar Millionen zusätzlich abknöpft. Es ist höchste Zeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens darüber zu finden, wie wir Gerechtigkeit definieren. Und diese Definition muss bei den Einkommen der „Normalverdiener“ ansetzen, nicht bei Steuern und Abgaben.

MICHAEL AMON lebt als freier Schriftsteller in Wien und Gmunden. Zuletzt erschien von ihm die Essay-Sammlung „Nach dem Wohlstand“ (Molden) .

Mit flotten Sprüchen ist auf Parteitagen leicht punkten. – Was aber versteht die Faymann-SPÖ konkret unter „Gerechtigkeit“? *Foto:APA*

HANS RAUSCHER

„Gerechtigkeit“ als Kampfbegriff

Gerechtigkeit ist, wenn private Immobilienbesitzer stärker besteuert werden, damit die Bediensteten der Gemeinde Wien im Durchschnitt mit 56 und die der ÖBB mit 52 in Frühpension gehen können.

Das war jetzt polemisch. Aber grundsätzlich argumentierbar. Und die „Umverteilungsdebatte“ wird von der vereinigten Linken (SPÖ, ÖGB, AK, Grüne, ÖAAB, Attac, Global 2000, *you name it)* mindestens so polemisch geführt. Vorausgeschickt sei: Es ist o. k., wenn Privatimmobilien (keine Hauptwohnsitze) nicht mehr nach zehn Jahren steuerfrei verkauft werden können. Ein (nicht mehr begründbares) Steuerprivileg.

Nicht o. k. ist es, wenn behauptet wird, damit würden die „Verursacher der Finanzkrise ihren gerechten Beitrag“ leisten. Wochenendhäuser im Weinviertel haben die Finanzkrise nicht verursacht. Diese Immobiliensteuer wurde notwendig, weil Österreich das Geld, genauer, der Kredit ausgeht: denn ein (zu großer) Teil der laufenden Staatsausgaben (Pensionssystem, Förderungen) wird auf Kredit finanziert. Natürlich gibt es im „Sparpaket“ Ansätze, die Frühpensionen einzudämmen. Aber bis z. B. die jetzt aufgedeckten Wiener Frühpensionen auch nur an den Bundesdurchschnitt (59 Jahre) angeglichen sind, braucht man frisches (Steuer-)Geld.

Die SPÖ hat das Kunststück fertiggebracht, eine Geldbeschaffungsmaßnahme für diese, nicht unbedingt unterprivilegierte Klientel als Akt der „Verteilungsgerechtigkeit“ darzustellen.

„Gerechtigkeit“ wurde erfolgreich zum politischen Kampfbegriff. Die Idee, dass den einen einfach etwas weggenommen wird, um es den anderen zu geben – ohne eine genaue Abwägung, ob das immer und überall „gerecht“ oder auch „produktiv“ ist – hat sich durchgesetzt. Die Tatsache, dass etwa die Einkommen in Österreich durch staatliche Transferleistungen sehr gleich verteilt sind, spielt in der Diskussion kaum eine Rolle. Sehr wohl aber , dass – nach zwei methodisch hinterfragbaren Studien*) – die Vermögen sehr ungleich verteilt seien.

Beherrscht wird die Debatte jedenfalls von einem kruden „Hier die Gstopften“, „Dort die „Armen“ oder „Armutsbedrohten“. Das ist eine Schieflage. Die Begriffe „Eigentum“ und „Unternehmer“ sind nicht mehr positiv besetzt. In den Internetforen wird gegen die „Konzerne“ gewütet. In Wahrheit ist die österreichische Unternehmerstruktur mittelständisch. Einst war „Eigentumsbildung“ sozial erwünscht. Mit Recht, denn das Streben nach Eigentum ist eine Triebfeder des aktiven, innovativen Unternehmertums.

Zugegeben: Viele Tätigkeiten werden zu schlecht bezahlt. Das ist aber auch ein Qualifikationsproblem. Zugegeben: Die Abzocker, wie die Grasser-Gang oder ihre internationale Entsprechung, haben dem einen schlechten Namen gegeben. Lukas Resetarits auf der Kulturseite dieser Ausgabe trifft den Kern: „Alte Linke wie ich weinen jetzt einer Realwirtschaft nach! Einem ethischen Unternehmertum, das für Arbeitsplätze sorgt und sich um die Familien der Arbeiter Gedanken macht!“

Zocken mit Derivaten ist kein produktives Unternehmertum. Blanker Klientelismus ist aber auch keine „Gerechtigkeit“. Dazwischen geht die Realwirtschaft in der Debatte unter.

**) Eine Korrektur: Der Projektleiter dieser Studien, Martin Schürz, der kein Hehl aus seinen Umverteilungs-Überzeugungen macht, wurde kürzlich hier mit der Forderung nach einer 100-prozentigen Erbschaftssteuer zitiert. Genau sagte Schürz: Selbst Liberale wie John Stuart Mill seien für derlei eingetreten.*

hans.rauscher@derStandard.at

ERRATA

Dienst ist Dienst und Schnapps ist Schnaps

Die Deutschen haben ein Glück mit Joachim Gauck, so wie das ausschaut; wir vielleicht weniger.

Abgesehen davon, dass wir nicht damit gerechnet haben, dass Kanzlerin Angela Merkel eine halbe Stunde nach unserem Redaktionsschluss am Sonntag die Segel streichen und den Weg für Gauck an die Staatsspitze freimachen würde, haben wir ihn um zehn Jahre älter gemacht. Wir haben ihm das Geburtsjahr *1930* zugedacht, *1940* bringt ihn auch in ein würdiges Alter. Und zahlreiche Damen haben uns darauf hingewiesen, dass der Demnächst-Präsident *nicht geschieden* ist. Er lebt von seiner Ehefrau seit 1991 getrennt, seine Partnerin ist die Journalistin Daniela Schadt.

In Zusammenhang mit der Zuwendungsaffäre Wulff haben wir Günther Wallraff zitiert, Autor des Aufdeckerbuches *Der Aufmacher: Der Mann, der bei Bild Hans Eser war*. Wallraff nannte sich *Esser*.

Im Interview mit der deutschen Kabarettistin Monika Gruber kamen wir auf deren bayerischen Dialekt zu sprechen. Der sei gar nicht so arg, zitierten wir sie, sonst müsste man sie ja *nördlich der Rheingrenze* im Fernsehen mit Untertiteln präsentieren. Der gemeinte Fluss ist der *Main*.

Wenig Namens-fest haben wir uns in einer Bildunterschrift zu einem Foto erwiesen, das einem Artikel zur „Welt der Operette“ beigegeben war: „Auch das Künstlerpaar *Gilbert & George* zollt der Frivolität der Operette Respekt.“ Abseits der Vorlieben von *Gilbert Prousch* und *George Passmore,* der Godfathers of British Art: Angesprochen waren *Pierre et Gilles*, das Künstlerpaar *Pierre Commoy,* Fotograf, und *Gilles Blanchard*, Maler.

Und dann noch die neu begonnene Steuerreformdiskussion: Die Finanzministerin schlägt vor, Familien pro Kind einen Steuerfreibetrag von 7000 Euro einzuräumen. Die SPÖ halte dies für eine *Schnappsidee*, schrieben wir. Nüchtern betrachtet ein Fehler, *Schnaps* ist hierorts nicht sehr verbreitet.

Otto Ranftl
Leserbeauftragter
leserbriefe@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at

Warum es Gerechtigkeit nicht geben kann

... und die Menschheit dennoch nicht aufhören wird, nach ihr zu dürsten und um sie zu kämpfen, weil sie ohne Gerechtigkeit nicht leben kann. – Skeptische Thesen eines optimistischen Historikers zu einer „furchtbaren Paradoxie".* *Foto: idw*

Egon Flaig

Menschen können nicht in Gesellschaft leben ohne die Erwartung, dass der soziale Verband in einem minimalen Maße bemüht ist, Gerechtigkeit walten zu lassen. Solche Erwartungen geben große Gruppen von Menschen nur dann preis, wenn sie permanentem Zwang, gesichert durch hohen Einsatz von Gewalt oder anderen Machtmitteln, ausgesetzt sind, etwa in Arbeitslagern, Konzentrationslagern, Vernichtungslagern oder in Sklaverei. Die folgenden Überlegungen lassen die Gerechtigkeit als individuelle Tugend außer Betracht; ohnehin ist es die schwierigste und merkwürdigste aller individuellen Tugenden, wie Platon in der *Politeia* gezeigt hat. Mir geht es ausschließlich um die Gerechtigkeit als regulatives Moment in zwischenmenschlichen Verhältnissen.

Mein Ausgangspunkt ist Kants Satz aus der Metaphysik der Sitten: „Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, dass Menschen auf Erden leben." Mein Fluchtpunkt ist Dostojewski, welcher zeigt, dass Gerechtigkeit nicht herstellbar ist – weder auf der Erde noch im jenseitigen Reich der Erlösung. Nicht einmal Gott kann Gerechtigkeit schaffen. Ohne Gerechtigkeit können wir also nicht leben, und doch müssen wir ohne sie leben. Das ist paradox und furchtbar. Diese Paradoxie führe ich aus in fünf Thesen.

1.

Alle Verteilungsgerechtigkeit mündet letztlich in die Abschaffung der Demokratie und in die Negierung der politischen Freiheit. Die beiden konsequentesten Gerechtigkeitstheorien zeigen das: Platon musste in seiner *Politeia* die politische Autonomie eliminieren, um Gerechtigkeit radikal herzustellen; daher gibt es in der *Politeia* keine politische Sphäre mehr.

Weniger radikal ist John Rawls, aber demselben Impetus folgend. Denn er verlangt in seiner Theory of Justice ein ungleiches Stimmrecht für ungleiche Bürger. „In dem Maße, wie ... einige Menschen ausgemacht werden können, die überlegene Weisheit und Urteilskraft haben ..., kann ein gewichtetes Stimmrecht völlig gerecht sein." Politische Ungleichheit heißt: Ende der Demokratie – im Namen der Gerechtigkeit. So wie Platon das Politische eliminiert, so eliminiert Rawls die Demokratie. Verteilungsgerechtigkeit ist absolut aporetisch, absolut illusorisch und das Rawls'sche Programm, wonach die soziale Ordnung die Ungerechtigkeiten der Natur beseitigen müsse, geradezu absurd. Jede Gesellschaft, die das täte, bräche zusammen.

2.

Gerechtigkeit beruht auf Äquivalenzen. Ein Unrecht ist dann und nur dann gesühnt, wenn die Sühne der unrechtmäßigen Tat angemessen ist. Die Angemessenheit ist das eigentliche Dilemma der Gerechtigkeit. Die ideale Angemessenheit ist die absolute Gleichheit. Kant drückt das so aus: „Welche Art aber und welcher Grad der Bestrafung ist es, welche die öffentliche Gerechtigkeit sich zum Prinzip und Richtmaße macht? Kein anderes als das Prinzip der Gleichheit." Daher ist – wie Kant unterstreicht – das „ius talionis" das einzige rechtlich formulierbare Ideal der Gerechtigkeit. Talio heißt „Auge um Auge, Zahn um Zahn". Talio im Alten Testament bedeutet: Der Reiche kann sich nicht mit Geld freikaufen, wenn er dem Armen ein Auge ausgeschlagen hat; und der Reiche kann sich nicht mit Wergeld freikaufen, wenn er einen Armen getötet hat.

Sich mit Geld freikaufen von Leid ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit. Die Äquivalenz von bösem Tun und von sühnendem Erleiden ist entscheidend. Ohne diese Gleichwertigkeit kann es keine Gerechtigkeit geben. Kant sagt darum: „Das Strafgesetz ist ein kategorischer Imperativ." Das ist nicht ohne Bedacht gesagt. Der große Königsberger Aufklärer verteidigt daher entschieden die Todesstrafe für Mörder und fügt hinzu: „Es gibt hier kein Surrogat zur Befriedigung der Gleichheit." Denn die Todesstrafe schafft Gleichheit zwischen der bösen Tat und dem sühnenden Erleiden. Die Abschaffung der Todesstrafe – im spätmittelalterlichen Byzanz, im neuzeitlichen Russland, dann in Rumänien – ist im Namen der Humanität geschehen.

Aber falls angewandt auf Mörder, verhindert sie den Vollzug von Gerechtigkeit. Das bedeutet: Ein kardinales Element unserer seit etwa hundert Jahren gängigen Konzeption von Humanität widerspricht fundamental der Gerechtigkeit. Wer human im vulgären Sinne sein will, darf sich nicht auf Gerechtigkeit berufen. Die Ideologie der „Recognition" wirkt darum prinzipiell der Gerechtigkeit entgegen. Wenn sogenannte Minderheiten heute auf ihre „Anerkennung" pochen, dann meinen ihre Wortführer damit immer: Anerkennung als etwas Besonderes. Das impliziert immer das Recht auf besondere Behandlung. Aber jede besondere Behandlung widerspricht der Gleichheit und schafft Ungerechtigkeiten.

3.

Drittens. Alle Gerechtigkeit ist anfechtbar. Denn alle Äquivalenz ist anzweifelbar. „Auge um Auge" scheint absolut gerecht, weil absolut äquivalent. Doch in der realen Welt gibt es nichts absolut Identisches. Und genau deswegen kann der Kampf um Gerechtigkeit niemals aufhören. Denn die Äquivalente beruhen auf Konventionen, sind also menschlich gemacht und unterliegen menschlichem Verfügen. Nichts ist leichter, als diese Konventionen zu denunzieren; nichts ist bequemer, als zu behaupten, sie dienten dem Interesse der Mächtigen. An jedem symbolischen Äquivalent kann man herumkritteln. Jeder kann das, egal wie gebildet oder ungebildet er ist. Je pluralistischer eine Gesellschaft ist, desto mehr Gruppen sind vorhanden, die mit Vehemenz die Konventionen anprangern, auf denen die Gerechtigkeitsäquivalente beruhen. Wir wirbeln in einem Katarakt des ständigen Revidierens der Äquivalenzen, und wir werden weiterwirbeln, auch wenn eines Tages globale menschheitsüberspannende Institutionen – Kants Weltrepublik – Beruhigungen leisten sollten.

4.

Katastrophal ist die Vorstellung einer generationenübergreifenden Gerechtigkeit. Man stelle sich vor, die heutige Generation sollte die Opfer der Sklaverei entschädigen. Dann müssten vor allem die Versklaver teuer zahlen, also vor allem jene Versklaverethnien im afrikanischen Sahel – für etwa fünfzig Millionen versklavte Afrikaner in zwölfhundert Jahren. Die Tuareg, die Fulbe, die Haussa, die Yoruba, die Aschanti müssten Billionen Dollar zahlen. Aber was können die heute lebenden Versklaverethnien für die Verbrechen ihrer Vorfahren? Und an wen müssten sie zahlen? Die Nachfahren der ehemaligen Sklaven in Amerika stammen zu einem substanziellen Teil von Ethnien ab, die selbst andere versklavt haben. Viele wurden just bei der Sklavenjagd von ihren Feinden gefangen und versklavt – Pech gehabt; die Opfer waren großenteils selbst Täter.

> „Alle Verteilungsgerechtigkeit mündet letztlich in die Abschaffung der Demokratie und die Negierung der politischen Freiheit."

Sollen deren Nachfahren entschädigt werden? Und wie wollen wir nun herausfinden, wer beim Akt der Versklavung etwa um 1730 wirklich reines Opfer war? Es ist völlig unmöglich. Jeder Versuch, hier Gerechtigkeit herstellen zu wollen, führt zu absurden Konsequenzen, nämlich zur millionenfachen Belohnung der Nachfahren von Tätern, die Pech gehabt hatten – und auf wessen Kosten? Auf Kosten von jetzt lebenden Menschen, die an jenen Verbrechen keine Schuld tragen. Allein der Gedanke macht schwindlig.

Wir können also keine diachrone Gerechtigkeit herstellen, nicht einmal dort, wo es unbedingt nötig zu sein scheint, nämlich bei den beiden schlimmsten Verbrechen – bei Sklaverei und bei Völkermord.

5.

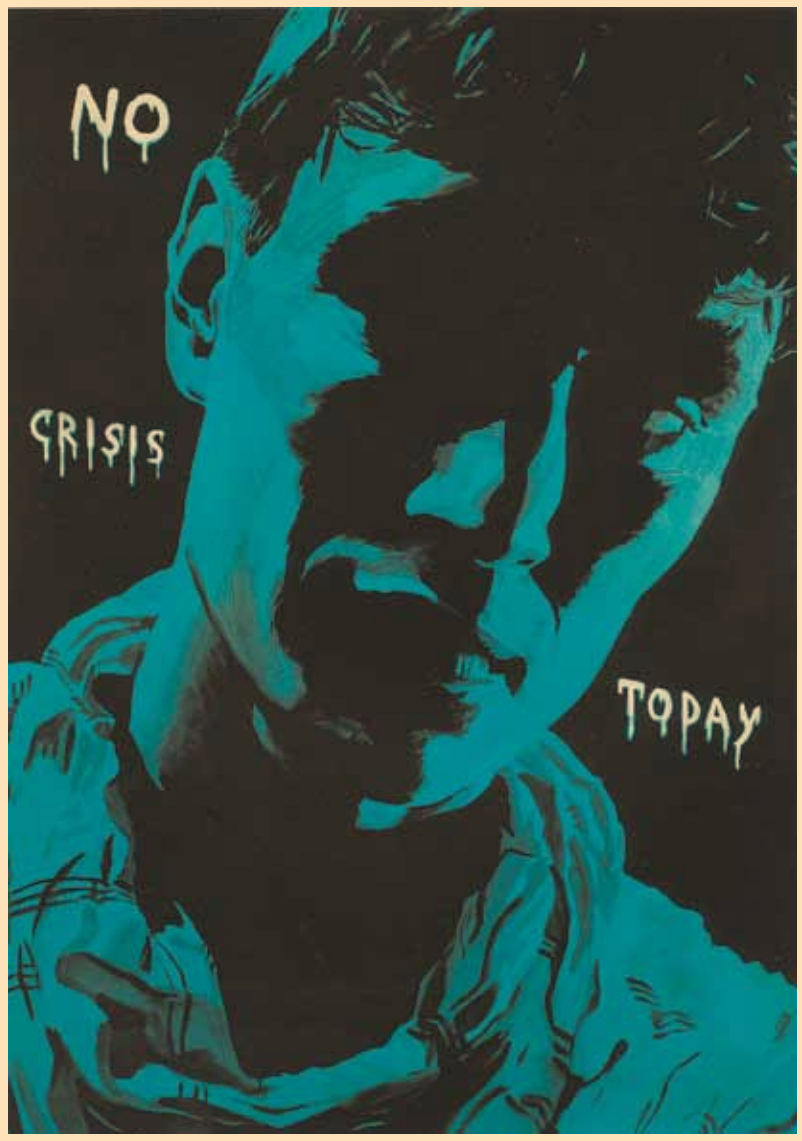
Nicht einmal Gott kann Gerechtigkeit herstellen. Der radikalste Denker der Gerechtigkeit, Dostojewski, zeigt das in seinem genialen Roman *Die Brüder Karamasow*. In einem fulminanten Gespräch zwingt Iwan Karamasow seinen tiefgläubigen Bruder Aljoscha in eine verzweifelte Ratlosigkeit: Denn der allmächtige Gott kann bei der Erlösung der Welt jene Qualen nicht ausgleichen, die jener achtjährige Junge erlitt, als der Gutsherr ihn von Hunden zerreißen ließ – vor aller Augen und vor den Augen seiner Mutter. Diese Qualen des Kindes bleiben ungesühnt.

Aus dieser Unsühnbarkeit zieht Iwan eine entsetzliche Konsequenz. Der Jubelgesang der erlösten Menschheit wird lauten „Gerecht bist du, oh Herr!". Und gegen diesen Jubelgesang erhebt Iwan Karamasow im Vorhinein unbeugsamen Einspruch. Er sagt seinem Bruder, dem angehenden Mönch Aljoscha: „Ich will nicht, dass die Mutter den Peiniger ihres Sohnes umarme! Wie darf sie es wagen, ihm zu vergeben? Wenn sie will, kann sie für sich vergeben – mag sie ihm ihr unermessliches Mutterleid und ihren Schmerz verzeihen; aber die Leiden ihres von Hunden zerrissenen Kindes darf sie nicht verzeihen, dazu hat sie kein Recht, auch dann nicht, wenn ihr Kind selbst dem Peiniger verziehe! Wenn das aber so ist, wenn man nicht verzeihen darf, wo ist dann die Harmonie? Gibt es auf der ganzen Welt ein Wesen, das verzeihen könnte, welches das Recht hätte, zu verzeihen? Ich will keine Harmonie; aus Liebe zur Menschheit will ich sie nicht. Lieber bleibe ich bei ungesühnten Leiden. Lieber bleibe ich rachelos bei meinem ungerächten Leid und in meinem unstillbaren Zorn, selbst wenn ich nicht im Recht wäre." Iwan verzichtet auf die All-Erlösung, weil die All-Erlösung eine furchtbare Negation der Gerechtigkeit darstellt. Ich kenne keinen Text der Philosophie, der so radikal die Postulate der Gerechtigkeit zu Ende denkt. Gott selbst kann keine Gerechtigkeit schaffen. Er hätte nur eine einzige Möglichkeit, Gerechtigkeit zu schaffen: Er müsste alles, was geschehen ist, ungeschehen machen; er müsste die Schöpfung widerrufen. Aber wenn alle Geschehnisse wieder ungeschehen werden, warum sind sie dann geschehen? Dann sind sie sinnlos. Und die ganze Schöpfung mit ihr. Gott könnte also nur gerecht sein, wenn das Geschehene sinnlos wird.

Wie sollen Menschen können, was ein allmächtiges und allverzeihendes Wesen nicht vermag? Doch wie der Königsberger Kosmopolit sagte, sind wir außerstande, ohne Gerechtigkeit zu leben. Wir dürsten nach ihr; und wir werden von diesem Durst vorwärts getrieben durch die Wüste der Geschichte, nicht vierzig Jahre, sondern so lange der Planet noch unsere Spezies nährt.

EGON FLAIG ist Professor für Alte Geschichte an der Universität Rostock; zuletzt erschienen: „Weltgeschichte der Sklaverei" (Beck-Verlag, 2009).

**Gekürzte Auszüge aus einem insgesamt 12 Thesen umfassenden Originalbeitrag für die Zeitschrift „Merkur" (751/ Dezember 2011; www.online-merkur.de)*



Andreas Leikauf: NO CRISIS TODAY

Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

KANDIDATEN-STATUS FÜR SERBIEN

Viel Lärm für Tadić

Adelheid Wölfl

In EU-Kreisen war schon seit Monaten ausgemacht, dass Serbien den Kandidatenstatus als Wahlzuckerl für Staatschef Boris Tadić bekommen soll. Und auch die Lösung lag schon seit ewig in den Schubladen der Diplomaten. Dass nun in allerletzter Minute eine Einigung zustande kam, hat auch weniger mit der Initiative von Frankreich, Italien und Österreich zu tun, als damit, dass Berlin seit Sommer einen starken Druck auf Belgrad aufgebaut hat, damit endlich die Vereinbarungen, die es mit Prishtina getroffen hatte, umgesetzt werden. Der Druck wirkte.

Der ganze Theaterdonner um den Kandidatenstatus gehört zudem zur Wahlkampfstrategie von Tadić, der sich gegen seinen Konkurrenten, den Populisten Tomislav Nikolić, als Garant für den Weg nach Europa präsentieren will. Und Rom, Paris und Wien spielten die Begleitmusik dazu. Die letzten Monate haben allerdings gezeigt, dass Tadićs Demokratische Partei und die Regierung in Belgrad auf die Serben im Nordkosovo de facto kaum Einfluss haben. Deshalb ist die jetzige Einigung auch kein Garant für Ruhe an der Grenze zum Kosovo, den Abbau der Straßenbarrikaden oder die Integration der Serben in die kosovarischen Strukturen.

Der Deal ist aber trotzdem wichtig, und zwar für die gesamte Region. Denn die EU-Staaten haben signalisiert, dass sie nicht zulassen wollen, dass einer der Balkanstaaten versucht, einen anderen auf dem Weg in die EU zu blockieren – was Kosovo noch in den letzten Tagen probiert hatte.

KEIN EINHEITLICHER JUGENDSCHUTZ

Absurde Landesregeln

Peter Mayr

Die Macht der Länder und ein seltsames Verständnis von Föderalismus machen es möglich: Der Jugendschutz wird nicht bundesweit vereinheitlicht. Warum nicht? Weil die Länder es so wollen. Jugendminister Reinhold Mitterlehner hat w.o. gegeben. Man darf nur hoffen, dass das keine Signalwirkung hat.

Jetzt darf also jedes Bundesland weiterhin seiner eigenen Vorstellung entsprechend entscheiden, was denn gut und richtig für die Jugendlichen sei. Egal, wie es der Nachbar hält. Wäre das Thema nicht zu ernst, könnte man es als eine Art Lokalkolorit abtun. Man kann erahnen, welches Verwirrspiel an mancher Landesgrenze ausgelöst wird. Mit der Lebensrealität hat der Mischmasch jedenfalls wenig zu tun: So muss derzeit ein 14-jähriger Steirer abends früher nach Hause laufen als ein gleichaltriger Niederösterreicher. Will ein Salzburger Jugendlicher länger ausgehen, sollte er bei einer Brauchtumsveranstaltung eingeladen sein. Dafür gibt es nämlich eine Stunde Aufschlag. Und Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr, die saufen wollen, was die Schnapsbar hergibt, können sich in Wien, Niederösterreich und Burgenland auf den Weg machen. In den anderen Ländern wird es mit dem (legalen) Stamperl schwierig.

Warum das alles so ist, werden höchstens die örtlichen Jugendschützer erklären können. Falls das überhaupt möglich ist. Im richtigen Leben stehen so und so ganz andere in der Verantwortung: die Eltern nämlich.

SCHIEFERGASABBAU IM WEINVIERTEL

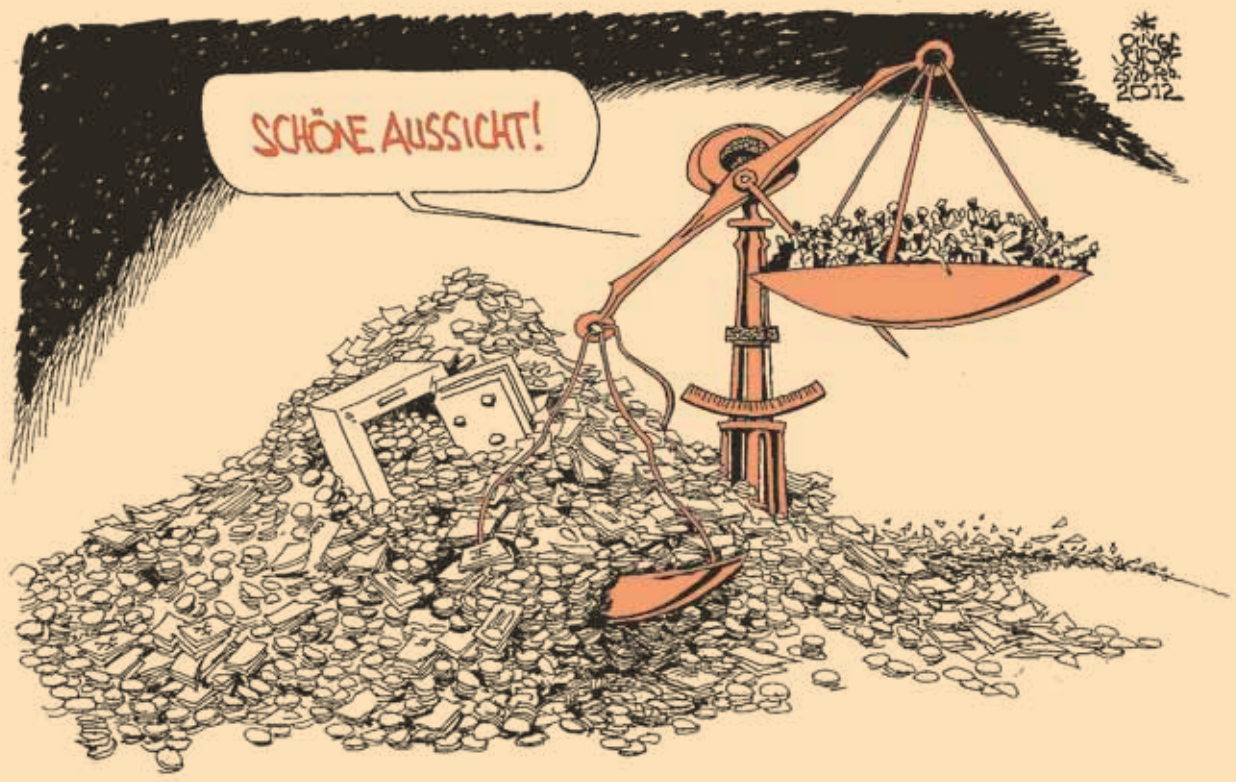
Spiel auf Zeit

Andrea Heigl

Ein Hintertürchen hat sich die niederösterreichische VP offengelassen: Wenn sichergestellt sei, dass weder Mensch noch Umwelt beim Schiefergasabbau im Weinviertel zu Schaden kämen, dann könne man über das Fracking reden. Trotzdem ist der Landtagsbeschluss gegen das Herauspressen von Gas durch die Einleitung eines Wasser-Chemie-Gemisches in die niederösterreichische Erde ein Wendepunkt im Streit Land gegen Wirtschaftsministerium gegen Bürger gegen OMV: Die Schwarzen stellen sich hochoffiziell auf die Seite der Weinviertler Bevölkerung.

Im Frühjahr 2013 sind Landtagswahlen, voraussichtlich die letzten für Landeshauptmann Erwin Pröll. Es sollte noch einmal eine absolute Mehrheit drin sein, aufgebrachte Weinviertler Bauern sind das Letzte, was der Weinviertler Bauernsohn brauchen kann. Da ist ein Konflikt mit dem Wirtschaftsminister das deutlich geringere Übel. Dass sich die VP nicht zum kategorischen Nein durchringen konnte, dürfte eher nicht darauf zurückzuführen sein, dass sich Pröll auf einmal der Bundesregierung beugt; die OMV ist einer der größten Arbeitgeber, da darf man die Stimmung nicht verderben.

Der dräuende Wahlkampf spielt den Fracking-Gegnern in die Hände. Die OMV spielt aber auf Zeit, vor der Wahl wird sie ihre Pläne für die Probebohrung wohl kaum einreichen. Ob es die VP wirklich ernst meint mit ihrer Unterstützung für die besorgten Bürger, das wird sich erst nach dem Frühjahr 2013 weisen.



derStandard.at/Cartoons

Déjà-vu in Afghanistan

Wie alle anderen auch, kann die Koran-Verbrennungsaffäre nur ausgesessen werden

Gudrun Harrer

Die aktuellen Tumulte rund um die Koranverbrennungen in Afghanistan sind keineswegs ein singuläres Ereignis: Obwohl die muslimischen Sensitivitäten prinzipiell bekannt sind, passieren absichtliche oder unabsichtliche US-Verstöße dagegen immer wieder, werden immer wieder manipulativ zur Mobilisierung gegen die internationalen Truppen eingesetzt und rufen auf Politikerseite immer wieder die gleichen, teils populistischen (Karsai), teils hilflosen Reaktionen (Obama) hervor.

Was soll der US-Präsident auch sonst tun als sich entschuldigen (die geifernden Republikaner seien daran erinnert, dass ihr George W. Bush das ebenfalls getan hat). Aber zu meinen, die aufgestachelten Demonstranten würden das jemals erfahren – oder wenn doch, es würde sie und ihre Einpeitscher beeindrucken –, ist nicht von dieser Welt. Das ist aber auch die vom afghanischen Präsidenten geäußerte Ansicht nicht, die US-Soldaten, die die Koranexemplare gemeinsam mit anderen für sie unleserlichen Schriften verbrannt hätten, müssten dafür angeklagt und bestraft werden.

Die Erkenntnis, dass ein Koranexemplar a priori einem Nichtmuslim auch dann nichts bedeutet – und nichts bedeuten muss –, wenn er weiß, was es ist, ist den Beleidigten am Hindukusch wohl nicht zuzumuten (eventuellen hiesigen Beleidigten hingegen schon). Aber zum besseren Verständnis der Aufregung sollte man wissen, dass die Analogiebildung, der Koran sei die „muslimische Bibel", völlig zu kurz greift. Der Status des Koran als wortwörtliche Verkündigung Gottes ist ein ganz anderer – im Christentum dem Stellenwert des Christus vergleichbar –, und die Sakralisierung erstreckt sich auch auf das physische Buch selbst, auf jedes Exemplar.

Man könnte sogar spekulieren, dass das Koranexemplar in nicht-arabischsprachigen Kulturen mit einer teils analphabetischen Bevölkerung umso bedeutender ist: Die Form, die Hülle, wird zum Inhalt. Wenn man unbedingt vergleichen will: „Schändungen" – auch das eine Kategorisierung, die nur für Christen gültig ist – von geweihten Hostien, das käme ungefähr hin.

US-Präsident Barack Obama kann die Affäre jedenfalls so gut brauchen wie ein blaues Auge. Die USA brechen auf beinahe täglicher Basis eigene Tabus, um sich einen halbwegs ehrenhaften Abgang aus Afghanistan zu sichern. Dazu brauchen sie eine zumindest neutral-freundliche öffentliche Meinung. Vor allem jedoch führen sowohl Amerikaner als auch die afghanische Regierung längst Gespräche mit den Taliban – wo jene Fraktion, die meint, mit den Amerikanern und ihrer Marionette Karsai könne man nur Krieg führen und nicht verhandeln, auf so etwas wie diesen Anlass sehnlichst gewartet hat.

Dabei kommen erstmals auch positive Signale aus Pakistan, sicherlich auch den eigenen innenpolitischen Wirren geschuldet, dass Islamabad künftig afghanisch-afghanische Versöhnungsgespräche unterstützen und nicht mehr unterlaufen wird wie zuvor. Was deren Resultat, die Machtteilung mit den Taliban, für die Menschen in Afghanistan heißen wird – jene, die sich nicht aufhetzen lassen, weil sie das Spiel durchschauen oder die Fanatiker mehr fürchten als die internationale Militärpräsenz –, das ist längst nicht mehr die Frage. Afghanistan ist, gemessen an dem, wofür man hingegangen ist, verloren. Und die Koran-Affäre kann nur ausgesessen werden, wie alle anderen zuvor auch.

KOPF DES TAGES

Mittelalterlicher Wutbürger und Umverteiler

Männer in einer Art Strumpfhose sind als Kämpfer für Gerechtigkeit eher aus der Mode gekommen – zumindest kommt einem aus dem Stegreif kein prominenter Balletttänzer in den Sinn. Das war einmal anders. Und der berühmteste Vertreter der Spezies gilt auch hunderte Jahre später noch als Synonym für einen Menschen mit dem Drang, Ungerechtigkeiten zu beseitigen: Robin Hood.

Böswillige bemängeln ja, dass Wegelagerei und Raubüberfälle in einem Wald wie dem Sherwood Forest nicht unbedingt für den Friedensnobelpreis qualifizieren. Und Kleingeister mäkeln, dass die Geschichten über den meisterlichen Bogenschützen nur Legenden seien.

Buch oder Film: Robin Hood (hier Errol Flynn) beflügelt. *Foto: Warner*

Sicher ist das aber nicht. Es gibt mehrere Theorien, wer der Mann war, der mit seinen Gefährten für eine, nun ja, recht unmittelbare Form der Umverteilung von Kapital gesorgt und sich mit dem Staat in Gestalt des Sheriffs von Nottingham angelegt hat. Vom verstoßenen Adeligen bis zum Freibauern reichen die Vermutungen, selbst angebliche Gräber gibt es, etwa eines in der Nähe des heute verfallenen Priorates von Kirklees in Yorkshire.

Es gibt jedenfalls Indizien, dass die ersten Geschichten über ihn aus der Zeit der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert stammen. Also zur Zeit der Herrschaft des englischen Königs Richard I., genannt Löwenherz. Der war damals auf Kreuzzug beziehungsweise in österreichischem Gewahrsam, und sein Bruder John regierte das Land.

Hohe Steuern, korrupte Beamte und Privilegien für begüterte Gruppen wie die Kirche sorgten für Unmut – manche Traditionen sind eben erstaunlich langlebig.

Trotz seiner im Wortsinn teilweise mörderischen Aktionen wollte der mittelalterliche Wutbürger aber keine grundsätzliche Änderung der Gesellschaftsordnung – seinem König gegenüber war er immer treu, in manchen Versionen der Geschichte wird er gar Mitglied seines Haushaltes. Aber die Vorstellung, dass jemand von den Reichen nimmt und den Armen gibt, beflügelt die Vorstellung der Menschen.

Da ist es verständlich, dass er als Namensgeber der „Robin Hood Tax" fungiert, einer Finanztransaktionsabgabe, die von zahlreichen Organisationen gefordert wird. Der Robin-Hood-Index zeigt ungleiche Einkommensverteilung, und auch der Robin-Hood-Effekt spielt in der Wissenschaft eine Rolle. Dass er selbst statt der Theorie die handfeste Praxis bevorzugt hätte, scheint bei seiner Biografie wahrscheinlich. *Michael Möseneder*

DER STANDARD Impressum: **Herausgeber:** Oscar Bronner; **Geschäftsführung:** Mag. Wolfgang Bergmann; **Chefredaktion:** Oscar Bronner, Dr. Alexandra Föderl-Schmid (geschf.); **Chefs vom Dienst:** Dr. Eric Frey, Otto Ranftl, Bettina Stimeder. **Leitende Redakteure:** Dr. Gudrun Harrer, Thomas Mayer; **Eigentümerin/Medieninhaberin, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Herrengasse 19–21; **Hersteller, Herstellungs- und Erscheinungsort:** Mediaprint Zeitungsdruckerei Ges.m.b.H. & Co. KG, 1232 Wien, Richard-Strauss-Straße 16; **Telefon:** (01) **531 70**, Fax-DW: Redaktion: 131, Anzeigen: 249, Abo: 330; **E-Mail-Adressen:** vorname.zuname@derStandard.at, info@derStandard.at, leserbriefe@derStandard.at, aboservice@derStandard.at, anzeigen@derStandard.at; **Internet:** http://derStandarddigital.at; **Abo-Preise Inland** (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: **€ 359,–** (219,–), monatlich: **€ 31,90** (19,90), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: **€ 72,–** (45,–); **Abo-Service: 0810/20 30 40** (Ortstarif); Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz: © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien, **DVR 554219;** Reichweite: **MA 2010/2011:** 5,1 %, 367.000 Leser; **ÖAK**-geprüfte Auflage.
Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.

DER STANDARD

ALBUM

Samstag, 25. März 2012

Interview Die Occupy-Bewegung, der arabische Frühling: Die amerikanische Soziologin Saskia Sassen über die Macht der Machtlosen. **S. A 3**

Architektur Auf der Suche nach der gerechten Stadt: Gespräch mit dem Soziologen Richard Sennett. **S. A 4**

Kunstmarkt Raffinesse, „made in Austria“: Designer der 50er-Jahre werden wieder entdeckt. **S. A 5**

Reise Tunesien versucht ein Jahr nach der Revolution eine touristische Neupositionierung. **S. A 6**

Spiele Das Recht auf Faulheit: Die russische Schachlegende Boris Spassky wird 75 Jahre alt. **S. A 8**

Bücher I Zu ungeduldig zum Leben; Klemens Renoldners verstörender Roman über die Trauer. **S. A 10**

Bücher II Und wenn sich Verbrechen doch lohnen würde? Drei Bücher über die komplexen Theorien zum Wesen der Gerechtigkeit. **S. A 11**

Ich frage mich ... Warum hat noch niemand die Sozialversicherungsanstalt gestürmt, fragt sich der Schriftsteller Richard Schuberth. **S. A 12**

Wo haben sie ihr Zuhause? Was ist ihre Geschichte? Müssen sie Angst vor der Polizei haben? Kommt das, was sie bekommen, ihnen zugute? Foto: Cremer

Meine Bettler

Wer sind die Menschen, die täglich an mein Gewissen appellieren? Wie viel soll ich geben? Was ist richtig? Was ist gerecht? Eine individuelle Suche nach Antworten auf ein generelles Problem.

Von Mia Eidlhuber

An schlechten Tagen gebe ich gar nichts. Da will ich nichts wissen. Bin genervt. Ziehe mir die Mütze ins Gesicht, halte die Hände in den Manteltaschen vergraben und den Blick stur zu Boden. Ich schaue nicht hin, laufe auf dem Weg zur Arbeit einfach an ihnen vorbei, weiter zur U-Bahn, an der nächsten Haltestelle wieder raus, nehme den anderen U-Bahn-Ausgang, wechsle manchmal die Straßenseite, um nicht konfrontiert zu sein. Ich habe auch Stress, denke ich, auch Probleme, auch nicht so viel Geld. Es ist wie ein Spießrutenlauf durch mein schlechtes Gewissen. An guten Tagen krame ich schon weit vor dem Supermarkteck in meiner Tasche, finde ein paar Münzen und gebe ein oder zwei Euro, manchmal nur 50 Cent.

Sage „Hallo, geht's gut?“, obwohl ich keine Antwort erwarte. „Danke schön, danke schön“, sagt der lächelnde Mann mit dem Pappschild (auf dem mit Filzstift „Danke“ geschrieben steht) zurück. Und verbeugt sich. Er tut das alles auch, wenn ich ihm nichts gebe. Er ist mir so vertraut wie die Kassiererin drinnen im Supermarkt, vor dem er fast täglich viele Stunden steht. Seit wann eigentlich? War er schon immer da? Ich kenne die Furchen in seinem Gesicht, die dunklen Augen, den Schnauzbart, den verfilzten roten Schal, den ausgewaschen blauen Parka, die zögerliche Haltung seiner linken Hand, die er aufhält, auch im Winter ohne Handschuhe. Eine Wollmütze, die aussieht wie eine zu groß geratene Kinderhaube, hängt ihm über beide Ohren. Wenn er sie im Winter trägt, sieht er aus wie ein treuherziger, geprügelter Hund.

Kurz vor dem U-Bahn-Ausgang geht dann der Schwarzafrikaner im Rückwärtsschritt mit mir mit, hält mir dabei seinen Stapel frischer *Augustin*-Ausgaben unter die Nase. Eigentlich flirtet er, nicht nur mit mir. An guten Tagen kauf ich ihm eine ab und winke ihm von der Rolltreppe aus noch einmal zu.

Dann geh ich raus auf die Straße, um die nächste Ecke. Ja, heute steht sie da, die junge Frau. Und nicht der Typ. Sie, mit dem schönen Lächeln, unaufdringlich und doch eindringlich hält sie die Zeitung in einer Klarsichthülle vor ihren Körper wie einen Schutzschild, davor hineingesteckt das Foto eines Kleinkindes. Ihres? Wahrscheinlich. Wie alt ist sie? Noch jung. Auch ihr Gesicht ist so vertraut wie das von jemandem, den man aus dem Fernsehen kennt. Wie lange steht sie schon da? Ein, zwei, drei Jahre?

Wo schlafen sie?

Und zum Schluss, kurz vor dem Büro, noch der kleine Typ mit Schnauzbart. Immer gut gelaunt und lustig, nie beleidigt, wenn ich sage: „Heute hab ich kein Kleingeld. Nächstes Mal!“ Der Einzige, der Deutsch spricht, ein Österreicher. „Meine Bettler“, denke ich. Wie vermessen, so, als ob sie mir gehörten. Aber das sind sie, die Menschen, die irgendwann da waren, in dieser Stadt, und auch in meinem Leben. Ihnen gebe ich manchmal ein bisschen Geld. An sie muss ich denken, wenn es draußen minus acht Grad hat und in der Nacht noch viel kälter wird.

Wo schlafen sie? Wo haben sie ihr Zuhause? Was ist ihre Geschichte? Müssen sie Angst vor der Polizei haben? Vor Passanten? Haben sie genug zum Überleben? Kommt das, was sie bekommen, ihnen zugute? Gibt es die Bettelmafia? Soll ich überhaupt etwas geben? Oder es besser an karitative Einrichtungen spenden? Was ist richtig? Was gerecht?

Es ist nicht mehr ganz so kalt, wie es schon war. Ana *(Name geändert)* steht endlich wieder da, mit ihrem hübschen Gesicht und den wasserstoffblond gefärbten Haaren unter einer schwarzen Haube versteckt. Ich hatte sie schon länger nicht gesehen. Eigentlich war ich froh, dachte: „Gut, dass sie bei den eisigen Temperaturen nicht den ganzen Tag auf der Straße stehen muss.“ Als wir uns zum Interview treffen, kniet keine zwei Meter neben ihr eine ältere Frau mit Kopftuch auf einem kleinen Stück Karton und wiegt ihren Oberkörper vor und zurück. Die Passanten schauen schnell weg oder gehen noch rascher vorbei als sonst. Ana lächelt trotzdem, wie sie immer lächelt, aber lustig fand sie das nicht, wie sie später erzählen wird. Sie hatte deswegen an diesem Tag nur fünf Euro verdient, stand aber schon mehr als zwei Stunden an ihrem Platz. Immer wieder muss sie ihn verteidigen, es sei ein guter Platz, sicher und viel frequentiert, hier kennt sie die Leute. Und die Leute kennen sie.

> „Ana kommt aus einem Dorf in der Ostslowakei im Wochenrhythmus abwechselnd mit ihrem Mann nach Wien zum Betteln. Sie kommen dienstags und fahren freitags wieder nach Hause.“

Ana kommt aus einem Dorf in der Ostslowakei nahe der ungarischen Grenze und im Wochenrhythmus abwechselnd mit ihrem Mann nach Wien zum Betteln. Sie kommen dienstags und fahren freitags wieder nach Hause. Viereinhalb Stunden, meist mit dem Zug, manchmal mit dem Auto, wenn sie eine Mitfahrgelegenheit haben. Aus ihrem Roma-Dorf kommen viele nach Österreich oder Deutschland. Ana und Marcus *(Name geändert)* haben zu Hause in ihrer Heimat wie die meisten Roma keine Arbeit. Mit zwei Kindern (sechs Jahre und sieben Mo-

▷ Fortsetzung auf Seite A 2

▷ Fortsetzung von Seite A 1

nate alt) können sie von 130 Euro Sozialhilfe im Monat nicht leben. In Wien kommen an einem Tag bis zu 60 Euro zusammen, was nach viel klingt. Am Ende bleibt davon wenig. Wegen ihres Sohnes war keiner von ihnen vergangene Woche hier. Das Baby musste mit schwerer Lungenentzündung ins Krankenhaus, erzählt Ana, und dort fünf Tage bleiben. Das hat zusätzlich 50 Euro Krankenhausgebühr gekostet. 50 Euro, die sie nicht haben. Ana verdient als Frau besser als ihr Mann. Sie spricht auch mehr als er, so als wäre sie froh, endlich erzählen zu können vom ausweglosen Kreislauf, in dem sie sich befinden: Geld ausborgen, um nach Österreich zu fahren, Zuggeld bezahlen, betteln, um es dann mit Wucherzinsen wieder zurückzuzahlen. Essen, Miete, Holz zum Heizen, Kleider für die Kinder, Windeln. Für das meiste fehlt Geld. Ihr Ungarisch klingt wie ein eindringlicher Singsang, wo Lachen und Weinen nicht weit auseinanderliegen. Sie war 15 und hat eine Schneiderlehre gemacht, als sie mit ihren Eltern zum ersten Mal nach Wien kam. Zum Betteln. Zuerst am Mexikoplatz und später in der U-Bahn. Sie hat sich furchtbar geschämt, sagt die heute 26-Jährige. „Es kommt immer etwas dazwischen“, sagt Ana, wenn sie über Pläne für eine andere Zukunft spricht. Im Moment ist es die Krankheit des Kleinen.

Eine hohe Frustrationstoleranz

Marion Thuswald beschäftigt sich in ihrer Diplomarbeit aus dem Jahr 2008 zum Thema „Betteln als Beruf?“ mit den Praktiken von Bettlerinnen in Wien. In der 250 Seiten umfassenden Studie hat Thuswald einen Kriterienkatalog für kompetentes Betteln entwickelt, den Ana aus der Ostslowakei ziemlich genau erfüllt. Da steht unter anderem: „*Die kompetente Bettlerin wählt einen Arbeitsplatz, der Schutz und Sichtbarkeit bietet. … Sie etabliert einen Stammplatz. … Sie hält den Kontrakt ein, der zurzeit für Wien gilt: Schonverhalten, nicht aufdringlich, aggressiv betteln, nicht zu demütig betteln. Sie wirkt auf die Arbeit konzentriert. … Die kompetente Bettlerin wirkt selbstbewusst. … Sie glaubt an die Legitimität ihres Anliegens und daran, dass es Menschen mit Herz gibt … Sie wirkt authentisch und ehrlich … Sie hat Menschenkenntnis … Sie reagiert sichtbar und angemessen auf die Gebenden … Sie verfügt über eine hohe Frustrationstoleranz etc.*“ Wer sich Thuswalds Arbeit zu Gemüte führt, hat keinen Zweifel mehr, dass Betteln, wie oft fälschlicherweise angenommen, keine einfache Sache ist: „Bettlerinnen müssen, um zu Geld zu kommen, ihre Zeit und Kraft, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten und Fähigkeiten anwenden. Betteln bedeutet Mühe und Anstrengung.“ Trotzdem sagt Ana auf die Frage, ob Betteln ihr Beruf wäre: „Nein. Wer arbeitet, hat es meist warm und muss sich nicht genieren!“

„Es gibt nichts anderes“, sagt auch Anas Mann zwei Wochen zuvor in einer stillen Ecke der Redaktion auf die Frage nach Alternativen. Natürlich wünscht er sich einen Arbeitsplatz, um der Bettelroutine in Wien zu entkommen. Das bedeutet nämlich: Um sieben aufstehen, um acht steht er auf dem Platz, alle zwei Stunden geht er sich kurz aufwärmen, abends setzt er sich gern in die Universität, isst, was er sich beim Billa gekauft hat: Wurst und Brot. Dann fährt er schlafen. Heute hat es draußen acht Minusgrade, und die rote Haut an seinen Händen, die einen Pappbecher Kaffee halten, hat sich auch drinnen kaum verändert. Handschuhe trägt er nicht, weil er keine hat. Auf die Frage, wo er in Wien übernachte, sagt er leise: „Darüber möchte ich lieber nicht reden!“ Wegen irgendwelcher Hintermänner? Nein, weil er sich geniert. Sie schlafen in einem Abbruchhaus am Stadtrand im zweiten Bezirk, in dem es nichts gibt außer ein paar schäbige Matratzen auf dem Boden. Ana schläft dort auch, deshalb kommt sie nie allein nach Wien, weil das zu unsicher wäre, sondern immer mit ihrer Mutter. Von der Polizei, sagen beide, würden sie meist in Ruhe gelassen. Obwohl auch in Wien die Bettelbestimmungen verschärft wurden.

> „Heute hat es draußen acht Minusgrade, und die rote Haut an seinen Händen, die einen Pappbecher Kaffee halten, hat sich auch drinnen kaum verändert. Handschuhe trägt er keine.“

1300 Bettler gibt es in Österreich, so die Schätzungen des Innenministeriums. „Alle Zahlen, die herumschwirren, sind sehr wahrscheinlich falsch“, sagt Robert Sommer von der Wiener Bettellobby, ein Verein mit dem Ziel, das Grundrecht auf Betteln zu verteidigen: „Da ist zu viel Bewegung im System, das macht eine Erfassung unmöglich.“ Auch ist immer wieder ist die Rede von der Bettelmafia, die den Großteil der Gelder, die in Österreich erbettelt werden, einstreift. „Sicher gibt es Abhängigkeitsverhältnisse“, erklärt der Bettelexperte. Es gehe hier um eine Selbstorganisation ganzer Roma-Dörfer: „Die kann demokratisch oder hierarchisch sein.“ Aber sich zu organisieren bedeute noch nicht automatisch eine kriminelle Handlung. Sommer spricht damit vom Grat, auf dem sich Menschen wie Ana und Marcus bewegen müssen, die sich manchmal mit Familienmitgliedern oder Nachbarn zusammentun, manchmal mit einem Auto mitfahren (und vielleicht zu viel dafür zahlen), sich Geld borgen von denen, die welches haben, und das Geld mit Wucherzinsen zurückzahlen müssen. „Das Argument Bettelmafia kommt gern, wenn es darum geht, nicht mehr solidarisch zu sein mit jenen, die viel weniger haben“, sagt Sommer über das Phänomen, das er zunehmend auch in linksliberalen Kreisen beobachtet. Er nennt das Sozialchauvinismus.

In Wien war aggressives Betteln und Betteln mit Kindern schon länger strafbar. 2010 wurde auch „gewerbsmäßiges Betteln“ verboten. Aber was heißt das? Ist das, was Ana und Marcus machen, „gewerbsmäßig“? Wahrscheinlich. In vielen Bundesländern gelten mittlerweile generelle Bettelverbote. Wie haben sich die ausgewirkt? „Zweifach“, laut Sommer. Geschäftsstraßen (auch in Wien) sind heute praktisch Bettler-frei. Und: Die Anzahl der illegalen Straßenzeitungsverkäufer ist stark gestiegen, aus Angst vor Polizeikontrollen.

Christian ist kein „falscher Augustin“. Wenn man ihn anspricht, zückt er seinen Ausweis. Die Straßenzeitung hat der gebürtige Wiener schon verkauft, als sie noch 20 Schilling gekostet hat. Das ist mehr als zehn Jahre her. Christian ist kein Mensch der vielen Worte, gibt aber trotzdem bereitwillig Auskunft. Früher einmal war er Schlosser, hat sogar zwei Gesellenbriefe, dann ging Firma in Konkurs, anderswo hat es nicht geklappt. Eine Zeitlang hat er sicher zu viel getrunken. Im Gegensatz zu anderen wirkt Christian auf eigene Weise zufrieden mit dem, was er macht. Ihm wurden hier auf der Straße schon Jobs angeboten, dann hat er eine Zeitlang bei Saturn im Lager gearbeitet, später im Verkauf. Dann wollten sie ihn an die Kassa setzen. „Aber mit der Kassa“, sagt Christian durch seinen blonden Schnauzer, „wollte ich nichts zu tun haben.“ Das wäre Verantwortung, die will er nicht. Punkt. Sein Leben hat er dennoch ganz schön gut im Griff. Es beginnt täglich, wenn er um 4 Uhr morgens mit seinem Hund Gassi geht, den bringt er dann zu einem Freund in den zehnten Bezirk. Er arbeitet gern vormittags und hat kaum Probleme mit Leuten: „Da darf man kein fades Gesicht zeigen.“ Falls jemand mault: „Da rein, und da wieder raus“, sagt er und zeigt mit dem Finger auf seine Ohren.

Früher rot, heute blau

Findet er sein Schicksal ungerecht? Christian zuckt gern mit den Schultern, wenn er etwas gefragt wird. „Schau“, sagt er, obwohl er sonst per Sie ist: „Die Politiker sind alle Deppen. Außer der Strache.“ Mit dem hat er schon gesoffen. Früher hat er Rot gewählt, heute die Blauen. Seit 2004 hat er eine kleine, leistbare Wohnung in der Leopoldstadt, bekommt Sozialhilfe, macht manchmal kleine Nebenjobs, und was er mit den *Augustin*-Verkäufen verdient, spart er: „Wenn die Zeiten einmal schlecht werden.“ Familie? Ja, nickt er, sein Hund. Das reicht. Trotzdem ist er ein umgänglicher Charakter, holt beim Billa Jause für die Trafikantin nebenan, im Fachgeschäft hilft er aus, wenn Flohmarkt ist. Am ersten halbwegs wärmeren Tag spaziert er mit einem braunen Papiersack die Straße entlang. „Botendienst?“, frage ich. „Nein“, sagt er und hält mir den offenen Sack unter die Nase, es riecht nach frischem Waschmittel, ein oranges Button-down-Hemd, darunter zwei Pullis: „Alles für mich! Vom Geschäft, in dem ich helfe“, sagt er und zeigt hinter sich. Gestern hatte er seinen 37. Geburtstag. An den eisigen Tagen war er nie zu sehen, da blieb er lieber zu Hause. „Schau“, sagt er wieder: „Ich bin mein eigener Chef!“

550 *Augustin*-Verkäufer sind zurzeit in Wien registriert. „Damit sind unsere Ressourcen komplett erschöpft“, sagt Reinhold Schachner, einer von drei Redakteuren des Wiener Straßenzeitungsprojekts, das sich ausschließlich aus Eigenmitteln (Zeitungsverkauf und Spenden) finanziert und mittlerweile vor 16 Jahren unter anderem vom Bettellobby-Macher und *Augustin*-Chefredakteur Robert Sommer mitbegründet wurde. Ein Drittel der Verkäufer sind Österreicher, ein weiteres Drittel Osteuropäer, das letzte Drittel Afrikaner. Die Straßenzeitung (bitte nicht „Obdachlosenzeitung“ sagen!) *Augustin* wird in einer Auflage von 30.000 Stück gedruckt, die dank des weitreichenden Vertriebsnetzes tatsächlich unter die Leute kommt. Derzeit herrscht also Aufnahmestopp. Heißt: Wer *Augustin*-Verkäufer werden will, muss erst einmal warten.

Warten muss Kamil *(Name geändert)* schon länger. Zwar nicht mehr darauf, dass er den *Augustin* verkaufen darf, das macht der 32-jährige Nigerianer bereits seit drei Jahren. Sondern auf seinen Asylbescheid. Etwa 50 Exemplare holt er sich wöchentlich im Lager in der Reinprechtsdorfer Straße im fünften Bezirk. Mit denen hat er dann je nach Geschäftsgang ungefähr vier, fünf Tage zu tun. 2,50 Euro kostet eine Ausgabe. Seine Kunden geben ihm manchmal drei Euro und wollen kein Rückgeld, andere geben ihm 50 Cent oder einen Euro einfach so, und wieder andere geben ihm 1,50 Euro und wollen aber die Zeitung dazu. Dann hat er ein schlechtes Geschäft gemacht, denn Kamil muss jedes Exemplar um 1,25 Cent kaufen. Alle zwei Wochen erscheint eine neue Ausgabe. Das heißt, wenn er an guten Tagen 15 Zeitungen verkauft, bleiben ihm 18 Euro 75 Cent, an schlechten Tagen bleibt ihm weniger. Der *Augustin* sei trotzdem eine super Sache und für ihn die einzige Chance, etwas zu verdienen, weil er als Asylantragsteller keine Arbeitsgenehmigung hat.

> „Er kramt in seiner Jackentasche und zeigt mir einen blauen Zettel, der an seinen Faltstellen fast durchgerissen ist: „Lieber Mensch!“, steht da drauf, „Meine Frau ist schwer krank …“

Er hat seinen festen Stammplatz in der U-Bahn-Station und seine Stammkunden, er redet die Menschen an, scherzt, lacht, performt und wirkt viel extrovertierter, als er beim Interview ist. „Wenn ich schlecht drauf bin, kann ich gleich zu Hause bleiben“, sagt er sehr ernst. Ohne die 290 Euro, die er von der Caritas pro Monat bekommt, ginge gar nichts, damit bezahlt er die Miete für seine Einzimmerwohnung im zehnten Bezirk samt Stromrechnung. Am Wochenende schaut er Fußball, am liebsten allein. Freunde, sagt der stille, stattliche Typ in Jeans und Daunenjacke, hat er nicht viele. Er raucht nicht, trinkt nicht. Will keine Probleme, unabhängig bleiben. Warten. „Wait and see“, sagt er. Drei Wochen dauerte sein Trip von Nigeria nach Österreich, er war allein unter Fremden unterwegs, zunächst auf dem Boot, dann in Lastwagen, er hatte keine Ahnung, wohin es geht, und landete in Traiskirchen. Familie habe er keine mehr in Afrika, man spürt, dass er nicht mehr viel gefragt werden will. Afrika habe viele Probleme: Gewalt, Korruption, Hunger und Diktaturen. Wir rennen um unser Leben, sagt er auf Englisch, solche wie mich gibt es tausende. Er versuche, positiv zu bleiben. Tabletten mag er nicht. Beten sei seine Medizin. Wenn er kein Asyl bekommt, muss er gehen. Gesetz ist Gesetz.

„Man kann Menschen nicht zwingen zu geben“, sagt Kamil am Ende, „auch wenn sie Geld haben!“ Meine Bettler. Sie stehen, beobachten, warten, denken nach, lernen und stellen sich Fragen. Wer gibt? „Alte Leute geben gerne“, sagt Kamil, „Studenten haben selbst kein Geld, sie geben nur manchmal.“ „Meine Frau bekommt mehr, weil sie sympathischer aussieht als ich und lächelt“, sagt Marcus. Sogar wissenschaftliche Studien geben ihm recht. Geben Reiche mehr als Arme? „Die geben keinen Cent“, sagt Ana: „Wer im Pelz kommt, gibt gar nichts“, weiß sie aus ihrer Erfahrung. Ist das Leben ungerecht? Ja. Aus ihrer Perspektive sicher. Die Menschen, die täglich an ihnen vorbeigehen, etwas geben oder auch nicht, die haben eine Arbeit, eine warme Wohnung, genug, um Essen und Kleider zu kaufen, ihre Kinder zu versorgen. Sie sind krankenversichert, haben dicke Handschuhe und warme Jacken, wenn es kalt wird.

Christian steht heute nicht mehr da, der wird gerade seinen Hund abholen, Ana auch nicht, die ist sicher schon auf dem Weg zurück in die Ostslowakei. Vielleicht reicht das Geld diese Woche für die Sauerstoffmaske, die ihr kleiner Sohn dringend bräuchte? Kamil ist auf dem Weg zur Verkäuferbesprechung in die *Augustin*-Redaktion und freut sich aufs Wochenende, da spielt „seine“ Admira gegen Mattersburg. Nur der Typ am Billa-Eck mit der Dackelhaube steht in der Spätnachmittagsdämmerung noch immer da. „Woher kommst du?“, frage ich langsam. Er schüttelt den Kopf, kramt in seiner Jackentasche und zeigt mir einen blauen Zettel, der an seinen Faltstellen fast durchgerissen ist: „Lieber Mensch!“, steht da drauf, „Meine Frau ist schwer krank, und wir können uns keine Medikamente leisten …“ Ich habe auch einen Zettel für ihn, auf dem (auf Rumänisch) steht, dass ich ihn gern interviewen würde. Er schüttelt der Kopf und lächelt. Vielleicht kann er nicht lesen? Zögerlich hält seine linke Hand auf und steckt den Zettel wieder in die Tasche. „Nächstes Mal!“, sage ich müde. „Danke schön, danke schön“, sagt auch er müde, verbeugt sich. Jetzt nach Hause, denke ich. Montag ist wieder ein neuer Tag, vielleicht ein guter.

Dank an STANDARD-Redakteur Andras Szigetvari für das Übersetzen aus dem Ungarischen!

Informationen zum Thema:
Diplomarbeit von Marion Thuswald, „Betteln als Beruf? Wissensaneignung und Kompetenzerwerb von Bettlerinnen in Wien“ (Universität Wien, 2008)

www.augustin.or.at
www.bettellobby.at

Zunehmend verschärfte Bettelbestimmungen. In Wien wurde 2010 auch „gewerbsmäßiges Betteln“ verboten. Foto: Cremer

Mia Eidlhuber, geb. 1971 in OÖ, studierte Publizistik und Politikwissenschaften an der Universität Wien. Sie arbeitete u. a. für „Profil“ und „Die Zeit“ (in Berlin). Seite 2004 ist sie beim STANDARD, seit 2009 Redakteurin im ALBUM.

IMPRESSUM:
Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidlhuber (Titel, Ich frage mich …), Stefan Gmünder (Literatur), Tanja Paar (Reisen).
Mitarbeiter: Wojciech Czaja.
Sekretariat: Esther Hecht.
Layout: Armin Karner, Claudia Machado-Handsur, Manfred Stipanitz.
E-Mail: album@derStandard.at

Über die Macht der Machtlosen

In den Städten werden Bürgerrechte erkämpft. Vor allem auf ikonischen Straßen und Plätzen. Und mit sozialen Medien.

Von Saskia Sassen

Die Stadt ist ein Raum, in dem die Machtlosen Geschichte schreiben können. Nicht der einzige Raum, aber zweifellos ein wichtiger. Für einander anwesend und sichtbar zu werden kann die Eigenart der Machtlosigkeit ändern. Ich unterscheide dabei zwischen verschiedenen Arten: Machtlosigkeit ist nicht ein absoluter Zustand, der mit Abwesenheit von Macht gleichgesetzt werden könnte. Unter gewissen Umständen kann Machtlosigkeit komplex werden. Damit meine ich, dass sie die Möglichkeit beinhaltet, zu einem politischen, bürgerrechtlichen Faktor zu werden. Es gibt für mich einen Unterschied zwischen Machtlosigkeit und Unsichtbarkeit bzw. völliger Ohnmacht.

Viele der Protestbewegungen, die wir im Nahen Osten und Nordafrika (NONA) gesehen haben, sind dafür ein Beispiel: Die Protestierenden haben keine Macht gewonnen; sie sind immer noch machtlos, aber sie schreiben Geschichte und machen Politik. Das bringt mich zu einer weiteren Unterscheidung. Sie kritisiert die gängige Annahme, dass, wenn den Machtlosen etwas Gutes zustößt, dies Machtgewinn bedeutet.

Die Auffassung, dass Machtlosigkeit eine komplexe Sache ist, kann daher einen Zustand, der nicht mit Machtgewinn oder Ermächtigung (empowerment) gleichzusetzen ist. Machtlosigkeit kann auf diese Art Folgen haben. Die Aufstände in der NONA-Region haben etwas völlig anderes hervorgebracht als das, was in der von Max Weber beschriebenen Stadt des Mittelalters passiert sein mag. Weber benennt Praktiken, die den Bürgern gestattet haben, Formen des Privatbesitzes aufzubauen, gegen mächtigere Akteure wie Fürsten, König und Kirche zu verteidigen und Sicherheiten gegen Despoten aller Art einzuführen.

Die gegenwärtigen politischen Praktiken haben meines Erachtens mit der Produktion von „Anwesenheit“ der Personen zu tun, die keine Macht haben. Es ist eine Politik, die Rechte auf die Stadt und den Staat einfordert, nicht auf den Schutz des Eigentums. Was die beiden Zustände verbindet, ist die Idee, dass sich neue Formen des Politischen (bei Weber: die Bürgerschaft) konstituieren, wobei die Stadt ein zentraler Ort für diese Art politischer Arbeit ist. Die Stadt konstituiert sich ihrerseits teilweise durch diese Dynamiken. Viel eher als in einer friedvollen und homogenen Suburb wird hier, in der umkämpften Stadt, das Bürgerrechtliche geschaffen.

Wir können dieses Potenzial quer durch die Jahrhunderte beobachten. Historisch gesehen war die Überwindung städtischer Konflikte oft der Ursprung erweiterter Bürgerrechte. Ikonisch in der westlichen Geschichtsschreibung wurden Augsburg und das Spanien der Mauren. In beiden Fällen arbeiteten eine aufgeklärte Führung und die Bürgerschaft daran, eine gemeinsame Vorstellung von Bürgerrechten zu schaffen. Doch es gibt noch viele andere alte und neue Fälle. Der Basar des alten Jerusalem war für lange Zeit ein Ort wirtschaftlicher und religiöser Koexistenz. Unter der brutalen Regierung Saddam Husseins war das moderne Bagdad eine Stadt, in der religiöse Minderheiten (immer eine Bedrohung, wenn es die „andere“ Religion ist) wie die Christen und Juden verhältnismäßig mehr in Frieden leben konnten als heute. Außenseiter in europäischen Städten, vor allem Immigranten, wurden jahrhundertelang verfolgt – und dennoch hatte ihr Anspruch auf Einbeziehung in vielen Fällen zur Folge, dass die Rechte aller Bürger gestärkt wurden.

Wir sehen etwas von diesem Vermögen, alten Hass zu überwinden, auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Auch in Sanaa im Jemen, wo die früher einander befehdenden Stämme einen Weg gefunden haben, sich gegen das Regime zu verbünden. Tahrir wurde zum ikonischen Platz, weil hier bestimmte Grundzüge des Protests sichtbar wurden: die Disziplin der Demonstranten; die Mechanismen der Kommunikation; das breite Spektrum von Alter, Politik, Religion und Kultur; und der außergewöhnliche Ablauf des Kampfes.

All diese Komponenten waren auch anderswo wirksam. Die Protestbewegungen im Jemen waren mit Absicht friedlich und unbewaffnet. Und viele Teilnehmer drückten ihre tiefe Sorge aus, als ein Stamm – seit langem aus politischen und wirtschaftlichen Gründen dem Regime feindlich gesinnt – einen bewaffneten Angriff lancierte. Innerhalb weniger Wochen brachten die Ethik der Protestbewegungen und die Komplexität der Lage Bedingungen hervor, die es den feindlichen Stämmen erlaubte, ein System des Vertrauens in die Stadt zu finden und so den Kampf gegen das Regime gemeinsam fortzusetzen – keine kleine Leistung.

Wir sehen auch hier eine Ermächtigung der Machtlosen: Der städtische Raum macht ihren Zustand zu einer komplexen Angelegenheit, und darin liegt die Möglichkeit, Politik zu gestalten, Bürgerrechtliches zu thematisieren.

Andreas Leikauf: GUILTY

Der Staat schützt ein Prozent

Die paramilitärischen Polizeiaktionen in New York City gegen die Occupy-Wall-Street-Demonstranten und ihre Unterstützer – und im ganzen Land gegen die Bewegung – loten die Grenzen und das Potenzial der Straßenaktionen und der sozialen Medien aus. Anders als in Spanien, Deutschland und anderen europäischen Ländern mit Aufständen haben die USA Antiterrorismuseinheiten eingesetzt, um „die Ordnung aufrechtzuerhalten“. Dies waren aber Bürgerrechtsproteste, nicht Versuche, die Regierung zu stürzen. Mit ihren Aktionen hat die US-Regierung das Bürgerrechtliche zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit umdefiniert. Es zeigt sich, wie die epochale Qualität der sozialen Aufstände die unheimlicheren Elemente des neoliberalen Staates direkt vor Ort sichtbar machen kann, nicht nur in Kriegsgebieten. Ich habe an anderer Stelle untersucht, wie die Stärkung antidemokratischer Kräfte im neoliberalen Staat mit dem Aufstieg des globalen Kapitalismus einhergeht. Der Einsatz von Antiterrorismuseinheiten, um eine friedliche soziale Bewegung zu bekämpfen, ist eine weitere Phase in diesem Prozess.

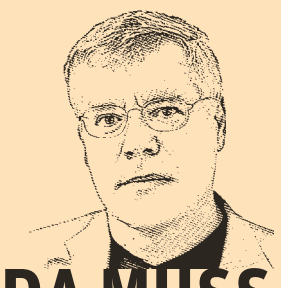
> „Soziale Medien vergrößern die urbane Sichtbarkeit und schränken Macht weiter ein. Polizeiaktionen werden sofort von unzähligen Kameras dokumentiert, Fotos werden getweetet.“

Dennoch setzt die „soziale Physik“ der Stadt dem direkten Missbrauch, den eine überlegene Macht in einer konkreten Situation treiben kann, Grenzen. Man möge sich an die Besetzung der Universität von Puerto Rico durch Studenten im vergangenen Jahr erinnern. Sie dauerte mehrere Monate, und die Protestierenden waren buchstäblich vom Militär umzingelt. Aber der hohen öffentlichen Sichtbarkeit und Präsenz des Campus wegen wurden sie nicht angegriffen. Und sie hatten genügend Raum, um die Elemente einer alternativen Politik und Lebensweise zu entwickeln. Sie betrieben Landwirtschaft in der Stadt, kochten gemeinsam, machten Kunst und Musik. Kurz, sie strebten eine andere Gesellschaft an, während sie vom Staat eingekreist waren. Und sie erreichten schließlich einige der Zugeständnisse, die sie von der Universitätsverwaltung gefordert hatten.

Soziale Medien vergrößern diese urbane Sichtbarkeit und schränken Macht weiter ein. Polizeiaktionen gegen die Occupy-Bewegung werden sofort von unzähligen Kameras dokumentiert, Fotos werden getweetet, Videos live gestreamt, und im Chor heißt es dazu: „Die ganze Welt schaut zu!“ Im Finanzviertel Manhattans machen die Leute, die zu ebener Erde marschieren, die unsichtbaren Verbrechen sichtbar, die in den oberen Stockwerken der Hochhäuser begangen werden. Sie reklamieren ihre Stadt für sich, indem sie rufen und als Antwort zurückrufen: „Wessen Straße? Unsere Straße!“

Indem sie die 99 Prozent dazu aufrufen, an der Auseinandersetzung teilzunehmen, wollen die Occupy-Aktivisten den alten Konflikt zwischen Liberalen und Konservativen überwinden, der die Wählerschaft teilt und beherrscht. Sie verwenden soziale Medien, um die Mainstream-Medien zu überwinden und eine führerlose Bewegung zu steuern. Sogar die Machtlosigkeit einzelner Polizisten, die von dem einen Prozent eingesetzt werden, zeigt sich: „Ihr seid die 99 Prozent!“ Indem sie lautstark die Straßen übernehmen, gestalten die Protestierenden Bürgerrechtliches, und indem sie eine Technologie anwenden, die immer mehr sichtbar macht, gestalten sie Politik.

Saskia Sassen ist eine amerikanische Soziologin und Wirtschaftswissenschafterin. Sie lehrt an der Columbia University in New York und an der London School of Economics. Zuletzt ist von ihr auf Deutsch erschienen „Das Paradox des Nationalen“ (Suhrkamp Verlag).
Übersetzung: Michael Freund



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Das Einhorn als Haustier. Eine gute Alternative zu Hund und Katze.

Seit wir ihn auf Diät gesetzt haben, ist der Kater unerträglich. In der ersten Zeit raunzte er mich zuverlässig jedes Mal an, wenn ich zum Kühlschrank ging; jetzt kann ich die Küche nicht einmal mehr betreten, ohne eine Raunz-Salve zu ernten. Und was für ein Raunzen! Übellaunig, futterheischend, vorwurfsvoll. Warum tut man sich einen solchen Raunzer an, und das auch noch in der Raunzwelthauptstadt Wien? Ich trage mich echt mit dem Gedanken, mittelfristig auf eine andere Tiergattung überzuwechseln, am ehesten auf ein junges Einhorn.

Das Einhorn ist in Österreich als Haustier wenig populär. Zu Unrecht. Herr Blaha, Inhaber einer Einhornhandlung am Alsergrund, verweist auf Vorurteile gegen Einhörner, wie etwa jenes, dass man sich häufig an ihnen steche. Unfug, meint Blaha. Die Wahrscheinlichkeit, von einem gut abgerichteten Einhorn gestochen zu werden, sei geringer als die eines Wespenstichs.

Haben Sie schon einmal gehört, dass in Österreich jemand an einem Einhornstich gestorben ist? Na eben. Wer auf Nummer sicher gehen will, hängt verspielten jungen Einhörnern ein Dartboard zum Austoben an die Wand. Das Dartboard ist für das Einhorn das, was der Kratzbaum für die Katze ist: ein optimales Spielzeug zum Tollen. Auch ein Abstecher in den Park wirkt bei aufgeregten Tieren Wunder.

Die Entscheidung „Lieber Einhorn oder Einhörnin?“ ist Geschmacksache. Männliche Einhörner trinken häufig einen über den Durst, Einhörninnen reagieren unwirsch, wenn man ihnen beim Nestbau in die Quere kommt. Welchen Namen gibt man dem Tier? Lassen Sie Ihrer Fantasie freien Lauf! Es müssen nicht immer Klassiker wie „Spitzi“, „Stichi“ oder „Horny“ sein, man kann es auch ruhig „Franz“ oder „Charlotte“ nennen. Es empfiehlt sich aber, das Tier stets beim selben Namen zu rufen, sonst reagiert es irritiert.

Die Futterkosten, das soll nicht verschwiegen werden, sind erheblich: Einhörner ernähren sich ausschließlich von Belugakaviar und Jahrgangschampagner. Das geht zwar ins Geld, doch ein Einhorn, das sich bei seinem Besitzer wohlfühlt, entschädigt für seine Kosten. Es ist flauschig, zutraulich und springt gern mit dem Horn ein, wenn man den Korkenzieher verlegt hat, zusätzlichen Platz zum Wäschetrocknen braucht, ein Loch für einen Dübel bohren oder die Fingernägel reinigen will. Und eines ist fix: Raunzen tut es nie.

Die Stadt und das Biest

Gibt es eine gerechte Architektur? Gibt es eine gerechte Stadt? Der Stadtsoziologe Richard Sennett sucht nach Schleichwegen zwischen Macht und Obrigkeit.

Von Wojciech Czaja

STANDARD: *Sie haben einmal einen Vortrag zum Thema „Architektur der Gerechtigkeit" gehalten. Gibt es so etwas überhaupt?*
Sennett: Ja, eine gerechte Architektur, die gibt es wirklich. Allerdings ist sie vom Aussterben bedroht. Ich befasse mich zurzeit sehr stark mit der Großstadt, mit den Lebensbereichen der unterschiedlichen sozialen, ethnischen und kulturellen Gemeinschaften. Und ich erkenne, dass die „Boarders", also die physischen Grenzen, in der modernen, zivilisierten Stadt immer mehr verschwinden. Doch gleichzeitig beobachte ich, wie die „Boundaries", also die psychischen, mentalen Grenzen in der Bevölkerung und im System, immer stärker und stärker werden. Und das stimmt mich sehr nachdenklich.

STANDARD: *Können Sie ein Beispiel für diese „Boundaries" nennen?*
Sennett: Ich lebe in London. Das ist eine sehr teure, aber dafür weltoffene Stadt, die imstande ist, vielen Menschen eine Lebensnische zu bieten. Was ich allerdings nicht verstehen kann: In ganz London gibt es exakt zwei Krankenhäuser, die in der Lage sind, Knochenerkrankungen zu behandeln. Zwei Krankenhäuser für zehn Millionen Menschen! Alte und gebrechliche Personen müssen regelmäßig ein bis zwei Stunden im Bus sitzen, um ins Spital zu fahren. Das sind riesige „Boundaries". Eine Architektur der Gerechtigkeit sieht anders aus.

GERECHTIGKEIT

STANDARD: *Und zwar wie?*
Sennett: Gerechtigkeit, das ist Dezentralisierung, Diversität, Vitalität und Infrastruktur. Natürlich kann es in einer Stadt wie London nicht 50 Knochenspitäler geben, aber eine gewisse Streuung wäre dringend nötig. Da ist die öffentliche Hand aufgefordert, etwas zu tun. Und mit ihr die Raumplaner, Investoren und Projektentwickler.

STANDARD: *Was ist mit den anderen Städten?*
Sennett: Andere Megastädte, in denen ich arbeite, beispielsweise Mexiko-Stadt, befinden sich in einer weitaus besseren Situation. Sie haben die Probleme rechtzeitig erkannt und fangen an, die öffentlichen Geldmittel zielbringend einzusetzen. Eines ist aber klar: Die südamerikanische oder südostasiatische Mega-City wird niemals so hübsch ausschauen wie das kleine Wien mit seiner prachtvollen Ringstraße. Von diesem Bild müssen wir uns verabschieden. Da müssen neue urbane Modelle her.

STANDARD: *Was schlagen Sie vor?*
Sennett: Nachdenken.

STANDARD: *Was kommt dabei heraus?*
Sennett: Journalisten! Nicht einmal Zeit zum Nachdenken hat man. Ein wichtiger Punkt ist der öffentliche Verkehr. In Caracas, Venezuela, wurde die hoch gelegene Slumsiedlung San Augustin mit einer Seilbahn erschlossen. In Bogotá, Kolumbien, hat der frühere Bürgermeister Enrique Peñalosa ein umfassende Bus- und Radnetz geschaffen. Und in Curitiba, Brasilien, gibt es schon seit langer Zeit ein gut funktionierendes Bussystem. Die Gemeinsamkeit all dieser Städte ist, dass der öffentliche Verkehr erstens weite Teile der Stadt erschließt und zweitens für die Bevölkerung leistbar ist.

STANDARD: *Der leistbare öffentliche Verkehr ist nicht die Regel. Viele Großstädte investieren in Straßenbau und teuren U-Bahn-Bau.*
Sennett: Ja, das sind kostenintensive Fehlinvestitionen mit katastrophalen Folgen. In Johannesburg wird zurzeit eine teure U-Bahn gebaut, deren Benützung sich nur die Oberschicht wird leisten können. So gesehen ist die U-Bahn ein sinnloses Luxusgut. Und in Indien wird der Markt von billigen Tatamobilen überschwemmt. Es gibt zigfach mehr Fahrzeuge, als die Straßen imstande sind aufzunehmen. Jeder weiß das. Das ist eine Sackgasse.

STANDARD: *In Ihren Büchern und Vorträgen verwenden Sie immer wieder den Begriff „Civility". Was genau meinen Sie damit?*
Sennett: Mit Civility, also Zivilität, meine ich nicht gutes Benehmen oder Höflichkeit, sondern die Fähigkeit zusammenzuleben. Das ist die Basis jeder Zivilisation. Auf dieser Idee baut meine Arbeit auf. Aber ich muss zugeben, dass ich mit dieser Meinung und mit dieser medial nicht besonders reißerischen These ziemlich allein dastehe.

STANDARD: *Warum?*
Sennett: Die meisten meiner Kollegen und Studenten haben ein ziemlich pornografisches Interesse für Macht und Obrigkeit.

STANDARD: *Zusammen mit der Alfred Herrhausen Society und der London School of Economics arbeiten Sie seit einiger Zeit am Urban-Age-Projekt. Worum geht es da?*
Sennett: Urban Age ist ein Anstoß, neue Ansätze zu entwickeln und Erfahrungen auszutauschen. Wir bringen Stadtplaner, Architekten, Städteforscher und Behörden der größten Städte der Welt an einen Tisch und laden die Leute ein, miteinander zu diskutieren. Seit der Gründung im Jahr 2005 gab es schon mehr als zehn Konferenzen. Die letzte war in Hongkong, die nächste wird in London sein. Ein anderes sehr schönes Projekt, an dem ich mitarbeite, nennt sich „Theatrum Mundi". Das ist eine geschlossene Konferenzreihe, an der regelmäßig 15 bis 20 Bürgermeister aus aller Welt teilnehmen.

STANDARD: *Und? Gibt es schon konkrete Ergebnisse?*
Sennett: Wir beschäftigen uns gerade mit Industrie und Produktion. Das ist ein großer und wichtiger Faktor in Entwicklungsländern. Tatsache ist: Die meisten Produktionsstätten sind viel zu weit von der Stadt entfernt. Die Lebensbedingungen sind schlecht, die Anfahrtswege sind sehr lang. Wir untersuchen stadtplanerische und konkrete bauliche Möglichkeiten, wie wir die Industrie wieder in die Stadt bringen können.

STANDARD: *Fabriken mitten in der Stadt? Das hatten wir schon in der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.*
Sennett: Back to the routes! Das Modell war nicht schlecht. Das Problem war nur: Als die Industrie aus Europa ausgelagert wurde, hat man das längst bewährte Modell der Nutzungsdurchmischung nicht mit übernommen. Stattdessen hat man die neuen Industriestandorte als Aliens irgendwo ins Nichts implantiert.

STANDARD: *Wachstum, Verkehr, Industrie ... Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass die Globalisierung an der Zerstörung unserer Städte schuld ist.*
Sennett: Der Kapitalismus ist ein Biest in seiner modernsten Form! Die finanzielle Macht der internationalen Unternehmen ist ein Killer. Sie killt die Qualität und den Lokalkolorit eines Ortes. Das Ergebnis sind dumme, monotone Strukturen und dumme, monotone Gebäude, die auf der ganzen Welt gleich ausschauen. Jetzt werden Sie mich fragen: Was können wir dagegen tun? Und ich werde Ihnen antworten: gar nichts.

STANDARD: *Sie geben auf?*
Sennett: Ich habe das Tauziehen mit Politik und Wirtschaft schon vor vielen Jahren aufgegeben. Die einzige Hoffnung sind die cleveren, visionären Menschen mit großen finanziellen Ressourcen. Nur davon gibt es nicht viele.

STANDARD: *Ein deprimierendes Gesprächsende.*
Sennett: Ganz und gar nicht. Ich nehme meine Hoffnung von der Basis, von den Protesten am Tahrir-Platz, von der weltweiten Occupy-Bewegung der letzten Monate. Da ist so unglaublich viel passiert. Der wertvollste öffentliche Raum in einer Stadt wird nämlich nicht „top-down" von oben verordnet, sondern wird „bottom-up" von unten erkämpft. Und diese Qualität von Stadt, glauben Sie mir, die währt am längsten.

Wem gehört die Stadt? Der wertvollste öffentliche Raum, meint Sennett, wird nicht von oben verordnet, sondern von unten erkämpft. Im Bild: „Occupy Hong Kong" unter Norman Fosters HSBC-Bankgebäude. Foto: Wojciech Czaja

Richard Sennett, geboren 1943 in Chicago, ist US-amerikanischer Soziologe mit den Schwerpunkten Arbeit, Kultur und Stadt. Er lebt in London und ist Professor an der New York University und an der London School of Economics.

Nachdenken. „Civility ist die Fähigkeit zusammenzuleben, das ist die Basis jeder Zivilisation", sagt der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett. „Auf dieser Idee baut meine Arbeit auf." Foto: Colin McPherson / Corbis

Turn on
ARCHITEKTUR FESTIVAL

Vorträge nonstop

Freitag, 9. März 2012, 10.00–19.00 Uhr
Samstag, 10. März 2012, 13.00–22.00 Uhr

ORF RadioKulturhaus
Argentinierstraße 30a, 1040 Wien

Eintritt frei

www.nextroom.at/turn-on/

Ablinger, Vedral & Partner
Hermann Czech
AllesWirdGut | feld72
Brandlhuber+
Lechner Lechner
Dorner\Matt
LP architektur
Bernardo Bader
Daniel Fügenschuh
HALLE 1
Rainer Köberl
Caramel Architekten
Dominique Perrault
soma
polar÷

Festivalleiterin: Margit Ulama
Veranstalter:
Architekturstiftung Österreich
Tel. 01/513 08 95

bm:uk Stadt Wien

Testfälle der Gesellschaft

Was tun, wenn sich Verbrechen doch auszahlt? Einige Bücher zu den komplizierten Theorien der Gerechtigkeit.

Von Bert Rebhandl

Wenn ein Handtaschenräuber mit seiner Beute das Weite sucht, an der nächsten Ecke aber auf einer Bananenschale ausrutscht und mit blutigem Knie der Polizei in die Hände fällt, dann könnte man versucht sein, von ausgleichender Gerechtigkeit zu sprechen. Doch wer hat die Bananenschale hingelegt? Da müsste man schon an einen sehr detailverliebten Gott glauben, dem dies zuzutrauen wäre. Also war es wohl nur ein seltsamer Zufall, und man müsste wohl eher von einer Ironie des Schicksals sprechen.

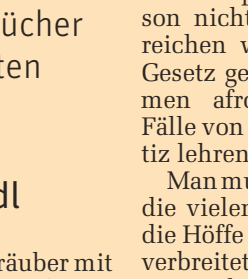
Oder von der Durchsetzung des klassischen amerikanischen Satzes: „Crime doesn't pay." Es gehört zu den unverrückbaren Hoffnungen der Menschheit, dass sich auf Sicht nicht einfach Gewalt und Rücksichtslosigkeit durchsetzen, sondern ein Moment des Ausgleichs. Das wäre eben jene Gerechtigkeit, über die sich viele Denker schon den Kopf zerbrochen haben, und von der so schwer zu sagen ist, worin sie eigentlich genau besteht.

Denn die Verschiedenheit der Menschen mit ihren vielfältigen Ansprüchen und Idealen lässt eine gerechte Übereinkunft darüber, was gerecht ist, als nahezu unmöglich erscheinen. Da haben es diejenigen leichter, die an eine göttliche Gerechtigkeit glauben. Selten wird diese in Form einer Bananenschale wirksam werden, nach Meinung vieler aber gibt es spätestens am Lebensende eine große Abrechnung, und nur die „Gerechten" (so sagt es die Bibel) kommen in den Himmel. Wie immer ist aber auch das nicht das letzte Wort, nicht einmal in der Bibel selbst, wo der Apostel Paulus das eigentlich ungerechte Prinzip einer Rechtfertigung aus Gnade vertritt. Martin Luther machte daraus ein „Sündige fröhlich, aber glaube fest".

Weil die Menschen von diesen Gedanken so umgetrieben werden, spricht der deutsche Philosoph Otfried Höffe geradezu von einer „Gerechtigkeitsgemeinschaft". Das, was die Menschen als Menschheit eint, ist eben jenes Interesse an einem verbindlichen Ausgleich. In der Figur der Justitia, der die Augen verbunden sind, bekommt dieses Interesse eine einleuchtende Gestalt: Beim Schiedsspruch soll es auf die Person nicht ankommen, für einen reichen weißen Mörder gilt das Gesetz genauso wie für einen armen afroamerikanischen (viele Fälle von Klassen- und Rassenjustiz lehren das Gegenteil).

Man muss dann aber nur einmal die vielen Beispiele durchgehen, die Höffe in seinem kleinen, weitverbreiteten Buch *Gerechtigkeit. Eine philosophische Einführung* aufführt, um sofort zu sehen, dass der Begriff einen Umfang bis an die Grenze des Praktikablen hat. Unter „anamnetischer Gerechtigkeit" etwa versteht man die Ansprüche darauf, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit angemessen erinnert werden – kein Genozid soll gegenüber einem anderen geschichtspolitisch im Vorteil sein. Oder man nehme den relativ neuen Begriff der Generationengerechtigkeit: Hier sollen Ausgleichsfunktionen für noch gänzlich unbekannte Umstände wirksam werden, ein logisches Dilemma, das täglich dazu führt, dass Problemlösungen vertagt werden.

Die meisten neueren Theorien der Gerechtigkeit, wie sie auch Felix Heidenreich in seinem gleichnamigen aktuellen Buch darstellt, gehen nicht mehr davon aus, dass es einen überzeitlichen, transzendenten Garanten für Normen gibt. Weder die Natur in ihrer Ordnung noch ein irgendwie überlieferter göttlicher Wille können als allgemein verbindliche Grundlage für Gerechtigkeit dienen. Stattdessen sieht ein kühler Denker wie der deutsche Systemanalytiker Niklas Luhmann in der Gerechtigkeit nicht mehr als eine vage Orientierungsmarke, mit der ergebnisoffene, komplexe Gesellschaften sich irgendwie auf Kurs in Richtung einer niemals festmachbaren Ordnung halten. Im Übrigen meint Luhmann, dass Gerechtigkeit vorwiegend eine Sache des Rechtssystems wäre, während etwa die Wirtschaft nach ganz anderen Kalkülen verfährt.



Dem steht die bedeutendste Theorie der Gerechtigkeit aus der neueren Zeit gegenüber. Sie stammt von John Rawls, und ihre kritische Spitze gerade für die heutige Zeit liegt darin, dass sie im Grunde von den gleichen Akteuren ausgeht, von denen auch die klassische Wirtschaftstheorie ausgeht – von freien, rationalen Teilnehmern. Während die Wirtschaftstheorie aber vor allem auf die Freiheit dieser Akteure abzielt, denkt Rawls von den Ansprüchen her, die jeder Mensch an seine Gesellschaft zu richten berechtigt ist:

Andreas Leikauf: MAY THE WORST ONE WIN

Das betrifft in erster Linie Institutionen, die ohne Ansehen der Person funktionieren, das geht aber schließlich auch so weit, dass er auch faktische Ungleichheiten nicht in jedem beliebigen Maß toleriert. „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen so beschaffen sein, dass sie a) unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen und b) mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die allen gemäß fairer Chancengleichheit zustehen."

Aus diesem zentralen Satz bei Rawls lässt sich nicht nur folgern, dass es eine sozialstaatliche Umverteilung geben muss, sondern auch, dass etwa die Bildungsmöglichkeiten so beschaffen sein müssen, dass die Beamtenschaft aus einem möglichst breiten Pool der Bevölkerung gebildet werden kann.

> Moralphilosoph Ronald Dworkin fällt mit einem polemischen Begriff auf: Er spricht von ‚unbegabten Reichen', die nur den Reichtum konsumieren, zu dem sie nichts beitrugen.

Ausdrücklich begreift Rawls zudem nicht nur Grundfreiheiten in seinem Ansatz, sondern auch Grundgüter. Der Reichtum der Reichen wird letztlich daran gemessen, ob er das Auskommen der Armen verbessert. Ungleichheiten müssen gerechtfertigt werden. Im kritischen Fall eines nicht mehr als gerecht zu akzeptierenden Systems räumt Rawls auch Optionen eines bürgerlichen Ungehorsams ein.

Das Abstraktionsniveau dieser Theorie macht es nicht immer leicht, sie auf die Gegenwart zu beziehen. Doch in ihrer Essenz stellt sie so etwas wie ein Korrektiv zu allen Missverständnissen des Wirkens einer „unsichtbaren Hand" dar. Nach Rawls gibt es, als Erbe der Aufklärung, ein Recht auf eine gerechte Gesellschaft – ein starker Gedanke, der den politischen Fatalismus in die Schranken weist.

Die zentrale Spannung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit versucht Rawls vor allem über ein Vernunftideal aufzulösen, das uns dazu zwingt, letztendlich von der eigenen Sache abzusehen, wenn es um Fragen der Allgemeinheit geht. Darin liegt immer noch ein Moment von Spaltung zwischen politischer Teilhabe und persönlicher Selbstverwirklichung.

In einem Buch, das seit einigen Monaten im anglophonen Raum intensiv diskutiert wird, geht es gerade um die Aufhebung dieser Spaltung: Der amerikanische Rechts- und Moralphilosoph Ronald Dworkin entwirft in *Justice for Hedgehogs* eine vereinheitlichende Theorie moralischer Handlungen, die zugleich der Freiheit und der Gerechtigkeit und dem „guten Leben" zuträglich sind. Stark vereinfacht gesagt, behauptet Dworkin, dass in einer Gesellschaft mit großen Wohlstandsunterschieden die Reichen zwar möglicherweise für sich gesehen ein gutes Leben haben – objektiv trifft dies aber nicht zu.

Dworkin fällt hier mit einem polemischen Begriff auf: Er spricht von den „unbegabten Reichen", die nichts anderes tun, als einen Reichtum zu konsumieren, zu dem sie selbst nichts beigetragen haben. Aufgrund der Anhäufung riesiger Vermögen, die sich noch dazu ohne eigene Produktivität ständig vermehren, ist dieser „unbegabte Reichtum" zuletzt geradezu zum gesellschaftlichen Normalfall geworden. Und damit zugleich zu einem Testfall der gesellschaftlichen Selbstverständigung – denn das „Maß des guten Lebens" kann eben nicht der Kontostand der Reichen sein. Das Maß des guten Lebens aber ist das Anspruchsniveau, vor dessen Hintergrund konkrete politische Diskussionen um Vermögensbesteuerung, Erbschaftsbesteuerung etc. zu führen sind. Nur so lässt sich jene „Gerechtigkeitsgemeinschaft" bilden, die der eigentliche Sinn von Politik ist.

Otfried Höffe, „Gerechtigkeit. Eine philosophische Einführung". € 9 / 128 Seiten, Ch. Beck Wissen, München, 4. Aufl., 2010

Felix Heidenreich, „Theorien der Gerechtigkeit. Eine Einführung". € 17,90 / 250 Seiten, UTB, Stuttgart 2011

Ronald Dworkin, „Justice for Hedgehogs", The Belknap Press, € 26, 50 / 506 Seiten. Die deutsche Ausgabe erscheint im Juli bei Suhrkamp.

Warum hat noch niemand die Sozialversicherung gestürmt?

Lieber fett essen als den mageren Parolen der Gesundheitsfunktionäre Gehör zu schenken: Der beste Selbsterhalt ist immer noch der Erhalt der eigenen Würde.

Von Richard Schuberth

In den 90er-Jahren führten die österreichischen Krankenversicherungen den Selbstbehalt ein, weil sie der Ansicht waren, das Gesundheitssystem sei kein Selbstbedienungsladen für die, die diesen mit ihren Versicherungsraten bestückten. Noch weitere lustige Ideen brachte der Katalog der neoliberalen Grausamkeiten mit sich. Da die statistische Lebenserwartung erfreulicherweise gestiegen war, erkannte man, dass das Leben als Pensionsversicherungszahler zu kurz, das als Pensionsbezieher zu lang dauere. Denen aber, welche die Frechheit besaßen, sich nicht an die Statistik zu halten, die also nur in den Pensionstopf zahlten, ohne etwas zu nehmen, weil sie rechtzeitig sterben würden, musste man eine andere Schuld zuweisen: Sie belasteten die Krankenversicherung mit ihrer ungesunden Lebensführung. Ist der Staat einmal zum Apportierhündchen der freien Marktwirtschaft mutiert, bellt er immer dieselbe Botschaft: Der Mensch kostet zu viel.

„Hat die Welt erst einmal angefangen, uns schlecht zu behandeln“, wusste Jonathan Swift, „dann setzt sie fürderhin diese Behandlung mit immer weniger Skrupel oder Formalitäten fort, so wie es Männer mit einer Hure tun.“ Dreißig Jahre empirischer Erfahrung lehrten das System, dass sich die Gedemütigten stets entschuldigen, wenn man ihnen gegens Knie tritt. In der Gesundheitspolitik, die sich von einer Sozial- zu einer Disziplinierungspolitik zurückentwickelt, zeigt sich das am deutlichsten.

„Der Staat kann auf keinen einzigen Mitarbeiter verzichten. Also muss jeder Staatsbürger gesund sein, um seinen Pflichten gegen den Staat nachkommen zu können. Krankheit ist demnach Pflichtversäumnis. Es ist ein Verbrechen gegen den Staat, krank sein zu wollen, um in den Genuss irgendwelcher Fürsorge zu gelangen.“ Karl Kötschau schrieb das 1935, er war Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für eine Neue Deutsche Heilkunde – seit seinen Zeiten hat sich einiges geändert: Eingelullt vom nicht eingelösten Phantasma der Individualität ist der Staatsbürger zum Manager seiner eigenen Funktionalität geworden. Der einstige Volkskörper hat sich in Millionen selbstverantwortliche Monaden aufgelöst, der Staat und seine kommunalen Institutionen jedoch sind eine schmollende Prostituierte, die das Geld nicht mehr rausrücken kann, das sie ihrem Zuhälter, der Wirtschaft, zugesteckt hat. Deshalb hält sie nochmals frech die Hand auf mit dem Vorwurf, zu ungesund oder zu lange zu leben, als dass man die bereits bezahlten Leistungen so mir nichts, dir nichts konsumieren dürfe.

Natürlich weiß das System, dass die gestiegenen Gesundheitskosten nicht dem Sodom und Gomorrha der schlechten Lebensführung, sondern der erhöhten Lebenserwartung geschuldet sind, dem erfreulichen Umstand also, ein Alter erreichen zu dürfen, wo man seinen Krebs oder Schlaganfall noch erleben darf. Doch kann es nicht davon lassen, die administrierte Masse so lange zu bevormunden, bis diese sich tatsächlich selbst die Schuld gibt am Raub ihrer Sozialleistungen. Wenn die Kasse knapp wird, muss man den Nettozahlern suggerieren, sie seien Parasiten.

GERECHTIGKEIT

Und wo potenzielle Citoyens noch immer Untertanen sind, funktioniert das prächtig. So wie die Nazis aufgrund ihrer eklatanten Einsparungen bei medizinischer Forschung und Pharmakologie auf Naturheilkunde und den Hausarzt als den Blockwart der Volksgesundheit setzten, wird auch heute wieder der Allgemeinmediziner als Vollzugsorgan der Einsparungspolitik zwischen Patienten und Fachmedizin geschoben. – Und wird seiner Rolle gerecht, die ihm der französische Arzt Jacques-René Tenon 1788 als Aufgesang zum Umschlag von Aufklärung in Totalitarismus zuwies: „Neben seiner Rolle als Techniker der Medizin spielt er eine ökonomische Rolle bei der Verteilung von Unterstützungen, ja eine moralische und gleichsam richterliche Rolle bei ihrer Zuweisung. Er ist also zum Wächter der Moral wie der öffentlichen Gesundheit geworden.“

Beispiellos aber ist die Diskrepanz zwischen den Ansprüchen moderner Demokratie und der Verwaltung und Infantilisierung ihrer Staatsbürger, welche sich im Bonussystem der SVA (Sozialversicherungsanstalt) manifestiert, das wie jedes System der paternalistischen Belohnung zugleich eines der indirekten Bestrafung ist, zu deren Konkretion sie bloß das lebensreformerische Vorspiel liefert.

Die sadistische Pointe liegt darin, dass die gesundheitlichen Prämissen des Bonussystems – außer dem schädigenden Einfluss des Zigarettenrauchs – nichts als zweifelhafte Allgemeinplätze sind, die von einer skeptischen Wissenschaft relativiert wurden, aber sich als Plaque im allgemeinen Bewusstsein sedimentiert haben, vor allem in dem der Gesundheitsfunktionäre. Ein Allgemeinmediziner, der kein Allgemeinplatzmediziner wäre, würde uns in seiner Ordination nämlich ins Vertrauen ziehen, dessen er sich wie folgt als würdig erwiese:

Lieber Patient, liebe Patientin, ein Großteil unserer Gewissheiten über Gesundheit ist ideologisch und zu simpel. Die Forschung hat epochale Fortschritte gemacht, vor allem den, dass wir jetzt erst wissen, wie wenig wir wissen.

Täglich aufs Neue werden alte Dogmen umgestoßen. Dass das System den Menschen zur Maus macht, darf nicht zu dem Schluss verleiten, die Ergebnisse von Mäusestudien seien auf ihn anwendbar. Wir brauchen keine Biochemiker und Ernährungsphysiologen sein, um zu ahnen, dass all die Dichotomien von gesund und ungesund, Oxidantien und Antioxidantien manichäische Surrogate von moralischen Wertungen sind, die ins angeblich aufgeklärte wissenschaftliche Weltbild sich eingeschlichen haben und in Union mit Gläubigkeit und Machbarkeitshybris zu jener hoffentlich bald historischen Phase gehören, die man dereinst als die „Flegeljahre der Vernunft“ bezeichnen wird.

Es ist dumm und überholt, Millionen individueller Stoffwechsel über den Leisten eines technischen Mechanismus zu schlagen. Die Vitamintablette bei einsetzendem Schnupfen und Joggen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit werden in naher Zukunft noch als magische Praktiken erkannt werden wie das Durchbohren von Puppen oder Küssen von Ikonen. Die Wirklichkeit schillert unendlich komplex und schön wie das Nordlicht, sie zeigt uns zum Beispiel, dass ein Oxidans unter bestimmten Bedingungen antioxidantisch reagieren kann und umgekehrt, dass Vitamine unter bestimmten Bedingungen kanzerogen wirken und wuchernde Zellen unter bestimmten Bedingungen andere schützen, dass unsre Vorstellungen von gesund und ungesund und unsre magischen Manipulationspraktiken und monokausalen Schlüsse also Äonen entfernt sind von dieser Wirklichkeit, zu deren Verständnis hin die Wissenschaft, nicht die Gesundheitsbürokratie, dennoch fleißige Siebenmeilenschritte macht.

Andreas Leikauf: KICK OUT THE SLICK

Alle, ich wiederhole, alle bislang damit befassten Studien bezeugen eine Korrelation von leichtem Übergewicht sowie von regelmäßigem, aber mäßigem Alkoholgenuss mit höherer Lebenserwartung. Wer aber häufig abnimmt, wird häufiger übergewichtig und stirbt früher. Statistisch gesehen. Es stellt sich nun die Frage: Plant die SVA einen Genozid? Und sollen wir praktischen Ärzte deren Auftragskiller werden? Reicht es nicht, Versicherte durch demütigende Sanktionen zu entmündigen?

Der größte oxidative Stress, alles weist darauf hin, wird durch Stress selbst verursacht, durch Angst, Leistungsdruck, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, geringe soziale Mobilität, Unbehagen. Dass Adipositas in den US-Unterschichten epidemisch zugenommen, hat mit Fastfood allein zu erklären, ist selbst ideologische Abwehr einer weitaus tiefer greifenden Diagnose, welche eine rein gesellschaftliche sein muss und deren Therapie weniger kosten, aber mehr erfordern würde als Wellnessterror und kollektive Körperzucht …

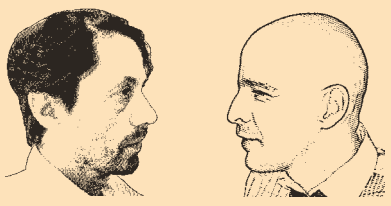
Und nun sage ich Ihnen die Wahrheit: Das vergnügt verzehrte Schnitzel bleibt gesünder als der verzweifelt zerkaute Blattsalat, der Spaziergang zum Wirtshaus gesünder als der verbissene Marathonlauf und gar kein Selbstbehalt gesünder als ein halber. Was aber als erwiesen gilt: Der beste Selbsterhalt ist der Erhalt des eigenen Stolzes, der eigenen Würde – sie verpassen dem Immunsystem titanische Wellnessschübe, und man holt sie sich am besten durch Widerstand zurück, durch unabhängiges Denken und die Weigerung, sich zum Trottel machen zu lassen. Somit kommen wir zur Therapie, und zwar für uns beide, denn beide sitzen wir im selben Boot. Der Tag ist schön, ich sperr die Praxis zu. Lassen Sie uns gemeinsam fett essen gehen, und hier, nehmen Sie einen meiner Golfschläger, danach lustwandeln wir ins Gesundheitsministerium und in die Zentrale der SVA und lehren die Herrschaften Liegestütz. Das wird ein Spaß.

Eine solche Ärztin, einen solchen Arzt würde ich auf der Stelle küssen, hafteten an ihr, an ihm nicht so viele eklige Keime.

Richard Schuberth, geb. 1968 in Ybbs an der Donau, lebt als freier Publizist und Bühnenautor in Wien. Foto: Heribert Corn

GEMISCHTER SATZ

Thomas Edlinger & Paul Divjak



Peter Kraus kauft sich eine Hose. Jeans als Wille und Vorstellung.

Divjak: Der All-time-Schwiegermutterliebling Peter Siegfried Krausnecker alias Peter „Rock ’n’ Roll ist mein zweiter Vorname“ Kraus tourt dieser Tage durch die Stadthallen und Kongresszentren der deutschsprachigen Groß- und Kleinstädte. Ob er dabei ab April irgendwo in der Unendlichkeit von Raum und Zeit auch den großen „50 Jahre ‚Weiße Rosen‘“-Tournee-Treck des ewig attraktiven hellenischen Brillenmodels Nana Mouskouri kreuzen wird, ist nicht bekannt.

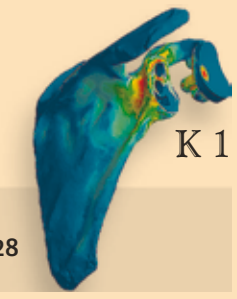
In jedem Fall sind da zwei Fixgrößen der Unterhaltungsindustrie „on the road“, zwei frühe Massenkapazunder, die seit den 1950er-Jahren generationenübergreifend die Herzen ihrer Fans wahlweise zum Rocken oder zum Schmelzen bringen. Peter Kraus hat seine Schlagerbildungsreise unter das Motto „Für immer in Jeans“ gestellt.

Das klingt weniger nach ewigem Freiheitsversprechen denn nach ewiger Verdammnis. Für immer gefangen in einer Textilröhre, die einmal für jugendliche Rebellion stand und heute nicht mehr als ein konformes, mehr oder weniger komfortables Allerweltskleidungsstück ist: Das ist nun wirklich kein Spaß, mein Lieber! Wo sind eigentlich die Zeiten, in denen gesellschaftliche Gegenpositionen über Mode ausgedrückt wurden und widerständische Jugendkultur aus mehr bestanden hat als bloß vorfabrizierten, beliebig austauschbaren Diskonter-Accessoires?

Edlinger: Der neue Schwiegermutterliebling Grasser trägt auch gern Edeljeans zum Sakko, wenn er die nächste Vernehmung weggrinst. Man ist ja nicht nur supersauber, sondern auch locker und kein Parteiapparatschik. Oder Strache in der Disco oder Haider im Porsche. Oder George Bush auf seiner Ranch.

Jeans gibt es von fünf bis 5000 Euro, in Hipster-Röhrenform und als unendliche Weite des Baumwollraums, mit eingebauten Rissen, applizierten Blutdiamanten und sicher auch bald als Handy-App. Hip-Hopper wie Black Lion rappen sogar schon über „Baggy Jeans Nazis“. Will sagen: Jeans sind das unsignifikanteste Kleidungsstück der Welt, das höchstens eines attestieren soll: eine geerdete Lässigkeit und das Gefühl, dass man in jeder Situation auch ein bissl auf Freizeitmodus schalten kann – auch wenn die ehemalige Arbeitshose der Goldgräber damals absolut nichts mit Freizeit zu tun hatte.

Heute klebt immer noch der Geruch vom Schweiß der US-Pioniere dran, und das gilt als sexy. Insofern sind die Jeans das perfekte Teil für eine Welt, in der man in seiner Freizeit an sich arbeitet und seine Arbeit so verrichtet, als wäre sie Freizeit. Der Einzige, der da nicht mitmachen will und gegen alle Verwirrung der Mode im Zeichen des uniformen Baumwollbeinkleids auf alte Werte der Distinktion besteht, ist der letzte konservative Rebell im Anzug: Niko Pelinka.



Konzerne machen Chefs unzufrieden S. K 2

Medizin und Technik vereint BILDUNG&KARRIERE S. K 28

Wann Mitarbeiter die Firma als fair empfinden

Warum er totale Gehaltstransparenz als nicht förderlich für das Gerechtigkeitsempfinden in Unternehmen hält, erklärt Personal-Vizerektor **Michael Meyer** im Gespräch mit **Karin Bauer**.

STANDARD: *Wie entsteht das Gefühl von Gerechtigkeit – oder eben Ungerechtigkeit in Organisationen, in Unternehmen?*
Meyer: Wir haben alle eine Input-Output-Relation, wir ziehen Bilanzen, und wir vergleichen uns mit Referenzgruppen. Wenn wir uns in diesem Rahmen gut behandelt fühlen, dann entsteht Motivation und umgekehrt. Die Tauschgüter sind Geld, Feedback, Zuwendung. Es hat sich in ausreichend vielen Experimenten gezeigt: Wenn das Gefühl besteht, ich gebe der Firma mehr Input als ich Output erhalte, dann wird entweder der Input reduziert, oder der Input anderer, die mehr Output als ich bekommen, wird abgewertet.

STANDARD: *Wie?*
Meyer: Wir versuchen alle, Dissonanzen loszuwerden, also sagt man dann: Ich will ja für die Firma gar nicht tun, was der tut ... oder man wechselt die Bezugsgruppe und vergleicht die eigene Input-Output-Relation mit neuen Referenzgruppen. Umgekehrt funktioniert das System auch, also wer sich etwa überbezahlt fühlt, der arbeitet zumindest einmal kurzfristig mehr.

STANDARD: *Angeblich verpufft die Motivation durch Geld aber schnell?*
Meyer: Ja, das hält nicht allzu lange. Mit Zuwendung geht's lang.

STANDARD: *Würde Transparenz individueller Einkommen das Gerechtigkeitsgefühl fördern?*
Meyer: Nein. Denn dann findet automatisch eine Aufwärtsorientierung statt, es kommt schnell zum Ungerechtigkeitsempfinden. Bleibt die individuelle Entlohnung im Dunkeln, ist das so gesehen besser.

GERECHTIGKEIT

STANDARD: *Bei den „Eat the Rich"-Kampagnen geht es sehr stark auch um Leistungsgerechtigkeit. Wie sieht die aus?*
Meyer: Das greift immer zu kurz. Die gute alte Meischberger-Frage ist so nicht beantwortbar. Maßstäbe für den Wert der Arbeit – als Extrembeispiel Putzfrau versus Manager – existieren nicht. Der Maßstab ist der sogenannte Markt.

STANDARD: *Ist es an der Zeit für gesetzliche Beschränkungen von Spitzengagen? In der Schweiz wird aktuell ja gefordert, Chefs sollen maximal zwölfmal so viel verdienen dürfen wie ihre Belegschaften im Durchschnitt ...*
Meyer: Ich sehe da eine gewisse Naivität der Kritiker: Das Rad ist schwer zurückzudrehen. Natürlich ist es für eine Organisation gut, wenn die Gehaltsspreizungen nicht allzu groß sind, also sicher nicht das Vielhundertfache. Solche absurden Spreizungen sind schädlich. Aber es gibt keine Formel für das Himmelreich. Die Zwölf ist es auch nicht und ich wüsste nicht, wie man das international regeln könnte.

Andres Leikauf: WE WILL BUY YOU

STANDARD: *Weil die sogenannten Leistungsträger nur mit Geld zu motivieren sind?*
Meyer: Aber nein, das ist unsinnig. Eine sehr vereinfacht geführte Diskussion. Die nichtmonetären Güter wiegen in der Motivation viel schwerer, das ist in der Forschung über Jahrzehnte belegt. Aber Arbeitsmarkt bedeutet auch die Gefahr, dass meine wichtigsten Mitarbeiter dorthin gehen, wo sie mehr verdienen.

STANDARD: *Wenn es um Gerechtigkeit geht – welche Rolle spielt die Reichensteuer?*
Meyer: Eine große, auch wenn nur symbolisch. Was derzeit im Sparpaket drinnen ist, finde ich sehr bescheiden. Ungerechtigkeit beginnt aber ganz woanders, nämlich im Zugang zu Bildung, der in Österreich weitgehend von der sozialen Herkunft bestimmt ist. Nur zehn Prozent der Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten gehen auf Hochschulen.

STANDARD: *Die Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist auch so ein Punkt, an dem sich statistisch Ungerechtigkeit deutlich und hartnäckig zeigt.*
Meyer: Ja, das ist eine eklatante Ungerechtigkeit. Wir wissen aber noch nicht, woran es genau liegt, dass auch bei Management-Jobs nach drei Jahren die Schere aufgeht und Frauen zurückfallen. Das kann an homophilen Strukturen liegen. Vielleicht sind Frauen aber nicht immer und überall bereit, der Karriere alles zu opfern.

STANDARD: *Ist es wichtig für Führungskräfte und ihren Erfolg, dass sie als fair gelten?*
Meyer: Aufrichtigkeit, Loyalität und Gerechtigkeit sind mit Abstand die wichtigsten Erwartungen an Führungskräfte. Fachkompetenz und andere Fähigkeiten kommen erst danach. Wenn man ehrlich und aufrichtig ist, ist das in der Führung die halbe Miete.

MICHAEL MEYER ist Professor am Department für Management und Vizerektor für Personal an der WU Wien. *Foto: Pletterbauer.net*

INHALT

Einkommensschere Die Hürden für Frauen bezüglich Teilhabe **S. K 20**

Sudoku, Cortis Nährwert **S. K 25**

Bildung Kein gerechter Zugang für alle sozialen Schichten **S. K 26**

Jobsplitter finden Sie auf **S. K 22**

Amrop Jenewein

Sind Sie in der Online-Welt zuhause?

Die paysafecard group hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2000 zum europäischen Marktführer für Online Prepaid-Zahlungslösungen entwickelt und ist inzwischen in 28 Ländern weltweit tätig. Die Unternehmensgeschichte ist nach wie vor von dynamischem Wachstum geprägt. Daher suchen wir nun zur Verstärkung des Sales-/KAM-Teams für das internationale Headquarter in Wien eine/n

Head of Sales (m/w)
Business Development Online-/Neue Medien

Sie sind stets am Puls der Zeit bei Trends im Bereich Online-/Neue Medien und bauen in dieser herausfordernden Führungsaufgabe durch Akquise weltweiter Neukunden einen neuen Channel auf! Der gesamte Prozess – Marktrecherche, Erst-Kontaktaufnahme bis Vertragsabschluss und Begleitung in der Erstphase – liegt hierbei ebenso in Ihrer Verantwortung wie die Führung eines internationalen Sales-Teams. Wir wenden uns an abschlussstarke, proaktive Sales Manager mit hoher Online-Affinität, idealerweise Payment-Erfahrung und „Hunter"-Mentalität.

Key Account Manager/in
Partner-Betreuung/Games

paysafecard
pay cash. pay safe.

Sie übernehmen die End-to-End-Verantwortung für wesentliche europäische Kunden im Bereich Online-Games. Regelmäßige Kunden- und Messebesuche zählen ebenso wie die strategische Weiterentwicklung der Kundenbeziehungen & Konditionsverhandlungen dazu. Sie konnten bereits mind. 3 Jahre Berufserfahrung im KAM oder Sales (B2B) sammeln, idealerweise im Online- bzw. Payment-Umfeld, und wollen sich auch beruflich ganz Ihrer Leidenschaft Games widmen. Ihre offene Persönlichkeit sowie Kommunikations- und Verhandlungsgeschick zeichnen Sie aus.

Für beide Positionen setzen wir fließende Englisch-Kenntnisse und entsprechende Reisebereitschaft voraus.

Sollten Sie (noch) nicht die oben beschriebene Erfahrung, aber Interesse an diesem dynamischen Online-Umfeld mitbringen, freuen wir uns ebenfalls auf Ihre Kontaktaufnahme: Das paysafecard Sales-/KAM-Team wird derzeit auch um weitere Positionen, wie **Sales Manager (m/w)** und **Junior Key Account Manager Games (m/w)**, erweitert!

Für diese Positionen gilt ein kollektivvertragliches Mindestgehalt von EUR 4.429 bzw. 2.557 monatlich. Geboten wird jeweils ein marktgerechtes Gehalt abhängig von beruflicher Qualifikation und Erfahrung, in der Position Head of Sales darüber hinaus ein umsatzabhängiger Bonus.

Amrop Jenewein, Schmidgasse 3, 1080 Wien, Mag. Ivana Jozic **T** 01/403 08 28-14 **E** ivana.jozic@amropjenewein.at **W** www.amropjenewein.at

PROFESSIONAL SEARCH | EXECUTIVE SEARCH | MANAGEMENT AUDIT

Gleichstellung – Ein Blick auf den Aufholbedarf Österreichs

Indikatoren	Österreich			EU-27 Länder		
	Frauen	Männer	Differenz	Frauen	Männer	Differenz
Erwerbstätigenquote *(Alter: 15–64)*[A]	66,4	76,9	10,5	58,6	70,7	12,1
Erwerbstätigenquote ältere Arbeitnehmer *(Alter: 55–64)*[A]	31,7	51,0	19,3	37,8	54,8	17,0
Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeit*	42,9	8,7	34,2	31,5	8,3	23,3
Anteil der Erwerbstätigen m. befristeten Verträgen[A]	9,0	9,2	0,2	14,5	12,8	1,7
Gender Pay Gap[A]	–	–	25,4	–	–	17,1
Management aller Unternehmen[B]	30,0	70,0	–	33,0	67,0	–
Kinderbetreuungsplätze (%; Kinder unter 3 Jahre)[A]		7,0[C]			14,0	
Kinderbetreuungsplätze (%; 3–6 Jahre, 30+h/w)[A]		21,0			44,0	

Quelle: A: Eurostat (2010), B: EU (2010b), C: unsichere Daten, ÖGUT * % aller Beschäftigten DER STANDARD

Scheren und Bremsen

Die Diskussionen über ein Schließen der Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen werden laut geführt. Leichte Besserungstendenzen lassen sich ablesen – wenn man das so positiv sehen möchte.

Karin Bauer

ANALYSE

GERECHTIGKEIT

Das Gute voran: Niemand sagt oder schreibt heute mehr offiziell, dass sich Frauen gefälligst vom Herd nicht allzu weit entfernen sollen, ohne seinen guten Ruf zu ruinieren. Wer meint, Frauen grundsätzlich noch immer horizontale Taktiken für Karrieren unterstellen zu müssen, der muss das mittlerweile im Wirtshaus im Hinterzimmer tun. Alle Belege, wonach Geschlechtervielfalt in Unternehmensgremien den wirtschaftlichen Erfolg befördert, ernten offiziell Zustimmung. Dass die lückenhafte und überwiegend auf Teilzeitarbeit ausgelegte Kinderbetreuung (nicht nur in Kindergärten, in der Schule geht's ja erst richtig los) Eltern – und vor allem noch immer Frauen – im Job benachteiligen, wird nicht geleugnet.

Und natürlich applaudiert niemand, wenn das Thema der anhaltenden Schlechterbezahlung von Frauen diskutiert wird. Zwar kann sich die EU über Quoten nicht einigen, unermüdliche Forderungen Engagierter haben aber eine zumindest kontinuierliche Debatte ausgelöst – sogar in Österreich, einem Land, das in Europa quasi einzigartig ist in der Position, die es seinen Frauen in der wirtschaftlichen Teilhabe zuweist. (Grafik)

Man darf allerdings nicht mehr okay finden, was da strukturell an himmelschreiender Ungerechtigkeit Frauen gegenüber im System und in der Gesellschaft festsitzt. Und streckenweise werden Frauen sogar mit „Frau Magistra" angesprochen. Nicht zu vergessen der neue Text in der Bundeshymne, dem mit der Töchter-Aufnahme große Symbolkraft zugeschrieben wird. Und: Die Gehaltsschere bewegt sich einen Hauch in Richtung innen.

Die heimischen Wirtschaftsinteressen-Gruppierungen lehnen zwar „brachiale" Maßnahmen wie Quoten ab, um die fast geschlossenen männlichen Reihen der Spitzenjobs ein wenig zu lockern, dafür werden aber „evolutionäre" Maßnahmen wie Führungskurse für Frauen und Listen möglicher Kandidatinnen für Aufsichtsmandate gefördert. Das war vor zehn Jahren ja auch noch nicht so.

Apropos Evolution: Da Frauen Männer bei den Bildungsabschlüssen längst überholt haben und die aktuelle Generation nicht mehr auf Niveau all der schlechten Erfahrungen der Vorkämpferinnen im Wirtschaftsleben einsteigt, wird wohl alles auf dem richtigen Weg sein. Oder?

Er stimmt ja auch. Und dass das Ringen um Macht – wer gibt sie schon gern freiwillig ab – zäh ist, ist auch klar.

Alarmierend für den Fortschritt in Sachen Geschlechtergerechtigkeit ist bloß, dass über Fakten, die seit Jahrzehnten klar auf dem Tisch liegen, noch immer lauwarm diskutiert wird. Die Infrastruktur der Kinderbetreuung ist da ein stellvertretendes Beispiel: Wir wissen, dass quantitativ und qualitativ mangelndes Angebot eine Karrierebremse für Frauen ist. Will man das tatsächlich im Sinne einer Top-down-Governance radikal ändern, so wie viele Politiker(innen) das seit Jahren behaupten? Offenbar nicht, denn mühsame Prozesse gesellschaftlicher Bewusstseinsbildung müssten dem gar nicht vorangehen – umgekehrt: Sie würden dadurch ausgelöst und beschleunigt. Über Vielleicht-einbissl-Sanktionen bei Einkommensdiskriminierung würde dann nicht mehr diskutiert, Väter würden Sitzungen verlassen, um ihre Kids abzuholen. Erstaunen über Frauen in Positionen und Männer vor Schultoren würde ziemlich schnell einem Gefühl der Normalität weichen. Was jetzt noch Normalität ist, sagt die heimische Karrierenforschung (www.vicapp.at) eindeutig: Erfolg hängt heute noch viel stärker vom zeitlichen Arbeitseinsatz ab. Frauen müssen viel mehr arbeiten als ihre männlichen Kollegen, um an die Spitze zu kommen. Nichts hat sich geändert an traditionellen Rollenmodellen und Stereotypen: Frauen, die Karriere machen wollen, sollten besser möglichst einsam und kinderlos bleiben. Männer, die Karriere machen wollen, sollen ihre Kinder nur am Wochenende sehen und das gut finden – sie haben ja einen echt tollen Job und bringen viel Beute heim. Dorthin zu schauen wird tunlichst vermieden. Glücklich ist, wer vergisst …

Imperativ zum bewussten Umgang mit Spannungsfeldern

Diskussion zum Hernstein-Jahresthema

Auf Einladung des Hernstein-Instituts für Management und Leadership diskutierten Managementberater Wolfgang Looss und HP-Personaldirektorin Evelin Mayr diese Woche im Wiener Novomatic-Forum zum Hernstein-Jahresthema „Spannungsfeld Führung – zwischen Machbarkeit und Ohnmacht".

„Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen liegt zu einem Gutteil in einer zum relevanten Markt passenden Organisationsstruktur. Diese ist allerdings zunehmend durch Vielfalt und Übereinanderschichtung gekennzeichnet. Führung wird in solchen komplexen Strukturen als immer anstrengender erlebt, auf der anderen Seite entstehen aber auch zusätzliche Handlungsspielräume", ist Hernstein-Chefin Katharina Lichtmannegger überzeugt.

„Flache Hierarchien, eine eng verflochtene Matrixorganisation, Projektorganisationen und Netzwerkorganisationen sind Strukturen, mit denen wir tagtäglich arbeiten", so Mayr zu ihrem Arbeitsalltag. „Strukturen sind gefragt, die in Zeiten von Unsicherheit und Komplexität effizient funktionieren, rasch anpassungsfähig sind und Veränderung ermöglichen und fördern", so die HP-Personaldirektorin. Ein solches Umfeld biete Entwicklungsmöglichkeiten. Sie hob die Freude am Gestaltungsspielraum und die Freiheit besonders hervor.

„Viele Führungskräfte vermissen heute eine Klarheit und Eindeutigkeit. Sie sehnen sich nach ‚Vorfahrtsregeln' und können diese Komplexität kaum mehr meistern", berichtete Wolfgang Looss aus seiner Praxis. Und es gibt auch wenig klare Bilder, was systemisches Führen in der Praxis bedeutet. „In vielen Organisationen gibt es den notwendigen permanenten Wechsel zwischen Reflektieren und Umsetzen nicht", so Looss.

Eine in die DNA des Unternehmens eingeschriebene Feedbackkultur könnte eine Antwort auf den Umgang mit komplexen Führungssituationen sein. „Es geht dabei nicht um große ritualisierte Meetings wie z. B. das jährliche Strategiegespräch oder das jährliche Mitarbeitergespräch, sondern Reflexion muss andauernd passieren", ist auch der Managementberater überzeugt.

„Man muss sich ganz klar mit den Fragen auseinandersetzen: Wo stehe ich als Person, was ist meine Grundwerthaltung, was lasse ich mit mir machen? Als Führungskraft muss ich mir immer wieder die Frage stellen: Wie weit will ich gehen, wo sage ich Stopp?", so Mayr. Zentral für Looss ist das Hinterfragen der eigenen Handlungsmuster. „Es geht darum zu wissen, wo man belastbar ist und wo die eigene Grenze ist. Führung braucht den bewussten Umgang mit dem volatilen Spannungsfeld zwischen persönlichen Möglichkeiten und Grenzen und den wechselnden Unternehmensanforderungen." (red)

Katharina Lichtmannegger, Wolfgang Looss und Evelin Mayr: Reflexionsauftrag für Vorgesetzte. *Foto: createdbylight*

Volontariat

DER STANDARD gibt Einblick

In den Monaten Juni bis Oktober 2012* werden jeweils einmonatige Volontariate in verschiedenen Ressorts vergeben.

Ziel:
Erwerb journalistischer Fähigkeiten bei einer Qualitätstageszeitung

Inhalt:
Mitarbeit in einem Ressort:
· Recherche, Nachrichtendienste, Archive
· Teilnahme an Redaktionskonferenzen
· Teilnahme an Pressekonferenzen
· Verfassen von Meldungen, Interviews, Reportagen
· Durchgehende Betreuung und Feedback durch die Redaktion

Theorieblock zu:
· Qualitätsjournalismus
· Medienlandschaft in Österreich
· rechtliche Grundlagen des Journalismus
· Workflow in einer Redaktion

Anforderungen:
· Ausbildung: Universitäts- oder FH-Studium
· Alter: über 19 Jahre
· Erste journalistische Erfahrung
· Gute Allgemeinbildung und Rechtschreibkenntnisse
· Gute Englischkenntnisse, weitere Fremdsprachen von Vorteil
· Computerkenntnisse
· Team- und Kommunikationsfähigkeit
· Stressresistenz
· Interesse an kritischem Qualitätsjournalismus, Fähigkeit zu anderen Blickwinkeln

Bewerbung mit folgenden Unterlagen:
· Detaillierter Lebenslauf mit Foto
· Angabe eines Wunschressorts
· Motivationsschreiben im Umfang einer A4-Seite: Warum wollen Sie ein journalistisches Praktikum beim STANDARD absolvieren?
· Artikel oder Kommentar zu einem frei gewählten Thema (maximal 3.000 Zeichen)
· Kopien bereits verfasster kurzer Texte oder Artikel
· Kopien von Zeugnissen

Bewerbungsunterlagen an:
DER STANDARD
Zu Handen Gertraud Schneider
Kennwort: Volontariat
Herrengasse 19–21
1014 Wien
volontariat@derStandard.at

Die endgültige Auswahl der Volontärinnen und Volontäre erfolgt nach einem Aufnahmeverfahren, das im März beim STANDARD stattfindet.

* Volontariatsplätze für die Monate Jänner bis März 2013 werden im Herbst 2012 ausgeschrieben.

Die Zeitung für Leser

Ende der Bewerbungsfrist: Mittwoch, 29. Februar 2012

Privatisierung der Gerechtigkeit?

Sozialunternehmen und Philanthropie sind „in“. Die Erwartungen sind hoch. Fraglich bleibt, ob davon ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit erwartet werden kann.

Reinhard Millner

Soziales Unternehmertum wird als Ansatz verstanden, bei dem unternehmerisch innovative Lösungen für gesellschaftlichen Wandel gesucht werden. Venture-Philanthropen finanzieren und unterstützen dabei. Gesellschaftliche Ziele und nachhaltige Wirkungen (Social Impact) stehen hier im Vordergrund oder sind zumindest gleichberechtigt mit ökonomischen Zielen.

Viele dieser Initiativen erheben auch den Anspruch, einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu leisten und Ungerechtigkeiten ein Stück weit zu beseitigen. Die Liste der Betätigungsfelder ist lang.

Die Annahme ist, dass innovative Ansätze und soziale Geschäftsmodelle in der Lage sind, Bildungschancen zu erhöhen, Armut zu verhindern oder einen besseren Zugang zu Institutionen, Informationen oder zu sozialen Dienstleistungen herzustellen.

Soziologisch muss man unterscheiden: soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Erstere muss nicht notwendigerweise gleich ungerecht sein.

Ungleichheit liegt dann vor, wenn bestimmte Menschen aufgrund ihrer sozialen Stellung von wertvollen Gütern einer Gesellschaft regelmäßig mehr als andere erhalten. Was als wertvoll zu betrachten ist und ob Ungleichheit auch sozial ungerecht ist, wird immer normativ und vor dem Hintergrund des Wertesystems einer Gesellschaft oder bestimmter Gruppen zu beantworten sein. Jedenfalls aber sind es bereits etablierte Strukturen, an denen gerüttelt werden muss, will man gesellschaftlichen Wandel zu mehr Gerechtigkeit herbeiführen. Kann das im Rahmen von Social Entrepreneurship gelingen?

Die Bekämpfung von Ungleichheit – so überhaupt gewünscht – erfordert Umverteilung von Macht oder materiellen Ressourcen und damit zumindest eine partielle Neuordnung politischer oder ökonomischer Verhältnisse.

Zunächst scheinbar folgerichtig ist dann auch das Bestreben von Protagonisten des Social Entrepreneurship, an Wachstumsmodellen für soziale Unternehmen zu arbeiten oder entsprechende soziale (Kapital-)Märkte zu etablieren. Der größtmögliche Impact geht letztlich einher mit Größenwachstum und Skalierung.

Philanthropie ist wichtig und Ausdruck gesellschaftlicher Partizipation. Gerechtigkeit kann aber Philanthropie alleine nur schwer herstellen.

Meist ist sie Ausdruck einer individuellen Werthaltung. Dazu kommt, dass Philanthropen es üblicherweise nicht schätzen, jene sozialen Strukturen zu verändern, die ihren Wohlstand hervorgebracht haben. Andererseits aber führt private Philanthropie idealiter zu einer viel schärferen Umverteilung als Steuerfinanzierung, nämlich nicht von der Mitte nach unten, sondern von ganz oben.

Dennoch: Gesellschaftlicher Wandel und soziale Gerechtigkeit müssen auch politisch gedacht und gewollt werden.

Sozialunternehmer und Philanthropen können Bildungs-, Umwelt- und Sozialpolitik ergänzen, aber nicht ersetzen. Sie können Symptome lindern und kreative und innovative Lösungen hervorbringen. Das ist nicht wenig.

Gerechtigkeit und Wandel müssen sie aber dem politischen System überlassen. Dort sind sie gefragt als Promotoren, Teilnehmer und Anwälte der Benachteiligten.

REINHARD MILLNER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Non-Profit-Management (WU Wien).
reinhard.millner@wu.ac.at

CORTIS NÄHRWERT

Gebt Gerichtigkeit!

Der März ist nicht mehr weit und damit das bereits traditionelle Kulinarik-Festival Eat & Meet, mit dem die Tourismushochburg Salzburg sich in einer ansonsten toten Zeit im Gespräch halten will. Das gelingt ziemlich gut, weil das Programm stets mit Überraschungen und unkonventionellen Ideen aufzuwarten weiß. Diesmal konnte etwa Oriol Balaguer aus Barcelona an die Salzach gelotst werden. Der langjährige Patissier von Ferran Adrià macht mittlerweile nur noch Schokolade – aber in einer Art, dass selbst abgebrühte Gourmets große Augen kriegen. Balaguer wird am 8. März im Mönchsbergrestaurant M32 von Sepp Schellhorn durch den Abend führen und nach einem katalanisch inspirierten Menü das Dessert beisteuern. Aber auch anderswo gibt es ganz ordentlich was zu entdecken. Im Fidelen Affen in der Priesterhausgasse werden am 22. März fast schon vergessene Spezialitäten aus österreichischen Regionen aufgetischt, eine Stockfisch-Sulze aus Tirol etwa, Schwammerlstrudel in der Erdäpfelsuppe aus Wien oder warmen Strankelen-Salat mit Mölltal-Lamm aus Kärnten. Passend dazu: Am 29. 3. soll in der geheimen Specerey das Slow Food Convivium Salzburg gegründet werden – ein klarer Fall von *better late than never!*

Eat & Meet Kulinarikfestival in der Altstadt von Salzburg, 1.–31. März 2011, Programm unter www.salzburg-altstadt.at

KARRIERENSTANDARD, BILDUNG & KARRIERE

Redaktion: Karin Bauer (Leitung), *karin.bauer@derStandard.at,* Heidi Aichinger, *heidi.aichinger@derStandard.at,* Gudrun Ostermann, *gudrun.ostermann@derStandard.at*

Anzeigen: *Stellenmarkt* (+43/1) 531 70, DW 291, *karrieren@derStandard.at,*
Bildung & Karriere: (+43/1) 531 70, DW 291, *bildung.anzeigen@derStandard.at*

Chiffre-Post: Standard Verlagsges. m. b. H., 1014 Wien, Herrengasse 19–21, *chiffre@derStandard.at*

SUDOKU derStandard.at/Sudoku

Nr. 2135a normal (extrem schwierig)

3			7	2				6
5	2	4		1				
4		1					8	
6	8						5	3
	7					4		1
				7		2	6	5
1				5	6			7

Nr. 2135b Squiggly (schwierig)

			5	1	6		7	
5				2				
		6		8		4		
8						6	2	3
				3				
2	3	1						9
		4		7		1		
				5				1
	8		4	9	1			

Auflösung Rätsel Nr. 2134a

1	4	5	7	8	9	3	2	6
8	3	6	2	4	5	1	9	7
2	7	9	1	3	6	4	5	8
9	1	7	6	2	3	8	4	5
5	2	8	9	7	4	6	1	3
4	6	3	5	1	8	9	7	2
7	8	1	4	6	2	5	3	9
3	9	2	8	5	1	7	6	4
6	5	4	3	9	7	2	8	1

Auflösung Rätsel Nr. 2134b

2	5	6	1	4	9	7	8	3
9	8	1	4	5	3	2	6	7
3	7	9	8	6	2	1	5	4
4	2	7	3	1	5	6	9	8
6	1	5	7	8	4	3	2	9
8	6	3	9	2	7	4	1	5
7	9	2	6	3	8	5	4	1
1	3	4	5	9	6	8	7	2
5	4	8	2	7	1	9	3	6

Spielregeln: Das Rastergitter ist so auszufüllen, dass die Zahlen von 1 bis 9 nur je einmal in jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem umrahmten Kästchen (beziehungsweise in jeder Diagonale beim X-Sudoku) vorkommen. Die Auflösung erscheint im nächsten STANDARD und im Internet auf **derStandard.at**, wo sich das aktuelle Zahlenrätsel auch in einer Onlineversion findet. **© Puzzle by websudoku.com**

DER STANDARD Mentoring Circle

Evelyn Schödl, VP & General Manager, GlaxoSmithKline
F: GlaxoSmithKline

Statement
Intern setzen wir bereits seit längerem auf Mentoring. Abgesehen von der positiven Auswirkung auf Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit von Mentor und Mentee, stärkt es uns auch als Unternehmen insgesamt. Vom Mentoring Circle erhoffen wir uns unter anderem eine Weiterentwicklung unseres Empowerment-Ansatzes. Wir freuen uns auf einen offenen Erfahrungsaustausch und neue Perspektiven.

Das Unternehmen GlaxoSmithKline
GlaxoSmithKline engagiert sich als eines der weltweit führenden forschenden Arzneimittel- und Gesundheitsunternehmen für die Verbesserung der Lebensqualität, um Menschen ein aktiveres, längeres und gesünderes Leben zu ermöglichen. Im Fokus der Personalstrategie steht Empowerment, basierend auf Engagement, Leistungsfähigkeit und Vertrauen.

In Kooperation mit:
mmde.at

Alle Details zum STANDARD Mentoring Circle unter mmde.at

Bewerben Sie sich ab sofort mit CV und Motivationsschreiben für den 7. Jahrgang mit Start im November 2012 unter office@mmde.at

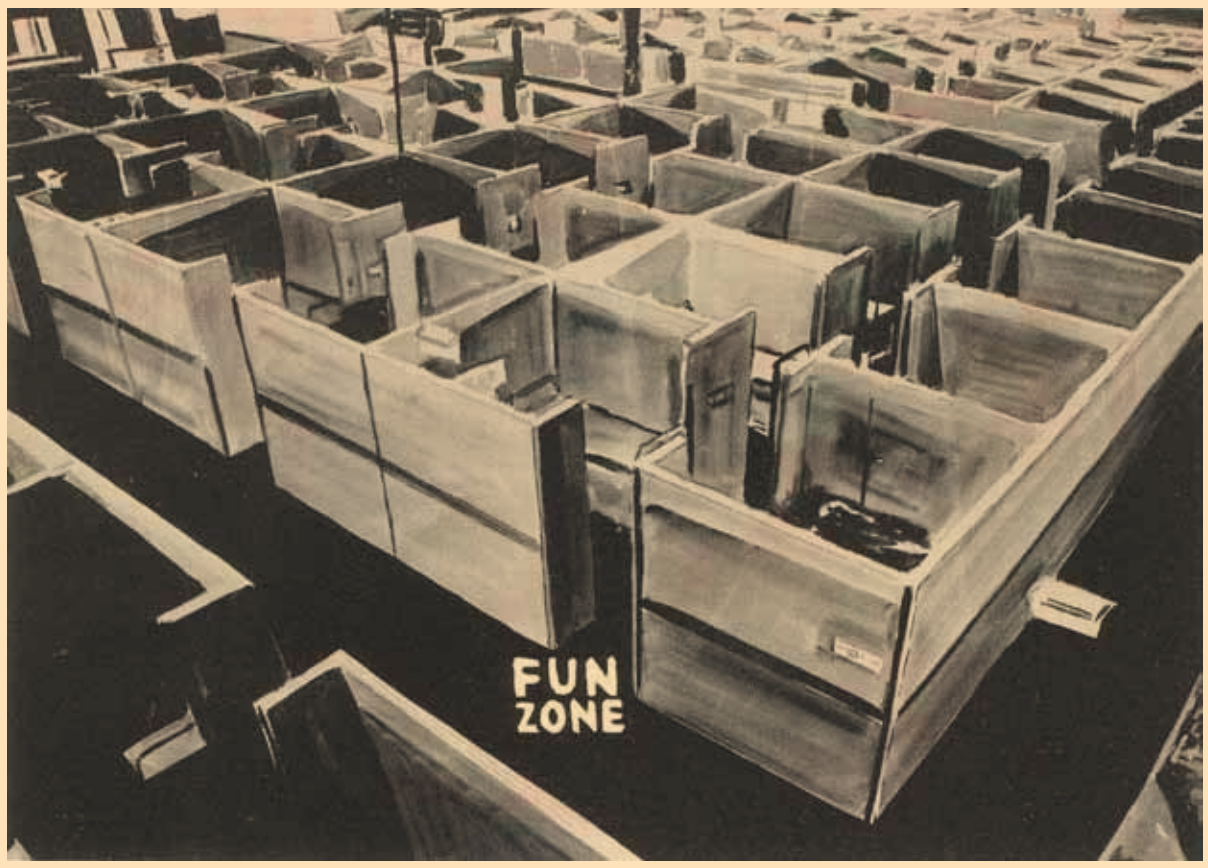
DER STANDARD
derStandard.at/Karriere

Firmenpartner 2011/2012:
123people · A1 · gsk GlaxoSmithKline · Greco Gr!Co International AG · helvetia · IAK Institut für Angewandte Kreativität · MANAGEMENT IMPULSE · MERKUR Ihr Markt · Microsoft · SAP · WIENER LINIEN · wiesner hager · WKO Wirtschaftskammer Österreich · :zukunftsinstitut

Platonisch und praktisch gerecht gebildet

Gibt es gerechte Bildung? Was heißt Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Bildungspolitik? Kommt darauf an. Worauf, erklären der Wissenschaftsminister, die Unterrichtsministerin und zwei Bildungsforscher.

Lisa Nimmervoll



Andreas Leikauf: FUN ZONE

Das Leben ist ungerecht. Von Anfang an. Den einen teilt der Zufall „bildungsnahe" Eltern mit Doktorhut und Magistertitel zu, den anderen „bildungsferne", die nicht mal eine Visitenkarte brauchen, und Platz darauf für einen akademischen Titel erst recht nicht. Finanziell bessergestellte hier, armutsgefährdete Erziehende dort. Welche mit viel sozialem und kulturellem Kapital und solche, die das alles nicht haben. Irgendwann begegnen ihre Kinder einander – mit all den Ungerechtigkeiten, die ihnen das Leben bis dahin zugewürfelt hat.

Das Projekt Schule müssen sie alle antreten und durchlaufen, welche und wie lang, hängt stark von den „Ursprungsungerechtigkeiten" ab. Und ob die Kinder es irgendwann an eine Universität oder Hochschule schaffen, erst recht. Echte „Bildung" haben am Ende nicht alle. Einige werden sogar als „Bildungsverlierer" enden.

Ist das gerecht? Nein. Ein mehrheitsfähiges Nein. Der Weg hin zu (mehr) Gerechtigkeit im Bildungssystem aber ist ein kompliziertes politisches Unterfangen.

Was meinen denn die beiden amtierenden Bildungszuständigen in der Regierung, wenn sie von „Gerechtigkeit" im Zusammenhang mit Bildung sprechen?

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle zieht es als klassischen Philologen zurück bis zu den alten Griechen. Platons *Politeia* – und darin der Dialog *Über den Staat* – ist für ihn ein Anker, von dem ausgehend auch heute noch über Gerechtigkeit nachgedacht werden kann.

GERECHTIGKEIT

„Wie für den Einzelmenschen ist für das Staatswesen Bildung das wichtigste Element, um die drei Ebenen in ein gedeihliches und gerechtes Verhältnis zueinander zu setzen", sagt Töchterle im STANDARD-Gespräch.

Auf Staatsebene seien das bei Platon die „Philosophen" an der Spitze, deren Herausbildung aus dem zweiten Stand, dem der „Wächter", großes Augenmerk geschenkt werde, während der dritte für die Versorgung mit Alltagsgütern zuständige Stand ansonsten wenig Aufmerksamkeit erfahre. In der „Einzelseele" gebe es die dominierende geistige Instanz, eine mittlere Willensebene und eine untere der Begierden.

Den gerechten Brückenschlag soll Bildung schaffen. Allerdings, erklärt Töchterle, „kritisch gewendet, ist Bildung ein Mittel der Macht: im Individuum der des Geistes über den Körper und dessen Begierden, im Kollektiv der der Wissenden über die dumpfe Masse und ihre Unberechenbarkeit." Insofern berge das Platon'sche Modell auch eine „totalitaristische Lesart". Im Wissen darum aber könne Platons *Politeia* „auch ethischem Bemühen bis hin zu strenger Askese oder der gerade grassierenden Sehnsucht nach Expertenregierungen philosophische Fundierung liefern", sagt Minister Töchterle.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ), eine Wirtschaftswissenschafterin, leitet den Gerechtigkeitsaspekt von Bildung aus einer ökonomischen Theorie her. „Bildung ist ein meritorisches Gut, das heißt, dass Bildung gut für jeden Einzelnen in der Konkurrenzsituation am Arbeitsmarkt ist, gleichzeitig aber für den Wohlstand der gesamten Gesellschaft und damit für die Qualität der Demokratie entscheidend", sagt Schmied im STANDARD-Gespräch.

Als meritorische Güter gelten jene, die jeder Mensch unabhängig von seiner Leistung „verdient", die sich zu marktwirtschaftlichen Konditionen aber nicht alle leisten können oder wollen. Darum macht sie ein Staat für möglichst alle gratis oder verbilligt zugänglich (Gesundheitssystem, Kinderbetreuung, Pflege, Bildung).

Der „gerechte" Anlagetipp von Bildungsforscher Andreas Schleicher von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris angesichts von Wirtschafts-, Euro- und anderen Krisen lautet denn auch: „In diesen unsicheren Zeiten ist Bildung wahrscheinlich die einzige stabile Währung, die es uns ermöglicht, langfristig erfolgreich an der Gesellschaft teilzuhaben, sozial wie wirtschaftlich."

Aus Ministerinnenmund klingt das so: „Gerechtigkeit ist eine Frage des Menschenbildes, der Fairness und der gesellschaftlichen Werte", sagt Schmied, und auf ihr Politikfeld heruntergebrochen bedeute das, „dass wir Vielfalt als Chance wahrnehmen müssen".

Der kleine Mozart in uns

Oder: „In jedem von uns steckt ein kleiner Mozart." Damit dieser männliche oder weibliche Mozart – mit Migrationshintergrund oder ohne – aber auch entdeckt werden kann, brauche es eine „Schulkultur mit Eltern-Schüler-Lehrer-Gesprächen, individualisiertem Unterricht, der die jungen Menschen – so wie sie sind – in den Mittelpunkt stellt, aber auch Disziplin und gegenseitigen Respekt als Leistungsvoraussetzungen achtet", betont die Ministerin. Und da Schule auch Prüfungen bedeute, solle es dazu wenigstens „faire Prüfungsbedingungen geben", die etwa mit der teilzentralen standardisierten Reifeprüfung installiert werden sollten.

Und die Bildungswissenschaft? Wie hält sie es mit der Gretchenfrage nach der Gerechtigkeit?

„International ist Social Justice, soziale Gerechtigkeit, ein ganz großes Thema in der Pädagogik", sagt Bildungswissenschafter Stefan Hopmann von der Uni Wien: Die Frage dabei sei: „Was ist der Maßstab?" Nimmt man den erfolgreichen Übergang in Beruf und Gesellschaft, „dann ist das österreichische Schulsystem gar nicht so schlecht". Nimmt man die „Fähigkeit, Marginalisierte – sozial, physisch, psychisch etc. – zu integrieren, dann ist es extrem ungerecht und sehr schwach aufgestellt". Das Gerechtigkeitsproblem brenne am „unteren Ende". Das müsse die Politik ins Auge fassen.

Das heißt, Herr Hopmann? „Wir müssen grundsätzlich fragen, ob Schule stark genug ist, Ungleichheiten umzubiegen." Nicht auf gleich zu biegen, sondern gerecht.

ÖPWZ
Wissen, das Sie an Ihr Ziel bringt》
IHR ÖPWZ WISSENS-VORSPRUNG
Produktivität steigern – Kosten reduzieren – Termintreue halten!
Betriebs- und Produktionsleiter-Lehrgang
In Kooperation mit Fraunhofer Austria Research
• Produktions- und Supply Chain Management
• Der Produktionsleiter als Führungskraft
• Projektmanagement, Auftragsabwicklung
• Lean Production, Qualitätsmanagement
• Kennzahlen und Anlagenverfügbarkeit
3 x 3 Tage | Start: 16. April 2012 in Wien
Lagerleiter-Lehrgang
• Organisation und Wirtschaftlichkeit des Lagers
• Der Lagerleiter als Führungskraft
• Verantwortung und Sicherheit im Lager
2 x 3 Tage | Start: 23. April 2012 in Wien
Die Programme zum Download auf www.opwz.com
Informationen und Kontakt Bibiane Sibera bibiane.sibera@opwz.com +43 1 533 86 36-56 www.opwz.com

HR Kongress 2012
ARS AKADEMIE FÜR RECHT, STEUERN & WIRTSCHAFT
Personalentwicklung im Unternehmen
Strategische Herausforderungen & praktische Anwendungen
✔ Informations- und Erfahrungsaustausch mit Experten aus Praxis & Wissenschaft
✔ Trends und Best Practice
Innovative Impulse
Karrieremanagement – o. Univ.-Prof. Dr. Mayrhofer
Kollegiale Fallberatung – Mag. Pleschinger
360°-Feedback – P. Schulte
Bildungscontrolling – Prof. Dr. Simon
PE im Unternehmenskontext – Dr. Meifert
Assessment-Center – Mag. Pinter
Web 2.0 in der PE – Mag. Dr. Stocker
Arbeitsrechtliches – Dr. Jöst
Podiumsdiskussion
Bildungspolitik im Lichte der unternehmerischen Anforderungen
von 13.–14.03.12, Wien
Details auf www.ars.at

Facultas goes BeSt³ Beruf Studium Weiterbildung
8. bis 11. März 2012
18 m² facultas top-Wissen
• kompetente Buchauswahl im Bereich Aus-, Fort- und Weiterbildung
• umfassendes Buchangebot zu den einzelnen Veranstaltungsschwerpunkten und Fachreferaten
• kompetente Beratung und Betreuung
• günstige Messe-Buchangebote
im Foyer der Stadthalle
(gleich beim Eingang)
www.facultas.at
facultas. gut zu Wissen

Neuerscheinung: Warum es Angestellte besser haben sollen

Conrad Pramböck, seit mehr als zehn Jahren Berater zum Thema Gehalt – aktuell bei Pedersen & Partners – ist unter die Buchautoren gegangen, und das mit folgender These: Angestellte hätten es besser als Selbstständige: Ein hohes Maß an Sicherheit, ein besseres Gehalt und eine ausgewogenere Work-Life-Balance werden dafür als Gründe angeführt.

Das Buch *Jobstars* fasst Erkenntnisse aus zahlreichen Studien zum Thema Beruf und Erfolg zusammen. Und es hält Ratschläge bereit, welche Handlungsweisen der Selbstständigen einem Angestellten auf der Karriereleiter weiterhelfen könnten, um – gewissermaßen – zu einem noch besseren Angestellten zu werden. Für Diskussionsstoff ist gesorgt. (red)

Conrad Pramböck: „Jobstars. Mehr Glück, mehr Erfolg, mehr Leben als Angestellter", 112 Seiten, Edition a, 2012, ISBN-10: 3990010336

Preise: Mietwohnungen in Wien Seite I 2

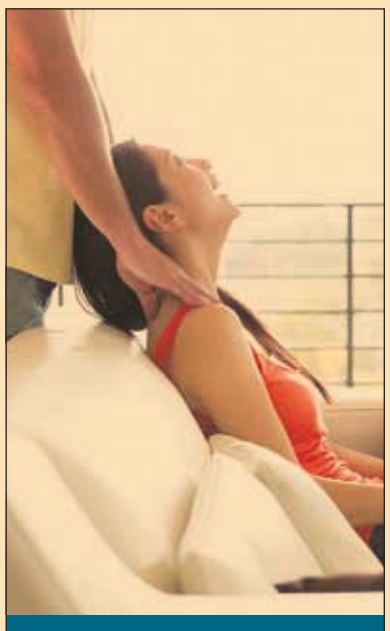
Peter Zumthor baut Haus für Handwerker Seite I 4

derStandard.at/Immobilien

„Wir schütten uns permanent mit Konsumgütern zu. Ich halte den Ballast nicht aus. Ich brauche Ruhe und Entspannung.“ Petra Navara an der Alten Donau. *Foto: Lisi Specht*

So leben zu können macht mich sehr demütig

Petra Navara ist Chefin des Vereins Globale Verantwortung. In ihrem Haus an der Alten Donau versucht sie, mit wenigen Dingen zu leben. **Wojciech Czaja** war zu Besuch.



GERECHTIGKEIT

Ich wohne in einem Kleingartenhaus an der Alten Donau. Ich habe zwei U-Bahnen in der Nähe und eine eigene Autobahnabfahrt und wohne trotzdem mitten im Grünen. Zur Donau ist es nicht weit, und die Alte Donau liegt quasi vor der Haustür. Im Sommer zieh ich im Haus meinen Badeanzug an und gehe zum Wasser, im Winter schlüpf ich in die Eislaufschuhe und wackle über die Straße. Heuer war das Eis sehr dick, wir konnten rund zwei Wochen lang eislaufen. Ein Traum.

Die kleine Halbinsel ist eine klassische alte Gstettn. Bis zum Zweiten Weltkrieg war sie unbewohnt, während des Krieges wurde hier Bombenschutt abgelegt, in den Fünfzigerjahren wurde die Halbinsel dann mit ein paar Tonnen Erde bedeckt, parzelliert und den österreichischen Widerstandskämpfern verpachtet. Ein Grund voller Kriegsschutt als Wiedergutmachung für den Krieg. Sehr makaber, wenn Sie mich fragen.

Hierherzuziehen war für mich keine bewusste Entscheidung. Ich habe mich in das Haus vor rund 20 Jahren eingeheiratet und habe es vor zehn Jahren erschieden. Schicksal. Hat sich gut gefügt! Wir haben das Haus unzählige Male umgebaut. Ich kann mich erinnern: Die Küche und das Bad bestanden jahrelang nur aus einem ausgegrabenen Loch mit einem Holzbrettl in der Mitte, links und rechts waren drei Meter Abgrund mit Grundwasser in der Tiefe. Das geht an die Substanz!

1996 haben wir dann den Dachstuhl abgetragen und das Haus um ein Vollgeschoß aufgestockt. Das ist eine Modulbauweise aus Holz. Die Wände und das Dach wurden auf einem Lkw aus der Steiermark geliefert und vor Ort montiert. Gute fünf Stunden später war der erste Stock fertig. So stelle ich mir Bauen vor! Wir mussten Platz sparen, denn es ist alles sehr eng. Und nachdem es nichts Platzraubenderes gibt als Schränke, haben wir beschlossen, sogenannte „Ausbauschränke“ zu machen. Sie ragen nun als hölzerne Erker aus dem Haus.

Insgesamt haben wir 85 Quadratmeter Wohnfläche. Zumindest im Winter. Im Sommer sind es circa 350 Quadratmeter. Dann wohnen wir quasi im Garten. Und es gibt allerhand Tiere: Mönchsgrasmücken, Zaunkönige und Gelbspötter, Molche, und im Frühling wird unser Garten von hunderten Erdkröten belagert.

Das Chaos in der Natur ist etwas Wunderschönes. Das urbane Gewimmel in der Stadt kann ich gerade noch aushalten. Die Dichte im Job kann ich ganz gut managen.

Petra Navara, geboren 1963 in Lienz, studierte Ethnologie und Afrikanistik an der Universität Wien. Seit mehr als 20 Jahren ist sie in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Von 1994 bis 1995 lebte sie auf Kap Verde. Von 1999 bis 2010 war sie u. a. Geschäftsführerin bei Horizont 3000.

Seit 2010 leitet Navara die Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung. Der Dachverband entwicklungspolitischer und humanitärer Organisationen Österreichs finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und öffentlichen Projektsubventionen und befasst sich mit Lobbying, Medienarbeit und politischer Netzwerkarbeit.

www.globaleverantwortung.at

Aber zu Hause in den eigenen vier Wänden, da brauche ich Ruhe und Entspannung. Wir leben in einer „Zuvielisation“, wir haben zu viel von allem und schütten uns permanent mit Konsumgütern und allerhand Zeugs zu. Ich halte diesen Ballast nicht aus.

Ich miste regelmäßig aus und stelle Bücher und andere wertvollere Dinge bei schönem Wetter vors Haus, damit sich die Sonntagsspazierer selbst bedienen können. Das funktioniert ganz gut. Aber noch lieber wäre mir, wenn dieses Wegschmeißen gar nicht erst passiert, denn das ist eine enorme Verschwendung und Zerstörung von Ressourcen. Wenn man in meiner Branche arbeitet, merkt man bald, wie verwöhnt wir eigentlich sind und wie glücklich wir uns schätzen müssen, so leben zu können, wie wir wollen. Das macht mich sehr demütig.

Doch die eigentliche Trennung von den materiellen Gütern steht mir erst bevor. Im Sommer ziehe ich mit meinem Mann und meiner Tochter nach Uganda. Mein Mann übernimmt einen neuen Job, und ich gönne mir eine kleine Auszeit. Reduktion und Verlangsamung! Ich freue mich schon sehr darauf. Irgendwer muss dann auf das Häuschen aufpassen.

EHL gewinnt GOLD IMMY!

Auszeichnung für höchste Qualität.

IMMY

EHL

www.ehl.at

STANDARD EXKLUSIV

WOHNEN MIT STIL
IM 13. BEZIRK
Gallgasse 40 - 44

- Ca. 50 freifinanzierte Eigentumswohnungen
- 2 - 5 Zimmer mit Balkon, Terrasse oder Garten
- Vergabestart voraussichtlich Frühling 2012
- Baubeginn voraussichtlich Herbst 2012

(01) 972 73 20
wvg.at